

Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger u.a. (Hrsg.)

# Ausgewachsen!



**Ökologische Gerechtigkeit.  
Soziale Rechte.  
Gutes Leben.**

VSA

Ein Projekt von  **attac**

Werner Rätz/Tanja von Egan-Krieger/Barbara Muraca/  
Alexis Passadakis/Matthias Schmelzer/Andrea Vetter (Hrsg.)  
Ausgewachsen!



Werner Rätz/Tanja von Egan-Krieger/  
Barbara Muraca/Alexis Passadakis/  
Matthias Schmelzer/Andrea Vetter (Hrsg.)

## **Ausgewachsen!**

Ökologische Gerechtigkeit |  
Soziale Rechte | Gutes Leben

Ein Projekt von Attac

VSA: Verlag Hamburg

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

**[www.attac.de](http://www.attac.de)**

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: freiburger graphische betriebe  
ISBN 978-3-89965-430-1

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Tanja von Egan-Krieger/Barbara Muraca/Alexis Passadakis/<br>Werner Rätz/Matthias Schmelzer/Andrea Vetter<br><b>Ausgewachsen!</b> .....   | 7  |
| Nachdenken über eine solidarische Postwachstumsökonomie  |    |
| Andreas Exner/Christian Lauk<br><b>Das Wachstum des Kapitals – seine Grundlagen und Grenzen</b> .....  | 18 |
| Niko Paech<br><b>Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum<br/>zur Postwachstumsökonomie</b> .....  | 31 |
| Die Wachstumsfrage als blinder Fleck<br>innerhalb der Wirtschaftswissenschaften  |    |
| Barbara Muraca/Tanja von Egan-Krieger<br><b>Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum</b> .....  | 43 |
| Uta von Winterfeld<br><b>Vom Recht auf Suffizienz</b> .....  | 57 |
| Serge Latouche<br><b>Décroissance als Projekt der politischen Linken</b> .....   | 66 |
| Adelheid Biesecker<br><b>Vorsorgendes Wirtschaften</b> .....   | 75 |
| Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum  |    |
| Oliver Powalla<br><b>Die zwei Fragen der Wachstumskritik:<br/>Gesellschaftsmodelle an den sozial-ökologischen Grenzen</b> .....  | 85 |
| Werner Rätz/Doris Meisterernst/Dagmar Paternoga<br>(Attac AG Genug für Alle)<br><b>Statt Verdammung »falscher« Bedürfnisse: Demokratische<br/>Debatte über Inhalt und Gestalt der Produktion</b> ..... | 96 |

|   |     |
|---|-----|
| Mohssen Massarrat   |     |
| <b>Die Viertagewoche</b> .....  | 109 |
| Ein wichtiger Beitrag für den Übergang<br>zur Postwachstumsgesellschaft                   |     |
| Frigga Haug   |     |
| <b>Arbeit jenseits von Wachstum –<br/>Die Vier-in-Einem-Perspektive</b> .....             | 121 |
| Eckhard Stratmann-Mertens   |     |
| <b>Schrumpfung statt Wachstum</b> .....   | 130 |
| Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie  |     |
| Alexis Passadakis/Matthias Schmelzer  |     |
| <b>Kapital in der Klemme</b> .....  | 141 |
| Investitionskontrolle und Finanzmarktregulierung<br>in einer Postwachstumsökonomie        |     |
| Friederike Habermann  |     |
| <b>Ecommony</b> .....   | 152 |
| Peerökonomie, Gemeingüter, Solidarisches Wirtschaften                                     |     |
| Federico Demaria/François Schneider/Andrea Calsamiglia/<br>Laura Blanco/Dalma Domeneghini |     |
| <b>Degrowth in Südeuropa: Komplementarität in der Vielfalt</b> .....                      | 161 |
| Alberto Acosta  |     |
| <b>Buen Vivir auf dem Weg in die Post-Entwicklung</b> .....                               | 173 |
| Ein globales Konzept?   |     |
| <b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....   | 185 |

Tanja von Egan-Krieger/Barbara Muraca/  
Alexis Passadakis/Werner Rätz/  
Matthias Schmelzer/Andrea Vetter<sup>1</sup>  
**Ausgewachsen!**  
Nachdenken über eine solidarische  
Postwachstumsökonomie

### **Denkhorizonte ermöglichen**

Weder die Finanzkrise mit ihren massiven Verteilungswirkungen noch die Hungerkrise, offensichtlich ein Ausdruck des vollständigen Scheiterns der Millenniumsentwicklungsziele, haben zu einem breiten Aufbegehren geführt. Auch im Bereich der ökologischen Krisen sieht es nicht besser aus. So droht ein Klimawandel mit katastrophalen Auswirkungen. Die internationale Klimapolitik gibt angesichts dessen ein jämmerliches Bild ab. Und dennoch treibt das nirgendwo auf der Welt Menschen massenhaft auf die Straße. Herrscht ein Mangel an Utopie?

Es scheint, als hätten Gerhard Schröder und Margaret Thatcher doch recht, wenn sie betonen: »Es gibt keine Alternative.« 1992 verkündete Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte« und meinte damit, dass alle zukünftigen Auseinandersetzungen nur noch solche um die Gestaltung des Bestehenden sein könnten.

Doch herrscht tatsächlich ein Mangel an Utopie oder haben wir nur nicht gelernt, richtig hinzuschauen? Schon im ersten Band des *Kapital* hatte Karl Marx dieses Phänomen beschrieben, als er auf das Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einging: der so genannten Zeit der Reaktion. Er sagte, was politisch wie Totenstille ausgesehen habe, sei in Wirklichkeit eine Zeit gewesen, in der »China und die Tische anfangen zu tanzen«. Die augenblickliche Überlegenheit der Kräfte des Bestehenden fand ihre Antwort an anderem Ort (in China) und in anderen Formen (dem privaten Rückzug in esoterisches Tischrücken, das dann spätestens 1848 einer breiten revolutionären Bewegung überall

---

<sup>1</sup> Die Herausgebenden danken Sally Werner für ihre Unterstützung beim Lektorat und Oliver Powalla für umfassende Unterstützung bei der Entstehung des Bandes.

in Europa nicht entgegenstand). Also, wo ist heute »China« und wo sind »die Tische«?

Wer heute, im März 2011, diese Frage stellt, wird automatisch auf die Umstürze und Aufstände in den arabischen Ländern verwiesen. Wer hätte solche Veränderungen vor einem halben Jahr für möglich gehalten? Und zeigt nicht in Deutschland Stuttgart 21, dass auch der private Rückzug jederzeit in Massenprotest umschlagen kann, wenn die Bedingungen gegeben sind? Und wer könnte noch übersehen, dass in Japan die dramatische und tragische Bewegung der Natur ein ähnliches Erdbeben auch in der Politik auslösen könnte – und müsste?

Wir glauben also nicht an einen Mangel an utopischem Denken und auch nicht an fehlende Alternativen. Aber es stellt sich dennoch die Frage, wie eine Bewegung aussehen könnte, die diese Alternativen erkämpft. Denn darin besteht eine erste Gemeinsamkeit der Beiträge in diesem Band: Bei aller Unterschiedlichkeit und teilweise Widersprüchlichkeit im Einzelnen gehen sie alle davon aus, dass der Weg in eine Postwachstumsökonomie angesichts der sozialen und ökologischen Grenzen des Wirtschaftens nicht nur notwendig, sondern unvermeidlich ist. Eine Postwachstumsgesellschaft wird entstehen, die Frage ist nur welche? Daher eint die Beiträge die Überzeugung, dass eine solidarische Postwachstumsökonomie erkämpft werden muss. Anders als andere Strömungen der Wachstumskritik verstehen wir sie als ein linkes, kämpferisches, viele von uns würden sagen antikapitalistisches, Projekt.

Im Horizont einer Ökonomie jenseits des Wachstums geht es uns darum, deutlich zu machen, dass das Wirtschaftswachstum nicht die Lösung, sondern eine der Ursachen der weltweiten Probleme ist.

## **Warum wir über Postwachstum nachdenken**

Wenn wir dies behaupten, dann haben wir vier Fragen im Blick (vgl. den Beitrag von Egan-Krieger/Muraca in diesem Band, vor allem mit Hinblick auf die zweite und dritte Frage), die von unterschiedlichen AutorInnen<sup>2</sup> auch verschieden beantwortet werden: *Erstens*, ob Wachstum, wie wir es kennen, noch technisch möglich ist. De facto sind die Industrieländer in den vergangenen Jahren im Sinne des Bruttoinlandspro-

---

<sup>2</sup> Alle Beiträge dieses Bandes, die eine geschlechtergerechte Sprache benutzen, haben wir mit dem Binnen-I vereinheitlicht. Wir haben jedoch davon abgesehen, die Beiträge geschlechtergerecht umzuformulieren, in denen die AutorInnen dies nicht vorgesehen hatten.

dukts (BIP) nicht mehr wirklich gewachsen. Dies hat nicht nur mit den ökologischen, sondern auch mit den immanenten ökonomischen bzw. sozialen und menschlichen Grenzen zu tun. Darüber hinaus geht es aber *zweitens* auch um die Frage, ob unter der Perspektive der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit Wachstum noch vertretbar ist. In den Blick rücken hier also die Nachhaltigkeit bzw. unsere Verpflichtungen künftigen Generationen gegenüber (intergenerationell) und die der Konsequenzen des Klimawandels weltweit vor allem im globalen Süden (intragenerationell).

Insbesondere in Südeuropa stellt die Wachstumskritik *drittens* vor allem die Frage, ob der Wachstumspfad mit all seinen Konsequenzen überhaupt wünschenswert sein kann und ob unter partizipatorischen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger diesen Pfad für sinnvoll erachten. Hier geht es um die Frage, wie wir als Gesellschaft leben wollen. Und schließlich ist *viertens* zu fragen, wer überhaupt »wir« ist bzw. wer an dieser Diskussion beteiligt ist, wer eine Stimme hat, wer bestimmt, wo es lang geht. Dies betrifft auch Fragen der Genderparität (siehe die Besetzung der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Bundestages, an der Frauen als Expertinnen nicht beteiligt sind), aber auch, ob Stimmen aus dem globalen Süden Gehör finden und die Wachstumsdiskussion nicht nur im globalen Norden stattfindet. Und bestimmen schließlich TechnikerInnen (etwa ÖkonomInnen, die neue Indikatoren anstelle des BIP entwickeln) den Diskurs oder findet eine breite Diskussion in der Gesellschaft statt?

Die herrschende wie die reformistische Debatte dreht sich aktuell im Wesentlichen darum, wie es vermieden werden könnte, Wachstum infrage zu stellen. Überlegt wird, wie ein nachhaltiges, ökologisches oder soziales Wachstum aussehen könnte. Insbesondere die Vorschläge für den Umbau der Industrie- zu Dienstleistungsgesellschaften und für einen so genannten *Green New Deal* haben dabei an Prominenz gewonnen. Grundlage für den Vorschlag des *Green New Deal* ist die Idee, das Wirtschaftswachstum könne vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden, d.h. durch die Erfindung immer effizienterer Technologien könnte weiterhin mehr produziert werden, während weniger Rohstoffe verbraucht werden und weniger Müll und Schadstoffe entstehen. Diese Effizienzsteigerung der Technologie – der Kern der Industrialisierung – war aber nur möglich durch eine im Prinzip grenzenlose Energiezufuhr aus fossilen Rohstoffen. Auch fand trotz Effizienzsteigerung in den vergangenen Jahrzehnten immer ein in absoluten Zahlen erhöhter Verbrauch von Ressourcen statt – durch den so genannten Reboundeffekt (siehe den Beitrag von Niko Paech).

Das »Mehr!« als Kern des Wachstumsfetischismus wird so auch bei einem *Green New Deal* nicht infrage gestellt. Dies zeigt sich zum Beispiel am Bundestagswahlkampf 2009: Statt etwa den sozial-ökologischen Umbau der krisengeschüttelten Autoindustrie forderten die Grünen mehr neue Autos – eine Millionen Elektroautos sollten bis 2020 gebaut werden. Es spricht nichts dagegen, Windräder und Solaranlagen zu bauen und die Energieeffizienz zu steigern. Doch führt die Produktion von Millionen neuer Solaranlagen und Autos wirklich dazu, dass weniger verbraucht wird? Nur wenn der Anteil der erneuerbaren Energien irgendwann bei 100% liegen würde, gäbe es keine Kohle- und Atomkraftwerke mehr. Doch wer glaubt, dass mehr Solaranlagen automatisch weniger Kohlekraftwerke bedeuten, geht davon aus, dass Substitution stattfindet und die erneuerbare Energie nicht zusätzlich konsumiert wird. Kann daher ein Mehr an Solaranlagen der richtige Weg zu einer Welt jenseits fossiler und atomarer Energie sein? Oder muss nicht auch über das Weniger gesprochen und dafür gekämpft werden?

Die Lösung des Problems kann indes auch nicht darin bestehen, dass die Wirtschaft einfach innerhalb des bestehenden Systems schrumpft. Denn eine solche Schrumpfung – innerhalb der kapitalistischen Logik als Rezession bekannt – geht immer zulasten der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft und ist außerdem eine unfreiwillige Schrumpfung, die von den Menschen als Unglück empfunden wird. Es ist ein rhetorischer Kniff, dieses Unglück einfach als Glück zu deuten, indem einige Werte umgewertet werden. Die Menschen haben ein feines Gefühl für ihre reale materielle Benachteiligung. Solange versucht wird, dieses zu korrumpieren und damit die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kämpfe zu negieren, wird Wachstumskritik weder eine massenhafte Zustimmung noch eine Durchsetzungsperspektive gewinnen.

Dies ist eine zweite entscheidende Gemeinsamkeit der Beiträge dieses Bandes: Wachstumskritik aus einer linken Perspektive ist mehr als ein Schrumpfungsappell. Um dies deutlich zu machen, ist es an dieser Stelle unumgänglich, die aktuell kursierenden Spielarten der Wachstumskritik kurz kritisch zu beschreiben.

## **Unterschiedliche Richtungen der Wachstumskritik**

Trotz gemeinsamer Überzeugungen bewegen sich die Kritik und die Lösungsansätze dieses Bandes in einem breiten Feld unterschiedlicher wachstumskritischer Positionen. Schon seit Beginn der Industrialisierung gibt es eine große Bandbreite an Kritik am Wachstum, die häufig

auch reaktionäre Züge trug. Der erste Zyklus moderner Wachstumskritik entstand jedoch erst in den 1970er Jahren in Reaktion auf das seit der Nachkriegszeit dominant gewordene Wachstumsparadigma der OECD-Staaten. Das BIP wurde in den 1930er Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise entwickelt, um einen vergleichenden Maßstab für wirtschaftliche Auf- und Abentwicklungen zu erlangen. Im Rahmen der Systemkonkurrenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten wurde es zur absoluten Messgröße für Wohlstand und Fortschritt erhoben.

Auch die neu gegründete Weltbank übernahm den Fetisch BIP-Wachstum als Ziel für die »Entwicklung« der Länder des Südens. Für die Weltöffentlichkeit hörbar formulierte der Bericht an den Club of Rome im Jahr 1972 erstmals, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien und ein Weiterwirtschaften wie bisher die Zerstörung des Planeten riskiere. Seit dieser ersten intensiven Wachstumsdiskussion, bei der es vor allem um *Kritik am Wachstum* ging, gab es diverse Konjunkturen wachstumskritischer Diskussionen, die bis in die Gegenwart reichen. Seit einigen Jahren jedoch, verstärkt durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ab 2007, gibt es eine neue Diskussionswelle, bei der das Verhältnis von Produktions- und Lebensweise zur natürlichen Umwelt neu betrachtet wird. Diese Diskussionen können grob in fünf Richtungen eingeteilt werden. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit einigen dieser Ansätze findet sich im Beitrag von Oliver Powalla in diesem Band.

1. Eine auf die Weiterentwicklung des BIP fokussierte Wachstumskritik wird in vielen europäischen Ländern von prominenten beratenden Regierungsgremien diskutiert. Die generelle Ausrichtung ist dabei auf vorgeblich bessere, soziale oder nachhaltige Wachstumsmodelle gerichtet sowie auf die Entwicklung alternativer Wohlstandsindikatoren.<sup>3</sup>
2. Konservative Wachstumskritik verbindet ökologisch begründete wachstumskritische Argumente mit altbekannten konservativen Positionen wie: »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt« oder »Wir müssen den Gürtel enger schnallen«. Wachstumskritik wird auf diesem Wege zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Sozialabbau und ist ein konservatives politisches Projekt: Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse, Verarmung und Überflüssigmachen großer

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr); [www.beyond-gdp.eu](http://www.beyond-gdp.eu); [www.sd-commission.org.uk/pages/redefining-prosperity.html](http://www.sd-commission.org.uk/pages/redefining-prosperity.html)

Bevölkerungsteile und eine Kultur der Abhängigkeit und Almosen (vgl. hierzu Miegel 2010; [www.denkwerkzukunft.de](http://www.denkwerkzukunft.de)).

3. Eine liberale, sozialreformerische und den Umweltverbänden nahe-stehende Wachstumskritik wurde kürzlich eindrücklich im Sammel-band *Postwachstumsgesellschaft* von Irmi Seidel und Angelika Zahrnt vorgelegt. Wachstumskritik ist hier strukturkonservativ gedacht. Es geht nicht um eine grundlegende Transformation, die umfassend gesellschaftliche Probleme in den Blick nimmt, sondern um Wachstumsunabhängigkeit (vgl. Seidel/Zahrnt 2010; [www.postwachstum.de](http://www.postwachstum.de)).
4. Im Windschatten der Kämpfe gegen die neoliberale Globalisierung im Laufe der letzten Jahre entstanden unter dem Motto *décroissance* Bewegungen in Frankreich, Italien und Spanien, die vor allem auf Alternativen zu Wachstum und Kapitalismus abzielen. Der Begriff *décroissance* (*degrowth*, Entwachstum) hat sich im Zuge einer viel-fältigen und immer stärkeren sozialen Bewegung in den letzten fünf Jahren zunächst vor allem in Frankreich etabliert. Eine Reihe von elektronischen Rundschreiben, Zeitschriften und Internetforen weisen auf eine lebhaftere grenzüberschreitende Diskussion hin, die im April 2008 in die erste internationale *Décroissance*-Konferenz mündete. An dieser nahmen neben VertreterInnen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und sozialer Gruppen auch WissenschaftlerInnen aus diversen Disziplinen teil. Die *Décroissance*-Bewegung weist eine Man-nigfaltigkeit auf, die nicht ohne Spannungen bleibt. Dieses Konzept attackiert grundsätzlich die Vorstellung einer wachstumsbasierten profitgetriebenen Ökonomie. Es skizziert eine radikal-demokratische, egalitäre Vision einer zunächst substanziell schrumpfenden und sich später stabilisierenden Wirtschaft (*steady state economy*). Die Begrenztheit der Natur wird nicht als Problem technischen Um-weltschutzes, sondern als Frage sozial-ökologischer Transformation begriffen.<sup>4</sup> Einen Überblick über die *Décroissance*-Bewegung liefert der Beitrag von Demaria et al. in diesem Band. Ein Plädoyer für *dé-croissance* als Aufgabe bzw. Projekt der politischen Linken wird im Beitrag von Serge Latouche ausführlich begründet.
5. Auf dem Weltsozialforum 2009 in Belém trugen vor allem indigene Gruppen das Konzept des *Buen Vivir* vor, das sich mittlerweile in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens findet. Es betont vor allem die Notwendigkeit einer grundsätzlich anderen Entwicklungspolitik

---

<sup>4</sup> Vgl. [www.ladecroissance.net](http://www.ladecroissance.net); [www.dcroissance.org](http://www.dcroissance.org); [www.degrowth.eu](http://www.degrowth.eu); auf deutsch <http://wachstumsruecknahme.qsd.f.org>; [www.postwachstum.net](http://www.postwachstum.net); [www.social-innovation.org](http://www.social-innovation.org).

für die Länder des globalen Südens. Ziel soll nicht die Übernahme kapitalistischer wachstumsorientierter Modelle des Nordens sein, sondern eine eigenständige Konzeption des Guten Lebens, die auf Gemeingütern, Geschlechtergerechtigkeit und Partizipation aller Gruppen einer Gesellschaft beruht und der Natur umfassende Rechte als eigenem Rechtssubjekt einräumt. Dennoch ist das Konzept kein rein lateinamerikanisches oder gar indigenes, sondern mit vielen gleichgerichteten Überlegungen weltweit eng verbunden, wie Alberto Acosta in diesem Band betont. In Deutschland sehen sich die Debatten um Globale Soziale Rechte und Allgemeingüter sowie Teile der Grundeinkommensbewegung in diesem Zusammenhang.

## **Postwachstumsökonomie – ein umstrittenes Feld**

Dieser Sammelband ist ein erster Versuch, aus einer globalisierungskritischen Perspektive Beiträge für eine Debatte um eine Postwachstumsökonomie zu versammeln. Sie spiegeln die Mannigfaltigkeit der Debatte auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung wider, die sich seit ihrer Gründung vor über zehn Jahren als heterogenes Projekt verstanden hat. Wir wollen die Widersprüche nicht negieren oder allzu schnell in einem gemeinsamen Dritten aufheben. Es geht uns hier auch darum, sie auszuhalten und untereinander diskutierbar zu machen. Wir wollen, und dies ist ein drittes Kennzeichen dieses Buches, keine in sich konsistente Position darstellen, sondern daran arbeiten, die vielen verborgenen und bisher nicht oder nicht an prominentem Ort ausgesprochenen klugen Überlegungen zum Thema sichtbar zu machen und zu einer gemeinsamen Diskussion einladen; dabei werden nicht nur Unterschiede und Gemeinsamkeiten klarer, sondern können sich auch mögliche Überlappungsregionen für Konsensprozesse, gemeinsame Aktionen sowie strategische Kooperationen entfalten.

Dem steht keineswegs entgegen, dass einzelne AutorInnen unterschiedliche und sich teils widersprechende Positionen und strategische Ansatzpunkte für einen Einstieg in eine Postwachstumsökonomie benennen. Wir sehen die Perspektive auf Wachstum bzw. Wachstumsrücknahme durchaus als Möglichkeit, diesen heterogenen Perspektiven gewissermaßen einen gemeinsamen Fluchtpunkt zu bieten. Mit dem im Mai 2011 stattfindenden Kongress »Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben« soll die im obigen Abschnitt vorgestellte Diskussion um *degrowth/décroissance* nach Deutschland geholt werden – allerdings mit einem spezifisch lin-

ken Schwerpunkt, der vor allem darin besteht, soziale und ökologische Fragen eng zu verzahnen und nicht künstlich zu trennen.

Einige Schlüsselfragen des Diskussionsfeldes, das sich um die Themen Wachstumskritik, Postwachstum, ökologische Gerechtigkeit und gutes Leben gruppiert, wollen wir hier kurz anreißen. Zentral ist die Frage nach dem *Zusammenhang zwischen Wachstum des BIP und kapitalistischer Ökonomie*: Muss der Kapitalismus notwendigerweise wachsen, ist eine Ökonomie jenseits des Wachstums als kapitalistische Ökonomie denkbar und wünschenswert oder weist Postwachstum über den Kapitalismus hinaus? Während Eckhard Stratmann-Mertens es für zentral hält, bereits innerhalb der kapitalistischen Ökonomie einen Schrumpfungsprozess voranzubringen und dazu Vorschläge ausarbeitet, kritisieren Andreas Exner und Christian Lauk sowie Werner Rätz et al. diese Herangehensweise und ihre sozialen Folgen. Alexis Passadakis und Matthias Schmelzer versuchen konkrete Übergänge zu denken, die innerhalb des Kapitalismus ansetzen, jedoch aus ihrer eigenen Logik heraus darüber hinausweisen. Und andere AutorInnen skizzieren Alternativen, die unterschiedliche Gesellschaftsbereiche der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen (Friederike Habermann).

Eine andere, dazu querliegende Kontroverse dreht sich um die Frage, *auf welcher Ebene politische Strategien für eine Postwachstumsökonomie ansetzen* sollten. Einige AutorInnen stellen die globale Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt und fordern, dass BürgerInnen des globalen Nordens weniger konsumieren (Suffizienz, von lat. *sufficere* – ausreichen). Der Ansatzpunkt liegt hier auf der individuellen Ebene; durch Selbstbegrenzung und Verzicht oder durch gesellschaftliche Maßnahmen soll der individuelle Konsum auf ein ökologisch verträgliches Maß reduziert werden (Stratmann-Mertens). Demgegenüber argumentieren andere, dass der strategische Ansatzpunkt nicht auf der individuellen, sondern der gesellschaftlichen Ebene liegen sollte. So vereint die Beiträge von Werner Rätz et al. und Uta von Winterfeld in diesem Band die Auffassung, dass die Lösung nicht darin bestehen kann, ein individuelles Bescheiden um den Preis der Verringerung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu fordern.

Ein dritter, damit zusammenhängender Fragenkomplex beschäftigt sich mit dem *konkreten Hebel, durch den eine Reduktion der gesellschaftlichen Produktion bewirkt* werden könnte. Hierzu gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Ansatzpunkten, die sich stark unterscheiden in Bezug auf ihre ökologischen Einsparpotenziale, ihre Umsetzungsmöglichkeiten und ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Rätz et al. fordern beispielsweise, dass zuerst nur Destruktivtechnologien auslaufen soll-

ten, Mohssen Massarrat und Frigga Haug fokussieren auf eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Exner/Lauk fordern eine zunehmende Demonetarisierung gesellschaftlicher Bereiche, Habermann plädiert für eine Ausdehnung von Projekten solidarischer Ökonomie, Peer-to-Peer-Produktion und der Gemeingüter und Passadakis/Schmelzer halten die gesellschaftliche Kontrolle von Investitionen für den zentralen Ansatzpunkt.

Schließlich unterscheiden sich die Einschätzungen bezüglich der *Notwendigkeit einer spezifisch wachstumskritischen und auf Postwachstum abzielenden Alternative*.

Einige Beiträge verdeutlichen, dass zahlreiche Alternativen zum bestehenden neoliberalen Kapitalismus quasi als Nebenprodukt bereits eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum bedeuten würden. So beispielsweise das von Adelheid Biesecker vorgeschlagene Vorsorgende Wirtschaften, die von Frigga Haug geforderte radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger Umverteilung der übrigen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten oder der von Friederike Habermann beschriebene Ausbau von Gemeingütern und gemeinschaftlicher (Peer-to-Peer)Produktion. Andere AutorInnen hingegen argumentieren, dass die ökologischen und sozialen Krisen der Gegenwart einen besonderen Fokus auf die Abkehr vom Wachstum notwendig machen. Bisher wenig diskutierte oder nicht in dieser Weise zusammen gedachte Alternativkonzepte für eine Postwachstumsökonomie seien dringend angesagt und nicht automatisches Nebenprodukt anderer Ansätze.

## **Was bringt's? Wer tut's? Was jetzt?**

In vielen Ländern der Europäischen Union tagte bzw. tagt eine Kommission, die Alternativen zum BIP als zentralem Indikator für eine gelingende Volkswirtschaft diskutiert. Falls das BIP als zentrale Messgröße tatsächlich abgelöst würde, würde damit auch die Orientierung am Wirtschaftswachstum als alleinigem Maßstab abgemildert und je nach Indikator würden auch die Verteilung des Wohlstands und Umweltzerstörungen berücksichtigt. Damit wäre auf der einen Seite viel gewonnen.

Auf der anderen Seite würde der Versuch, so vielfältige, heterogene und umstrittene Qualitäten einer Gesellschaftsentwicklung wie Wohlstand, gutes Leben, Verteilungsgerechtigkeit, Naturschutz und vieles mehr in einem einzigen Indikator abbilden zu wollen, zwangsläufig dazu führen, dass die unbedingt notwendige Debatte über solche Fra-

gen eher gebremst würde. Absehbar negatives Ergebnis wäre eine technokratische Politik, bei der uns Experten sagen, ob die Entwicklung in die richtige Richtung geht.

Die Idee einer solidarischen Postwachstumsökonomie als gemeinsame linke politische Perspektive erfordert ein hohes Maß an demokratischer Mitbestimmung und eine Stärkung der Zivilgesellschaft als kreativem und partizipatorischem Ort der Zukunftsgestaltung. Und es darf nicht darum gehen, bloß eine Schrumpfung der Wirtschaft innerhalb der bestehenden Strukturen anzustreben.

Eine der größten Gefahren einer stagnierenden Ökonomie wäre ein politischer Deregulierungspfad. So wäre es fatal, den öffentlich finanzierten Dienstleistungssektor zugunsten von alten Mustern von Pflege und Fürsorge innerhalb der Familie drastisch zu kürzen, statt durch Umverteilungsmaßnahmen und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen (Genossenschaften, Vereine etc.) Grundlagen für ein gutes Leben zu gewährleisten und somit auch im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu handeln.

Auf dem Weg zu einer solidarischen Ökonomie jenseits des Wachstums bieten sich für das Attac-Netzwerk zahlreiche Anknüpfungspunkte bei Bewegungsstrukturen, wie sie in den vergangenen Jahren in Südeuropa entstanden sind: Mit *décroissance*, *decrecimiento* oder *decrecита* benennen sie ihre Alternativen, die sich stark auf Konzepte von solidarischer Ökonomie und lokalen Wirtschaftskreisläufen (Glokalisierung) beziehen. Doch ist auch diese Anlehnung mit Gefahren verbunden. So ist die Fokussierung auf die Kategorie des Lokalen bzw. des Territoriums Bestandteil dieser Auffassungen. Obwohl der Begriff des Lokalen nicht immer mit geografischen Eingrenzungen und der Autonomie lokaler Gemeinden verbunden ist, ertönt in vielen der Vorschläge das Risiko von kirchturmpolitischen Lokalismen in der schlimmsten Tradition eines konservativen Kommunitarismus. Utopische Vorstellungen bergen die Gefahr ideologischer Fixierungen auf Ausschlusskriterien, bis hin zu totalitären Folgen.

Die Gestaltung des Wandels hin zu einer Postwachstumsgesellschaft ist deshalb eine große Herausforderung. Diese bedarf einer mutigen Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen und der aktiven Beteiligung aller Betroffenen in Prozessen der Entscheidungsfindung. In diesem Sinne lassen sich viele bisherige Attac-Aktivitäten als soziale Kämpfe verstehen, die die grundlegende soziale Infrastruktur für eine Transformation zu einer regionalisierteren demokratischen Ökonomie verteidigen oder eine solche schaffen. Diese wiederum kann der Ausgangspunkt für einen solidarischen Übergang zu einem Wirtschaften

ohne Wachstum sein. Weil es nicht den einen umzulegenden Hebel gibt, um eine Postwachstumsökonomie zu realisieren, sind viele Projekte der globalisierungskritischen Bewegungen in den vergangenen Jahren notwendige Schritte, um die erforderlichen Handlungsspielräume – insbesondere demokratische Kontrollmöglichkeiten – zu erlangen. Dazu gehört die Entmachtung der Finanzmärkte und ein demokratisches Bankensystem, ein umverteilendes Steuersystem, Ernährungssouveränität, ein Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Energiedemokratie.

Mit dem Titel »Ausgewachsen!« wollen wir einerseits deutlich machen, dass es tatsächlich keine Alternative zum Ausstieg aus dem Wirtschaftswachstum gibt. Das Ende des unbegrenzten Wachstums auf einem endlichen Planeten kommt, es geht lediglich darum, ob es katastrophisch hereinbricht oder politisch bewusst gestaltet wird. Der Titel ist aber gleichzeitig auch eine Kampfansage an alle Strömungen, die ihre Interessen und ihre Zukunft an das Wachstum binden, im Sinne eines: »Eure Zeit ist abgelaufen!«

# Andreas Exner/Christian Lauk

## **Das Wachstum des Kapitals – seine Grundlagen und Grenzen**

Die vielfältige Kritik am Wirtschaftswachstum, die seit Kurzem wieder vermehrt zu hören ist, hat eines gemeinsam: Sie versteht nur unzureichend, wovon sie spricht, und bleibt dementsprechend zahnlos. Tatsächlich ist das ökonomische Wachstum der Ausdruck einer Gesellschaft, in der in bestimmter Weise Menschen über Menschen herrschen. Dieses Herrschaftsverhältnis *ist* das Kapital und seine Akkumulation. Eine sinnvolle Debatte von Alternativen zum Postwachstum setzt deshalb eine Analyse des Kapitals voraus. Wer Postwachstum will, muss wissen, was Wachstum ist.

### **Wachstum: Akkumulation von Herrschaft**

Die Ideologie der Wirtschaftsuniversitäten betrachtet Kapital als einen technischen Produktionsfaktor. Neuerdings werden auch Naturgegenstände zum »Naturkapital« geadelt. Der Ökonomie scheint sonnenklar, dass es dieses Ding »Kapital« – und mit ihm den Kapitalismus – schon so lange gibt wie den Menschen.

Freilich, das Kapital ist eher ein Unding, erscheint es doch mal als Maschinerie, dann wiederum als Geld, Arbeitskraft, Grund und Boden, Rohstoff oder Endprodukt. Nichts Gemeinsames ist daran sichtbar, wiewohl doch all dies ein und dasselbe, eben Kapital, sein soll. Neben einem Sammelsurium grundverschiedener Dinge existiert das Kapital zugleich als abstrakter ökonomischer Wert, der selbst vollkommen eigenschaftslos ist und dennoch die seltsame Eigenschaft besitzt, sich zu vergrößern. Am Ende des Tages vergleicht der Kapitalist Ausgaben mit Einnahmen, und Welch wundersame Wandlung der Wert auch vollzogen hat, ob vom Gummibaum zum Autoreifen oder vom Mehl zum Brot, er ist auf jeden Fall vermehrt aus dem Arbeitsprozess herausgekommen – jedenfalls, wenn die Operation erfolgreich war, das heißt das Produkt mit Profit verkauft werden konnte.

Das Rätsel löst sich, wenn man Kapital als das begreift, was es ist: eine Beziehung zwischen Menschen, die sich über Dinge vermittelt. Kapi-

tal ist weder ein Ding noch eine mysteriöse Qualität namens Wert, die sich wie von selbst vermehrt, sondern eine Art, wie Menschen miteinander, ihrer natürlichen Umwelt und sich selbst umgehen. Kapital ist nämlich dann eine Maschine, wenn es Leute gibt, die ihre Arbeitskraft an den Maschinenbesitzer verkaufen müssen, weil sie nichts besitzen als ihr »Humankapital«, das trotz seines geschäftigen Titels ohne Arbeitsmittel nutzlos ist. Auch umgekehrt gilt: Ohne Arbeitskraft, die sich an den Besitzer von Produktionsmitteln verkauft, ist eine Maschine kein Kapital. Die Gesellschaft teilt sich folglich grob in zwei Klassen auf, die Besitzenden und die Nicht-Besitzenden, Kapitalisten und Lohnabhängige. Die Herrschaft des Kapitals äußert sich dabei zweifach: als Monopolisierung von Ressourcen für die Profitproduktion und als Kommando über die Tätigkeit der Menschen. Beides sichert die Staatsgewalt mit eiserner Faust ab. So zwingt sie die Nicht-Besitzenden dazu, sich freiwillig in die Verfügungsgewalt des Managements zu begeben. Das Management versucht jene, die zwar nicht ihre Seele dem Teufel, aber ihre Lebenszeit dem Kapital verkauft haben, durch Systeme von Anreiz und Angst dazu zu bringen, das zu tun, was den Profit erhöht. Die ArbeiterInnen versuchen im Gegenzug ihre Wünsche nach Selbstbestimmung und Kreativität gegen das Regime des Kapitals zu verwirklichen und setzen sich aus eigener Motivation ein, Aufgaben zu bewältigen, die ihnen sinnvoll erscheinen. Je nach Situation greifen sie andererseits zu Mitteln des passiven Klassenkampfes: der stillen Verweigerung von Kommandos, Bummeln, Betrug am Chef usw. oder (hierzulande) in Ausnahmefällen zu aktiver Gegenwehr im Streik.

Die Zusammenfassung der Arbeitskräfte in staatlichen Containern schließlich begründet die Nationalisierung des Konkurrenzkampfes am Weltmarkt, der die einzelnen nationalen Arbeitszwinger wie naturgegebene Einheiten erscheinen lässt. Dies hilft, den Klassenkampf zu kontrollieren, wenn sich etwa die ArbeiterInnen des globalen Nordens eine imperiale Lebensweise zulasten der Umwelt und des Südens leisten können. Die Ausdehnung des Warenkonsums durch Werbung, Bedürfnisschaffung und das Abschneiden der Reste von Subsistenz war nicht nur erforderlich, um die notwendige Endnachfrage zu schaffen, sondern auch eine bewusste Strategie des Kapitals im Verein mit den angepassten Gewerkschaften, um die ArbeiterInnen ruhig zu stellen. Je höllischer die Arbeit, in desto himmlischere Farben musste man den Konsum und seine schalen Versprechungen tauchen. Ohne ein gewisses Maß an Betäubung durch einen kompensatorischen Warenkonsum und die hunderterlei Traumfabriken des kapitalistischen Alltags hielt und hält man die Arbeit auch gar nicht aus, weder physisch noch psychisch.

Gleichzeitig wird die Sehnsucht nach einem guten Leben beständig umgelenkt und eingeschränkt auf den Konsum von Waren.

Der Kampf für die Kontrolle über die Produktion mündete unter diesen Vorzeichen in eine geradezu lächerlich limitierte betriebliche Mitbestimmung. Der Wunsch, das Leben nicht für das Kapital zu vergeuden, sondern selbstbestimmt und solidarisch *sein* zu können, wurde in eine Nachfrage nach Waren umgemünzt. Die Gewerkschaften lassen das Management unbehelligt, im Austausch für Lohnerhöhungen oder jedenfalls einen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit – das ist der Deal des Fordismus und des Postfordismus.

Während auf den feudalen Feldern völlig klar war, wer wen ausbeutet, ist dies unter kapitalistischen Verhältnissen durch den sachlichen Charakter von Ware und Geld vernebelt. War der Bäuerin und dem Bauern im Feudalregime offenkundig, wann sie für sich produzierten und wann für ihren Herren, so schwant dies der Arbeiterin von heute in der Regel nur vage und erschließt sich vollständig überhaupt nur dem Blick der Analyse.

Wenn Gewohnheit und Anreiz nicht ausreichen, liefert in letzter Konsequenz der nackte Zwang, sich zu verkaufen, dem Kapital das Menschenmaterial der Verwertung. Der Verkauf der Arbeitskraft ist Verkauf von Lebenszeit, worin die Kapitalistenklasse das Kommando über die Arbeitskraft der Gesellschaft beansprucht. Sie lassen die Lohnabhängigen länger arbeiten, als es für deren eigenen Lebensunterhalt notwendig wäre. Die Mehrarbeit schafft Mehrwert, der Lohn jedoch ersetzt nur die für die Produktion der Lebensmittel der ArbeiterInnen notwendige Arbeitszeit und den damit geschaffenen Wert. Der Mehrwert fließt als Profit in die Taschen der Kapitalisten und wird im darauf folgenden Akkumulationszyklus dazu verwendet, die Basis der Ausbeutung zu erweitern, in anderen Worten, die Wirtschaftsleistung zu vergrößern.

Die soziale Substanz des Kapitals ist Arbeit. Die Herrschaft über die ArbeiterInnen erlaubt es den Kapitalisten, sich den Überschuss, der über das zum Leben Notwendige hinausgeht, anzueignen. Dies war immer schon der Zweck von Herrschaft. Das Kapital zeichnet sich allerdings durch zwei Besonderheiten aus. Erstens ist die persönliche Herrschaft der Kapitalisten, die sie über die Arbeitskraft im Unternehmen ausüben, in einen Gesamtzusammenhang eingebunden, den auch die Kapitalisten nicht kontrollieren: den Markt. Zweitens wird, durch den Markt erzwungen, der Überschuss, den sich die Kapitalisten aneignen, zum größten Teil wieder zum Zwecke weiterer Kapitalvermehrung investiert. Die Kapitalisten sind in diesem Sinne nicht nur die Treiber (der ArbeiterInnen), sondern ebenso Getriebene (in der Konkurrenz).

## **Der Zwang und Drang des Wachstums**

Das Wachstum des Kapitals und der von ihm bestimmten Produktion hat seine Ursache nicht in einem angeblich unersättlichen Konsum oder irgendeinem obskuren Drang des Menschen nach Wachstum. Seine wirkliche Ursache ist das tatsächlich unersättliche Streben nach Vergrößerung des Mehrwerts durch Ausdehnung der Herrschaft der Kapitalisten über die Lohnabhängigen.

Dieses Streben nach Wachstum des Kapitals ist aber nicht allein durch die persönlichen Neigungen der Kapitalisten bestimmt. Es wird vor allem durch die Konkurrenz erzwungen sowie durch den Klassenkampf. Beides treibt das Kapital dazu, die menschliche Arbeitskraft mit immer ausgeklügelteren Apparaturen zu kontrollieren – vom Fließband bis zum Controllingssystem – und ihre Produktivität zu erhöhen. Die Konkurrenz ist tief in das System der Marktwirtschaft eingelassen. Ein Markt oder, was nur ein anderes Wort dafür ist, eine Geldwirtschaft ohne Überlebenskonkurrenz ist grundsätzlich nicht möglich. Geld isoliert die Menschen voneinander und verhindert ein Handeln, das sich an gegenseitiger Anerkennung und Empathie orientiert. Praktisch zeigt sich das in der Konkurrenz um die Arbeitsplätze oder dem Kauf von unter miesesten Bedingungen produzierter Waren.

Diese Logik der Geldwirtschaft bedeutet unter anderem, dass die Menschen zwar eng voneinander abhängig sind, sie ihre Produktion aber dennoch nicht untereinander absprechen. Obwohl letztlich alle von allen abhängig sind und eine bewusste Planung dieses Zusammenhangs vernünftig wäre, stellt erst der Markt, der Verkauf der Produkte, fest, was als sinnvolle Arbeit anerkannt wird und was nicht. Der Markt, ein für konkrete Bedarfe abseits der Zahlungsfähigkeit ebenso blinder wie gegen die Menschen unerbittlicher Schiedsrichter, fällt damit auch ein Urteil darüber, wer an der Gesellschaft teilhaben darf und wer nicht.

Weil das so ist, müssen alle Marktakteure bestrebt sein, ihre Mitanbieter zu übervorteilen. Es ist ja gerade das Wesen des Marktes, dass es keine übergreifende direkte Kommunikation zwischen den Menschen gibt. Sie kommunizieren vermittelt von Geldtransaktionen, von wertgleichem Tausch. So werden sie einander zu unerbittlichen Feinden, ob sie dies wollen oder nicht. Konkret äußert sich diese strukturelle Feindschaft, die der Markt zwischen den Menschen stiftet, unter anderem darin, dass Unternehmen ihre Profite in die Steigerung ihrer Produktivität investieren. Tun sie das nicht, so haben sie früher oder später das Nachsehen gegenüber denen, die rechtzeitig ihre Produkti-

vität steigern und so einen höheren Profit erwirtschaften. Selbst wenn niemand eine Steigerung der Produktivität für sinnvoll hält, würde sie aus diesem strukturellen Grund dennoch realisiert.

Steigt die Produktivität der Arbeit, so werden in derselben Arbeitszeit mehr Waren hergestellt als vorher. Dies gelingt mithilfe von Maschinen, die Arbeitskraft ersetzen, indem sie wie ein Hebel die Kraft der Arme und Köpfe der ArbeiterInnen verstärken. Diese maschinelle Hebelwirkung benötigt freilich weiterhin Energie, die der Natur entnommen werden muss und heute überwiegend aus fossilen Stoffen gewonnen wird. In den üblichen Statistiken erscheint die Steigerung der Produktivität der Arbeit als Wirtschaftswachstum; der Jahreswert aller Güter und Dienstleistungen, das Bruttoinlandsprodukt, nimmt zu. Neben der Konkurrenz ist der Klassenkampf ein wichtiger Motor des Kapitalwachstums. Gelingt die Steigerung der Produktivität, so kann das Kapital Konsumansprüche der ArbeiterInnen ohne Einbuße beim Profit erfüllen. Es wächst sozusagen der Kuchen und alle Klassen können ein größeres Stück davon bekommen. Dies war ein wichtiger Damm gegen die Wogen des Klassenkampfes. So wurden etwa die radikalen Bestrebungen der 68er in Frankreich mit einer drastischen Lohnerhöhung abgefangen.

Neben dem *Zwang* zum Wachstum, den Konkurrenz und Klassenkampf ausüben, gibt es auch einen strukturellen *Drang* zum Wachstum. Dieser resultiert aus der Logik der Ware-Geld-Beziehung, die unter dem Regiment des Kapitals als eine Geldwirtschaft zur Dominanz gelangt. Geld unterscheidet sich von sich selbst nur der Menge nach. Während jedes konkrete Bedürfnis befriedigt werden kann – niemand ist, bis der Bauch platzt –, ist die Geldakkumulation schrankenlos.

Während es ausreicht, für eine Person aus einem Kilo Zutaten ein Kilo Brot für einen Tag zu machen, macht es keinen Sinn, mit 100 Euro 100 Euro zu verdienen; 101 Euro jedoch gelten als Erfolg, 99 sicher als Verlust; 10.000 Euro freilich machen einen satten Gewinn; 200.000 sind deutlich besser. Sobald alles, was zur Produktion benötigt wird, gekauft werden muss und alles, was produziert wird, verkauft werden muss, um den ArbeiterInnen wie den Kapitalisten die nächste Produktionsperiode und damit ihr persönliches Fortkommen zu ermöglichen, wirkt ein Wachstumsdrang, der keine Grenze kennt. Dem kann sich auch eine »solidarische Ökonomie« nicht entziehen, solange sie Geldwirtschaft und damit kapitalistisch bleibt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zwar existiert in einem solidarökonomischen Mikro-Zusammenhang – etwa einer Kooperative – idealerweise keine Lohnarbeit. Doch würden warenproduzierende Kooperativen konkurrieren, sie wären dem Wachstumszwang und -drang

Der Zins spielt dabei, anders als manche glauben, keine wesentliche Rolle. Er ist ein Abzug vom Gesamtprofit des Kapitals, ebenso wie die Aktiendividende. Kredit setzt ein Kapitalist ein, um die engen Grenzen des Eigenkapitals auszudehnen und auch mit fremdem Geld (noch mehr) Gewinn zu machen. Der Zins ist der »Preis« des als Kapital geliehenen Geldes und ein Anteil an der mit seiner Hilfe ausgepressten Mehrarbeit. Je höher er steigt, desto weniger rentiert sich die Reinvestition in den Produktionsprozess. Hohe Zinsen würgen daher das Wachstum des Kapitals – und damit ihre eigene Quelle – ab, während niedrige Zinsen es tendenziell befördern.

Das Kapital ruht nicht auf seinen eigenen Grundlagen, es kann auf sich selbst gestellt überhaupt nicht existieren. Es ist deshalb mit anderen Produktionsweisen vermittelt, die teilweise schon vor der kapitalistischen Produktionsweise bestanden oder aber sich zugleich mit ihr und in untergeordneter Position entwickelten: der subsistenten Produktion der Haushalte, der einfachen Warenproduktion der Kleinstunternehmen und Bauern (die vom Kapital abhängt) sowie der großen Zahl teilweise subsistent Produzierender im globalen Süden. In diesen nichtkapitalistischen Produktionsweisen sind Ansatzpunkte für eine Postwachstumsgesellschaft zu finden, sofern sie nicht strukturell an das Kapital gebunden sind (wie das bei der einfachen Warenproduktion der Kleinstunternehmen der Fall ist).

Die Schwäche dieser Produktionsweisen wurzelt unter anderem darin, dass die kapitalistische Produktionsweise sie für ihre Zwecke zurechtet. Sie sind auf das Kapital hin ausgerichtet, das wie ein organisatorisches Zentrum wirkt. Zum Beispiel findet keine Kooperation zwischen einzelnen Haushalten statt, während die Kapitalistenklasse zu einer Kooperation, wenngleich konflikthaft und partiell, über den Staatsapparat findet, der eine Art gesamtcapitalistisches Interesse zum Ausdruck bringt und teilweise durchsetzt.

## **Fossile Energien, Kapital und Land**

Das Kapital wird ab dem Punkt zur dominierenden Produktionsweise, wo es sich mit fossilen Energien verbindet, also in der Mitte des 19. Jahrhunderts zuerst mit der Kohle, dann zusätzlich mit dem Erdöl und später dem Erdgas. Erst fossile Energien ermöglichten das scheinbar endlose

---

unterworfen und es würde sich schließlich ein Arbeitsmarkt etablieren, die Anwendung der Ware-Geld-Beziehung auf den Menschen. Eine wirklich solidarische Ökonomie muss deshalb letztlich geldlos sein.

Wachstum des Kapitals durch Steigerung der Produktivität der Arbeit im Verlauf zunehmender Mechanisierung. Das hat Konsequenzen für die Frage, was nach dem Ende der billigen fossilen Stoffe kommt.

Fossile Stoffe, allen voran das Erdöl, weisen eine hohe Energiedichte (Energie pro Volumen) auf, sie hatten bis vor einiger Zeit einen großen Nettoenergieertrag (Energiegewinn pro eingesetzter Energie) und sind sehr leicht zu speichern und zu transportieren. Zudem liefern sie wichtige chemische Grundstoffe. Das Kapital verlangt für seine beschleunigte Vermehrung einen ständigen Nachschub immer größerer billiger Energieströme. Wenn dies aufgrund der fossilen Peaks nicht mehr möglich ist, gerät die kapitalistische Produktionsweise in Schwierigkeiten. Sie kann die soziale Kontrolle immer schlechter sichern, die Herrschenden werden beginnen, einen neuen Weg der Ausbeutung und sozialen Spaltung zu suchen.

Erneuerbare Energie hat vom Standpunkt des Kapitals aus viele Nachteile, weshalb sie bisher auch keine besondere Bedeutung für das Kapital gewonnen hat. Zudem ist der Aufbau erneuerbarer Energie- und Stoffsysteme bis auf absehbare Zeit sowohl stofflich in ihrer Produktion als auch vermittelt über die Profite, die deren Aufbau finanzieren, an die Nutzung fossiler Stoffe und von zum Teil seltenen Metallen gebunden. Wenn das Wachstum des Kapitals nachlässt, sein abstrakter ökonomischer Wert in der Krise zerstört wird und es auch rein physisch aufgrund nachlassenden fossilen Energienachschubs zum Teil unbrauchbar wird, gerät auch die Finanzierung der Energiewende in Schwierigkeiten. Angesichts einer solchen Sackgasse ist, wie in jeder schweren Krise des Kapitals, vermehrt mit staatlichem Autoritarismus, diesmal in Form einer Art von »ökologischer Kriegswirtschaft«, zu rechnen. Dies zeichnet sich bereits in der verschärften Konkurrenz um fossile und metallische Ressourcen ab, deren Handel auch militärisch abgesichert wird. Noch deutlicher zeigt sich diese Gefahr in der Welle einer Landnahme, dem *Landgrabbing*, worin das Kapital und Regierungen, die angesichts von Hungerrevolten um politische Stabilität besorgt sind, sich die entscheidende strategische Ressource des postfossilen Zeitalters unter den Nagel reißen wollen: Land.

Denn nach der Abholzung des »unterirdischen Waldes« kommt nun der oberirdische Wald an die Reihe – und dies ganz wörtlich. Die Ausdehnung der Agrotreibstoffproduktion in den Gebieten des globalen Südens – mit industriellen Energieplantagen, repressiven Regierungen und in untergeordneter Weltmarktposition – führt direkt und indirekt zu einem beschleunigten Verlust der letzten verbleibenden Regenwälder. Sie heizt so absurderweise den Klimawandel durch die Freiset-

zung des im Holz und in den Böden gebundenen Kohlenstoffs als CO<sub>2</sub> weiter an.

Das alles findet statt, während zur gleichen Zeit der Bedarf nach Nahrungs- und Futtermitteln durch eine wachsende Anzahl von Menschen und einen höheren Anteil von Fleisch- und Milchprodukten in der Ernährung zunimmt und durch den Klimawandel die Produktivität der Landwirtschaft regional zurückzugehen droht.

## Die große Krise

Die gegenwärtige Krise ist das Ergebnis dreier Tendenzen, die unterschiedlich weit in die Vergangenheit zurückreichen. Der Neoliberalismus war *erstens* eine Reaktion auf fallende Profitraten in den 1970er Jahren, die aus zunehmenden sozialen Kämpfen, einem rückläufigen Produktivitätswachstum und immer höheren Investitionskosten resultierten. Die Profitraten erholten sich in dieser Ära durch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen.

Die *zweite* Tendenz bestand in einer gleichzeitig in Reaktion auf die sinkenden Profitraten durchgesetzten Liberalisierung der Finanzmärkte, die eine zunehmende finanzielle Instabilität bewirkte. Die *dritte* bestand in einem Investitionsboom, der nach dem Platzen der Dot-com-Blase nach der Jahrtausendwende einsetzte und nun abgerissen ist. Ein wichtiger Grund dafür war die Stagnation der weltweiten Erdölförderung nach Mitte 2005 (Zittel 2010; 2011) und die daraufhin in die Höhe schießenden Erdölpreise, was eine *vierte*, neue und entscheidende Krisentendenz andeutet.

Der absehbare weitere Verlauf der gegenwärtigen Krise erhält seinen besonderen Charakter durch die ökologischen Beschränkungen, die bereits fühlbar sind. Stoffliche Verknappungen führen in Kombination mit einem höheren Förderaufwand vorhersehbar zu insgesamt längerfristig steigenden und periodisch explodierenden Ressourcenpreisen, insbesondere für fossile Energien, aber auch für wichtige Materialien, speziell Metalle. Die Profite von Unternehmen, die Ressourcen nicht produzieren, sondern einsetzen, werden also erstens durch die damit verbundene Verteuerung des Investitionsgüter- und Ressourceneinsatzes geschmälert. Die steigenden Ausgaben für Energie, aber auch für andere Konsumgüter, führen zweitens entweder zu steigenden Löhnen, sofern der materielle Standard gleich bleiben soll, was wiederum den Profit reduziert, oder aber zu einem Rückgang der Reallöhne, was zusätzliche Widerstände der Betroffenen provoziert.

Der Aufbau erneuerbarer Energien wird diese Große Energiekrise zwar dämpfen, keineswegs aber – wie viele glauben – verhindern können. Denn erstens erschweren sinkende Profite den Aufbau eines erneuerbaren Energiesystems, schließlich muss sich dieser genau aus diesen Profiten speisen.<sup>2</sup> Zweitens hängt er auf absehbare Zeit von nichterneuerbaren Ressourcen ab, die sich bereits verknappen.

Eine massive Destabilisierung der Ökonomie bei tendenzieller Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen wird auf absehbare Zeit eine Welle sozialer Kämpfe in den oberflächlich befriedeten kapitalistischen Metropolen hervorbringen. Gleichzeitig wird der Widerstand gegen die Aneignung von Land im globalen Süden in Form von Substitution fossiler durch biogene Treibstoffe hintertrieben – bei begrenzt vorhandenen Anbauflächen ist dies eine einfache Krisenlösung für das Kapital.

Zwar ist grundsätzlich nicht undenkbar, dass Lohnarbeit und damit das Kapital fortbesteht, während das gesellschaftliche Gesamtkapital konstant bleibt. Dies wäre auch die einzige Möglichkeit einer annäherungsweise stabilen Herrschaft nach dem Ende des fossilen Zeitalters. Allerdings würden wir damit auf eine neue Art von Ausbeutungsregime zusteuern, ohne Perspektive auf »Fortschritt« für eine angesichts von Ressourcenkrise und Klimawandel immer weiter verelendende ArbeiterInnenklasse. Der Profit würde nicht zur Erweiterung der Produktion, sondern nur mehr für Ersatzinvestitionen eingesetzt und ansonsten von den Kapitalisten für Luxusgüter ausgegeben. Die explodierenden sozialen Spannungen würden einen außerordentlich autoritären Staat erfordern, der den Rassismus verschärft und das Leben der Arbeitenden so überwacht, dass der Widerstand gegen die Ausbeutung schon im Ansatz erstickt wird. Diese Kontrolle müsste also einen nachgerade totalen Charakter haben, eine Kontrolle, die in der realen Welt menschlicher Triebkräfte und Widerständigkeiten wenig wahrscheinlich, jedoch seit langem Gegenstand von Schreckensvisionen in Romanform geworden ist. Diese ökologische Sicherheitsdiktatur hätte auch die Produktion zu planen. Andernfalls würde der Profit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt, was bei Nullwachstum des Ge-

---

<sup>2</sup> Löhne können nur zum geringen Teil für die Installation von z.B. Windrädern auf Dächern etc. verausgabt werden und sind darüber hinaus durch die Nachfrage nach Arbeitskräften bestimmt, die wiederum von den Profiterwartungen abhängt. Staatliche Investitionen hängen von der Besteuerung von Löhnen bzw. Konsumausgaben sowie von Vermögen und Kapital ab. Steuern sind ein Abzug vom Mehrwert und müssen längerfristig zurückgehen, wenn der Mehrwert (die Profitmasse) schrumpft. Der Staat kann sich verschulden, jedoch hat auch dies Grenzen, insbesondere in einer weltweiten Krisensituation.

samtkapitals nur in ein verallgemeinertes Hauen und Stechen münden kann. Ein Weltmarkt im heutigen Sinn ist unter solchen Bedingungen schwer vorstellbar.

## **Perspektive: Demonetarisierung**

Eine Postwachstumsgesellschaft wird eine Gesellschaft ohne Kapital und Staat sein müssen, wenn sie irgendeine Perspektive bieten will, die menschenwürdig ist. Die anwachsenden sozialen Kämpfe gilt es mit diesem Ziel zu verstärken und mit dem Aufbau einer Produktionsweise, die sich am konkreten Bedarf solidarisch orientiert und vom Geld entkoppelt ist, zu verbinden. Es ist verständlich, wenn an dieser Stelle die Frage nach konkreten wirtschaftspolitischen Ansatzpunkten auftaucht, die den Wachstumszwang und -drang aushebeln könnten. Häufig liegt das Problem freilich nicht darin, keine Antworten auf eine Herausforderung geben zu können, sondern in der Frage selbst. Ein neues Paradigma, das heißt eine historisch gänzlich neue Lebens- und Produktionsweise, lässt sich mit Wirtschaftspolitik gar nicht erreichen, weder mit der herkömmlichen noch mit einer neuen. Sie ist ein ungeeignetes Vehikel, um das Neuland der Postwachstumsgesellschaft zu betreten.

Schon der Begriff der Wirtschaftspolitik setzt voraus, dass es einen Staat gibt und eine Wirtschaft, die vom restlichen Leben abgeschnitten wird. Eine »Wirtschaft«, die man modellieren und teilweise steuern kann, gibt es jedoch nur bei Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise. Im selben Maße, wie das Kapital und damit die Geldwirtschaft, der Markt und der Staat verschwinden, verschwinden Preise, Profite, Löhne, Steuern, schlicht alle Größen, die die konkrete Vielfalt der Natur und Tätigkeiten gewaltsam über einen Kamm scheren und so etwas wie Wirtschaftspolitik überhaupt erst denkbar werden lassen.

Der Staat und seine Wirtschaftspolitik sind der Ausdruck viel weitergehender, tiefer liegender sozialer Beziehungen. Und genau dort ist der Schlüssel zur Postwachstumsgesellschaft zu suchen. Anstatt die Gesellschaft vom scheinbaren Angelpunkt der Regierung aus zu betrachten, anstatt auf sie »zu blicken wie ein Staat« – ein Blickwinkel, der, wie James Scott gezeigt hat, »darin versagte, das menschliche Leben zu verbessern« – gilt es, die spontane Selbstorganisation der Leute in den Vordergrund zu rücken, die vielfältigen Verbindungen und koordinativen Leistungen, die außerhalb des Staates, der verstaatlichten Gewerkschaften und der markt- wie staatsabhängigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) geschehen.

Die kapitalistische Produktionsweise, um es zusammenzufassen, ist durch drei Merkmale gekennzeichnet: *Erstens* die Existenz einer Marktwirtschaft, die auf dem Tausch von Wertgleichem beruht, anders gesagt: einer Geldwirtschaft; *zweitens* die Existenz eines Arbeitsmarktes, worin die Lebenszeit zur Ware wird; *drittens* die Existenz eines Staates, in dem die politische Herrschaft anonym wird und als ein Apparat, getrennt von der Gesellschaft, über ihr schwebend, erscheint. Dieser Staat ist auf dem Wege von Steuereinnahmen und Staatsverschuldung unmittelbar vom Kapital abhängig, egal ob eine Arbeiterpartei oder eine Kapitalistenfraktion an der Regierung ist.

Der Weg in eine Postwachstumsgesellschaft ist also eine Transformation, die den Markt zurückdrängt, den Arbeitsmarkt aufhebt und den Staat überwindet. Dies ist die Zielrichtung einer Strategie der Demonetarisierung. Solidarische Ökonomien und gemeingüterbasierte Produktionsweisen (Commons) bieten uns dafür Ansatzpunkte. Während es in der kapitalistischen Produktionsweise darum geht, aus Geld mehr Geld zu machen, dreht sich eine Demonetarisierung um die Vermehrung von Commons auf der Basis von Commons und die damit einhergehende Zurückdrängung der auf Geld gebauten Strukturen.

Solange der Markt regiert, müssen die Mittel einer solchen Produktionsweise entweder gekauft oder durch Besetzung angeeignet werden. Ein dritter, auf den ersten beiden Optionen basierender Weg ist der interne Aufbau, etwa im Rahmen einer Produktivgenossenschaft. Entscheidend ist neben der Aneignungsfrage der Produktionsmittel jene der Verteilung der Produkte und der Koordination der Produktion. Beide Aufgaben müssen aus dem Markt »entbettet« werden, durch Gremien der Kooperation. Das geschieht in direkten, dauerhaften Lieferbeziehungen, wie sie in Ansätzen in Gestalt solidarischer Produktionsketten existieren, aber in viel größerem Umfang zwischen Stadt und Umland oder zwischen verschiedenen Kommunen, ja sogar Weltregionen denkbar wären.

Der Arbeitsmarkt wird in zwei Schritten aufgehoben, wovon der erste bereits im Rahmen von Betriebsbesetzungen oder Genossenschaftsgründungen verwirklicht wird, nämlich wenn das Management abgesetzt und ein Unternehmen in die Hand der ArbeiterInnen überführt wird. Es ist jedoch notwendig, im zweiten Schritt die Kooperation der Betriebe und Projekte zu entwickeln.

Anders kann eine Alternative zu einem Genossenschaftskapitalismus, der die Probleme der üblichen Form kapitalistischer Produktion nur fortschreiben würde, nicht entstehen. In diesem Prozess muss auch die willkürliche und zerstörerische Spaltung in »Betrieb« und »Haus-

halt«, die ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise ist, aufgehoben werden.

Der Staat kann im selben Maße verschwinden, wie die gesellschaftliche Selbstorganisation sinnvolle Kompetenzen und Ressourcen aus seinem Apparat herauslöst. Dies geschieht, wenn z.B. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sich selbst zu verwalten und auf eine demonetarisierete Sphäre zu beziehen beginnen, das heißt ihre Aktivitäten darauf ausrichten und ihre notwendigen Vorprodukte daraus gewinnen. Der Staat wird überflüssig im selben Maße, wie das Privateigentum an Produktionsmitteln überwunden wird. Strategisch scheint dabei die Frage einer parallelen Bewegung sozialer Kämpfe und einer »revolutionären Partei der Selbstauflösung« relevant. Vielleicht zeigen Beispiele aus Lateinamerika (Bolivien, Venezuela) hier neue Wege auf (Buttkeireit 2010). Jedenfalls bedeutet die Einsicht, den Staat überwinden zu müssen, nicht, ihn als Faktor, der unsere sozialen Beziehungen zutiefst strukturiert, außer Acht zu lassen. Vorrangig ginge es darum, die Repressionsmacht des Staates abzubauen und seine innere Selbstauflösung zugunsten Solidarischer Ökonomien bewusst voranzutreiben.

Die Strategie der Demonetarisierung läuft nicht auf eine Dualwirtschaft hinaus, in der eine geldlose Sphäre der Kooperation mit der Marktwirtschaft friedlich koexistiert. Dies ist schon aufgrund der objektiven Krisenprozesse, denen das Kapital mit vermehrter Repression und Ausbeutung begegnet, nicht möglich. Kapital und Staat sind darüber hinaus aufgrund ihrer inneren Logik expansiv und unduldsam. Allerdings ist Demonetarisierung insgesamt auch keine sprunghafte Veränderung. Wesentlich ist, dass der Markt an seiner Ausweitung gehindert und schließlich zurückgedrängt wird, indem die Ressourcen, die ihm eine Demonetarisierungsbewegung entzieht, nicht im selben Ausmaß wieder in ihn zurückgespeist werden.

Die Schnittstelle zwischen demonetarisierendem und marktwirtschaftlichem Sektor (die zum Teil innerhalb der Individuen selbst verläuft, etwa wenn demonetarisierete Produktion durch bezahlte Jobs ermöglicht wird) erfordert daher eine strategische, organisierte Koordination, um die Strukturen von Kapital und Staat bewusst auszuhungern und fortschreitend zu schwächen. Dabei sind starke Synergien denkbar, etwa wenn Lohnforderungen mit dem expandierenden demonetarisiereten Sektor im Rücken so hochgeschraubt werden können, dass kapitalistische Unternehmen bankrott gehen und nachfolgend durch Besetzung oder billigen Kauf mithilfe einer »strategischen Kasse« demonetarisierter Organisation in den nichtmonetären Sektor überführt werden können.

Nachdem die Demonetarisierung das Herrschaftsinteresse existenziell angreift, darf man nicht erwarten, von der Kapitalistenklasse und den ihr dienstbaren Gewerkschaften oder dem Personal des Staates freudig dabei empfangen zu werden. Vermutlich werden eine solche Bewegung, sollte sie sich herausbilden, mehr die erwachende transnationale Bäuerinnen- und Bauernschaft des globalen Südens und die Menschen an den Rändern des kapitalistischen Weltsystems voranbringen als die nach rund 150 Jahren vom Kapital vereinnahmte ArbeiterInnenklasse des Nordens. Überraschungen sind freilich möglich.

## Literatur und Links

<http://demonetize.it>

Buttkereit, Helge (2010): Utopische Realpolitik – Die Neue Linke in Lateinamerika, Bonn.

Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien.

Zittel, Werner (2010): Teilbericht 1: Ressourcen. Assessment der Verfügbarkeit fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas, Kohle) sowie von Phosphor und Kalium. Studie »Save our Surface« im Auftrag des Österreichischen Klima- und Energiefonds. Arbeitspaket 2 – Globale und regionale Rahmenbedingungen, [www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page\\_id=105](http://www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page_id=105) (Zugriff 3.3.2011).

Zittel, Werner (2011): Verfügbarkeit endlicher Ressourcen. Projekt »Save our Surface«, AP2 – Globale Rahmenbedingungen. Präsentation Stakeholderworkshop, [www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page\\_id=105](http://www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page_id=105) (Zugriff 3.3.2011).

Niko Paech

## **Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum zur Postwachstumsökonomie**

Die Wachstumsfrage als blinder Fleck innerhalb der Wirtschaftswissenschaften

Im Gegensatz zur regierungsamtlichen Wachstumsbeschleunigungsrhetorik gewinnt eine neu entfachte Debatte an Schwung, die sich kritisch mit dem Wachstumsdogma auseinandersetzt. Sie firmiert unter Begriffen wie *Wirtschaft jenseits von Wachstum* (Daly 1999), *La decrescita felice* (Pallante 2005), *Décroissance* (Latouche 2006), *Postwachstumsökonomie* (Paech 2008; 2009), *Degrowth* (Jackson 2009), *Vorwärts zur Mäßigung* (Binswanger 2009), *Exit* (Miegel 2010) und *Postwachstumsgesellschaft* (Seidel/Zahrnt 2010), um nur einige der Beiträge zu nennen. Im Folgenden soll der Blick auf das Konzept der »Postwachstumsökonomie« gerichtet werden. Dieses wurde im Jahr 2007 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg anlässlich der Eröffnung des Archivs für Geld- und Bodenreform erstmals einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Es folgten zahlreiche Konferenzvorträge, Publikationen sowie eine eigens diesem Thema gewidmete, jedes Semester stattfindende Ringvorlesung (siehe Abbildung 1).

Ergänzend wurde für den an der Universität Oldenburg beheimateten Masterstudiengang *Sustainability Economics and Management* (SEM) die als Vorlesung und Seminar konzipierte Lehrereinheit Postwachstumsökonomie geschaffen ([www.postwachstumsoekonomie.org](http://www.postwachstumsoekonomie.org)).

Auf alle Facetten der Postwachstumsökonomie einzugehen, würde diesen Beitrag sprengen. Stattdessen sollen zwei Schlussfolgerungen an den Anfang gestellt werden, die sich aus dem Scheitern bisheriger Anläufe, das Wachstumsdogma zu hinterfragen, ziehen lassen:

- Solange die Hoffnung, dass ökonomisches Wachstum bei hinreichend innovativen Technikentwicklungen von Ressourcenverbräuchen und Umweltschäden entkoppelt werden kann – also ein so genanntes qualitatives, entmaterialisiertes oder dekarbonisiertes Wachstum prinzipiell für möglich gehalten wird –, nicht als Schimäre entlarvt ist, besteht für die Akzeptanz, geschweige denn Durchsetzbarkeit wachstumskritischer Positionen nicht der Hauch einer Chance.

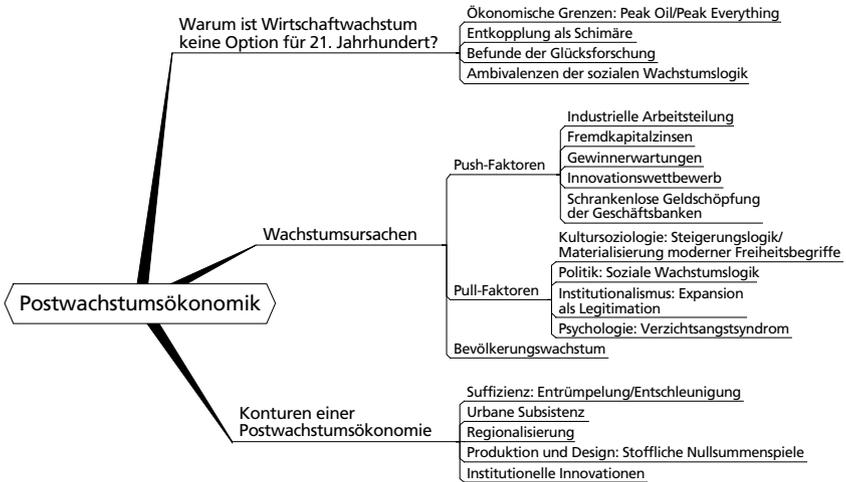
- Ohne vorherige Analyse und Systematisierung von Wachstumsursachen kann eine Postwachstumsökonomie nicht als fundiertes, in sich geschlossenes Konzept entwickelt werden. Konturen wachstumsunabhängiger Versorgungssysteme werden erst verständlich, wenn sie aus der Negation struktureller Expansionstreiber abgeleitet werden.

## **Der steile Weg vom Entkopplungsmythos zur Postwachstumsökonomie**

Die beharrliche Verteidigung der Wachstumsideologie klammert sich an jeden Strohalm, der kraft Fortschrittsoptimismus eronnen und mit wissenschaftlichem Segen ausgestattet werden kann. Was sich vormalis »exakte Wissenschaft« nannte, ist längst einem diffusen Geflecht aus gefälligen Prognosen und Erwartungen gewichen. Der Siegeszug einer allgemeinen Innovationsorientierung definiert Nicht-Wissen bezogen auf eine offene Zukunft, insbesondere das nicht kalkulierbare Hervorbringen noch unerschlossener Modernisierungschancen, allen Ernstes in eine wissenschaftliche Tugend um. Die solchermaßen institutionalisierte Beschwörung positiver Überraschungen bietet auch dem haltlosesten Wunschenken Raum und schafft Rechtfertigungen dafür, jeden beliebigen Status quo an zerstörerischen Konsum- und Mobilitätspraktiken beizubehalten. Denn verantwortlich für die Unvereinbarkeit von materieller Selbstverwirklichung und Nachhaltigkeit, die nach dieser Logik nur vorübergehend sein kann, ist kein individuelles Subjekt, sondern der trotz aller Anstrengungen leider noch nicht eingetretene Fortschritt, der das Dilemma zumutungslos lösen soll.

Die in diesem Sinne verklärten Entkopplungsvisionen sind dem Science-Fiction-Genre im Hinblick auf Prosa und inhaltliche Seriosität verblüffend ähnlich. Sie reichen von atemberaubenden Steigerungen der Ressourcenproduktivität um den »Faktor 10«, stofflichen Perpetua mobilia vom Typ *Cradle-to-Cradle*, nachwachsender Bioenergie, emissionsfreien Wasserstoffantrieben für Flugzeuge, einem »Internet der Dinge«, *Carbon Capture and Storage* (CSS), einer solaren Weltwirtschaft dank »Desertec« bis hin zum Geo-Engineering. Darüber wussten schon Jules Verne, Ray Bradbury, Aldous Huxley, J. R. R. Tolkien, Philip K. Dick, Stanislaw Lem und Co. zu fantasieren, interessanterweise in kritischer Distanz zum grassierenden Fortschrittstaumel. Im Vergleich dazu nimmt sich die zeitgenössische Nachhaltigkeitsforschung, derzufolge eine ökologische Modernisierung, ein Green New Deal oder eine »dritte industrielle Revolution« wachsenden Wohlstand ohne Gefähr-

## Abbildung 1: Aufbau der Postwachstumsökonomik



derung der Lebensgrundlagen ermöglichen könne, wie naiver Machbarkeitswahn aus.<sup>1</sup>

Warum tun sich BürgerInnen moderner Gesellschaften, die sonst nicht müde werden, auf die Errungenschaften von Rationalität, Säkularisierung und Bildung zu verweisen, einen derartigen Realitätsverlust an? Ganz einfach: Weil sie längst ahnen, was sie sich erst antäten, wenn mit Nachhaltigkeit, beispielsweise im Klimaschutz, Ernst gemacht würde. Auch der zur Ersatzhandlung degenerierte, bislang absolut folgenlose, aber gerade deshalb in jeder Postille, Sonntagsrede und sogar noch in den Abfertigungshallen von Ryanair, easyJet etc. so intensiv geführte Klimadiskurs produziert lästige Gewissheiten, die sich nicht rückstandslos verdrängen lassen. Folgt man dem so genannten Budgetansatz vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009), so würde die Erreichung des 2-Grad-Klimaschutzzieles bedeuten, dass jedem Erdbewohner für den Zeitraum von 2010 bis 2050 jährlich noch 2,7 Tonnen CO<sub>2</sub> zur Verfügung stünden, zumindest unter Wahrung von Klimagerechtigkeit.<sup>2</sup> Allein eine Flugreise nach New York (und zurück) verursacht ca. 4,2 Tonnen CO<sub>2</sub>. Der

<sup>1</sup> Anstelle der Armada an theoretischen und empirischen Darlegungen zum kläglichen Scheitern der Entkopplungsstrategie, die sich hier einfügen ließe, wird auf weiterführende Quellen verwiesen: vgl. z.B. Paech (2005: 193ff.; 2009a) und Jackson (2009: 67ff.).

<sup>2</sup> Vgl. [http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu\\_sn2009.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf).

durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Rucksack für Ernährung beläuft sich in Deutschland auf 1,65 Tonnen pro Jahr. Wohnen, Autofahren, Konsum, Telekommunikation etc. sind damit noch nicht einmal erfasst. Die durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Bundesbürgers wird derzeit auf knapp elf Tonnen pro Jahr geschätzt.

Eben dieses Wissen um die Widersprüche zwischen Reden und Handeln bedroht die Rechtfertigung eines liebgewonnenen Lebensstils. Wenn es nur darum ginge, eine überschaubare Elite dekadenter Snobs in die Schranken eines weltweit übertragbaren Lebensstils zu weisen, wäre die notwendige politische Mehrheit nicht weit. Aber inzwischen sind die Elemente einer ökologisch desaströsen Daseinsform schlicht so erschwinglich geworden, dass sie sich gesellschaftsweit verbreiten konnten. Gemessen am Imperativ globaler Fairness auf Basis individueller CO<sub>2</sub>-Bilanzen kann im konsumtiven Steigerungsspiel der industrialisierten Hemisphäre kaum mehr jemand für sich reklamieren, nur Opfer und nicht zugleich Täter zu sein. Insoweit aber Klimaschutz der Mehrheit etwas abverlangen müsste, wird die geteilte Angst vor dem Weniger – »Angst essen (ökologische) Seele auf« (Paech 2007) – leicht zu einem letzten Konsens, der die an Wachstum gewöhnte Gesellschaft noch zusammenhält. Wie gut die blumigen Entkopplungsvisionen auf diesem Nährboden gedeihen konnten, versteht sich von selbst.

Nun wenden sich die VertreterInnen der neuen Wachstumskritik mit erfrischender Eindeutigkeit gegen den Entkopplungsmythos. Aber ziehen sie auch die notwendigen Konsequenzen in Form einer Aufgabe landläufiger Wohlstandsversprechungen? Es wird spannend zu beobachten sein, welche Richtung der wachstums skeptische Zug, auf den derzeit Teile der Nachhaltigkeitsszene – zumindest dem Lippenbekenntnis nach – eiligst aufspringen, am Ende nimmt. Denn das Kunststück, eine in sich schlüssige Postwachstumsökonomie zu fordern, ohne das geneigte Publikum mit unbequemen Wahrheiten zu überfordern, entspräche einer Quadratur des Kreises. Nicht nur deshalb spricht vieles dafür, dass dem Gros der neuen Wachstumskritiker lediglich eine Art Entkopplungs-Update vorschwebt. Nachdem es bislang darum ging, wirtschaftliches Wachstum kraft technischer Innovationen von ökologischer Degradation zu entkoppeln (Entkopplungsvision I), könnte sich nun als vermeintlich geläuterte, jedoch nicht minder kuschelige Konstruktion durchsetzen, das konsumbasierte Wohlstandsmodell vom Wachstum abzukoppeln (Entkopplungsvision II). Aber genau das kann nicht funktionieren.

## **Das Fremdversorgungssyndrom als ein Dreh- und Angelpunkt der Wachstumsfrage**

Strukturelle Wachstumsabhängigkeit resultiert aus einer perfekten Verzahnung von industrieller Arbeitsteilung auf der Angebotsseite und vollständiger Fremdversorgung auf Seiten der Haushalte. Indem die Letzteren jede Autonomie und Fähigkeit zur Selbstversorgung zugunsten eines spezialisierten Arbeitsplatzes aufgeben, der ein monetäres Einkommen mit höherer Kaufkraft verspricht, begeben sie sich in multiple Abhängigkeiten. Wenn Bedürfnisse, die vormals durch handwerkliche Tätigkeiten, Eigenarbeit, Subsistenz, lokale Versorgung und soziale Netzwerke befriedigt wurden oder denen schlicht mit Entsagung begegnet wurde, Zug um Zug durch Produkte, Dienstleistungen und Komfort generierende Automatisierung/Mechanisierung abgedeckt werden, ist die Existenzsicherung schicksalhaft einer geldspeienden Wachstumsmaschine ausgeliefert. Das vollständig fremdversorgte Individuum benötigt den Zugriff auf nie versiegende Geldquellen, die durch Erwerbsarbeit im Industrie- und Dienstleistungssektor, Unternehmensgewinne oder staatliche Transferleistungen gespeist werden.

Der solchermaßen geprägte homo consumens müsste aussterben, wenn alle Supermärkte der Welt vier Wochen lang geschlossen wären, weil ihm jegliche Fähigkeit, auf Basis eigener Leistungen oder lokaler Ressourcen zum Erhalt menschlicher Daseinsgrundfunktionen beizutragen, abhanden gekommen ist. Die Geldabhängigkeit wächst mit kulturell induzierten Ansprüchen an materielle Selbstverwirklichung und damit einer stetigen Anhebung des monetären Versorgungsminimums, also dessen, was als Armut- oder Zumutbarkeitsgrenze deklariert wird. Wenn jedes Strukturieren von Zeit den Abruf irgendwelcher Fremdversorgungsleistungen voraussetzt, geht das Soziale komplett im Ökonomischen auf. Folglich kann sich auch sozialer Fortschritt nur als ökonomische Expansion artikulieren, ganz gleich, ob die extern zugeführten Leistungen vom Markt oder vom Staat abgerufen werden. Landläufiger Kapitalismuskritik entzieht sich dieses Phänomen, denn das damit assoziierte Freiheits- und Wohlstandsideal findet sich nicht minder in marxistisch grundierten Zukunftsentwürfen.

Die Systemlogik der Fremdversorgung lässt nur Nachhaltigkeitslösungen zu, die entweder in technischen Innovationen zwecks Steigerung der ökologischen Effizienz (z.B. 3-Liter-Autos, Passivhäuser) bzw. Konsistenz (z.B. erneuerbare Energien, geschlossene Stoffkreisläufe) auf Seiten der Produktion – also durch reine Entkopplung – bestehen oder auf »nachhaltigem Konsum« beruhen, der momentan hoch im Kurs

steht. Gefordert wird eine »Einkaufsrevolution« (Busse 2006) – Hauptsache einkaufen, denn »Shopping hilft die Welt verbessern« (Grimm 2006). »König Kunde« (Pötter 2007) möge doch bitte sein Land nicht ruinieren, sondern lieber Bionade im Passivhaus trinken. Die Vielfalt an nachhaltigen Konsumangeboten explodiert. Überall werden kaufkräftige und -willige Anhänger der LOHAS-Bewegung geortet. Die »Moralisierung der Märkte« (Stehr 2007) beschert ungeahnte Verkaufsschlager. Ein pfiffiger Dienstleister namens »atmosfair« wirbt mit »klimabewusst fliegen«. Dieser als nachhaltig etikettierte Strukturkonservatismus zielt augenscheinlich darauf, das konsumierende Lebewesen innerhalb unveränderter Versorgungsmuster bequem in einen neuerdings mit nachhaltigen Objekten ausgestatteten Kontext umzubetten. Aber damit ist das Lösungsspektrum genauso verengt – und zum Scheitern verurteilt – wie im Falle einer Strategie, die von vornherein zu erkennen gibt, bei unangetasteter Wachstumsorientierung auf bloße Entkopplung durch technischen Wandel zu setzen.

Warum bilden Fremdversorgungssysteme überdies eine Ursache für strukturelle Wachstumszwänge? Weil sie darauf beruhen, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu vergrößern. Dies ist nötig, um die quantitativen sowie qualitativen Steigerungspotenziale einer arbeitsteiligen Wertschöpfung zu entfesseln und in Zuwächse der Güterversorgung zu transformieren. Wenn Produktion, die vormals an einen Standort gebunden war, in viele isolierte Fertigungsstufen zerlegt wird, können diese flexibel und ortsungebunden je nach Kosten- oder Qualitätsvorteilen verschoben werden. Diese Zerlegung erlaubt das Abschöpfen von Spezialisierungsgewinnen, die zu sinkenden Stückkosten führen.

Aber jede Spezialisierungsstufe muss vor der Produktionsphase die benötigten Inputfaktoren finanzieren, also investieren. Das dazu benötigte Fremdkapital kostet Zinsen; Eigenkapital verlangt nach einer hinreichenden Rendite. Folglich muss in jeder Periode ein entsprechender Überschuss erwirtschaftet werden. Das zur Stabilisierung des Gesamtprozesses erforderliche Wachstum steigt also mit zunehmender Spezialisierung, das heißt mit der Anzahl eigenständiger Betriebe und dem notwendigen Überschuss, um das Risiko des Investors mindestens zu kompensieren. Dieses Risiko steigt obendrein mit zunehmender Komplexität, also Anzahl, Distanz und Anonymität der Produktionsstätten.

Daraus lassen sich Ansatzpunkte für eine Milderung von Wachstumszwängen ableiten. Weniger Spezialisierungsstufen zwischen Produktion und Verbrauch reduzieren zwar die ökonomische Effizienz – wohl-

gemerkt bei Vernachlässigung externer Effekte –, aber gleichermaßen den Wachstumszwang, weil die Summe nötiger Kapitalzinszahlungen und Gewinne damit sinkt. Kurze Wertschöpfungsketten etwa im Sinne einer Lokal- oder Regionalwirtschaft schaffen außerdem Nähe und damit Vertrauen, welches eine weniger zinsträchtige Kapitalbeschaffung ermöglicht.

Das Prinzip der Genossenschaftsbanken beruht beispielsweise auf hoher Transparenz und unmittelbarer Beziehung zwischen Kapitalgeber und -nehmer. Dies senkt das durch hohe Zinsen/Renditen abzudeckende Anlagerisiko. Ein weiterer Effekt kleinräumiger Ökonomien besteht darin, dass Anleger stärkeren Einfluss auf die Verwendung ihres Kapitals nehmen können. Wer sein Geld einem Unternehmen überlässt, dessen Zweck – etwa ökologischer Landbau oder soziales Engagement – er selbst ebenfalls vertritt, wird tendenziell geringere Zinsen fordern. Dies entspräche keinem Verzicht, sondern dem Gegenwert für eine höhere ethische Qualität der Anlage.

Regionale Komplementärwährungen wie der Chiemgauer können eine solche Entflechtung unterstützen, denn sie verkürzen die Wertschöpfungskette, weil sie lediglich innerhalb eines begrenzten Radius gültig sind. Zusätzlich mindern sie den Wachstumszwang, wenn sie mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen sind. Die kürzeste Wertschöpfungskette entspräche der Subsistenz. Wer beispielsweise gemeinsam mit anderen einen Gemeinschaftsgarten betreibt, trägt zu einem Versorgungsmuster bei, das kein Geld, keinen Gewinn, keinen Zins und folglich keinen Wachstumszwang kennt.

## **Fünf Schritte zur Postwachstumsökonomie**

Die Postwachstumsökonomie ist das Resultat eines schrittweisen Rückbaus industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme und Infrastrukturen.

a) Suffizienz: Manche Konsumaktivitäten können, statt in Objekte der Selbst- oder Regionalversorgung transformiert zu werden, ersatzlos entfallen. Das Suffizienzprinzip verinnerlicht die Antithese zur Steigerungslogik konsumtiver Selbstverwirklichungsansprüche: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Es geht darum, Wohlstandsschrott auszumustern, der nur unser Leben verstopft, obendrein Zeit, Geld, Raum sowie ökologische Ressourcen beansprucht. Dafür liefert eine neue »zeitökonomische Theorie der Suffizi-

enz« (Paech 2010) längst Beweggründe jenseits moralischer Imperative. In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die niemand mehr bewältigen kann, werden Reduktion, Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz. Das zunehmend »erschöpfte Selbst« (Ehrenberg 2004) verkörpert die Schattenseite einer Jagd nach Glück und Selbstinszenierung, die in Stress umschlägt. Was hier noch wächst, ist der Markt für Antidepressiva. Auch wenn Suffizienz eher das Resultat eines kulturellen Wandels darstellen dürfte, sind unterstützende Rahmenbedingungen denkbar, die von Maßnahmen der Nachhaltigkeitskommunikation und -bildung bis zum Verbot von kommerzieller Werbung reichen können.

b) Subsistenz: Wer von monetär basierter Fremdversorgung abhängig ist, lebt stets in der Furcht, Globalisierungsoffer zu werden, wenn Firmen schließen, Löhne sinken oder Preise steigen. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen, vor allem handwerkliche Tätigkeiten. Durch eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auf durchschnittlich 20 Stunden ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, urbane Subsistenz (Dahm/Scherhorn 2007), Community-Gärten (Meyer-Renschhausen 2004), Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würden zu einer graduellen De-Globalisierung (Bello 2005) verhelfen.

c) Regionalökonomie: Viele Bedürfnisse ließen sich durch regionale Märkte bis hin zu einer *Community Supported Agriculture* (CSA) ([www.entrup119.de](http://www.entrup119.de)) befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalen Abhängigkeiten befreien. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

d) Stoffliche Nullsummenspiele: Infolge der obigen Strategien bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex in etwa nur noch halb so groß zu sein, zumindest wenn die durchschnittliche Erwerbsarbeit auf etwa 20 Stunden reduziert würde. Zudem wäre der Rest an industrieller Struktur so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nut-

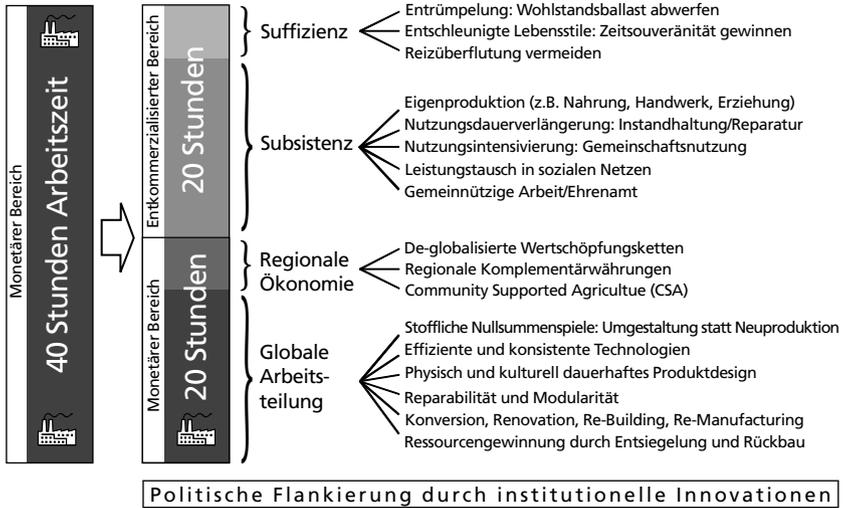
zungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung (Paech 2005: 447ff.). Klassische Produzenten würden durch Anbieter abgelöst, die nicht an einer weiteren Expansion der materiellen Sphäre, sondern an deren Aufarbeitung und Optimierung orientiert wären. Durch Maßnahmen des Erhalts, der Wartung und vorbeugender Verschleißminderung würden sie die Lebensdauer und Funktionsfähigkeit des Hardwarebestandes verlängern.

Durch Reparaturdienstleistungen würden defekte Güter seltener ausrangiert; durch Renovationsstrategien des Typs Umbau statt Neubau würde aus vorhandenen Gütern weiterer Nutzen extrahiert, in dem diese funktional und ästhetisch an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst würden und somit möglichst lange im Kreislauf einer effizienten Verwendung verblieben. Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Reduktion der Neuproduktion beitragen.

Ein Beispiel: Wenn es gelänge, die durchschnittliche Nutzungsdauer von Notebooks kraft obiger Maßnahmen zu verdoppeln, könnte deren Produktion halbiert werden, ohne die Verfügbarkeit der Konsumfunktionen zu schmälern. Infolge reduzierter Neuanschaffungen würde weniger Einkommen, also auch weniger Arbeitszeit benötigt. Dies wiederum hieße, dass Zeit verfügbar wird, durch Eigenarbeit Leistungen zu erbringen, die vormals finanziert werden mussten, was weitere finanzielle Entlastungen impliziert. Damit schließt sich ein Kreis zum Schritt b), denn Subsistenz verhilft nicht nur zu mehr Autonomie, sondern spart Geld. Obendrein kann sie in produktiven, insbesondere handwerklichen Beiträgen bestehen, durch die Industrieprodukte im obigen Sinne selbsttätig instand gehalten und repariert werden. Das oft zu vernehmende Argument, dass eine Halbierung der Erwerbsarbeit und folglich der Produktion den materiellen Wohlstand halbiert, ist also nicht haltbar. An die Stelle materieller Ressourcen, die bislang zur Neuproduktion eingesetzt wurden, treten drei dekommodifizierte Ressourcen: (1) eigene handwerkliche Fähigkeiten zur Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung, (2) Zeit, die dazu nötig ist und (3) soziale Interaktionen zwecks Gemeinschaftsnutzung.

e) Institutionelle Innovationen: Verschiedene, hier nur skizzenhaft und unvollständig genannte Rahmenbedingungen könnten die Postwachstumsökonomie unterstützen: Boden-, Geld- und Finanzmarktformen würden systemimmanente Wachstumszwänge mildern. Regionalwährungen könnten mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen werden. Veränderte Unternehmensformen könnten die Gewinndynamik dämpfen. Der Subventions-

## Abbildung 2: Suffizienz, Subsistenz, Regionalökonomie, stoffliche Nullsummenspiele und institutionelle Innovationen als Basis der Postwachstumsökonomie.



dschung könnte durchforstet werden, um gleichermaßen ökologische Schäden und öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Infrastrukturen wären sinnvoll. Insbesondere Industrieparkanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären zu entsiegeln und zu renaturieren. Ansonsten können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologie zu reduzieren. Weiterhin ließen sich Rebound-Effekte eindämmen, wenn der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff endlich durch individuelle CO<sub>2</sub>-Bilanzen konkretisiert würde. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2,7 Tonnen), das übertragbar sein könnte. Unternehmen wären zu verpflichten, alle Produkte mit dem CO<sub>2</sub>-Footprint entlang des gesamten Lebenszyklus zu kennzeichnen.

## Ausblick

Aber das kann doch niemand wollen, lautet der erste Einwand. Schon richtig: Endogene Potenziale einer Transformation, die auch nur ansatzweise dem obigen Programm entspricht, sind bestenfalls innerhalb lokaler Projekte oder experimentierfreudiger Milieus anzutreffen.<sup>3</sup> Weder ein soziokultureller Umschwung noch entsprechende demokratische Politikentscheidungen sind momentan absehbar. Was aber, wenn die Konsumparty demnächst durch derart eklatante und anhaltende Ressourcenverknappungen (Heinberg 2007) erschüttert wird, dass als einzig stabilisierbares und global übertragbares Reaktionsmuster nur die hier skizzierte Postwachstumsökonomie verbleibt? Längst geht es nicht mehr nur um die proaktive Rettung der Welt, sondern mehr noch um ökonomischen Selbstschutz (»Resilienz«). Wer frühzeitig übt, mindert den Aufprall, der kaum noch zu verhindern zu sein scheint. Die enorme Verwundbarkeit jenes zu komplex gewordenen geld- und wachstumsabhängigen Kartenhauses, das wir Wohlstand nennen, ist zugleich die Chance seiner Überwindung.

## Literatur

- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Binswanger, Hans-Christoph (2009): Vorwärts zur Mäßigung, Hamburg.
- Busse, Tanja (2006): Die Einkaufsrevolution, München.
- Dahm, Daniel/Scherhorn, Gerhard (2008): Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands, München.
- Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum, Salzburg/München.
- Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst, Frankfurt a.M.
- Grimm, Fred (2006): Shopping hilft die Welt verbessern. Der andere Einkaufsführer, München.
- Heinberg, Richard (2007): Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet, London.
- Latouche, Serge (2006): Le pari de la décroissance, Paris.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2004): Unter dem Müll der Acker: Community Gardens in New York City, Frankfurt a.M.
- Miegel, Meinhard (2010): Exit – Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Paech, Niko (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum, Marburg.

---

<sup>3</sup> Aktuell hervorzuheben ist die sog. »Transition-Town«-Bewegung.

- Paech, Niko (2007): Angst essen (ökologische) Seele auf, in: Lang, Eva/Busch-Lüty, Christiane/Kopfmüller, Jürgen (Hrsg.): Wiedervorlage dringend: Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit, München.
- Paech, Niko (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 45/158-159, S. 10-19.
- Paech, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 46/160-161, S. 28-31.
- Paech, Niko (2009a): Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 13, S. 84-93.
- Paech, Niko (2010): Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 47/166-167, S. 33-40.
- Pallante, Maurizio (2005): La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL, Roma.
- Pötter, Bernhard (2005): König Kunde ruiniert sein Land: Wie der Verbraucherschutz am Verbraucher scheitert, München.
- Seidel, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft, Marburg.
- Stehr, Nico (2007): Die Moralisierung der Märkte, Frankfurt a.M.

# Barbara Muraca/Tanja von Egan-Krieger

## **Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum**

### **Einleitung**

WachstumsverfechterInnen betonen, dass ökonomisches Wachstum historisch das wirksamste Mittel war, um Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen, und immer noch eine wesentliche Bedingung dafür ist. *Degrowth*-AnhängerInnen halten dagegen, dass gerade das Wachstumsdiktat an der Wurzel sozialer Ungerechtigkeit steht, sowohl auf regionaler, nationaler und globaler Ebene als auch bezogen auf die Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen. Die Krise der an Wachstum orientierten Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur wird demnach als eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit wahrgenommen. Das Motto der *Degrowth*-Bewegung lautet: Die Schrumpfung der Ökonomie steht vor der Tür – entweder gestalten wir den Wandel im Sinne von intergenerationeller und globaler Verteilungsgerechtigkeit sowie alternativen Vorstellungen eines »guten Lebens«, oder wir werden mit einer Stagnation und ihren unerwünschten Folgen konfrontiert (Latouche et al. 2007).

Wie verhalten sich aber Gerechtigkeitsfragen zu Wachstum bzw. zu *Degrowth*? Eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit dieser zentralen Frage war bisher im *Degrowth*-Diskurs eher randständig. Je nachdem aber, welches Gerechtigkeitsverständnis zugrunde gelegt wird, ändert sich erheblich die Perspektive auf Wachstum und *Degrowth*.

Aus einer kritisch-theoretischen Perspektive stellen sich im *Degrowth*-Diskurs folgende Fragen (Muraca 2009):

- 1) Ist Wachstum überhaupt unter den biophysischen Bedingungen des Planeten möglich, also *können wir* (noch) wachsen?
- 2) Ist Wachstum moralisch zu rechtfertigen, also *dürfen wir* wachsen? Welche Gerechtigkeitsfragen sowohl für die heute lebenden als auch für künftige Generationen stellen sich auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft?
- 3) Ist Wachstum als ökonomische und gesellschaftliche Zielsetzung überhaupt sinnvoll und klug? Selbst wenn Wachstum möglich und

moralisch zu rechtfertigen wäre, ist es ethisch akzeptabel? Steht es aus der Perspektive der praktischen Vernunft im Einklang mit unseren Vorstellungen eines »guten Lebens«? Oder anders gefragt: *Wollen wir überhaupt noch wachsen?*

Im folgenden Beitrag werden wir uns hauptsächlich mit der zweiten und dritten Frage beschäftigen, mit dem Ziel, durch die Untersuchung verschiedener Ansätze sozialer Gerechtigkeit eine gut begründete Grundlage für die weitere Diskussion um *Degrowth* zu liefern. Diesen Fokus halten wir zum einen deswegen für berechtigt, weil die erste Frage bislang den Wachstumsdiskurs dominiert hat. Zum anderen würden negative Antworten auf die zwei folgenden Fragen – wir dürfen und wollen nicht mehr wachsen – allein schon ausreichen, die Notwendigkeit einer Suche nach alternativen Entwicklungsmöglichkeiten zu begründen.

### **Ist Wachstum eine Bedingung oder ein Hindernis für soziale Gerechtigkeit?**

Wirtschaftswachstum gilt in der öffentlichen Debatte als Bedingung für soziale Gerechtigkeit, politische Stabilität, Wohlstandssicherung und die Verbesserung der Umweltbedingungen durch Investitionen in grüne Technologien. Gängige Argumente für ein Festhalten am Wirtschaftswachstum sind, dass es Wohlstandszuwächse für ärmere Bevölkerungsschichten ermögliche, ohne den Reicheren etwas wegnehmen zu müssen. Das gilt als eine wesentliche Bedingung für die Stabilität moderner Demokratien, die auf einen möglichst breiten Konsens angewiesen sind. Darüber hinaus stelle Wirtschaftswachstum mehr Geld für den Wohlfahrtsstaat zur Verfügung und trage somit zur Reduzierung sozialer Konflikte bei. Dagegen zeigen zahlreiche empirische Studien, dass dies nicht durch immanente Tendenzen der Wirtschaft geschieht, sondern dank gezielter politischer Maßnahmen zur gerechten Verteilung und nur in den Ländern zu beobachten ist, die großzügig zu solchen Maßnahmen greifen (Kenworthy 2011). Ungleichheit hat de facto in den Industrieländern in den vergangenen Jahren trotz oder wegen Wachstum stark zugenommen. Vom Wachstum profitiert hat vor allem eine kleine Oberschicht.

Ein weiteres Argument für Wachstum ist die Sicherung von Erwerbsarbeit, die als ein wesentlicher Faktor für eine hohe Lebensqualität gilt. Steigt die Arbeitsproduktivität, so führe dies nur dann nicht zur Arbeitslosigkeit, wenn die Wirtschaft schneller als die Pro-Kopf-Produktivität wachse. Dagegen halten *Degrowth*-VertreterInnen, dass der

Lebensstandard zumindest in den Industrieländern schon lange nicht mehr an die Lebensqualität gekoppelt sei. Demnach trägt Wirtschaftswachstum nur bis zu einer bestimmten Schwelle zur Lebensqualität bei und es kann sich darüber hinaus auch negativ auf sie auswirken (Max-Neef 1995; Jackson 2009). Nicht die Erwerbsarbeit per se sei ein fundamentales Recht jedes Einzelnen, sondern vielmehr die in unserer Gesellschaft durch Erwerbsarbeit bisher vermittelten Zugänge zu sozialer Anerkennung, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Des Weiteren verwandelt die Zerstörung vielfältiger marktunabhängiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen sowie die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, z.B. durch den globalen Klimawandel und die Aneignung von Land für Biomasseproduktion gerade in den Ländern des globalen Südens, menschenwürdige und konviviale Armut<sup>1</sup> in Elend und macht Menschen vom Wachstum abhängig (Latouche 2004). Die Zerstörung von Natur- und Sozialkapital schränkt auch die Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen im Sinne eines guten menschlichen Lebens ein (Ott/Döring 2008).

## **Verteilungsgerechtigkeit**

Bei der Beurteilung der Frage, ob wirtschaftliches Wachstum eine Bedingung oder eher ein Hindernis auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft ist, kommt es entscheidend darauf an, was man unter Gerechtigkeit versteht. Bei der Bestimmung des Begriffs Gerechtigkeit müssen mindestens drei Fragen beantwortet werden: Erstens müssen wir uns fragen, wem gegenüber wir Verpflichtungen aus Gerechtigkeitsgründen haben. Zweitens stellt sich die Frage, worauf sich diese Verpflichtungen beziehen (z.B. auf Ressourcen, Glück oder Fähigkeiten), das heißt, worauf jeder Berechtigte einen Anspruch hat. Drittens müssen wir uns fragen, nach welchen Maßstäben diese Ansprüche den Einzelnen zugewiesen werden (z.B. nach dem Gleichheitsprinzip oder dem Prinzip der Bedürftigkeit).

An dieser Stelle werden wir uns aus Platzgründen auf die zweite Frage konzentrieren. In der Debatte um diese Frage lassen sich grob drei Positionen unterscheiden: die Wohlfahrtstheorie, das Konzept der Ressourcengerechtigkeit und der Fähigkeitenansatz. Alle drei Positionen möchten wir im Folgenden kurz darstellen und diskutieren.

---

<sup>1</sup> Darunter wird ein Armutszustand verstanden, bei dem soziale Netzwerke und Solidarität trotz geringen materiellen Wohlstands ein »geselliges« (=konviviales) Leben in Würde ermöglichen.

## Wohlfahrtstheorie

Der Begriff Wohlfahrt ist stark utilitaristisch geprägt und bezeichnet die Summe des Nutzens, den eine oder mehrere Personen durch die Erfüllung ihrer Wünsche oder auch Präferenzen erfahren. Die so verstandene Wohlfahrt wird häufig mit Glück gleichgesetzt und als einziger Wert angesehen, der um seiner selbst willen zählt. Nach Maßgabe der Wohlfahrtstheorie kommt es aus einer Gerechtigkeitsperspektive folglich nicht darauf an, welche Güter bzw. Mittel – egal ob materiell oder immateriell – den Einzelnen zustehen, sondern allein auf den Nutzen, den Personen aus diesen Gütern ziehen, und das sich daraus ergebende Glück. Die Wohlfahrt einer gesamten Gesellschaft wird dann einfach durch die Addition der einzelnen individuellen Nutzen ermittelt, z.B. zum so genannten National Happiness Index. Auf den ersten Blick scheint dieser Rahmen eine sinnvolle Alternative zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu sein, da er einen einzigen messbaren Indikator ermöglicht. Im *Degrowth*-Diskurs spielt die Glücksforschung eine große Rolle, da sie es erlaubt, das subjektive Glücksempfinden vom Einkommen und materiellen Wohlstand zu trennen und auf dieser Basis eine Kritik am ökonomischen Wachstum im Sinne des BIP zu formulieren. Stützt man sich bei der Wachstumskritik auf die Glücksforschung, handelt man sich jedoch einige ethische und anthropologische Konsequenzen ein, die kritisch zu beurteilen sind. Denn Glück und das gute Leben sind nicht einfach gleichzusetzen. Die Fokussierung auf Glück blendet einige wichtige Aspekte aus. So kritisieren Amartya Sen und Martha Nussbaum, dass Glück stark von Anpassungen geprägt ist, insbesondere bei armen und benachteiligten Personen, die sich an ihre ungünstigen Lebensbedingungen anpassen, um mit den täglichen Widrigkeiten ihres Lebens zurechtzukommen (Sen 2009; Nussbaum 2000). Sen führt als Beispiel die subjektiv wahrgenommene Gesundheit in den indischen Regionen Bihar und Kerala an. In der Region mit einer nach objektiven Kriterien besseren durchschnittlichen Gesundheit fiel die selbst erklärte Gesundheit schlecht aus und umgekehrt. In Bihar, der Region mit dem schlechteren Gesundheitszustand der Bevölkerung, hatten die Menschen geringe Chancen, ihre gesundheitliche Lage zu verbessern, und drückten somit auch ihre geringe Hoffnung auf Besserung aus (Deneulin/Shahani 2010). Wenn wir unsere gesellschaftlichen Entscheidungen nur auf der Grundlage von selbst erklärtem individuellem Glück treffen, bleiben daher entscheidende Gerechtigkeitsaspekte auf der Strecke. Zudem bedingt die Position, dass Glück das einzige um seiner selbst willen anzustrebende Ziel sei, dass alle anderen möglichen Ziele letztlich

nur Mittel zur Erreichung eines höheren Glücks sein können. Der Fokus auf die subjektive Erklärung hat aus ethischer Sicht außerdem die Folge, dass von niemandem verlangt werden kann, anderen gegenüber Gründe für seine Präferenzen anzugeben.

Die anthropologische Auffassung, dass Menschen ihr Glück als einziges Ziel ihres Handelns begreifen, kann ebenso nicht überzeugen. Viele Menschen handeln aus Motiven wie Altruismus und Fürsorge für andere, auch entgegen ihrem eigenen Glück. Die fundamentale Unterscheidung zwischen einem Handeln gegen das eigene Glück aus Gründen fehlender Freiheit und einem Handeln aus Freiheit aufgrund einer vernünftigen Entscheidung kann nur vorgenommen werden, wenn man sich vom Fokus auf das Glück löst.

## **Ressourcengerechtigkeit**

Gerechtigkeit kann anstelle des subjektiven Glücks auch auf die Verteilung von Ressourcen bezogen werden, die die Quelle für ein gutes Leben sind. Als Beispiel für eine solche Position kann John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit angeführt werden. Nach Rawls sollen so genannte Grundgüter gleich verteilt werden, es sei denn, eine ungleiche Verteilung kommt den am schlechtesten Gestellten zugute. Zu den Grundgütern zählt Rawls neben Einkommen und Vermögen beispielsweise auch die soziale Basis der Selbstachtung, Macht und Privilegien von Ämtern und Positionen und die Freiheit der Berufswahl (Rawls 2003).

Rawls' Hauptargument gegen den Fokus auf Glück oder Lebensqualität lautet, dass Konzeptionen des guten Lebens vielfältig sind und es unmöglich ist, eine von allen geteilte Bestimmung des guten Lebens zu finden. Folglich erscheint es als ein Gebot der Gerechtigkeit, die Güter und Chancen gerecht zu verteilen, die den einzelnen Individuen die Freiheit verschaffen, ein gutes Leben nach ihren Vorstellungen zu führen. Jeder Versuch dagegen, das gute Leben zu definieren, ist mit der Gefahr verbunden, bevormundend zu wirken und so die individuelle Freiheit einzuschränken. Rawls' so genanntes Differenzprinzip, nach dem eine ungleiche Verteilung von Gütern und Chancen nur dann gerechtfertigt ist, wenn die Ungleichheit die am schlechtesten Gestellten besserstellt, beruht auf der Annahme, dass Ungleichheit zu einem gewissen Grad das ökonomische Wachstum ankurbeln kann und somit einen Vorteil auch für die Schlechtgestellten bietet, da es einen Brennpunkt zwischen Gleichheit und Effizienz darstelle (Rawls 2003: 192f.). Sen kritisiert das Konzept der Ressourcengerechtigkeit dafür, dass es

trotz eines weiten Begriffs von Ressourcen sich ausschließlich auf nützliche Dinge beziehe und nicht darauf, was Menschen mit diesen Dingen konkret anfangen können (Sen 2009). Damit gerät auch die Unterschiedlichkeit menschlichen Wohlergehens aus dem Blick: persönliche Unterschiedlichkeit (Alter, Behinderungen), Unterschiede in der natürlichen Umwelt (Klima, Geografie), institutionelle Gegebenheiten (Bildungsmöglichkeiten) und Beziehungsstrukturen (kulturelle Muster) (Deneulin/Shahani 2010).

## **Fähigkeitenansatz**

Nach dem Fähigkeitenansatz sollte die Verteilungsgerechtigkeit auf die Fähigkeiten bezogen werden, bestimmte Tätigkeiten (*functionings*) auszuüben. *Functionings* definiert Sen als die Dinge, die Menschen tun oder sein möchten, z.B. gesund sein, gut ernährt sein, gebildet sein (Sen 1999: 75). Mit den Fähigkeiten liegt der Fokus also nicht auf den konkreten Tätigkeiten, sondern auf der substanziellen Freiheit, das Leben zu leben, das man vernünftigerweise hochschätzt. Damit grenzt sich Sen vom rein subjektivistischen Verständnis des guten Lebens ab. Dafür, was wir wertschätzen, müssen wir anderen gegenüber Gründe angeben können. Zudem sind für Sen die einzelnen Tätigkeiten, die wir wertschätzen, nicht allein Mittel für ein einziges übergeordnetes Ziel, das Glück, sondern sie werden um ihrer selbst willen geschätzt und die Gründe hierfür können vielfältig sein. Dies öffnet den Raum für eine kritische Prüfung der eigenen Motive und ihrer Folgen für andere, um so von einer zweckrationalen zu einer vernünftigen Wahl zu gelangen (Sen 2009: 175-181). Damit wird über Fragen des guten Lebens weder von »Experten« noch allein individuell entschieden. Es wird vielmehr zu einer Frage breit angelegter demokratischer Entscheidungsprozesse, in denen eine kritische Überprüfung vorgenommen wird (Deneulin/Shahani 2010).

Nach dem Fähigkeitenansatz kann Gerechtigkeit nicht darin bestehen, Personen zu spezifischen Tätigkeiten zu überreden, sondern die substanziellen Freiheiten zu stärken und damit für die Schaffung und den Erhalt von Fähigkeiten zu sorgen. Diese Aufgabe kann nur von Institutionen übernommen werden (Nussbaum 2006: 53ff.). Martha Nussbaum schlägt über Sen hinaus eine Liste von Fähigkeiten vor, die für ein gutes menschliches Leben absolut notwendig sind. Ein Leben, dem eine dieser Fähigkeiten fehlt, kann danach nicht als gelungen beurteilt werden (Nussbaum 2000). Dass das Gute, und damit auch das gute Leben,

nicht ein für allemal definiert werden kann, weil es kontextabhängig und plural ist, führt laut Nussbaum nicht automatisch dazu, dass es nur individuell und subjektiv bestimmt werden kann. Vielmehr ermögliche uns eine interne Rekonstruktion aus Erfahrungen – eigenen, fremden, in der Literatur und in Mythen zu findenden –, eine gemeinsame Basis für das gute Leben zu finden. Diese gemeinsame Basis formuliert Nussbaum in ihrer Liste von Fähigkeiten, die selbstverständlich nicht ethisch neutral ist, den Menschen aber auch keine bestimmte Form des guten Lebens aufzwingt. Die von Sen eingeforderte kritische Überprüfung der eigenen Präferenzen und die öffentliche Debatte um Fragen des Guten bleiben somit erhalten.

## **Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum**

Unter den Bedingungen einer Postwachstumsgesellschaft stellt sich die Frage nach einer Gleichverteilung brisanter denn je. Ausgehend von dem Fähigkeitenansatz sagt die Menge bzw. die Vielfalt an Gütern und Einkommen, die Menschen besitzen, nicht viel darüber aus, wie sie tatsächlich leben und was sie aus diesen Gütern oder Einkommen tatsächlich machen.

Bei der Wachstumsfrage geht die HDCA (Human Development and Capabilities Association), eine von Amartya Sen gegründete wissenschaftliche Plattform, die sich mit Fragen wie Armut, Gerechtigkeit und Wohlfahrt auseinandersetzt, nicht von Wachstum per se als einem Motor für soziale Gerechtigkeit aus, sondern untersucht kritisch dessen Bedingungen, Implikationen und Konsequenzen auf die tatsächliche Ausübung von Grundfähigkeiten und substanziellen Freiheiten (Den-eulin/Shahani 2010).

Inwieweit Wachstum eine Grundlage für ein würdiges Leben, das heißt für die Ausführung fundamentaler menschlicher *functionings*, zu betrachten ist, lässt sich aus einer subjektiven, objektiven und intersubjektiven Perspektive analysieren.

## **Subjektive Bedingungen: Tretmühlen und sozialer Neid**

Selbst unter der Bedingung einer tatsächlich offenen sozialen Mobilität mag Ungleichheit zwar förderlich für Wachstum sein, aber sie lässt sich nicht direkt mit einer Verbesserung von Lebensqualität in Verbindung bringen. Wie der Ökonom Hans Christoph Binswanger und an-

dere gezeigt haben, ist die ständige Wettbewerbsspirale mit den daraus resultierenden Tretmühlen eine der Hauptursachen für subjektive Unzufriedenheit (Binswanger 2006). Zahlreiche Studien über Zufriedenheits- und Glücksforschung machen deutlich, dass sich subjektive Zufriedenheit (*self-reported happiness*) und Einkommen ab einer gewissen Schwelle entkoppeln, die derzeit etwa bei 10 bis 15.000 Dollar Jahreseinkommen liegt (Layard 2005; Jackson 2009). Viele WachstumskritikerInnen fassen das gute Leben als Synonym von Glück auf und beziehen sich auf die erwähnten Quellen, um zu zeigen, dass Wachstum eher hinderlich für das subjektive Gefühl der Zufriedenheit sei (vgl. hierzu auch Miegel 2010). Dies liegt unter anderem an so genannten Tretmühlen des Glücks, wie der Anspruchsfalle (je mehr wir haben, desto mehr wollen wir), Zeitsparfalle (technologische Innovationen, die eigentlich Zeit sparen, führen stattdessen zu einer Intensivierung des Arbeitsvolumens und damit zu einem noch höheren Zeitbedarf) (vgl. Schneider 2008), Vergleichsfalle oder sozialem Neid (Binswanger 2006; Holzinger 2010; Hinterberger et al. 2009). Auch auf globaler Ebene spricht Rahnama (2005: 229) von einer sozialen Konstruktion des Neides mit Bezugnahme auf die willkürlichen Scheinwünsche, die im globalen Supermarkt durch Werbung und Marketing erzeugt werden und wichtige Triebkräfte des Wachstums sind.

Die sich somit selbst reproduzierende Spirale des Wachstums führt dann zu einer Verselbstständigung des Wettbewerbs, der vom Mittel zum Zweck wird. Es wird nicht länger danach gestrebt, ein bestimmtes, dem Wettbewerb exogenes Ziel zu verwirklichen, sondern darum, immer besser, schneller, profitabler als die Konkurrenz zu sein (Rosa 2006: 94f.). Das Ergebnis ist, dass die aus dem ökonomischen Wachstum entsprungene Verheißung eines kollektiven Wohlstands sich in stahlharten sozioökonomischen Selbstzwang verwandelt hat, der alle Menschen zu einem immer härter werdenden Wettbewerb zwingt (ebd.: 94-95; Thielemann 2009: 216). Mit dieser Betrachtung geraten die Beziehungen zwischen den Menschen – die Intersubjektivität – immer stärker in den Blick. Will man Fragen des guten Lebens als genuine Gerechtigkeitsfragen behandeln, so muss man jedoch über die Perspektive einer bloß subjektiv wahrgenommenen Zufriedenheit hinausgehen.

## **Objektive Bedingungen, substantielle Freiheiten und das gute Leben**

Die bereits skizzierte Wettbewerbsspirale führt laut Rosa (2006: 101) auch zu einer Verengung der Vielfalt menschlicher Fähigkeiten und Kompetenzen auf die bloße Wettbewerbsfähigkeit. Soziale Ungleichheit und Wettbewerb haben einen starken Einfluss auf die Fähigkeiten zur Verwirklichung wesentlicher Aspekte eines guten menschlichen Lebens, da Frust, mangelnde soziale Anerkennung und Schamgefühl maßgeblich substantielle Freiheiten einschränken können. Es handelt sich hier aber nicht um bloße subjektive Unzufriedenheit, sondern vor allem um systemische Bedingungen: Die durch Wachstum hervorgerufene dynamische Ungleichheit führt zu einer strukturellen Verschiebung beim Zugang zu den grundlegenden Bedingungen für ein gutes menschliches Leben. Der Standard für ein »gutes« menschliches Leben steigt nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung relativ zu anderen, sondern auch objektiv. Ein klassisches Beispiel ist die Mobilitätsentwicklung in den USA der letzten 20 Jahre: Wenn immer mehr AutofahrerInnen ein SUV (*Sport Utility Vehicle*) auf der Autobahn einsetzen, ist das Fahren eines kleinen Wagens nicht nur im Sinne des fehlenden Statussymbols frustrierend, sondern auch de facto gefährlicher. So schreibt treffend Uta von Winterfeld: »Wer etwas nicht haben will, muss oft einen ungeheuren Aufwand betreiben, wird an den gesellschaftlichen Rand gedrängt oder wird systematisch daran gehindert. Welch ungeheure Anstrengung beispielsweise, im System ungedrosselter Innovationsgeschwindigkeiten, keinen neuen Computer haben zu wollen oder diesen – und sei es aus pazifistischen Gründen – weder auf-, noch nach-, noch umrüsten zu wollen.« (Winterfeld 2007: 53). Sie fordert folglich ein Schutzrecht auf Suffizienz, das bedeutet das Recht, langsamer zu sein, weniger zu haben, einen suffizienten Lebensstil zu verfolgen, ohne im Wesentlichen die eigenen substantiellen Freiheiten zur Verwirklichung eines guten Lebens einbüßen zu müssen.

Ähnliches gilt auch für die Länder des globalen Südens, in denen traditionelle Formen des Zugangs zu wesentlichen Bedingungen für ein gutes menschliches Leben vor der Anpassung an die westlichen Entwicklung- und Wachstumsmuster nicht monetär vermittelt waren. Im Zuge zahlreicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut mag zwar das Pro-Kopf-Einkommen gestiegen sein. Dies hatte aber in vielen Fällen die Konsequenz einer Zerstörung von ursprünglichen Kompetenzen, Fähigkeiten, lokalem Wissen, sozialen Bedingungen (Netzwerken), die eben jenen Zugang ermöglichten (Rahnema 2005; Shiva 1996). Hier geht es

nicht um erzeugte Scheinwünsche, sondern vielmehr um jene Bedürfnisse, die für den Erhalt der eigenen Existenz und Lebenswürde befriedigt werden müssen. Insbesondere unterminiert der wachstumsfunktionale stetige Wettbewerb die Basis für soziale Beziehungen, die nicht durch marktbezogene Werte vermittelt sind. Aus der Perspektive des Fähigkeitsansatzes führt dies zu einer Verminderung von substanziellen Freiheiten und zu einem signifikanten Verlust an Lebensqualität.

*Degrowth*-VerfechterInnen betonen unter anderem durch Bezugnahme auf die französische Tradition der M.A.U.S.S.-Gruppe (Revue du Mauss; Caillé 2007) die unentbehrliche Rolle sozialer und traditioneller Beziehungen als Grundbedingung für ein gutes menschliches Leben. Andererseits können traditionelle soziale Netzwerke aber oft auch Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse maskieren. Vor allem aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit spielt z.B. das emanzipatorische Potenzial ökonomischer Selbständigkeit eine wesentliche Rolle, wie zahlreiche Beispiele von Bildungsmaßnahmen und Mikrokrediten an Frauen in Ländern des globalen Südens zeigen. Auch der Idealisierung von präindustriellen bzw. wachstums- und marktunabhängigen Formen der Gütererzeugung im Sinne von regionalen Subsistenzwirtschaften, die sich am Prinzip der Ernährungssouveränität orientieren, sollte mit kritischem Verdacht begegnet werden. Die Perspektive des Fähigkeitsansatzes ermöglicht eine differenzierte Analyse solcher Programme unter der Lupe der Gerechtigkeit. Werden wesentliche substanzielle Freiheiten unterminiert, die im Rahmen eines intersubjektiven Diskurses als vernünftiger und überzeugender Grund für die Verwirklichung eines guten Lebens formuliert werden können, so riskieren solche Projekte, inakzeptable Formen der Ungerechtigkeit zu verstetigen. Wer unter welchen Bedingungen an den Entscheidungsprozessen beteiligt ist, spielt an dieser Stelle eine wesentliche Rolle. Partizipation (gleichberechtigte Teilhabe) ist einerseits eine notwendige Bedingung für Entscheidungsprozesse über Fragen der gerechten Umverteilung sowohl von Ressourcen als auch von Grundbedingungen für ein gutes Leben. Andererseits setzt eine gerechte Umverteilung eine gleichberechtigte Teilhabe voraus. Denn gleichberechtigte Teilhabe erfordert laut Nancy Fraser zwei Grundbedingungen, um nicht nur formal, sondern auch faktisch wirksam zu sein:<sup>2</sup> Erstens eine gerechte Verteilung materieller Ressourcen, die die Unabhängigkeit und das »Stimmrecht« der Partizipierenden gewährleisten (objektive Bedingung); und

---

<sup>2</sup> Es handelt sich hier keinesfalls um einen Teufelskreis. Vielmehr zeige sich in dieser gegenseitigen Bedingtheit die wesentliche reflexive Natur von Gerechtigkeit.

zweitens, »dass institutionalisierte kulturelle Wertmuster allen Partizipierenden den gleichen Respekt erweisen und Chancengleichheit bei Erwerb gesellschaftlicher Achtung gewährleisten« (intersubjektive Bedingung) (Fraser 2003: 54f.). Zu den substanziellen Bedingungen für gleichberechtigte Teilhabe gehört Fraser zufolge auch die gegenseitige soziale Anerkennung der Gesellschaftsmitglieder als gleichwertig hinsichtlich ihrer Differenzen und vielfältigen Lebensentwürfe, sofern diese eben die Grundbedingungen gleichberechtigter Teilhabe nicht beeinträchtigen.

### **Intersubjektive Bedingungen: Anerkennung als Gerechtigkeitsanforderung**

Wie Axel Honneth treffend gezeigt hat, ist Anerkennung weniger eine Frage von sozialem Prestige als eine wesentliche anthropologische Bedingung für die gesellschaftliche Bestätigung (und die kreative Entfaltung) der eigenen personellen Identität sowie auch für die moralische Entwicklung des Menschen (u.a. Honneth 2003). Im Sinne des Fähigkeitenansatzes ist gesellschaftliche Anerkennung eine unentbehrliche Bedingung für die Verwirklichung eines guten Lebens, das nur durch eine vernunftbasierte (vernünftige) Begründung und intersubjektive Akzeptanz faktisch umsetzbar ist. Somit wird intersubjektive Anerkennung zu einer Grundbedingung sozialer Gerechtigkeit. Es ist die Erfahrung der Missachtung, die zu einer Forderung nach einer Veränderung oder Verschiebung der herrschenden Anerkennungsmuster führt, zur Einschließung anderer Gruppen, Individuen oder Aspekte des Lebens und der Persönlichkeit in die Sphären gegenseitiger Anerkennung.

Diese Frage kann am besten am Beispiel der Zukunft der Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft gezeigt werden. Erwerbsarbeit wird als eine wesentliche Bedingung für ein gutes menschliches Leben betrachtet, nicht nur als Einkommensquelle, sondern auch weil dadurch soziale Anerkennung und Teilhabe ermöglicht werden.

In einer nicht wachsenden Wirtschaft sollen deshalb alternative Modelle eines gesellschaftlichen Tätigseins entwickelt werden, die andere Zugänge zur sozialen Anerkennung, zum Gefühl der eigenen Würde und Wirksamkeit und zur sozialen Partizipation ermöglichen. In einem offenen Brief von *Labournet* zur Opelkrise vom 7. Januar 2010 wird dies wie folgt formuliert: »Die Erwerbslosigkeit ist nach unserer Auffassung ein Gewaltakt und ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen

Menschen. Sie ist ein Raub und eine Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb von Familie, Schule und Lehre mühsam erworben wurden, die dann in Gefahr sind zu verkümmern und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorrufen.«<sup>3</sup> Worin besteht aber der Gewaltakt? In der Arbeitslosigkeit per se oder vielmehr in den persönlichen und sozialen Konsequenzen (wie dem damit verbundenen Verlust an Würde, Anerkennung, Teilhabechancen), die die Erwerbslosigkeit in einer auf dem herrschenden Paradigma der Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft notwendigerweise mit sich bringt? Solange Erwerbsarbeit nicht nur als die Hauptstrategie zur Armutsvermeidung, sondern vielmehr als die Grundlage für gegenseitige soziale Anerkennung, für das eigene gesellschaftliche Selbstwirksamkeitsgefühl sowie auch für die intersubjektive Bestätigung der eigenen Würde gilt, ist tatsächlich der Zugang zur Erwerbsarbeit auch im Sinne des Fähigkeitenansatzes als ein Grundrecht einzufordern. Es reicht folglich aus einer Gerechtigkeitsperspektive nicht, nach Alternativen für die materielle Grundsicherung zu suchen, im Sinne einer Entkopplung zwischen Arbeit und Einkommen und eines erweiterten Arbeitsbegriffs (vgl. u.a. Hinterberger et al. 2009). Eine viel radikalere Umgestaltung von systemischen Bedingungen ist gefragt, die nicht nur die politisch-institutionelle Ebene, sondern auch die Ebene von etablierten Wertemustern gesellschaftlicher Anerkennung umfasst.

## Schlussfolgerung

Gerechtigkeitsfragen sowie Fragen des guten Lebens begleiteten von Anfang an den Diskurs um Wachstum bzw. *Degrowth*. Jedoch wurde bisher im wissenschaftlichen Wachstumsdiskurs fast ausschließlich die Frage behandelt, ob ökonomisches Wachstum unter den jetzigen ökologischen Bedingungen möglich ist oder nicht. Eine differenzierte und wissenschaftlich begleitete Auseinandersetzung mit moralischen und ethischen Fragen blieb dagegen bisher weitgehend aus. In unserem Text haben wir einige wesentliche Aspekte dieser Auseinandersetzung aufgezeigt. Unser Beitrag versteht sich daher auch als Plädoyer für eine stärkere Aufmerksamkeit für die ethischen Dimensionen einer Postwachstumsgesellschaft. Auf der einen Seite begrüßen wir es daher, dass der Bundestag eine Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand,

---

<sup>3</sup> [www.attac-netzwerk.de/uploads/media/Offener\\_Brief\\_an\\_Opel\\_GM-Betriebs-raete.pdf](http://www.attac-netzwerk.de/uploads/media/Offener_Brief_an_Opel_GM-Betriebs-raete.pdf)

Lebensqualität« eingerichtet hat. Auf der anderen Seite ist es enttäuschend, dass in der Zusammensetzung der Kommission kein Augenmerk auf eine Expertise in ethischen und moralischen Fragen gerichtet wurde und z.B. keine ExpertInnen der HDCA zu den Sachverständigen zählen. Zudem ist aus Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit darauf aufmerksam zu machen, dass unter den Sachverständigen keine einzige Frau ist – viele wesentliche Beiträge zu Fragen des guten Lebens jenseits der Erwerbsarbeit bzw. die feministische Kritik gegen die Abwertung (re)produktiver Tätigkeiten werden somit in diesem Gremium marginal bleiben. Die Auseinandersetzung mit der Wachstumsfrage lässt sich aber nicht als eine bloß technische Frage angehen (ist Wachstum bzw. *Degrowth* wenn überhaupt und unter welchen Bedingungen möglich), sondern impliziert notwendigerweise eine normative Perspektive darüber, wie wir in Zukunft leben dürfen, sollen und wollen. An diesem Diskurs sollen daher alle Betroffenen unter der Bedingung einer gleichberechtigten Teilhabe teilnehmen können. Wir erwarten daher von der Enquete-Kommission, dass sie diesen Diskurs in die Gesellschaft hineinträgt.

## Literatur

- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumspirale, Marburg.
- Caillé, Alain (2007): Anthropologie du don. Le tiers paradigme, Paris.
- Deneulin, Séverine/Shahani, Lila (2009): An Introduction to the Human Development and Capability Approach, London.
- Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik, in: Fraser, Nancy/Honneth, Axel (Hrsg.): Umverteilung oder Anerkennung, Frankfurt a.M., S. 13-128.
- Hinterberger, Friedrich/Hutterer, Harald/Omann, Ines/Frytag, Elisabeth (Hrsg.) (2009): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Budapest.
- Holzinger, Hans (2010): Zukunftsdossier: Wirtschaft jenseits von Wachstum? Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium), Wien.
- Honneth, Axel (2003): Umverteilung als Anerkennung, in: Fraser, Nancy/Honneth, Axel (Hrsg.): Umverteilung oder Anerkennung, Frankfurt a.M., S. 129-224.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth. The Transition to a Sustainable Economy. Sustainable Development Commission, London.
- Kenworthy, Lane (2011) (forthcoming): Economic Growth, Redistribution, and Poverty, Oxford.
- Latouche, Serge (2004): Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft, Zürich/Berlin.
- Latouche, Serge (2007): La Scommessa della Decrescita, Milano.
- Layard, Richard (2005): Happiness: Lessons from a New Science, New York.
- Max-Neef, Manfred (1995): Economic Growth and Quality of Life: A Threshold Hypothesis, in: Ecological Economics, 15, S. 115-118.

- Miegel, Meinhard (2010): *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin.
- Muraca, Barbara (2009): *Nachhaltigkeit ohne Wachstum? Auf dem Weg zur Dé-croissance – Theoretische Ansätze für eine konviviale Post-Wachstum-Gesellschaft*, in: Egan-Krieger, Tanja/Schulz, Julia/Pratap-Thapa, Philipp/Voget, Lieske (Hrsg.): *Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik*, Marburg, S. 241-259.
- Nussbaum, Martha (2000): *Women and human development. The Capabilities Approach*, Cambridge.
- Nussbaum, Martha (2006): *Capabilities as Fundamental Freedoms: Sen and Social Justice*, in: Kaufman, Alexander (Hrsg.): *Capabilities Equality: Basic Issues and Problems*, London, S. 44-70.
- Ott, Konrad/Döring, Ralf (2008): *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, Marburg.
- Rahnema, Majid (2005): *Quando la povertà diventa miseria*, Torino.
- Rawls, John (2003): *Gerechtigkeit als Fairness*, Frankfurt a.M.
- Rosa, Hartmut (2006): *Wettbewerb als Interaktionsmodus*, in: *Leviathan* 34/1, S. 82-104.
- Sen, Amartya K. (1999): *Development as Freedom*, Oxford.
- Sen, Amartya K. (2009): *The idea of justice*, London.
- Schneider, François (2008): *Macroscopic rebound effects as argument for economic degrowth*, in: Flipo, Fabrice/Schneider, François (Hrsg.): *Proceedings of the First international conference on Economic De-growth for Ecological Sustainability and Social Equity*, April 18-19th 2008, Paris, S. 29-36.
- Shiva, Vandana (1996): *Science, Nature, and Gender*, in: Garry, Ann/Pearsall, Marilyn (Hrsg.): *Women, Knowledge, and Reality*, New York/London, S. 264-285.
- Thielemann, Ulrich (2009): *System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt*, Frankfurt a.M.
- Winterfeld, Uta von (2007): *Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz*, in: *Vorgänge*, 46/3, S. 46-54.

# Uta von Winterfeld

## Vom Recht auf Suffizienz

Die Suffizienz ist nicht sonderlich beliebt. Gegenüber ihren großen Schwestern, der Effizienz und der Konsistenz, hat sie aschenputtelgleich das Nachsehen. Das verwundert nicht, denn in die vorherrschende Familienkonstellation der Nachhaltigen Entwicklung passt die Suffizienz am wenigsten. Mit der Effizienz dagegen ist Wirtschaft, Wachstum und Staat zu machen. Denn immer schon sollte mit möglichst wenig möglichst viel erreicht werden.

Dieser Gedanke ist den technischen Fortschritt betreffend sicher klug – mehr Wohlstand bei weniger Ressourcenverbrauch. Aber die Suffizienz fragt anders. Sie wäre etwa mit einer noch neueren, noch effizienteren, noch nützlicheren Klasse von Kühlschränken durchaus nicht zufrieden, sondern sie würde fragen: Ist es eigentlich klug, im Winter einen Raum zu heizen und in diesen energieaufwendig gewärmten Großraum einen energieaufwendig gekühlten Kleinraum zu stellen, damit die Milch länger frisch bleibt? Auch die Konsistenz reiht sich in das Dreiergestirn von Fortschritt (zumeist als technischer gedacht), Innovation und Wachstum trefflich ein. Denn der Energieverbrauch könnte sogar wachsen, wenn denn nur die Grundlage eine erneuerbare wäre. Auch diese Vorstellung ist großartig – die unendliche Sonne für den unendlichen Energieverbrauch zu nutzen.

Aber erneut bliebe die Suffizienz kritisch. Woher kommt denn die neue energetische Pracht, auf welchen Externalisierungen neuer Art beruht sie? Was ist mit den Schneisen, die zur Installation von Windparks offshore ins empfindliche Wattenmeer geschlagen werden? Was ist mit den Solaranlagen, die zur Erzeugung von Sonnenenergie für den Energiebedarf des Nordens in der Sahara errichtet werden und die für die dort lebenden Menschen ein Fremdkörper sind und ihnen wenig nutzen? Wäre es für die Gesellschaften dort womöglich viel naheliegender, ganz andere Pfade als großtechnische zu gehen, da insbesondere in ländlichen Regionen das Existenzielle, das zum guten Leben Notwendige, fehlt? Hier würde die Suffizienz darauf beharren, dass der Norden zunächst seinen eigenen Verbrauch reduziert, bevor er den Süden in neuer Art und Weise im Dienste des eigenen Vielverbrauchs kolonialisiert.

Diese Art des Fragens und Beharrens macht die Suffizienz unbequem. Sie ist nicht anschlussfähig, passt nicht ins vorherrschend Vorhandene. Äußerst erschwerend kommt hinzu, dass Suffizienz im Nachhaltigkeitsdiskurs zumeist auf den Konsum bezogen und individualistisch gefasst wird. Da soll dann der Umwelt oder dem Süden oder den künftigen Generationen zuliebe dies oder jenes getan oder besser noch unterlassen bzw. nicht oder weniger verbraucht werden.

Suffizienz wird verzichtsethisch gespickt – und gerät damit genau dorthin, wo sie nichts mehr anrichten kann: ins moralisierende Abseits im Grunde harmloser Besserwisserie. Nicht dass der Gedanke der Rücksicht etwa falsch wäre. Im Gegenteil, in der Rücksicht auf das Andere, auf das Unbestimmte, das wir heute noch nicht kennen können, liegt eine der größten Herausforderungen. Diese aber auf Suffizienz im individuellen Konsum zu reduzieren, verfehlt das zu Erreichende bei Weitem. Daher habe ich vor einigen Jahren die politische Dimension der Suffizienz betont (Winterfeld 2002). Sie sei als Schutzrecht zu fassen: Niemand soll immer mehr haben wollen müssen. Damit wäre die ganze Geschichte der Innovation (egal was, Hauptsache neu) und ihrer manischen Geschwindigkeit nicht mehr zu machen. Es wäre kein Wert an sich, wenn etwas möglichst schnell möglichst noch neuer würde. Die zum sinnlosen Handeln auffordernde Werbung wäre obsolet. Der Fortschritt (Hauptsache fort, egal wohin) würde nach Wert, Nutzen und Zielen befragt und Wachstum (egal wovon, Hauptsache viel) wäre kein Anzustrebendes an sich.

Neuerdings erhält die Suffizienz im Kontext der Postwachstumsdebatte Aufwind. Und so will ich die Gelegenheit nutzen, am Ansatz der politischen Dimension von Suffizienz weiter entlang zu denken. Dabei lasse ich mich von anderen anregen.

Zunächst von Hartwig Berger, der in seinem »Der lange Schatten des Prometheus« die verzichtsethisch aufgeladene Suffizienz gegen den Strich büstet. In einem kleinen Kapitel zu »Suffizienz und Sozialwandel« legt er dar, dass soziokultureller Wandel nicht normativ verordnet werden könne. Er vollziehe sich ungeplant, nicht kalkuliert und nicht bewusst (Berger 2009: 177). Und das Forschungsdefizit liege nicht in der Findung normativer Merkmale umweltgerechten Lebens und Wirtschaftens, sondern es bestehe in der Ermittlung von Möglichkeiten und Anstößen für soziokulturelle Lebens- und Wirtschaftsformen (ebd.: 179). Dabei wäre Suffizienz nicht als Beweggrund für Handeln und Lebensführung, sondern als Leitfaden für die Analyse von Sozialhandeln zu verstehen (ebd.: 178). Diesen Gedanken – mit Suffizienz nicht normativ-verordnend, sondern kritisch-analytisch zu verfahren – möchte ich

aufgreifen und in einem ersten Argumentationsschritt Suffizienz als kritische Kategorie erörtern.

## **Suffizienz als kritische Kategorie**

Kritisch gewendet fragt Suffizienz nach den mit Wachstum einhergehenden Zwängen. Was erzeugt den Zwang zum Mehr und woher rührt diese überaus merkwürdige Vorstellung, dass nur genug sein kann, was mehr wird?

Dieser Frage gehe ich nicht im engeren Sinne wirtschafts- bzw. geldwirtschaftswissenschaftlich nach und spreche nicht vom kapitalistisch getriebenen Geld und seinen Zinsansprüchen. Sondern ich will am Beispiel einer politischen Utopie zeigen, dass der Zwang zum Mehr entsteht, weil grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert werden. Wie eine zukünftige Wissenschaft verfasst sein sollte, hat der herrschaftstüchtige Francis Bacon in der Morgenröte der Moderne in seiner Schrift *Novum Organum* von 1620 dargelegt (Winterfeld 2006). Wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen sollte, hat er wenige Jahre später in *Nova Atlantis* vorgestellt. Die Utopie fällt als soziale nicht radikal aus. Eigentumsverhältnisse, Verteilung und die Erzeugung des für das gute Leben Notwendigen<sup>1</sup> werden nicht verhandelt. All dies ist nicht erforderlich, denn *Nova Atlantis* wächst und gedeiht über Naturbeherrschung, über die Genialität eines von der Natur abgespaltenen – männlich konnotierten – Geistes, der in die dunklen Geheimnisse im Schoß der Natur vordringt, der ihr die Schätze entreißt und aus ihnen in Form neuer Werke eine neue Natur bis hin zu neuartigen Lebewesen herstellt. *Nova Atlantis* wächst und gedeiht über Herrschaft und Ausbeutung und wird gestaltet von einer wissenschaftlich-technischen Elite. Hier kann von kapitalistischem Wirtschaftswachstum noch nicht gesprochen werden, wohl aber davon, dass grundlegende soziale Probleme nicht gelöst werden müssen, wenn denn nur der zu verteilende Kuchen mittels naturbeherrschend-menschlicher Erfindungsgabe immer größer wird. Wer immer mehr hervorbringen kann, muss das Vorhandene nicht teilen. Getrieben wird die Baconsche Utopie von dem, was wir heute als Knappheitspostulat bezeichnen: Weil die Natur an sich widerspenstig und karg ist, sind Menschen aufgefordert, den paradisiischen Fluch zu bannen und per tätiger Wissenschaft die Natur

---

<sup>1</sup> Die Orientierung am für das gute Leben Notwendigen ist ein Handlungsprinzip vorsorgenden Wirtschaftens und wird im Beitrag von Adelheid Biesecker ausgeführt.

den menschlichen Anliegen und Vorteilen gehorsam zu machen: Wohlstand durch Naturbeherrschung.

Knappheit impliziert Wachstumsnotwendigkeit. So sind beispielsweise Arbeitsplätze ein knappes Gut, weshalb die Wirtschaft wachsen muss, damit Unternehmen investieren und Arbeitsplätze schaffen. So sind beispielsweise Lebensmittel knapp, deshalb muss die Landwirtschaft rationalisiert werden und mittels technischem Fortschritt (auch bei gentechnischer Eingriffstiefe) mehr landwirtschaftliche Produkte hervorbringen. So ist beispielsweise Zeit knapp, weshalb immer mehr Autos oder andere Verkehrsträger den widerständigen Raum durchschneiden, um ein schnelleres Von-da-nach-dort voranzutreiben. Die Vorstellung, es sei nicht genug vorhanden oder es könnte künftig nicht genug vorhanden sein, treibt zum Wachstum. Es ist zugleich eine Vorstellung, die ihrerseits von Furcht und Angst getrieben wird.

Wenn etwas wachsen muss, um genug sein zu können, wird soziales Handeln ungebremst und unreflektiert zum Mehr getrieben. Reicht ohnehin knappe Arbeit zur Existenzsicherung weniger und weniger aus, so muss dennoch mehr Geld verdient werden, um das Lebensnotwendige zu erarbeiten wie auch soziale Sicherung privat zu finanzieren. Denn bei allem Wachstumsgerede ist doch die soziale Sicherung beziehungsweise sind die Leistungen im Krankheits- wie im Altersfalle ein schrumpfender Faktor.

Wird suffizienzkritisch inspiriert den Wachstumszwängen und dem mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Versagen nachgespürt, so wechselt zugleich die Fragerichtung. Im Vordergrund steht nicht die Frage, wie viel genug ist, sondern die Frage danach, was zu viel ist: Ist die Arbeitsbelastung zu viel, wenn immer weniger Menschen in immer weniger Zeit immer mehr bewältigen müssen – getrieben vom Anspruch der Innovation bei schrumpfender insbesondere öffentlicher Finanzierung von Infrastrukturen? Sind der Briefkasten verstopfenden Konsumimperative und der telefonterroristischen Produktlobpreisungen auch an Feierabenden und Samstagen zu viele? Sind der Raumüberwindungsnotwendigkeiten zu viele, wenn das kulturelle und einzelhändlerische Angebot im Nahraum schrumpft? Sind der Zusatzversicherungen zu viele, die abgeschlossen werden müssen, um den sozialen Sicherheitsstandard zu halten? So gefragt verliert das Vorhandene die Attraktivität, die sein Mehrwerden speist, und zeigt seine Gesichter des Lästigen und der Zumutungen.

Suffizienzkritisch wechselt auch eine zweite Fragerichtung. Im Vordergrund steht nicht die Frage nach der Notwendigkeit von Grenzen, sondern die nach dem Problem von Entgrenzungen. Tritt da etwa ein

alter, sklavischer Anspruch im neuen, elektronisch ermöglichten Gewand auf, wenn die über jeden Vertrag hinausgehende Allverfügbarkeit und Immererreichbarkeit zur Normalität wird, wenn Arbeit immer und überall ist? Wie viele Externalisierungen, Ausbeutungen und Entwertungen von Orten sind damit verbunden, wenn, zumindest theoretisch, von Erdbeeren bis zu Kürbissen alles von überall und immer verzehrt wird? Wozu führt ein grenzenloser Produktivitätsanspruch, der Regenerationszeiten vernachlässigt und die Zeit dem Diktat stets intensiverer Bewirtschaftung unterwirft?

Als kritische Kategorie analytisch angewandt versucht Suffizienz somit nicht, den individuellen Hunger nach mehr normativ einzufangen, sondern die gesellschaftlich konstruierten Zwänge zur Grenz- und Sorglosigkeit zu problematisieren.

## **Vom Wert der Suffizienz und von suffizienzorientierten Werten**

Suffizienz ist kein Zauberwort, mit dem sich die Verwerfungen einer kapitalistisch-wachstumsfixierten Gesellschaft aufheben ließen. Suffizienz läuft – positiv gefasst und als wünschenswertes Sollen formuliert – Gefahr, zum zahnlos Absoluten zu werden. Egal ob aufmunternd oder mahnend formuliert, stets ist in anklagend-aufforderndem Tonfall vom individuell gerichteten »Du sollst« oder »Du sollst nicht« mit dem Ziel des sich Begnügens die Rede. Diese Ambivalenz von verhaltensimperativer Absolutheit und sozialstruktureller Kritik ist dem Begriff eigen und kaum zu bannen. Vielmehr gemahnt sie daran, Suffizienz nicht zu totalisieren und gegenüber Suffizienzappellen wachsam zu bleiben.

Meine Ausführungen zu Suffizienz als kritischer Kategorie folgen der Absicht, Suffizienz negativ, nicht positiv zu fassen. Solcherart suffizienzorientiertes Argumentieren ist ein Aufdecken von Schattenseiten und Zumutungen, seien es die des Zuviels oder die der Grenzüberschreitungen und Entgrenzungen. Somit wird der Wert der Suffizienz im kritischen Denken verortet und an die Kritische Theorie angelehnt. Diese sieht beispielsweise die Funktion theoretischer Gerechtigkeitsansätze nicht darin, positive Zustände von Gerechtigkeit zu formulieren, sondern im prozessorientierten Aufdecken von Unrecht. Folglich liegt der Stachel der Suffizienz gerade im Nicht-Identischen, er liegt darin, dass Suffizienz ins vorherrschende Gefüge des Mainstreams nicht passt. Suffizienz regt dazu an, das Verborgene, das Vergessene und das unsichtbar Gemachte zur Sprache und zur Ansicht zu bringen. Daher ist es naheliegend, dass auch feministische Ansätze eher suffizienz- als effi-

zienz- oder konsistenzlogisch argumentieren. In dem von Ariel Salleh herausgegebenen Buch »Eco-Sufficiency & Global Justice« schreiben Frauen zu einer und über eine Politische Ökologie. So stellt Leo Podlashuc die Semantik des Sparens bzw. der Ersparnisse (*savings*) am Beispiel der Shack/slum Dwellers International (SDI) vor. Die zugrunde liegenden *grassroots exchange programs* sind in den 1970er Jahren von dem argentinischen Jesuitenpriester Jorge Anzorena in Asien initiiert worden. Im Unterschied zum deutschen »sparen« ist *saving* mehrdeutig und meint sowohl retten als auch etwas aufheben, im Sinne von etwas für die Zukunft beiseitelegen (Podlashuc 2009: 269). *Saving* meint nicht die Pflicht zur Sparsamkeit, sondern das Recht, etwas übrig behalten zu dürfen. SDI ist eine transnationale soziale Bewegung des Südens und *savings* ist nicht individuell angelegt, sondern soll gerade umgekehrt im atomisierten Milieu der Armut soziale Solidarität hervorbringen. *Savings* werden gemeinschaftlich erbracht und geteilt.

Ariel Salleh spannt in ihrem Buchbeitrag den Bogen »From Eco-Sufficiency to Global Justice«. Die meta-industriell angelegte Sorge und Vorsorge (*provisioning*) sei öko-suffizient, weil sie nicht Kosten mittels Schulden externalisiere (Salleh 2009: 303). Die dem Netzwerk *Vorsorgendes Wirtschaften* zugehörige Ökonomin Sabine O'Hara stellt ihre Überlegungen vor dem Hintergrund der doppelten Frage danach, wie viel genug sei und was unsere Bedürfnisse (*needs*) und Erzeugnisse (*makes*) für das gute Leben befriedige (O'Hara 2009: 182). Vor diesem Hintergrund kritisiert sie die maskuline Konstruktion des homo oeconomicus und legt dar, dass die feministische ökologische Ökonomie die Aufmerksamkeit auf das legt, was traditionelle ökonomische Konstruktionen als Externalitäten erachten. So sei feministische ökologische Ökonomie etwa an den Aushandlungsprozessen von Bürgerinnen und Bürgern und nicht am Ranking individueller Präferenzen interessiert.

Werden suffizienz- und gerechtigkeitsorientierte Werte in dieser Lesart interpretiert, so wird Suffizienz und Sparsamkeit als Recht und nicht als Pflicht gefasst. Die Perspektive richtet sich auf die Kritik an Externalisierungen und blickt von den Externalitäten aus. Sie ist gerade nicht individuell und individualisierend angelegt, sondern an sozialer Solidarität und gemeinschaftlichem Handeln orientiert.

In Teilen der philosophischen Debatte zu den Menschenrechten wird Suffizienz in einem Atemzug mit Solidarität genannt, so etwa von Julian Nida-Rümelin. Er argumentiert entlang der Kantischen Aufklärungsphilosophie und wendet sich dagegen, Freiheit und Gleichheit gegeneinander auszuspielen. Diese beiden seien aufeinander angewiesen und ohne einander nicht denkbar. Diese beiden könnten aller-

dings auch kein Drittes wie etwa den von Martha Nussbaum und anderen formulierten Ansatz von Solidarität und Suffizienz gebrauchen (Nida-Rümelin 2006). An diesem Punkt folge ich seiner Argumentation nicht,<sup>2</sup> greife aber die Anregung auf, Suffizienz in menschenrechtlicher Perspektive zu erörtern.

## Suffizienz in menschenrechtlicher Perspektive

Suffizienz, so habe ich im ersten Abschnitt in Anlehnung an Hartwig Berger dargelegt, geht mit einem soziokulturellen Wandel einher, der nicht verordnet werden kann. Dies führt zunächst zu der Frage nach dem Verständnis von Demokratie, das in ökologischer Absicht teils über Gebühr strapaziert worden ist, etwa bei der Vorstellung, Demokratie sei auszusetzen, bis die ökologische Gefahr vorüber sei. Somit ist Vorsicht und mindestens Skepsis, wenn nicht Ablehnung geboten, wenn die Suffizienz ihre repressive Seite zeigt und autoritäre Züge annimmt. In diesem Zusammenhang folge ich einer Anregung, die Claudia von Braunmühl im Kontext der *Postwachstumsgesellschaft* (Seidl/Zahrnt 2010) formuliert: Für ein deliberatives Verständnis von Demokratie sei es grundlegend, den politischen Prozess nicht als Annäherung an eine im Prinzip auffindbare »wahre Bestimmung des Gemeinwohls« zu verstehen, sondern Konflikt als konstitutiv für demokratische Politik zu betrachten. Ein solches Demokratieverständnis setze stark auf die Vielfalt sozialer Bewegungen und damit auf eine lebendige Zivilgesellschaft. Die Gesellschaft müsse sich mit immer neu eingebrachten Themen und Ansprüchen auseinandersetzen und ohne diese Bereitschaft werde ein *emanzipatorischer* Prozess weg vom Wachstumszwang nicht möglich sein. Es seien bereits vielerorts praktizierte Formen von Bürgerpartizipation, die derzeit einem Entwurf deliberativer Demokratie nahekämen. Und sie könnten »die Möglichkeit eröffnen, Politik nicht länger als Exekution eines zunehmend aberwitzigen Wachstumszwangs misszuverstehen« (Braunmühl 2010: 193).

Daher steht das Recht auf Suffizienz der Pflicht zum Gürtel-Enger-Schnallen diametral entgegen. Denn menschenrechtlich argumentierende Suffizienzansätze fassen die strukturellen Entwürdigungen einer wachstumsgetriebenen Effizienzlogik ins Auge. Stephan Marks bringt dazu in seinem Buch über »Die Würde des Menschen« zwei Beispiele

---

<sup>2</sup> Im Gegenteil halte ich den Fähigkeitsansatz von Martha Nussbaum für eine zentrale Grundlage menschenrechtlicher Argumentation. Adelheid Biesecker führt diesen Ansatz in ihrem Beitrag näher aus.

aus der Arbeitswelt. Einer der großen Wachstumssektoren ist der zunehmend kommerzialisierte Pflegebereich. Hier herrschen Budgetierung und Zeitdruck. Eine Ärztin, die in diesem Kontext gleichwohl fürsorglich orientiert sei, sich Zeit nehme und mit den Menschen spreche, könne hier nicht lange tätig sein. Ihr Vorgehen werde nicht wertgeschätzt, sondern kritisiert: Sie solle arbeiten, nicht reden (Marks 2010: 210f.). Menschen entwürdigende Übergriffe einer durchrationalisierten Pflegeapparatur habe ich selbst in einem Altenstift erlebt. Als meine Schwiegermutter im Sterben lag, wurde zur Eile gemahnt – denn der Raum würde anderweitig für einen Neuzugang gebraucht. Das andere Beispiel von Stephan Marks handelt von einer Lehrerin. Es gelinge ihr, die Schülerinnen und Schüler trotz leistungs- und ausleseorientierter Strukturen stark zu motivieren. Sie gerate damit aber in die Kritik, weil sie zu gute Noten gebe (ebd.: 213-221). Vom Wert der Menschenwürde versteht die leistungssteigerungsfixierte Effizienzlogik nichts, möglicherweise ist dies auch nicht ihre Aufgabe. Bestimmt ist es aber eine gesellschaftliche Aufgabe, die Effizienz zu begrenzen und in deren Gebrauch sozusagen Suffizienz walten zu lassen.

Gerade an diesem Punkt stellen die Agenda 2010 und die ihr folgenden Hartz-Gesetze ein (sozial)politisches Versagen immensen Ausmaßes dar. Da werden Menschen in eine Arbeitstotalität getrieben, die weder ökonomisch (Arbeitsplätze und Nachfrage nach Arbeit) noch politisch (gesellschaftlich ausgehandelte gute, sozial und ökologisch qualitativ hochwertige Arbeit) getragen ist. Im Gegenteil nimmt die Prekarität von Erwerbsarbeit zu. Workfare statt welfare setzt Erwerbsarbeit, obgleich nicht zureichend vorhanden, an die Stelle von Wohlfahrt und gutem Leben. Und mehr noch, die Strategie des *blaming the victim* lenkt die Aufmerksamkeit auf so titulierte Sozialschmarotzer anstatt auf die Unfähigkeit der Regierenden. Damit nicht genug wurde von Exbundeskanzler Gerhard Schröder schwungvoll verkündet, in dieser Gesellschaft gebe es kein Recht auf Faulheit. Aber was hatte denn Paul Lafargue mit »Das Recht auf Faulheit« gemeint? Er hatte der heraufziehenden kapitalistischen Industriegesellschaft gegenüber ein Recht auf Widerstand formuliert, ein Recht, sich dieser ins Maßlose treibenden und die eigenen Verwerfungen ignorierenden oder in Kauf nehmenden industriegesellschaftlichen Entwicklung zu widersetzen.

In menschenrechtlicher Perspektive bedeutet Suffizienz somit, den strukturellen Entwürdigungen von effizienz-, wachstums- und Agenda2010-logisch getriebenen Ansätzen von Politik und Wirtschaft nachzuspüren. Und ein Recht auf Suffizienz meint, sich deren struktureller Vorherrschaft nicht unterwerfen zu müssen. Es meint, im atem-

raubenden Spiel zwanghafter Vermehrungs- und Quantitätsfixierung nicht mitspielen zu müssen. Und ein Recht auf Suffizienz bedeutet, Schutz zu gewähren und zu erhalten gegenüber entwürdigenden Übergriffen im Sinne und im Dienste von immer mehr Leistung und immer mehr Haben.

## Literatur

- Berger, Hartwig (2009): Der lange Schatten des Prometheus. Über unseren Umgang mit Energie, München.
- Braunmühl, Claudia von (2010): Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation, in: Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 189-197.
- Marks, Stephan (2010): Die Würde des Menschen oder: Der blinde Fleck in unserer Gesellschaft, Gütersloh.
- Nida-Rümelin, Julian (2006): Eine Verteidigung von Freiheit und Gleichheit, in: Langbehn, Claus (Hrsg.): Recht, Gerechtigkeit und Freiheit. Ausätze zur politischen Philosophie der Gegenwart, Paderborn, S. 17-47.
- O'Hara, Sabine (2009): Feminist Ecological Economics in Theory and Practice, in: Salleh, Ariel (Hrsg.): Eco-Sufficiency & Global Justice. Women write Political Ecology, London, S. 180-196.
- Podlashuc, Leo (2009): Saving Women: Saving the Commons, in: Salleh, Ariel (Hrsg.): Eco-Sufficiency & Global Justice. Women write Political Ecology, London, S. 269-290.
- Salleh, Ariel (2009): From Eco-Sufficiency to Global Justice, in: Salleh, Ariel (Hrsg.): Eco-Sufficiency & Global Justice. Women write Political Ecology, London, S. 291-312.
- Winterfeld, Uta von (2002): Reflexionen zur politischen Dimension von Suffizienz in sieben Etappen, in: Linz, Manfred et al.: Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers, 125, S. 27-37.
- Winterfeld, Uta von (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München.

# Serge Latouche

## **Décroissance als Projekt der politischen Linken**

Dass *Décroissance*<sup>1</sup> ein politisches Projekt der Linken sein sollte, ist für mich eine Selbstverständlichkeit und ein Paradox zugleich.

### **Eine Selbstverständlichkeit**

*Décroissance* ist ein Projekt der politischen Linken, da sie Ergebnis einer radikalen Kritik der Konsumgesellschaft und des Liberalismus ist, und da sie die ursprünglichen Ideen des Sozialismus wieder aufgreift.

1) Als radikale Kritik der Konsumgesellschaft, der Entwicklung und aller auf Entwicklung beruhender Wirtschaftsmodelle ist die Idee der *Décroissance* automatisch eine Kritik des Kapitalismus. Was genau verstehen wir unter Wachstumsgesellschaft? Diese kann als Gesellschaft definiert werden, die von einer Wachstumsökonomie beherrscht wird mit der Tendenz, in dieser vollständig aufzugehen. Wachstum um des Wachstums willen wird hier für die Menschen zum wesentlichen, wenn nicht ausschließlichen Lebensziel.

Wachstum ist allerdings nur der Name, den der Volksmund dem gegeben hat, was Marx als unbegrenzte Kapitalakkumulation analysiert hat – die Quelle aller Irrwege und allen Unrechts des Kapitalismus. Da Wachstum und Entwicklung stets Wachstum der Kapitalakkumulation und Entwicklung des Kapitalismus sind, also Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und grenzenlose Naturzerstörung, kann *Décroissance* nur einen Rückgang von Kapitalakkumulation, Kapitalismus, Ausbeutung und Leben auf Kosten anderer bedeuten. Es gilt nicht nur, die Akkumulation zu verlangsamen, sondern vielmehr die gesamte Idee in-

---

<sup>1</sup> La *Décroissance* comme projet politique de gauche, in: *Que faire, que penser de Marx aujourd'hui?* Der Artikel ist leicht gekürzt wiedergegeben. Übersetzung von Manfred Froh-Hanin, unter Mithilfe von Barbara Muraca und Matthias Schmelzer. *Décroissance* lässt sich nur sehr schwer übersetzen. Im deutschsprachigen Raum werden Begriffe wie Wachstumsrücknahme, Postwachstumsökonomie oder -gesellschaft, Wachstumsverweigerung oder Ent-Wachstum verwendet, die das französische *Décroissance* jedoch nur unzureichend wiedergeben (Anm. d. Übers.).

frage zu stellen, um den zerstörerischen Prozess umzukehren. Durchaus zu Unrecht wurde also den »Wirtschaftsschrumpfern« hie und da unterstellt, sie würden sich mit dem Kapitalismus arrangieren (Latouche 2007: 135).

2) Die Idee der *Décroissance* ist selbstverständlich auch eine radikale Kritik am Liberalismus, worunter ich das der Konsumgesellschaft zugrunde liegende Wertesystem verstehe. In der politischen Agenda, der konkreten Utopie der *Décroissance* mittels der acht R (umwerten, neue Konzepte entwickeln, umstrukturieren, relokalisieren, umverteilen, reduzieren, wiederverwenden, recyceln)<sup>2</sup> bringen drei dieser Punkte, nämlich umwerten, umstrukturieren und umverteilen, diese Kritik besonders auf den Punkt.

Umwerten heißt, die Werte, an die wir glauben und nach denen wir unser Leben gestalten, einer Prüfung zu unterziehen und diejenigen zu ändern, die einer Änderung bedürfen. Es muss kaum besonders herausgestellt werden, welche Werte hier an die Stelle der derzeit vorherrschenden zu treten hätten: Altruismus statt Egoismus, Zusammenarbeit statt Konkurrenzwahn, Vergnügen am Gestalten freier Zeit und Ethos des Spielerischen statt Arbeitsbesessenheit, gemeinschaftliches Leben statt schrankenloser Konsum, regionale Wirtschaftsmodelle statt globaler, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Schönheit handwerklicher Fertigung statt industrieller Massenproduktion, schöpferisches Denken statt Effizienzdenken, Relationales statt Materielles und so weiter.

Die Kritik an der Arbeit als Lebensinhalt knüpft hier an den Geist Paul Lafargues (des Schwiegersohnes von Karl Marx) in seinem großartigen Werk »Das Recht auf Faulheit« an, das bis heute einer der schärfsten Angriffe gegen Arbeits- und Produktivitätsethik geblieben ist. Es gilt vor allem, die prometheische Idee der Moderne, wie sie Descartes (der Mensch als Meister und Beherrscher der Natur) oder Bacon vertreten (die Natur im Dienst des Menschen), infrage zu stellen. Nichts Geringeres steht zur Debatte als ein Paradigmenwechsel.

Umstrukturieren heißt, die Produktionsweise und die sozialen Beziehungen dem Wertewandel entsprechend umzugestalten. Diese Umstrukturierung würde umso radikaler ausfallen, je mehr der systemische Charakter der derzeitigen Werte erschüttert würde. Hier stellt sich die Frage, wie – ganz konkret – ein Austreten aus dem Kapitalismus und

---

<sup>2</sup> Im Französischen beginnen die acht Begriffe dieses von Latouche entwickelten Programms alle mit einem r (réévaluer, reconceptualiser, restructurer, relocaliser, redistribuer, réduire, réutiliser, recycler). Inzwischen hat Latouche das Programm auch noch etwas erweitert, siehe Fußnote 6 (Anm. d. Übers.).

eine Umgestaltung der Produktionsweise, die nun unter ganz anderen Zielsetzungen funktionieren müsste, aussehen kann. *Décroissance* ist notwendigerweise gegen den Kapitalismus. Nicht so sehr, weil durch sie seine ökologischen und sozialen Widersprüche und Grenzen aufgezeigt werden, sondern vor allem, weil sie den Geist des Kapitalismus (im Sinne Max Webers) infrage stellt.

Umverteilen bezieht sich auf Vermögenswerte und natürliche Ressourcen sowohl zwischen Nord und Süd als auch innerhalb jeder Gesellschaft. Das Umverteilen von Reichtum ist die natürliche Lösung der sozialen Frage. Teilen ist der zentrale Pfeiler jeder linken Ethik; nach ihr ist die kapitalistische Produktionsweise, die auf ungleichem Zugang zu den Produktionsmitteln beruht und zu immer größeren Vermögensungleichheiten führt, abzuschaffen.

3) *Décroissance* ist schließlich Aufgabe der politischen Linken, da man mit ihr zu den ursprünglichen Beweggründen der Sozialisten, denjenigen, die man – nicht ohne Doppelsinn – als utopisch bezeichnet hat, zurückkehrt. Was die Wegbereiter der Idee, Jacques Ellul und Ivan Illich, schreiben, ist ein Wiederaufgreifen der Kritik der Vorläufer des Sozialismus an der Industrialisierung.

Durch eine erneute Beschäftigung mit Denkern wie William Morris oder auch mit dem Luddismus kann der Sozialismus im Kontext einer ökologischen Vision wie etwa der von André Gorz einen neuen Sinn und neuen Stellenwert gewinnen.

Freilich waren all diese erwähnten Denker – Paul Lafargue, Jacques Ellul, Ivan Illich, André Gorz, ebenso Bernard Charbonneau und Cornelius Castoriadis, ganz zu schweigen von Tolstoi, Gandhi oder Thoreau – Ketzer in Bezug auf die marxistische Orthodoxie. Was den sozialistischen Reformen John Stuart Mill angeht, so verdiente seine Vision eines Gleichgewichtszustandes mit Nullwachstum bei gleichzeitiger kultureller Blüte der Bevölkerung etwas Besseres als das verächtliche Schweigen orthodoxer Marxisten.

## **Ein Paradox**

*Décroissance* als Projekt der politischen Linken einführen zu wollen, ist eine Herausforderung (von den ebenso problematischen Ideen zu diesem Thema, die von rechter Seite, in Frankreich etwa von Alain de Benoist, vorgetragen werden, soll hier nicht die Rede sein). Mit der Produktionsethik brechen, eine Gesellschaft der Askese proklamieren, die Krise als Chance begreifen, dies alles sind Provokationen, mit denen man die

Arbeiter von Billancourt<sup>3</sup> zwangsläufig auf die Barrikaden bringt (auch wenn es Billancourt heute nicht mehr gibt...). Unsere Reaktionen auf die Krise zeigen deutlich das Dilemma, in dem wir uns befinden: Die Maschinerie zur Zerstörung des Planeten wieder in Gang setzen oder eine andere Gesellschaft erfinden.

1) Die gesamte Linke, egal ob sozialdemokratisch, kommunistisch, trotzkistisch oder noch anders orientiert, ist dem Kompromiss von Keynes und Ford auf den Leim gegangen – selbst die Grünen.

Es ist klar: Wenn die Verfechter der *Décroissance* dafür werben, jeder hätte das Recht, glücklich zu sein, und mit 600 Euro im Monat könne man dies auch (siehe die Parole der griechischen Jugend), so würden sie sofort ausgepiffen und als De-facto-Alliierte des Raubtierkapitalismus hingestellt werden. »Erst nach dem ungeheuren Aufwand, der in den Medien getrieben worden ist, um die Tatsachen und unsere Erinnerung zu verfälschen«, schreibt Michéa, »ist die Idee eines unaufhörlichen Wachstums in einer Welt ohne Grenzen zu dem geworden, was sie heute ist: dem endgültigen philosophischen Gravitationszentrum sämtlicher Diskurse der Linken und extremen Linken nach Mitterrand.« (Michéa 2008: 138)

Schon Castoriadis hatte diese Irrwege angeprangert: »Das beste Beispiel ist«, sagt er, »die revolutionäre Bewegung, die, unter Einwirkung der Ideen des Marxismus, glaubt, dass alles, was es braucht, um den Menschen ihre Autonomie wiederzugeben, die Beherrschung der Natur ist – eine völlige Illusion... Was wir brauchen, ist keine Beherrschung, sondern vielmehr die Kontrolle dieses Verlangens nach Beherrschung, eine Selbstbeschränkung also. Das Wort Autonomie bedeutet übrigens Selbstbeschränkung. Was nötig ist, ist, diesen Expansionswahn einzudämmen, was nottut, ist ein Ideal von Bescheidenheit, eine Einteilung der Ressourcen dieses Planeten, so wie es ein sorgender Familienvater tun würde.« (Castoriadis 2008: 282)

Ist die »fröhliche Trunkenheit freiwilliger Askese«, von der Ivan Illich spricht, mit 600 Euro im Monat vielleicht auch möglich, so hat doch *Décroissance* nie etwas mit Passivität oder Resignation zu tun gehabt. Die Freude daran, außerhalb des Gefängnisses der Konsumwelt zu leben, ist undenkbar ohne den Kampf für Gerechtigkeit und für eine Verbesserung der Lebensqualität. Die geistige Umweltverschmutzung und die Kolonisierung des Imaginären zu bekämpfen, heißt, die Kräfte zu bekämpfen, die für diese Art der Sucht verantwortlich sind. Sich aus der

---

<sup>3</sup> In Boulogne-Billancourt befand sich mit dem dortigen Renault-Werk einer der größten Produktionsstandorte der französischen Automobilindustrie (Anm. d. Übers.).

selbstverschuldeten Abhängigkeit zu befreien, ist die Voraussetzung dafür, sich aus der nicht-selbstverschuldeten Abhängigkeit, die innerhalb des Systems für den Menschen vorgesehen ist, zu befreien, und umgekehrt. Das Glück kann schon heute beginnen, schreitet man auf dem Wege einer Befreiung vom Konsum voran, vorausgesetzt, dass dies Teil eines Kampfes für eine zukünftige gerechtere Welt ist.

2) Das Problem ist, dass alle sich vom Mythos des Kuchens, der ewig weiter wächst, haben verführen lassen. Lieber zum Wachstum beizutragen als um die Anteile eines Kuchens zu kämpfen, dessen Größe im Prinzip gleich bleibt – das verspricht bessere Belohnung bei geringerem Arbeitsaufwand. Natürlich haben die Rechten begriffen, dass Wachstum zum Systemerhalt notwendig ist.

So hat etwa der Abgeordnete Christian Blanc ein Buch namens »La croissance ou le chaos« (Wachstum oder Chaos) veröffentlicht, in dem er schreibt: »Ohne Wachstum sind alle Programme, mit denen wir unsere Vorstädte aus dem Elend herausholen wollen, zum Scheitern verurteilt. Ohne Wachstum gibt es keinen sozialen Aufstieg. Ohne Wachstum keine Hoffnung, je das Haushaltsdefizit zu verringern oder den Schuldenberg abzutragen.« Der machiavellistische Berater Sarkozys, Henri Guaino, ergänzt: »Die Ungleichheit ist ein Motor des Wachstums und Wachstum ist das einzige, was die Ungleichheit erträglich macht. Wachstum ist ein Versprechen von Fülle in der Zukunft, die das Elend des Armen abmildert, während ein Gleichgewichtszustand vor allem ein Traum des Begüterten ist, der will, dass sich nichts ändert.« (Guaino 2006)

Diese Ideologie ist inzwischen Gemeingut der gesamten Gesellschaft geworden. So sagt André Gorz: »Wachstum erscheint der breiten Masse wie ein – in Wahrheit allerdings völlig leeres – Versprechen, dass sie eines Tages nicht mehr benachteiligt sein wird, Nullwachstum dagegen wie die Verdammung zu einem Zustand immerwährender Mittelmäßigkeit.«

Das vom Kommunismus angestrebte Ziel des Teilens ist so in der Welt des Konsums untergegangen. Zwar hat sich der Umfang des Kuchens in der Tat beträchtlich vergrößert, jedoch auf Kosten unseres Planeten, kommender Generationen und der Länder des Südens. Wie nichts Gutes ewig währt, funktioniert auch diese sozialistische Zuggewinnungsgemeinschaft seit den 1960er Jahren nicht mehr recht, da der Kuchen sich sträubt weiterzuwachsen.

Die Akteure an den Schaltstellen des Kapitals haben dies mehr oder weniger begriffen und sich darangemacht, ihren Anteil des Kuchens noch beträchtlich zu vergrößern (um weitere zehn bis 20% des BIP),

und zwar dank des globalen Wirtschaftskasinos. Die skandalösen Einkünfte der Führungskräfte in Politik und Wirtschaft mit ihren Prämien, Boni, Aktienoptionen, horrenden Abfindungen und anderen Vergütungen sind bekannt. Für die große Mehrheit der Menschen dagegen ist das leichte Plus auf der Gehaltsabrechnung kein Ersatz für die negativen Auswirkungen des Wachstums (Stress, Krankheitskosten, Unannehmlichkeiten verschiedenster Art).

Deprimiert durch ihr fortgesetztes Abdanken-Müssen in der Vergangenheit meint die »verantwortungsvolle« Linke, jetzt nur noch einen kleinmütigen Sozialliberalismus als Option zu haben. Der berühmte *trickle-down effect*, durch den die Errungenschaften des Wachstums über breite Bevölkerungsschichten gestreut wurden, gerät zum dünnen Strahl einer Sanduhr. Da es immer mehr Reiche gibt und diese auch unablässig reicher werden, werden auch immer mehr Menschen gebraucht, die deren Autos waschen, für sie kellnern, ihnen Waren nach Hause liefern, für sie putzen oder als private Sicherheitskräfte arbeiten, um sie vor den immer zahlreicher werdenden Armen zu schützen. Damit hat sich der Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit heruntergewirtschaftet. Das Wachstum der drei Wirtschaftswunderjahrzehnte wurde vom Export getragen; das der drei Jahrzehnte, die folgten, hat sich kraft der astronomischen Verschuldung von Staaten und Haushalten gerade eben halten können.

Sogar im Süden sind die Menschen auf die Idee mit dem Kuchen hereingefallen. Dies nannte man Entwicklung. Das Entwicklungsparadigma wurde von Präsident Harry S. Truman in Punkt vier seiner berühmten Ansprache zur Lage der Nation am 20. Januar 1949 ins Leben gerufen und hatte zum Ziel, die soziale Revolution durch Wirtschaftswachstum, beruhend auf Technologietransfer, zu ersetzen. Diese Rechnung ging während der Grünen Revolution der 1960er Jahre recht gut auf: Indien, seit langem mit einer negativen Handelsbilanz belastet, entwickelte sich zum Getreide-Nettoexporteur. Landreformen konnten so vermieden, begrenzt oder in eine andere Richtung umgelenkt werden.

Die fetten Jahre sind nun vorbei. Selbst dieser Spielraum ist heute ausgeschöpft. Der Kuchen kann nicht mehr wachsen. Mehr noch (und wir wissen dies seit langer Zeit, auch wenn wir uns weigern, es zuzugeben): Er darf nicht mehr wachsen. Die einzige Möglichkeit, der Verarmung im Norden wie im Süden entgegenzutreten, ist, zum Fundament des Sozialismus zurückzukehren (ohne diesmal allerdings die Natur zu vergessen) und den Kuchen gerecht aufzuteilen. 1848, als er 30 oder 50 Mal kleiner war, dachten Marx und auch John Stuart Mill bereits so!

Kommunismus hieß nicht, den Kuchen zu vergrößern, wenn er eigentlich groß genug war, sondern einen anderen Verteilungsmodus zu wählen, sodass alle ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt sind.

Es ist klar, dass die marxistische Kritik des Industriezeitalters ohne Berücksichtigung der ökologischen Grenzen unseres Planeten eine äußerst fragwürdige Angelegenheit geblieben ist.<sup>4</sup> Die kapitalistische Wirtschaftsweise wird kritisiert und verurteilt, aber das Wachstum der Kräfte, die sie entfesselt, wird von der Linken stets als »produktiv« dargestellt (während diese doch zumindest ebenso sehr, wenn nicht sogar eher, destruktiven Charakter haben). Schon Charles Péguy schrieb: »Es ist recht lustig, zu sehen, wie unsere atheistischen (speziell die antikatholischen) Sozialisten dieselbe Welt unter dem Namen modern beweihräuchern, um sie gleichzeitig als bürgerlich und kapitalistisch zu verurteilen, ohne dass ihnen hier ein Widerspruch auffällt.« (Péguy 1907: 107)

Wachstum erscheint also – unter dem Blickwinkel Produktion/Arbeit/Konsum gesehen – als Quelle aller oder fast aller Annehmlichkeiten, auch wenn es, unter dem Blickwinkel der Akkumulation des Kapitals, als Wurzel allen Übels angesehen wird: der Verelendung der Arbeiter, ihrer Ausbeutung und Verarmung, nicht zu reden vom Imperialismus, den Kriegen, Krisen (wohlgemerkt auch den ökologischen) und so weiter. Die Veränderung der Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess (in der die notwendige und ersehnte Revolution ja besteht), wird so stets auf einen (mehr oder weniger heftig verlaufenden) Streit um die Anrechte derer, denen die Früchte des Wachstums zustehen, reduziert. Ist man einmal soweit, kann es zwar noch Diskussionen darüber geben, wem das Wachstum zugutekommen soll, aber es selbst steht nicht mehr zur Debatte.

---

<sup>4</sup> Es ist bedauerlich, ja vielleicht tragisch, dass es nie zu einer Begegnung zwischen Sergei Podolinski (1850-1891), jenem ukrainischen, nach Frankreich ausgewanderten Adligen und Wissenschaftler, und Karl Marx gekommen ist. Dieser geniale Vorläufer eines ökologischen Wirtschaftsdenkens versuchte tatsächlich, sozialistische Theorie und das zweite Gesetz der Thermodynamik unter einen Hut zu bringen, und strebte eine Synthese von Marx, Darwin und Carnot an. Marx, in wissenschaftlichen Dingen überfordert und uninformiert, beging fraglos einen Fehler, indem er die Schrift Podolinskis zur Bewertung an seinen Freund Engels weiterreichte. Dieser, Anhänger einer positivistischen und mechanistischen Sicht der Wissenschaft, verstand die Tragweite des zweiten Gesetzes der Thermodynamik schlicht und einfach nicht (wohl aber, wie die »Variable Energie« der Theorie des Mehrwerts schaden könnte) und kam zu dem Schluss, dass Podolinskis Forschungen ohne Interesse seien. Es ist keineswegs abwegig zu vermuten, dass, wären sich Marx und Podolinski begegnet, einige der Sackgassen, in die der Sozialismus hineingeriet, hätten vermieden werden können.

Da der Kuchen beim Größerwerden immer giftiger geworden ist – das Frustrationswachstum, um es mit Ivan Illich zu sagen, übertrifft bei Weitem das Produktionswachstum –, wird man das Rezept des Kuchens ändern müssen. Je mehr der Kuchen wuchs, umso giftiger wurde er im wörtlichen wie auch im übertragenen Sinne, im Norden wie im Süden. Pestizide, Kunstdünger und andere schädliche Substanzen haben die Völker, andere Spezies und die Erde im ganzen vergiftet, derweil Ungleichheit und Unrecht immer weiter zugenommen haben.

Um die dramatischen sozialen Probleme zu lösen sowie diesen Planeten zu retten, müssen wir das Rezept eines neuen Kuchens erfinden: aus Biozutaten und von einer Größe, dass es auch unseren Kindern und Enkeln noch möglich ist, ihn zu backen. Vor allem aber gilt es, ihn gerecht aufzuteilen. Die Stücke sind vielleicht nicht so groß, dass wir alle fett davon werden können, aber dafür gäbe es einen anderen Grund zur Freude. *Décroissance* ist das einzige Mittel, um die Krise dauerhaft und mit echter Perspektive zu überwinden.

Unser fiktives Wahlprogramm der Veränderung in zehn Punkten soll einen Weg zur Erreichung dieses Zieles aufzeigen. Die zehn Programmpunkte (die bei Latouche alle wieder mit einem r beginnen, Anm. d. Übers.) sind:

1. Zu einem tragbaren ökologischen Fußabdruck zurückfinden;
2. den Warentransport einschränken durch eine die Umweltkosten internalisierende Ökosteuer;
3. wirtschaftliche Aktivitäten relokalisieren (auf kleinräumig/lokal/regionaler Ebene ansiedeln);
4. die (klein)bäuerliche Agrarwirtschaft wiederherstellen;
5. Produktivitätszuwächse in Arbeitszeitverkürzungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze umsetzen;
6. die Erzeugung relationaler (statt positionaler) Güter fördern;
7. die Energieverschwendung um den Faktor 4 verringern;
8. den der Werbung zur Verfügung gestellten Raum massiv einschränken;
9. die wissenschaftliche und technische Forschung anders ausrichten;
10. die Kontrolle über das Geld wiedererlangen.

## Literatur

Blanc, Christian (2006): La croissance ou le chaos, Paris.

Castoriadis, Cornelius (2008): Débat avec R. Legros, in: Bachofen, Blaise/Elbaz, Sion/Poirier, Nicolas (Hrsg.): Cornelius Castoriadis, Réinventer l'autonomie, Paris.

Guaino, Henri (2006): Pour une croissance durable, in: La Croix, 23.10.2006.

Gorz, André (1974): Leur écologie et la nôtre, in: Les Temps Modernes.

Latouche, Serge (2007): Petit traité de décroissance sereine, Paris.

Michéa, Jean-Claude (2008): La double pensée. Retour sur la question libérale, Paris.

Péguy, Charles (1907): De la situation faite au parti intellectuel dans le monde moderne, in: Cahiers de la Quinzaine.

Adelheid Biesecker

## Vorsorgendes Wirtschaften

Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum

Das Wachstum, von dem sich eine zukunftsfähige Gesellschaft befreien muss und wird, ist das Wachstum der kapitalistischen Marktökonomie, ein Wachstum von marktfähigen Waren und Dienstleistungen, vor allem aber von Kapital. Getrieben wird dieses Wachstum von Profitgier und Konkurrenz, auf Seiten der KonsumentInnen von Konsumzwang, der durch immer trickreichere Werbung immer weiter verschärft wird. Für die lebendigen Grundlagen dieser Ökonomie – die immer noch größtenteils sozial weiblichen sorgenden Tätigkeiten jenseits des Marktes (Care) sowie die Produktivität der Natur – bedeutet dieses Wachstum maßlose und sorglose Ausbeutung, wachsende Zerstörung.

Ein Kernelement dieser kapitalistischen Ökonomie ist ihre Trennungsstruktur, die Trennung zwischen produktiv und reproduktiv. Nur was zu am Markt verkäuflichen Produkten und Dienstleistung führt, z.B. Erwerbsarbeit, gilt als produktiv, Care-Arbeit und Natur dagegen als nicht-, bestenfalls als »re«produktiv. »Weil nur zählt, was Geld bringt«, (Kontos/Walser 1979) kommen diese Produktivitäten in diesem Ökonomiebild nicht vor, sind ausgegrenzt, unsichtbar, abgewertet. In der ökonomischen Sprache heißt das: Sie sind externalisiert. Diese Externalisierung ist derart prägend in die kapitalistische Ökonomie eingeschrieben, dass von einem Externalisierungsprinzip gesprochen werden muss (vgl. Winterfeld et al. 2007: 16).

Das kapitalistische System schafft seinen angeblichen Reichtum durch die Zerstörung der Reichtumsgrundlagen. Daher ist diese Ökonomie nicht zukunftsfähig, daher muss diese Art von Wachstum überwunden werden. Es gilt, die Einheit von Produktion und Reproduktion in den Blick zu nehmen, um so zu einer Ökonomie zu gelangen, die durch ihre eigene Handlungsweise die lebendigen Grundlagen des Wirtschaftens nicht zerstört, sondern langfristig erhält.

Meine *zentrale These* hierzu lautet: Eine solche Ökonomie kann mithilfe des Konzepts vom Vorsorgenden Wirtschaften gestaltet werden. Das Konzept liegt – ausgearbeitet durch das gleichnamige Netzwerk ([www.vorsorgendeswirtschaften.de](http://www.vorsorgendeswirtschaften.de)) – in seiner Grundstruktur, seinen Handlungsprinzipien und seiner Entwicklungskonzeption vor und be-

zieht sich auf vielfältige Formen wirtschaftlichen Handelns, die es schon heute in und jenseits der Marktökonomie gibt (vgl. Baier/Biesecker 2010). Was in dieser Ökonomie wächst und was nicht, wird nach Kriterien von Zukunftsfähigkeit und gutem Leben bestimmt.

Diese Grundgedanken werden im Folgenden in vier Schritten erläutert:

Nach einer kurzen Charakteristik der den Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie stützenden Rationalität werden die Grundidee, die Handlungsprinzipien sowie das Produktivitätskonzept des Vorsorgenden Wirtschaftens erläutert. Die sich hier andeutenden Anforderungen an den Transformationsprozess werden anschließend konkretisiert, wobei auch der Frage nach der politischen Gestaltung nachgegangen wird. Abschließend wird die zentrale Frage dieses Buches noch einmal aufgegriffen: Was wächst, was schrumpft, was kann sich entwickeln in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise?

## **Kapitalistische Rationalität – Maßlosigkeit und Sorglosigkeit**

Maßlosigkeit und Sorglosigkeit, mit diesen beiden Begriffen lässt sich die vorherrschende ökonomische Rationalität kennzeichnen. Denn ökonomisch rational ist, was in möglichst kurzer Zeit so viel Profit wie möglich erbringt. Vernünftig ist Profitmaximierung, ausgedrückt in Geld. Geld, das ausgegeben wird, um mehr Geld zu werden, ist Kapital. Auf den Finanzmärkten wird das Profitmachen möglichst ohne Zwischenstufen wie Arbeit und Produktion versucht, ohne irgendein stoffliches oder soziales Maß. Auf der persönlichen Ebene drückt sich diese Maßlosigkeit als Gier aus. So wird die Gier der Manager heute vielfach kritisiert. Ja, aber sie sind nur »Charaktermasken« dieses in seiner ureigensten Qualität maßlosen Kapitals (Marx 1972: 100). Dieses ist ja, wie Marx ebenfalls analysiert hat, gerade dadurch gekennzeichnet, dass es jedes Maß abgeworfen hat, dass es an keinerlei Qualität gebunden ist, dass es sich nur noch als Quantität auf sich selbst bezieht, als »Wert heckender Wert«. Kapital ist maßlos und die Akteure, in denen es sich personifiziert, sind es folglich auch. Um mehr zu werden, um quantitativ zu wachsen, sind jedoch Gebrauchswerte, sind natürliche und menschliche Lebensprozesse nötig – als Mittel für Wachstumsw Zwecke des Kapitals. Das macht deutlich: Gepaart ist diese Maßlosigkeit mit Sorglosigkeit. Denn die Profitmaximierungsrationalität kümmert sich nicht um den Erhalt dieser produktiven Grundlagen des Wirtschaftens, sondern nutzt sie sorglos aus und zerstört sie dadurch. Weil Ökonomie nur ver-

standen wird als autonome Marktökonomie, abgetrennt von ihren sozialen und ökologischen Grundlagen, bleiben Theorie und Praxis des kapitalistischen Wirtschaftens blind für dieses »Reproduktive«. Es wird nicht bewertet, aber für die Kapitalverwertung gebraucht. Und gerade das wirkt so zerstörerisch und ruft Krisen hervor – sozial-ökologische Krisen, die auf den Kern verweisen, die Krise des »Reproduktiven«. Soziale und ökologische Krisen sind so gleichursprünglich, sind Ausdruck dieses grundlegenden Systemfehlers, dieser Rationalität, die sich in Maßlosigkeit und Sorglosigkeit gegenüber den lebendigen Grundlagen ausdrückt.

In einer zukunftsfähigen Ökonomie jenseits von Wachstumszwängen geht es jedoch genau um das Gegenteil; es geht gerade darum, neue Maßstäbe des Wirtschaftens zu entwickeln und sich um andere zu sorgen – um andere lebende Menschen, um andere zukünftige Generationen, um die Natur. Auf der Grundlage der Anerkennung der Lebensbedürfnisse und Gestaltungsrechte zukünftiger Generationen gilt es, die natürlichen Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens pfleglich zu behandeln, damit ihre Produktivität nicht nur den heute Lebenden, sondern auch allen zukünftigen Generationen zugutekommt. Damit ist das grundlegende ökonomische Handlungsprinzip für nachhaltiges oder zukunftsfähiges Wirtschaften formuliert. Es fordert ein, das bisher Abgespaltene, das »Reproduktive«, in den Blick zu nehmen, mehr noch, es bewusst zu gestalten, damit es langfristig erhalten bleibt.

## **Vorsorgendes Wirtschaften**

Hier setzt das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften an. Es beginnt mit einem Perspektivenwechsel, es blickt von den bisher als reproduktiv aus dem Ökonomischen ausgegrenzten Bereichen auf die Marktökonomie. So kommen nicht nur »das Ganze des Wirtschaftens« (neben der Marktökonomie ihr »weiblicher Zwilling«, die Care-Ökonomie) und »das Ganze der Arbeit« in den Blick, sondern auch deren geschlechtshierarchische und naturfeindliche Konstruktionen. Diese können jetzt kritisiert und verändert werden. Und Märkte sind, so gesehen, nicht in sich selbst funktionierende Mechanismen, nicht Selbstzweck, sondern Mittel für Lebenszwecke und gesellschaftlich gestaltbar. Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte?) tun den Menschen und der Natur gut? Diese Frage kann jetzt gestellt und bearbeitet werden.

Die theoretische Ausformulierung und die praktische Ausgestaltung von Vorsorgendem Wirtschaften stützen sich auf drei Handlungsprin-

zipien: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen (vgl. Biesecker et al. 2000).

*Vorsorge:* Die Menschen werden als in sozialen Beziehungen lebend betrachtet, als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. Sorgen nimmt die Bedürfnisse aller Beteiligten zum Ausgangspunkt, es ist ein Prinzip, das auch asymmetrische Beziehungen in die Ökonomie integriert (vgl. Jochimsen 2003). Solche Asymmetrien bestehen häufig in Sorgebeziehungen, in denen die Umsorgten abhängig sind von den sorgenden Menschen. Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns. Dagegen ist heute Nachsorge vorherrschend, wie z.B. der Umgang mit Atommüll zeigt oder die CCS-Technik (*Carbon Capture and Storage*), die Technik, CO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken abzuscheiden und in der Erde zu speichern.<sup>1</sup> Anstatt von vornherein auf riskante und die Umwelt zerstörende Techniken zu verzichten, wird auf technische Lösungen beim Umgang mit den »Abfällen« gehofft und das Risiko zukünftigen Generationen aufgebürdet.

*Kooperation:* Kooperieren ist ein altes Prinzip der Care-Ökonomie und wird im Konzept Vorsorgendes Wirtschaften im Sinne einer vorsorgend-verantwortlichen Kooperation weiterentwickelt. Gemeint ist damit ein kooperatives Wirtschaften, in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird. Weil in diesem Verständigungsprozess als sprachlose KooperationspartnerInnen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen einbezogen sind, kommt der Begriff Verantwortung mit herein. Verantwortung bedeutet eben, die Lebensinteressen dieser KooperationspartnerInnen gleichermaßen zu berücksichtigen. Diese Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert. Dagegen wird heute vor allem auf Konkurrenz gesetzt. Konkurrenzfähig zu sein, wird zum Selbstzweck, dem Soziales und Ökologisches untergeordnet wird. Mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit werden z.B. die Reallöhne niedrig gehalten, wird der Mindestlohn bekämpft und werden ökologische Schäden für industrielle Großprojekte in Kauf genommen.

---

<sup>1</sup> Auf der Klimakonferenz im Dezember 2010 in Cancun wurden entsprechende technische Anlagen in den Clean Development Mechanism aufgenommen – ein Zeichen dafür, dass auch diese Konferenz dem Prinzip der Nachsorge statt der Vorsorge folgte.

*Orientierung am für das gute Leben Notwendigen:* Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich nicht an der Maximierung individueller Profite und nicht an maximalen Wachstumsraten, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Was zum guten Leben gehört, hat z.B. Martha Nussbaum mithilfe ihres Fähigkeitenansatzes benannt (vgl. Nussbaum 1998). Gutes Leben wird von ihr verstanden als ein Leben, in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebens zu entwickeln. Dieses gute Leben ist gekennzeichnet durch Selbständigkeit, Sicherheit und Freiheit. Seine je konkrete Ausgestaltung ist kulturell geprägt und daher vielfältig unterschiedlich und muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu bestimmt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden. In diesen Diskursen geht es auch um die Überprüfung der Bedürfnisse und der Art ihrer Befriedigung. Gesellschaftliche Wohlfahrt in diesem Sinne ist nicht allein monetär bestimmt, ist nicht eindimensional kalkulierbar, sondern kann nur vieldimensional und vielfältig entwickelt werden. Dagegen wird heute auf das Sozialprodukt, die Summe aller für den Markt hergestellten und in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen, gestarrt. Dessen Wachstum gilt als Ausdruck von Wohlfahrt. Zöge man dagegen von diesem Wachstum dessen soziale und ökologische Kosten ab (z.B. Kinderarmut, Verschärfung der Ungleichheit, Verkehrsunfälle, ökologische Schäden), so würde deutlich werden: Unsere Wirtschaft wächst schon lange nicht mehr. Der durch die Wachstumsrate des Sozialprodukts ausgedrückte Wohlstand ist ein Schein-Wohlstand.<sup>2</sup>

Gegenüber der bisherigen Trennung von Produktion und so genannter Reproduktion wird im Konzept Vorsorgendes Wirtschaften deren Einheit betont. Diese Einheit wird ausgedrückt in einer neuen Kategorie, der Kategorie (Re)Produktivität (vgl. Biesecker/Hofmeister 2010). Sie umfasst die Produktivitäten aller Arbeitsprozesse einschließlich der Care-Arbeit sowie die Produktivität der ökologischen Natur und damit alle Prozesse des Herstellens und Wiederherstellens. Dieses (Re)Produktive muss bewusst gestaltet werden, wenn wir zukunftsfähig wirtschaften wollen. Deutlich wird: Menschliche Produktion als Prozess zwischen Mensch und Natur verändert auch die Natur selbst, stellt ein gesellschaftliches Naturprodukt mit her (z.B. verändertes Klima, ver-

---

<sup>2</sup> Diese Erkenntnis scheint auch die politische Ebene erreicht zu haben. So hat der französische Präsident eine Kommission eingesetzt, die über Alternativen der Wohlfahrtsmessung nachdenken sollte und inzwischen ihren Bericht vorgelegt hat (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009), und so hat die deutsche Regierung kürzlich eine Enquete-Kommission mit demselben Auftrag eingesetzt.

gifteten Boden, Kulturwälder), welches jetzt bewusst gestaltet werden kann. Herstellen geht mit Wiederherstellen, Produktion mit Reproduktion einher, die Trennungsstruktur der kapitalistischen Ökonomie ist sowohl bezüglich der Care-Arbeit als auch bezüglich der Naturproduktivität aufgehoben.

Vorsorgendes Wirtschaften folgt keiner Maximierungsrationalität, sondern der Rationalität des »Erhaltens im Gestalten«, wobei das Erhalten auch qualitatives Erneuern einschließt. Es ist haushälterisches Wirtschaften. Vernünftig ist jetzt dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird. Carola Meier-Seethaler nennt diese Vernunft »Besonnenheit« (Meier-Seethaler 1997: 395). Sie vereint Denken und Fühlen. »Ich und Mitwelt als lebendige Wirklichkeiten, denen wir nur gerecht werden, wenn die Erkenntniskräfte des Denkens und des Fühlens zusammenwirken« (ebd.). Die zugrunde liegenden Werte werden dabei offengelegt und dem Diskurs ausgesetzt. Vorsorgendes Wirtschaften ist bewusst auch ein normatives Konzept und beruht auf ethischen Grundlagen (vgl. Knobloch 2009).

## **Von der Wachstums- zur Lebensorientierung: Neue Maßstäbe für den Transformationsprozess**

In einer vorsorgenden Wirtschaftsweise ist das Ökonomische erweitert. Es umfasst jetzt mindestens drei Dimensionen: die ökologische, die soziale, die marktförmig-monetäre. Diese Integration bringt neue Maßstäbe des Wirtschaftens mit sich, Maßstäbe, die an die Stelle der Maßlosigkeit der kapitalistischen Ökonomie treten; Maßstäbe, die von den Lebensprozessen her gesetzt werden, denen vorsorgendes Wirtschaften dient und die den Transformationsprozess steuern. Drei dieser Maßstäbe lassen sich schon angeben: Sozial-ökologische Qualitäten von Produkten und Prozessen, Suffizienz und Geschlechtergerechtigkeit.

*Sozial-ökologische Qualitäten:* Wirtschaftliche Prozesse im Vorsorgenden Wirtschaften sind Vermittlungsprozesse von Arbeits- und Naturproduktivitäten. Um diese so zu gestalten, dass die produktiven Kräfte lebendig gehalten werden, gilt es zum einen, alle Teilprozesse des gesellschaftlichen (Re)Produktionsprozesses gemäß auszuhandeln-der Kriterien von guter Arbeit zu organisieren. Das schließt eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die Aufwertung der Care-Arbeit sowie der Eigenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements

und die Umverteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern ein. Dieses »Ganze der Arbeit« gilt es, neu zu gestalten. Zum anderen kommt es darauf an, stofflich nur solche Qualitäten herzustellen, die der Fähigkeit der Natur zur Regeneration angepasst sind. Dieser Anpassungsprozess betrifft auch Mengen, Zeiten und Orte. Energetisch ist eine vorsorgende Ökonomie vor allem eine dezentrale Solarökonomie.

*Suffizienz*<sup>3</sup>: Oben hieß es: »In den Diskursen (um die Ausgestaltung von gutem Leben) geht es auch um die Überprüfung der Bedürfnisse und der Art ihrer Befriedigung.« Das ist zum einen notwendig, weil die Gesellschaft an das Prinzip des »immer mehr haben wollen Müssens« (Winterfeld) gewöhnt ist. Lebensformen ohne diesen Konsumzwang müssen politisch ermöglicht und ausprobiert werden. So kann sich das Recht auf Suffizienz gesellschaftlich festigen. Zunächst ist es ein Schutzrecht gegen den Wachstumszwang.

Zum anderen folgt diese Überprüfung aus den eben diskutierten Qualitätsanforderungen. Naturverträglichkeit bedeutet eben auch, die Grenzen der Naturproduktivität zu akzeptieren und sich in diese einzupassen: quantitativ, qualitativ, zeitlich und räumlich. Suffizienz, das macht Uta von Winterfeld in ihrem Beitrag deutlich, deckt als kritische Kategorie Grenzüberschreitungen und Entgrenzungen in der wachstumsgetriebenen kapitalistischen Ökonomie sowohl gegenüber den Menschen als auch gegenüber der Natur auf. Als Maßstab für den Transformationsprozess bedeutet Suffizienz daher die Einführung eines wachstumswiderständigen Faktors und ein Korrektiv mit Bezug auf Grenzüberschreitungen und Entgrenzungen.

*Geschlechtergerechtigkeit*: Die trotz aller Verbesserungen bis heute prinzipiell andauernde geschlechtliche Hierarchie des Ökonomischen mit der darin enthaltenen Abwertung der sozial-weiblichen Care-Arbeit wird im Transformationsprozess weiter brüchig. Denn in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise gibt es keine Rechtfertigung mehr für geschlechtsspezifische Zuordnungen und Abwertungen. Mehr noch: Abwertungen und Wertehierarchien sind ein Hindernis für die Ausgestaltung des Neuen. Denn hier werden gleiche Erfahrungen als Basis für die Kommunikation über die neue Wirtschaftsweise und die Diskurse über den allen unbekanntem Weg dorthin gebraucht – das ist nur mit einem paritätischen Geschlechterverhältnis zu machen. Geschlechtergerechtigkeit ist hier also nicht nur moralisches Anliegen, sondern Basisressource für die zukunftsfähige Ökonomie und Maßstab des Neuen.

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Uta von Winterfeld in diesem Band.

Im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens ist das Ökonomische jedoch nicht nur erweitert, sondern es wird auch von den jeweils Beteiligten auf allen Ebenen (lokal, regional, europäisch, global) demokratisch gestaltet und unterliegt der demokratischen Kontrolle. In diese Mehr-Ebenen-Ökonomie kehrt somit das Primat der Politik zurück. Entscheidungen über Qualitäten, Technologien, Arbeitsformen und Arbeitsverteilung, Einkommensformen (wie z.B. ein BürgerInneneinkommen), Verteilungen und vieles mehr werden nicht mehr den Märkten überlassen (vgl. Biesecker/Winterfeld 2005), sondern von BürgerInnen in demokratischen Prozessen gefällt.<sup>4</sup> Wie das genau aussehen kann, ist offen. »Die Diskussion über die demokratische Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft steckt noch in den Anfängen«, schreibt Claudia von Braunmühl (2010: 187). Aber es gibt Experimente, insbesondere auf der lokalen Ebene. Und es gibt, wie Braunmühl weiter zeigt, »Umrisse globaler demokratischer Lösungen ... in der feministisch inspirierten politischen Philosophie und den Diskussionen der sozialen Bewegungen nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens« (Braunmühl 2010: 196). Wie auch immer die neuen demokratischen Formen aussehen, die Umgestaltungsaufgabe ist umfassend: »Bestehende Institutionen, staatliche, markt- und zivilgesellschaftliche Akteure müssen in systematischer, anhaltender öffentlicher Deliberation demokratisiert werden; neue Institutionen müssen eine gerechte Teilhabe der BürgerInnen sichern. Dieser Vision von umfassender demokratischer Partizipation liegt ein Konzept von Gerechtigkeit zugrunde, das Verteilung, Anerkennung und Mitsprache einschließt.« (Ebd.)

## **Vorsorgendes Wirtschaften – Leben statt Wachsen**

Die Überlegungen bis hierher haben deutlich gemacht: Die Frage nach Wachstum stellt sich nicht, wenn vorsorgend gewirtschaftet wird. Wachsen und Schrumpfen sind ganz unpassende Begriffe für eine Wirtschaftsweise, die ihre Aufgabe in der langfristigen Sicherung von Lebensprozessen der Menschen und der Natur sieht. Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich an diesen Lebensprozessen. Leben verändert sich ständig, eine Gesellschaft, die vorsorgend wirtschaftet, schafft diesem Leben Raum.

---

<sup>4</sup> Die Vorstellung von einer demokratischen Gestaltung einer Gesellschaft und ihrer Ökonomie jenseits des Wachstums teilt das Konzept vom Vorsorgenden Wirtschaften mit der *Décroissance*-Debatte. Vgl. den Beitrag von Latouche in diesem Band.

Allerdings spielen Wachsen und Schrumpfen eine Rolle im Transformationsprozess, im Übergang zu der neuen Ökonomie und Gesellschaft. Hier muss viel »Altkapitalistisches« schrumpfen, hier gilt es, die Keimlinge des Neuen zum Wachsen zu bringen. Und von diesen Keimlingen gibt es viele, von der traditionellen Care-Ökonomie bis zu neuesten Formen einer Gemeingüterbewegung.<sup>5</sup> Dazu gehören heute zum Beispiel (Baier/Biesecker 2010 ):

- Nachhaltige Land-, Forst- und Fischwirtschaft dann, wenn sich hier das menschliche Tun mit den Regenerationsprozessen der Natur vermittelt.
- Energieautonome Regionen, die ihre Energieproduktion auf erneuerbare Energiepotenziale in ihrer Region stützen und auf den Anbau von Energiepflanzen in großen Monokulturen verzichten.
- Ansätze jenseits des Marktes, zum Teil mit Bezügen zum Markt: Care-Arbeit in Familie und Nachbarschaft; Sorgende Netze als neue Kooperationsform, z.B. für das Aufwachsen von Kindern im Stadtteil; Eigenarbeit, z.B. im HEI, dem Haus der Eigenarbeit in München; Projekte, die die Natur bewahren (Baier et al. 2007).
- BürgerInnenprojekte im Stadtumbau; Rekultivierungsprojekte; Stadtgärtenprojekte (Interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Transition Groups, die überall in den Städten Gärten anlegen, um so die Städte auf den Klimawandel vorzubereiten).
- Soziale Ökonomie Basel; Lebens-Kommunen wie Mondragon in Spanien und Niederkaufungen bei Kassel; Kooperative Wohnprojekte im Alter, zeitgestützte Alterssicherung (in Japan: das Zeitgutscheinsystem fureai kippu).
- Globale Projekte der Solidarischen Ökonomie, z.B. Porto Alegre: BürgerInnenhaushalt, Frauennetzwerke in den Ländern des globalen Südens, z.B. zur Erhaltung der Vielfalt des Saatgutes.
- Genossenschaften wie Greenpeace Energy oder Wohnungsgenossenschaften (Genossenschaften haben kooperatives Eigentum, es gibt keinen Vermehrungszwang).
- Banken als Vermittler vorsorgenden Wirtschaftens wie die GLS-Bank, die Umweltbank oder die Bürgerschaftsbank für Sozialwirtschaft.

In diesen Keimlingen steckt viel Kraft – in den mächtigen Interessen, die am Alten festhalten, aber auch. Vorsorgend wirtschaftende Menschen entziehen sich der Profitökonomie, eben deshalb ist der Transformationsprozess umkämpft. Es hilft aber nichts, anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.

---

<sup>5</sup> Vgl. auch den Beitrag von Friederike Habermann in diesem Band.

## Literatur

- Baier, Andrea/Müller, Christa/Werner, Karin (2007): Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes, München.
- Baier, Andrea/Biesecker, Adelheid (2010): Ökonomie für das Leben, in: Politische Ökologie, 121-122, S. 55-57.
- Biesecker, Adelheid/Matthes, Maite/Schön, Susanne/Scurrall, Babette (Hrsg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens, Bielefeld.
- Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von (2005): Nachhaltigkeit und Existenzsicherung II: Möglichkeitsräume und neue Gesellschaftsverträge, in: Politische Ökologie, 95, S. 77-79.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität, in: Bauhard, Christine/Caglar, Gülay (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 51-80.
- Braunmühl, Claudia von (2010): Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation, in: Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 189-197.
- Jochimsen, Maren (2003): Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (Zfwu), 4/1 (Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik), S. 38-51.
- Knobloch, Ulrike (2009): Geschlechterbewusste Wirtschaftsethik. [www.gundawerner-institut.de/web/wirtschaften-knobloch-geschlechterbewusste-wirtschaftsethik-1873.html](http://www.gundawerner-institut.de/web/wirtschaften-knobloch-geschlechterbewusste-wirtschaftsethik-1873.html) (Zugriff 3.3.2011).
- Kontos, Sylvia/Walser, Karin (1979): ... weil nur zählt, was Geld bringt, Berlin.
- Marx, Karl (1972/1867): Das Kapital, Band I., Berlin.
- Meier-Seethaler, Carola (1997): Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft, München.
- Nussbaum, Martha (1998): Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit: Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus, in: Steinfath, Holmer (Hrsg.): Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen, Frankfurt a.M., S. 196-234.
- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr) (Zugriff 3.3.2011).
- Winterfeld, Uta von/Biesecker, Adelheid/Ergenzinger, Annegret (unter Mitarbeit von Schmitt, Martina/Roth, Roland) (2007): Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne. Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, in: Wuppertal Report Nr.4, Wuppertal.

Oliver Powalla

## **Die zwei Fragen der Wachstumskritik:**

Gesellschaftsmodelle an den sozial-  
ökologischen Grenzen

Wozu Wachstumskritik? Geht es um die soziale Frage einer ungleichen Weltgesellschaft? Oder widmen sich WachstumskritikerInnen vor allem der ökologischen Krise? Zeigt sich diese an den Belastungsgrenzen der Natur oder im Verhältnis der Menschen zu dieser? Auf der »Konferenz der Völker« in Bolivien wurden die Rechte der Mutter Erde eingeklagt. Meinhard Miegel huldigt der Natur ebenfalls als bedrohtes Subjekt: »Die Botschaften, die uns in den zurückliegenden Jahren aus dem All erreicht haben, sind anrührend und besorgniserregend zugleich. Das ist sie also, unsere Mutter Erde, der wir... so vieles zumuten und die uns nun zu verstehen gibt: Ich kann nicht mehr. Ich bin erschöpft.« (Miegel 2010: 72) Das Eigenleben des Planeten wird hier allerdings nicht weiter thematisiert. Stattdessen werden die Transformationsstrategien kartografiert, die das Feld der Wachstumskritik strukturieren. Das Hauptaugenmerk liegt darauf, wie diese Ansätze im Hinblick auf die Realisierung von Klimagerechtigkeit und soziale Rechte zu bewerten sind. Werden die soziale und die ökologische Frage gleichsam ernst genommen oder gegeneinander ausgespielt? Interessant ist hierbei, dass WachstumskritikerInnen durchaus ein Problemverständnis teilen. Sie kritisieren die fossilistische Produktionsweise der modernen Zivilisation und beziehen sich dabei auf die Krisensymptome wie z.B. den ökologischen Fußabdruck. Es kursiert eine präzise Erzählung von den ökologischen Grenzen des Wachstums. Der Sinn für die sozialen Schranken ist hingegen nur diffus ausgeprägt. Man könnte die Wachstumskritik als einen transgressiven Diskurs betrachten (Foucault 1977), der einen Kern zusammenhängender Aussagen besitzt, aber an seinen Rändern in alle politische Richtungen zerfasert. So erscheint es sinnvoll, zwischen zwei Typen von WachstumskritikerInnen zu unterscheiden: die einen, die ein neuartiges Wachstum vorschlagen, und die anderen, die Wachstumsprozesse insgesamt für untragbar halten. Beide Richtungen werden im Folgenden vorgestellt. Die reformkapitalistische Variante des *Green New Deal* (Altwater 2010: 232) besitzt mittlerweile eine solche Reichweite, dass man von einem eigenständigen Diskurs sprechen

kann. Andere Ansätze sind hingegen noch unscharf oder erhalten nur wenig Resonanz.

## **Green New Deal – die technologische Versöhnung der Weltgesellschaft**

Die VertreterInnen eines Green New Deal verstehen sich als wachstums-kritisch, behaupten aber, die diagnostizierten Probleme durch einen neuen Wachstumszyklus lösen zu können. So meint Ernst Ulrich von Weizsäcker, die *Degrowth*-Bewegung könnte in eine neue Effizienzrevolution integriert werden: »Anstatt sich mit Kritiken an jeglichem Wachstum aufzuhalten, sollte sich die *Degrowth*-Diskussion in den reichen Ländern zuvörderst um die Überwindung des Rebound-Effektes und des Wachstumswahns kümmern. Dann wird sie die Effizienzstrategie von Faktor 5 als Bundesgenossin begreifen und nicht als neuen Buhmann.« (Weizsäcker 2010: 50) Tatsächlich ist das grundsätzliche Anliegen der einzelnen Green New Deal-Entwürfe (u.a. GND Group 2008; Müller et al. 2009; Jänicke 2007) in verschiedene politische Lager anschlussfähig. Angesichts eines erschöpften Neoliberalismus verspricht der Green New Deal, den Finanzkapitalismus zu kontrollieren und einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Diese sozial-ökologische Doppelstrategie hat den Sozialwissenschaftler Klaus Dörre dazu bewegt, eine kapitalismuskritische Variante eines New Deal zu definieren (Dörre 2009).

In der deutschen Diskussion dominiert aber Ralf Fücks, der in seinem Entwurf einer ökologischen Transformation des Kapitalismus unterstreicht, dass sich Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen lassen. Grüne Technologien bergen demnach ein riesiges Wachstumspotenzial. Aus der politisch geförderten Internalisierung von Umweltkosten könnten die Anreize hervorgehen, um Investitionen in Erneuerbare Energien und emissionsarme Technik zu beschleunigen. Zugleich würden sich immer mehr Unternehmen auf ihre *Corporate Social Responsibility* besinnen. Wo das nicht passiert, würde die globale Zivilgesellschaft den nötigen Druck ausüben. Seine diskursive Hegemonie verdankt der Green New Deal dem Versprechen, die Herausforderungen der Klimakrise ließen sich bewältigen, ohne die Konsum- und Produktionsweise moderner Industriegesellschaften grundsätzlich zu ändern.

In einem solchen GND als Alternative zu Nullwachstum oder Schrumpfung sieht Fücks auch ein Gebot internationaler Gerechtigkeit. Nur auf einem neu beschaffenen Wachstumspfad könnten die Bedürfnisse von

zwei Dritteln der Weltbevölkerung gedeckt werden, die auf einen besseren Lebensstandard pochen. Darüber hinaus analogisiert er eine kommende ökologische Marktwirtschaft mit ihrem sozialen Pendant. Die Lebenssituation der Arbeiterklasse hätte sich nicht nur im letzten Jahrhundert verbessert, auch in einer globalisierten Welt sei ihr Aufwärtstrend ungebrochen.

## **Ökokeynesianismus: Vollbeschäftigung und die Verhandelbarkeit der ökologischen Grenzen**

Von den Gewerkschaften wird weiterhin eine Spielart des Keynesianismus artikuliert, nach der Beschäftigung durch staatliche Wachstumsförderung erzeugt wird. Im Vergleich dazu scheinen wachstumskritische Stimmen nach Verzicht und Verarmung zu klingen. Allerdings gibt es auch GewerkschafterInnen, die sehr wohl um die ökologischen Folgen des Wachstums wissen und sozialpolitische Alternativen in diesem Kontext bewerten. So haben sich Autoren wie Norbert Reuter und Ralf Krämer (beide von ver.di) in die wachstumskritische Diskussion eingemischt.<sup>1</sup> Trotz der Sättigungstendenzen der Industriegesellschaft halten sie am Leitbild der Vollbeschäftigung fest. Nur weil die Wachstumsraten der Wirtschaft abnehmen, müsse die hohe Arbeitslosigkeit nicht hingenommen werden, ebenso wenig wie sinkende Sozialleistungen. In der Dienstleistungsökonomie erblicken sie einen Hebel, um die Massenkaufkraft zu stärken. Auch aus ökologischer Sicht erscheint dies richtig, da Dienstleistungen nur 20% der Energie des produzierenden Gewerbes verbrauchen (Reuter 2010: 97).

Allerdings folgt daraus kein harmonisches Verhältnis von Ökologie und Vollbeschäftigung. Zusätzliche Beschäftigung steigert das BIP, zumindest bei konstanten Gehältern. Der Lohn aus emissionsarmer Arbeit kann dabei durchaus für emissionsintensive Güter ausgegeben werden. Das Wachstum des BIP verringert zudem die absoluten Energieeinsparungen, die ein Anstieg der Ressourcenproduktivität bewirken könnte. Dieses Dilemma lässt sich nach Ralf Krämer nicht durch eine Schrumpfkur aufheben. Im Gegenteil müsse das allgemeine Interesse am Wachstum berücksichtigt werden und ökologische Ziele moderat ausfallen, weil sonst die Mehrheit für einen ökologischen Umbau fehlen würde. Daraus ergibt sich: »Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Menschheit

---

<sup>1</sup> Auch Sabine Rainer (ebenfalls von ver.di) wirbt für Konjunkturprogramme, die im Bewusstsein der ökologischen Grenzen des Wachstums formuliert werden (Rainer 2009).

noch viele Jahrzehnte lang die Natur mehr beanspruchen wird, als dauerhaft nachhaltig und ökologisch zu fordern ist, auch wenn wir noch so sehr anderes wünschen.« (Krämer 2010: 10). Da sich Wachstum und Ressourcenverbrauch aber faktisch entkoppeln, eröffnet sich für Reuter und Krämer ein der Tendenz nach ökologisches Wachstum als vertretbarer Zukunftspfad.

Ein wichtiger Unterschied zwischen Krämer und Reuter besteht hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit. Während Reuter die Arbeitsgesellschaft sofort entlang des Modells einer kurzen Vollzeit reorganisieren möchte, verschiebt Krämer diesen Schritt in eine unbestimmte Zukunft. Die individuell geleisteten Arbeitsstunden sollen erst in einer zweiten Phase des sozial-ökologischen Umbaus reduziert werden, in einer antikapitalistischen Revolution der menschlichen Lebensweise. Zunächst müsse aber eine technologische Veränderung der Produktion vollzogen werden, um so die Grundlagen emissionsarmen Wirtschaftens zu legen. Krämer zufolge ermöglicht dabei ein Vorrang des Sozialen einen späteren Vorrang der Natur. Krämer und Reuter berücksichtigen dabei nicht, dass Natur für viele Menschen integraler Teil ihrer sozialen Lebensweise ist.

## **Mit dem Fahrstuhl nach unten: Schrumpfung als konservative Wende des Neoliberalismus**

Mit Meinhard Miegels Buch *Exit* gelang der Wachstumskritik der Durchbruch in die Bahnhofsbuchhandlungen. Seine Gegenwartsdiagnose besteht aus einer Reihe von Missständen: Raubbau an natürlichen Ressourcen, Suchtverhalten, vernachlässigte Kinder, abgehängte Schichten und vieles mehr. Als Ursache für wachsende Güterberge nennt er die Sinnentleerung der säkularen Kultur. Deren Gesamtbilanz sei desaströs und raube zukünftigen Generationen, den ausgebeuteten Enkeln, ihre Lebenschancen. Die technologischen Prognosen des Green New Deal hält er für illusionär.

Es sind allein die »Erfolgreichen, Wissenden und Wohlhabenden«, die dem Wachstumsfetisch entrinnen können (ebd.: 174). Steigende Preise, wachsende Eigenverantwortung, der Rückzug des Staates und das Ende materiellen Überflusses werden hingegen von allen erfahren werden. Eine solidarische Loslösung vom Wachstum verhindert hingegen das menschliche Wesen. Nach Miegels Anthropologie ist die Umverteilung des Reichtums nicht nur wirkungslos, sondern verstößt auch gegen die Freizügigkeit des Menschen.

Die Wohlstandsdefinition Miegels hat einen reaktionären Kern: »Wohlstand wird in Zukunft in erheblichem Maße heißen: Bestehendes erhalten und frühere Zustände wiederherstellen.« (ebd.: 100) Miegel rückt die angeblich krisenfeste Familie in den Mittelpunkt eines stärker an immateriellen Werten orientierten Lebens. Herkunft wird wichtiger, genauso wie Unterschiede in der geistigen und emotionalen Leistungsfähigkeit, da sie nicht durch verteilbare Güter kaschiert werden können. Die Konkurrenz nimmt zu, da der Erfolg des Einen zukünftig auch den Abstieg des Anderen bedeutet. Die Mehrheit der Beschäftigten wird sich dabei mit einem geringeren Lohn abfinden müssen, auch wenn ihr Arbeitspensum steigt. An diesem Punkt gräbt Miegel das Konzept der Bürgergesellschaft aus. Im Tätigkeitspool des unternehmerischen Subjekts mischt sich ehrenamtliche mit schlecht bezahlter Arbeit. In einer alternden Gesellschaft steige der Bedarf nach Pflege, die oft nur mit einem Dank honoriert werden könne.

Miegel fokussiert seine Postwachstumsgesellschaft an dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und den Chancen kommender Generationen. Auch wenn er sich neoliberaler Methoden bedient, fehlt es seinem Entwurf an einem gesamtgesellschaftlichen Glücksversprechen. Während der Neoliberalismus Konsum und Aufstieg verhieß, muss Miegel zufolge das Einkommen sinken, wobei die Abstände zwischen den Klassen erhalten bleiben.

## **Der neue Wert der Gemeinschaft: Nachbarschaft im Steady-State**

Die *New Economics Foundation* (NEF) ist ein britischer *think-and-do tank*, der versucht, neue Konzepte ökonomischen Wohlergehens zu entwickeln. Die NEF gehört der Green New Deal-Group an. In ihrem eigenen Entwurf einer großen Transformation empfehlen sie allerdings, das BIP um ein Drittel zu schrumpfen (NEF 2010: 4). Im Gegensatz zu Miegels aristokratischer Utopie orientieren sie sich an sozial-ökologischer Gerechtigkeit im Weltmaßstab. Sie nehmen die Wohlhabenden in die Pflicht, ihren Konsum zu verringern, und propagieren ein staatlich finanziertes Mindesteinkommen, das sich am hohen Standard des dänischen Sozialstaats orientiert. Zudem fordern sie umfangreiche globale Transferleistungen.

Das Besondere ihrer *Great Transition* liegt in einem neuen Wertschöpfungsbegriff und der Relokalisierung von Politik, Ökonomie und Leben. Die NEF schlägt vor, soziale und ökologische Werte in der gesellschaft-

lichen Leistungsbilanzierung auszuweisen, ohne allerdings von der monetären Form des BIP abzuweichen. Durch diese Monetarisierung des Nichtmonetären ergibt sich ein einheitlicher Maßstab, um Ökonomie, Soziales und Ökologie zu vergleichen. Die These lautet, dass die Akkumulation sozialer und ökologischer Werte letztlich die Schrumpfung des BIP ausgleichen würde. Eine solche Indizierung würde von einer radikalen Demokratisierung begleitet werden: »Der Staat sollte als ein Wir und nicht als ein Sie begriffen werden.« (ebd.: 6). Was zählt und was nicht, würde durch neue Verfahren ermittelt werden.

Diese kooperative Politik würde sich entlang einer neuen *Economics of Scale* ausbilden, nach der die Produktion deglobalisiert und an die Verbraucher herangerückt wird. Über Daseinsvorsorge und Wirtschaftsförderung würde in den Versammlungen der Nachbarschaften entschieden werden. Ein Trend zur Selbstbefähigung, beispielsweise in der Nahrungsmittelerzeugung, soll dabei helfen, die passive Konsumkultur zu überwinden. Trotz dieser subsidiären Reorganisation des Politischen bliebe der Nationalstaat erhalten. Auch wenn die finanziellen Spielräume in einer schrumpfenden Ökonomie enger würden, solle Politik unterentwickelte Regionen fördern und den sozialen Ausgleich organisieren, etwa durch ein so genanntes Bürgergeld, das allen das gleiche Kapital gibt, um in die berufliche Zukunft zu investieren. Ökonomisches Kalkül bliebe somit auch in einer kommunitaristischen Gesellschaft gefragt.

Die Gemeinwesen hätten zudem die Aufgabe, die tatsächlichen Kosten von Gütern einzupreisen. Der internationale Warenhandel würde so drastisch reduziert werden. Offen bleibt, wie trotz geringerer internationaler Verflechtungen weltgesellschaftliche Solidarität entstehen soll, zumal die NEF vorschlägt, Medien national zu organisieren und so den Austausch von Informationen einschränkt. Welches interkulturelle Band kann die globale Verantwortung tragen, die nicht zuletzt durch einen gefährlichen Klimawandel gefragt ist? Kann der gepriesene zivilgesellschaftliche Stolz nicht in neue Intoleranz umschlagen? In der *Great Transition* gibt es keine Mechanismen zur Konfliktlösung. Im Anschluss an Habermas prognostiziert die NEF einen reibungslosen Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft.

## **Unentschiedene Transformation: Postwachstum als Suchbewegung**

Neben Meinhard Miegel prägen die wachstums skeptische Diskussion auch Tim Jackson mit seinem Buch *Prosperity without Growth* und das Autorinnenduo Seidl und Zahrnt, die den Begriff der Postwachstumsgesellschaft bekanntgemacht haben. Im Vergleich zu den bisher vorgeestellten Ansätzen entwickeln sie eher Pfade als geschlossene Entwürfe einer Transformation.

Seidl und Zahrnt definieren drei Hauptmerkmale einer Postwachstumsgesellschaft: Erstens soll es darin keine politische Wachstumsförderung mehr geben. Zweitens werden alle Sektoren und Institutionen so umgebaut, dass sie unabhängig von ihrem Wachstum funktionieren. Drittens wird der Energie- und Ressourcenverbrauch auf ein nachhaltiges Niveau zurückgefahren. Unter den konkreten Vorschlägen, wie dieser Übergang zu bewerkstelligen ist, finden sich konventionelle Ideen wie die Internalisierung von Umweltschäden in das Steuersystem neben weitergehenden Konzepten wie der Ausweitung von Commons als Weg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit (u.a. Seidl/Zahrnt 2010: 235).

Allerdings lassen sich die Texte der beiden Autorinnen nur schwer politisch einordnen. Bisweilen blitzt die konservative Schlagseite des Nachhaltigkeitsbegriffs auf, der sich auf eine Reduktion der Naturbelastung und die Stabilisierung von Staat und Wirtschaft beschränkt. Dazu orientieren sie sich am Horizont ausgeglichener Haushalte. Diesem Zweck wird auch die Umverteilung des Reichtums untergeordnet. Zwar fordern sie unter anderem, Steuerschlupflöcher zu schließen und die Einkommenszuwächse der oberen Klassen abzuschöpfen, dennoch gehen sie davon aus, dass staatliche Mittel knapp bleiben. Daran schließen sich weitere Überlegungen an, die zum klassischen Repertoire neoliberaler Politik gehören. So fordern sie die Einführung der Rente mit 67, um den finanziellen Druck des demografischen Wandels zu verringern, oder mehr Effizienz im Gesundheitssystem, gepaart mit größerer individueller Verantwortung (ebd.: 222). In einer Postwachstumsgesellschaft, wie Seidl und Zahrnt sie beschreiben, bleibt soziale Ungleichheit weitestgehend unangetastet. Dem entspricht auch der Ausgangspunkt ihres politischen Projekts. Die Dynamik hin zu einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang resultiert für sie aus der Klimakrise. Diese sei erstens klar definiert, zweitens auf der politischen Agenda und drittens gebe es klare Konzepte zu ihrer Lösung. Vergleichbares scheint für die Krise der Arbeitsgesellschaft nicht zu gelten (Seidl/Zahrnt 2010b: 63).

Tim Jackson setzt hier einen anderen Akzent. Er kritisiert die Ungleichheit innerhalb der Industriegesellschaften, weil diese für eine obsessive Statuskonkurrenz verantwortlich sei, die Sozialbeziehungen belastet und die Gesundheit beeinträchtigt. Um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, schlägt er unter anderem die Einführung eines Maximal- wie eines Minimaleinkommens vor (Jackson 2009: 181).

Obwohl er grüne Investitionen für sinnvoll hält, dämpft er Erwartungen, wonach das Zusammenspiel von neuen Märkten und politischer Förderung CO<sub>2</sub>-Emissionen automatisch ausreichend reduzieren würde. Beispielsweise machen die ökologischen Investitionen im Gefolge der Finanzkrise weniger als 0,25% des Weltsozialprodukts aus. Die Verheißungen eines Green New Deal erscheinen deshalb überzogen, wenn sie nicht durch eine grundsätzliche Veränderung von Marktstrukturen gedeckt werden (ebd.: 57). Demgegenüber benennt Jackson drei Tendenzen einer Wachstumsentschleunigung: Erstens die globale Budgetierung von CO<sub>2</sub>. Die periodischen Erfolge in der Energieeffizienz werden durch das globale Bevölkerungswachstum und den Einkommensanstieg überkompensiert. Bei der gegebenen Energieintensivität der Produktion und einer gerechten Budgetierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rahmen des Zwei-Grad-Ziels dürften die Industrieländer jährlich nur ein Viertel ihres aktuellen BIP produzieren – sprich die Effizienz müsste um den Faktor vier steigen, damit sich Wachstumsspielräume auftun. Zweitens geht Jackson davon aus, dass nachhaltige Investitionen tendenziell eine geringe Kapitalproduktivität haben. Drittens sieht er auch im Wandel der Arbeit ein weiteres Wachstumshemmnis. Im Vergleich zum produzierenden Gewerbe kennzeichnet Dienstleistungen eine hohe Arbeitsintensität. Diese Bindung an menschliche Tätigkeiten verunmöglicht hohe Produktivitätssteigerungen.

Ähnlich wie Seidl und Zahrnt sucht Jackson nach Strategien, um eine mögliche Wachstumsverringering erträglich zu machen. So wirbt er für einen kulturellen Wandel weg von der Jagd nach mehr hin zu einem starken Gefühl sozialer Einbindung. In kommunalen Unternehmen sieht er den ökonomischen Ausdruck dieser neuen Vergesellschaftungsform. Unter anderem in den Bereichen Gesundheit und Transport würde diese eine neue lokale Selbstversorgung begründen und das Gelingen menschlicher Interaktionen in den Mittelpunkt rücken. Das Unternehmensinteresse würde an einem Leben in Würde orientiert und von einem nachhaltigen Verbrauch bestimmt. Daneben würden traditionelle ökonomische Sektoren, wie Finanzdienstleistungen und Industrie, weiter bestehen, aber im Sinne langfristiger Stabilität reorganisiert werden (ebd.: 187ff.). Ihre Produktionsweise wäre zudem in eine neue

Makroökonomie integriert, in der die Sicherung der Staatsfinanzen und das Arbeitsplatzangebot nicht unmittelbar an die Ausschläge des BIP gekoppelt sind (ebd.: 121ff.).

Allerdings legt Jackson sich in einigen zentralen Fragen nicht fest. Zwar versucht er, einen Wohlstand ohne Wachstum zu denken, lässt aber offen, ob sich Klimaschutz tatsächlich nur in einer schrumpfenden Wirtschaft bewerkstelligen lässt – weder technische Innovationen noch das politische Engagement für emissionsarme Technologien sind vorhersehbar. Damit ist auch eine zweite Unbestimmtheit verbunden. Jackson setzt sich nicht generell für eine Verkürzung der Arbeitszeiten ein, sondern behält dies in der Hinterhand, um auf ein Scheitern an den ökologischen Zielmargen reagieren zu können (ebd.: 199).

## **Soziale Rechte und Klimagerechtigkeit: Postwachstum als umkämpfte Transformation**

Im Hinblick auf Klimagerechtigkeit und soziale Rechte müsste in einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft zweierlei gewährleistet sein: erstens das Recht eines jeden Menschen auf ein Leben in Würde und die nötige Ausstattung mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital, zweitens, dass diese Ressourcen und die körperliche Fähigkeit, sie zu nutzen, nicht gefährdet werden, indem Individuen einem bedrohlichen Klimawandel ausgesetzt werden.

Mit welchen Verbündeten könnte eine solche Politik der Rechte verwirklicht werden? Meinhard Miegel ist sicherlich nicht bündnisfähig, da er sich gegen jegliche Umverteilung wehrt (Miegel 2010: 176ff.). Im Green New Deal werden beide Rechte anerkannt. Allerdings wird die soziale Frage vorschnell als gelöst deklariert und das Zwei-Grad-Ziel des Klimaschutzes suggeriert, dass eine geringere Erwärmung ohne Katastrophen bliebe. Angesichts der Dringlichkeit des Problems ist es jedoch fragwürdig, auf den technologischen Fortschritt zu warten. Auch gegenüber den Gewerkschaften müsste man klarstellen, dass ein halbherziges Engagement gegen die Klimakrise verantwortungslos ist und die ökologische Konversion der Produktion entschlossen vorangebracht werden muss. Dennoch gehören sie zu den wichtigsten Verbündeten, um einen solchen Prozess sozial zu gestalten. Tim Jackson verleiht der sozialen Frage mehr Gewicht als Seidl und Zahrnt. Gegenüber letzteren wäre zu betonen, dass neoliberale Instrumente keineswegs nachhaltig sind. Es bleibt aber offen, ob Tim Jackson ein Partner für eine radikale Klimapolitik wäre, die Produktion und Konsum nach Schrump-

fungsoptionen durchsucht als schnellste Variante zur Emissionsminderung. Vertraut er nicht unter der Hand auf die Innovationsfähigkeit des Kapitalismus, die er durch Eingriffe in das Marktgeschehen ausreizen möchte, unter der Annahme, dass ein gefährlicher Klimawandel noch Jahre entfernt ist?

Eine Politik der Rechte kann ebenfalls nicht spannungsfrei sein. Sie kann in die Paradoxie münden, einerseits zu betonen, dass emissionsreiche Sektoren sofort schrumpfen müssen, und einem solchen Prozess andererseits die Zeit für eine gerechte Ausgestaltung lassen. Die Kommunikation von klimatischen Gefahren sollte weder Menschen in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit stürzen noch eine neokonservative Erstarrung der sozialen Verhältnisse befördern, die jeder politischen Gestaltung die Mittel nimmt. Den Blick auf eine solidarische Postwachstumsgesellschaft freizulegen bedeutet, bei jeder Entscheidung über die gesellschaftliche Zukunft die Rechte der Entfremdeten, Ausgebeuteten und Gefährdeten stark zu machen. Von dort aus wendet sie sich gegen jede Stillstellung der sozialen und ökologischen Frage. In diesem Spannungsfeld kann es keine einfachen, konfliktarmen Lösungen geben. Vielmehr braut sich eine permanente Unruhe zusammen, die jede politische Entscheidung als unzureichenden Kompromiss bloßstellt und zugleich daran festhält, breite Zustimmung für gesellschaftliche Veränderungen zu organisieren. Wo die Wirtschaft wächst, sollte gezeigt werden, dass sie schrumpfen müsste und dass sie in einer vom Wachstumswahn emanzipierten Gesellschaft auch schrumpfen könnte. Solidarisches Postwachstum sollte als Klammer einer kritischen Bewegung verstanden werden und nicht als bestimmbare Größe des BIP.

## Literatur

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster.
- Dörre, Klaus (2009): »Bringing (Anti-)Capitalism back in!« Neue Landnahme und ökosozialer New Deal, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 173, S. 34-45.
- Green New Deal Group (2008): Joined up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices, London.
- Foucault, Michel (1977): Language, Counter-Memory, Practice: Selected Essays and Interviews, Ithaca.
- Fücks, Ralf (2009): Die ökologische Transformation des Kapitalismus. <http://www.boell.de/oekologie/marktwirtschaft/oekologische-marktwirtschaft-7260.html> (Zugriff 16.2.2011).
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet, London.

- Jänicke, Martin (2007): Megatrend Umweltinnovation: Zur ökologischen Modernisierung von Umwelt und Staat, München.
- Krämer, Ralf/Schui, Herbert (2010): Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologischer, reguliert – oder schrumpfen?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8, Hamburg.
- Miegel, Meinhard (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Müller, Michael/Niebert, Kai (2009): Epochenwechsel. Playdoyer für einen grünen New Deal, München.
- NEF (2009): The Great Transition, London.
- Rainer, Sabine (2009): Bedürfnisse und Wachstum. Sozialökologisch umsteuern, in: Rosa Luxemburg Stiftung: Papers. Klima-Crash und Wirtschaftskrise? Wie weiter mit dem Wachstum? <http://www.rosalux.de/publication/35288/klima-crash-und-wirtschaftskrise-wie-weiter-mit-dem-wachstum.html> (Zugriff 16.2.2011).
- Reuter, Norbert (2010): Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung, in: Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010b): Pfade zu einem neuen Paradigma. Die Postwachstumsgesellschaft, in: Politische Ökologie, 121-122, München, S. 63-66.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2010): Was schrumpft bei Faktor 5? Eine Energieeffizienzstrategie, in: Politische Ökologie, 121-122, München, S. 48f.

Werner Rätz/Doris Meisterernst/  
Dagmar Paternoga (Attac AG Genug für Alle)  
**Statt Verdammung »falscher«  
Bedürfnisse: Demokratische Debatte  
über Inhalt und Gestalt der Produktion**

**Es gibt keine falschen Bedürfnisse!**

Dieser Satz mag erstaunen, zumal als erster eines Artikels in einem Buch zur Wachstumskritik. Wem fiele nicht Herrn Ackermanns Bedürfnis nach 25% Rendite oder das der aggressiven Kleinbürgerin nach einer Art gepanzertem Geländewagen ein? Zweifellos gibt es also Bedürfnisse, deren Befriedigung gesellschaftlich schädliche Wirkungen hervorbringt. Und davor dürfen und sollen sich Gesellschaften schützen. Aber wir bestehen darauf, dass dies in offenen, öffentlichen und politischen Prozessen geschehen muss. Es kann nicht sein, dass die einen Individuen entscheiden, was die anderen für Bedürfnisse haben dürfen. Und damit sind wir im Zentrum der Frage, wie man in eine Postwachstumsgesellschaft kommen könnte.

Die Welt hält den bisherigen Verbrauch an (fossiler) Energie und Naturressourcen nicht mehr aus, rasche und umfassende Schrumpfung ist angesagt. Gleichzeitig leben trotz des nie dagewesenen weltweiten Reichtums mehr Menschen denn je in Armut. Schrumpfung muss also auch von Umverteilung begleitet sein.

Viele werden das unabhängig von ihrem tatsächlichen Lebensstandard als Bedrohung empfinden. Wenn ich jemandem sage, sie habe falsche Bedürfnisse oder ein falsches Bewusstsein, dann wird diejenige das zurückweisen und sich und ihren Lebensstil verteidigen. Wenn ich möchte, dass sie sich und ihre Bedürfnisse infrage zu stellen lernt, so muss ich ihre eigene Souveränität und Entscheidungshoheit anerkennen. Und das umfasst das Recht, die Bedürfnisse zu haben und zu behalten, die sie hat.

Sollen die notwendigen Veränderungen mit den Menschen stattfinden, dann können nicht einige definieren, was erlaubte und was falsche Bedürfnisse sind. Bedürfnisse sind nicht statisch, es kommen regelmäßig neue dazu, manchmal aus eigenem Antrieb, manchmal anderswo ab-

geschaut oder eingeredet. Haben sie sich erst einmal etabliert, sind sie gerade so real wie die früheren. Ein Verhältnis, in dem die Einen über die Anderen bestimmen oder sie umerziehen wollen, ist kein demokratischer Prozess. Es müssen andere Wege gefunden werden.

## **Keine Forderung nach individuellem Verzicht**

In einer immer stärker privatisierten Gesellschaft stellen wir die gesellschaftliche und demokratische Komponente in den Vordergrund der Diskussion. Wer entscheidet, unter welchen Bedingungen und wie Ressourcen gespart werden? In einer wirklich demokratischen Debatte müssen dafür Mehrheiten gefunden werden. Es bietet sich an, dort anzusetzen, wo Ressourcen verbraucht werden, ohne den Wohlstand oder die Zufriedenheit der Einzelnen zu mehren. Das könnte den Menschen die Angst vor Einschränkungen nehmen und man gewänne Zeit für die Debatte über die Entstehung von Bedürfnissen und Kriterien für ein gutes Leben.

Gleichzeitig könnte deutlich werden, dass es Technologien gibt, die unter keinerlei gesellschaftlichen Bedingungen konstruktiv wirken können, die immer vor allem gefährlich sind und den Wohlstand der Einzelnen nicht mehren.

Rüstungsproduktion, Atomtechnologie, Gentechnik sind Beispiele dafür. Ihre Anwendung befriedigt keine individuellen Bedürfnisse, verursacht aber einen hohen gesellschaftlichen Preis. Sie nutzen nur denjenigen, die an ihnen verdienen. Die Menschen benötigen für ein erfülltes Leben keinen Panzer, kein Atomkraftwerk und keine genetische Optimierung und fragen diese Dinge auch nicht nach. Nachfrage dafür wird fast ausschließlich staatlich geschaffen und damit ganz nebenbei Reichtum aus der Hand der Steuerzahlerinnen in die der Anlegerinnen umverteilt. Hier geht es um Macht, nicht nur im Sinne der Herrschaft über fremde Länder und Konkurrentinnen, sondern über die Menschen als solche.

Auch der Neoliberalismus hat eine Vorstellung vom guten Leben, mit der sich viele identifizieren. In dieser Vorstellung entwickelt sich das gute Leben über den Markt, dessen Dynamiken radikal freigesetzt werden müssen. An uns ergeht deshalb die Aufforderung, uns mit allen Mitteln für den Markt zu optimieren. Auf dem Weg dazu spielen zunehmend auch die Bio-, Gen- und Nanotechnologien eine Rolle, und zwar als Mittel, ein optimal verwertbares Leben, ja schließlich einen auf immer neue Verwertbarkeit optimierten Neuen Menschen zu produ-

zieren. Wie die Atom- und natürlich die Militärtechnologien sind die Biotechnologien gerade in dieser rückhaltlos entgrenzten Steigerung und Freisetzung von Produktivität Technologien einer Destruktion, die sich zuletzt auf das gesamte Leben richtet.

Sie binden ein Übermaß an gesellschaftlicher Intelligenz und ökonomischen Mitteln. Sie tragen zur Armut in der Welt bei. Ihre Beseitigung könnte Fantasie und Forschungswillen in ganz andere Richtungen lenken und ökologische Probleme in gewaltigem Umfang reduzieren. Eine solche Orientierung würde darüber hinaus die Wachstumskritik in ein gesellschaftliches Kräftefeld einordnen. Sie hätte Bündnispartnerinnen und könnte Impulse aufnehmen, die sich in den Kämpfen gegen Atomkraft und Gentechnik ebenso ausdrücken wie im Widerstand gegen den imperialistischen Krieg.

Es gibt sehr viele weitere Produktionen und Abläufe, die zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen nichts beitragen, sondern deren Sinn schlicht darin besteht, den Profit der Investorinnen zu steigern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Ein großer Teil des Transports gehört dazu (zum Folgenden Wolf 2007). Fast die Hälfte des gesamten Welt Handels besteht in Transporten von Waren ein und desselben Unternehmens von einem Ort zum anderen. Sie verteilen so ihre Produktion über verschiedene Standorte weltweit und nutzen dabei unterschiedliche Steuerniveaus, Arbeitskosten, Umweltstandards oder staatliche Subventionen aus. Die Produktion wäre in der gleichen Qualität an jedem einzelnen Standort möglich.

Ein zweites Beispiel ist die Küstenschiffahrt, auf die in der EU über 40% des gesamten Verkehrs entfallen – mit riesigen Umwegen. Schließlich wird am Im- und Export besonders offensichtlich, wie wenig der Welthandel mit dem Warenbedarf zu tun hat: 2005 führte Deutschland für vier Milliarden Euro Milcherzeugnisse aus und für 5 Milliarden ein. Großbritannien exportiert jährlich 520.000 Tonnen Schweinefleisch und importiert 535.000. Und die Transportkilometer für Maschinen und Elektroerzeugnisse haben sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts fast verdoppelt.

Ökonomisch ist das für die Konzerne vorteilhaft, weil sie den Löwenanteil der Kosten nicht selbst zahlen müssen, und für die Verbraucherinnen, weil es zu niedrigen Preisen führt. Aber als Steuerzahlerinnen sind doch sie es wieder, die für die Kosten nicht nur der Subventionen, sondern auch etwa der Verkehrsinfrastruktur oder der Umweltschäden aufkommen müssen. Ohne jeden Wohlstandsverlust könnten diese Transporte unterlassen werden, ja in manchen Fällen wäre sogar ein Wohlstandsgewinn zu erwarten. So importiert die Firma Mövenpick

für ihr Walnusseis die Nüsse aus China, während in Deutschland große Mengen ungeerntet unter den Bäumen verrotten.

Die Unternehmen interessieren sich nur bedingt dafür, dass Produkte Bedürfnisse befriedigen. Entscheidend ist, dass die Dinge sich mit Gewinn verkaufen lassen. Da stört es nicht weiter, wenn der Gebrauchswert zweifelhaft ist, wie bei vielen Wellnessprodukten oder bei Gammelfleisch, oder wenn er deutlich kostengünstiger bereitgestellt werden könnte. Ein dramatisches Beispiel ist die Pharmaindustrie. Ihre führenden Unternehmen realisieren weltweit nicht selten Profitraten von über 15%, weil sie aufgrund internationaler Patentregelungen jahrelang Monopolpreise auf ihre Medikamente erheben können. Läuft der Patentschutz aus, wird versucht, das Präparat durch ein neues und nur leicht verändertes zu ersetzen. Das bringt zwar keinen medizinischen Vorteil, kann aber wiederum patentiert werden. Deshalb gibt es bei zahlreichen Krankheiten, gegen die hochwirksame Medikamente existier(t)en, daneben völlig überflüssige Präparate. Gelegentlich verdrängen diese das altbewährte.

Das alles führt nicht nur zu hohen Kosten, die den Menschen keinerlei Nutzen bringen, sondern auch zu einem gesteigerten Energie- und Ressourcenverbrauch. Dabei darf nicht übersehen werden, dass beides nicht nur auf der Ebene der Unternehmen gilt, sondern auch auf der des Staates. Schließlich ist es höchst aufwendig, solche unsinnigen Strukturen zum Vorteil der Investorinnen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Stuttgart<sup>21</sup> kann als Paradebeispiel dafür dienen, wie eine absolut funktionsfähige Einrichtung zerstört und durch eine überflüssige und vermutlich untaugliche neue ersetzt wird. Gleichzeitig sieht man, dass ein hoher Aufwand betrieben werden muss, um solche Strukturen gegen die Menschen im Land durchzusetzen. Noch deutlicher wird das beim Durchprügeln des Atomprogramms. Eine deutliche Zerstörung der Gebrauchswerte bei gleichzeitig steigender Kosten- und Umweltbelastung vollzieht sich auch in vielen Bereichen der ehemals öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa wenn Nahverkehrsbahnen stillgelegt und inländische Flugverbindungen ausgebaut werden. Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung sind solche Tendenzen erkennbar. Hier richten sich Forschung und Entwicklung auf immer weitergehende Technisierung und Spezialisierung, die nur wenigen Zahlungskräftigen zugutekommen wird. Gleichzeitig werden teure medizinische Angebote in der Regelversorgung rationiert.

## Wohlstand ist ein legitimer Wunsch

Bei all diesen Beispielen gehen schlechtere Versorgung der Individuen und höherer Umweltverbrauch in der gesamten Gesellschaft Hand in Hand. Es sind nicht die angeblich überzogenen Ansprüche der einzelnen Menschen an ein gutes Leben, die zu einer zugespitzten ökologischen Situation geführt haben. Materielle Sicherheit und der Besitz komfortabler Dinge sind berechnete menschliche Bedürfnisse, die auch in der wachstumskritischen Debatte nicht untergehen dürfen. Wir weisen deshalb alle Konzepte zurück, die sich in erster Linie an die Einzelnen richten, die zuerst von ihnen Verhaltensänderung oder gar Verzicht fordern. Wir wollen damit nicht sagen, dass dauerhaft jede so weiter konsumieren und leben könnte wie bisher. Es gibt Verhaltensweisen, die zur Verschärfung der Probleme beitragen, und dafür müssen Lösungen gefunden werden. Wir werden weiter unten darauf zurückkommen.

Aber hier ist erst einmal zu betonen, dass der allergrößte Teil des Energie- und Stoffverbrauchs auf das Konto nicht eines individuellen, sondern eines kollektiven, gesellschaftlich organisierten Konsums geht, der nur bestimmten Einzelnen, nämlich den Kapitalbesitzerinnen, nützt. Durchschnittsrechnungen wie die des »ökologischen Fußabdrucks« verschleiern dieses Problem lediglich. Die Beseitigung von Destruktivtechnologien und unsinnigem, nur um des Profits willen getätigtem Energie- und Stoffdurchsatz wird allein auf Dauer nicht ausreichen.

Aber vorerst schafft sie ein riesiges Schrumpfungspotenzial und bis dahin ist der Bau von Panzern Herrn zu Guttenberg und seinem Nachfolger de Maizière und seinesgleichen zuzurechnen und der von Atom- und Kohlekraftwerken den Aktionärinnen der Stromkonzerne, aber nicht uns. Es gibt keinen unversöhnlichen Widerspruch zwischen der sozialen und der ökologischen Frage, sondern nur einen zwischen den Profiteurinnen und den Verliererinnen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Ein Bereich, in dem das wie in keinem zweiten sichtbar wird, ist die Frage der Landwirtschaft und des Hungers. Es hungert etwa eine von knapp sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Laut Weltgesundheitsorganisation stehen rein rechnerisch zurzeit 2.700 Kalorien pro Kopf und Tag an Nahrungsmitteln zur Verfügung. Benötigt werden nur 2.200. Hunger ist kein Phänomen des Mangels an Nahrung, sondern einer Ökonomie, die für den Markt und nicht für die Menschen produziert. Indien, das Land mit den meisten Hungernden der Welt, gehört zu den zehn größten Getreideexporteuren und hat allein 2004 mit dessen Aus-

fuhr über zwei Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Es ist der Welthandel und die industrielle Landwirtschaft, die sowohl den Hunger wie die allermeisten Umweltschäden im Agrarbereich produzieren. Schon beim heutigen Stand der Technik und der Anbaumethoden könnten zwölf Milliarden Menschen ausreichend ernährt werden.

Das wäre, wie der Weltagrarbericht (IAASTD 2009) zeigt, bei einer Umstellung auf kleinbäuerlich-ökologische Produktion noch leichter möglich. Die industrielle Landwirtschaft setzt ausschließlich auf hohe Erträge jeweils einer Sorte in Monokultur. Wenn die Kleinbäuerinnen Zugang zu Produktionsmitteln (Land, Wasser, Arbeitsgeräte) und Geld haben, kann der Ertrag pro Einheit deutlich gesteigert werden. Oft zwingt die extreme Armut auch sie zu unsinnigen Techniken, oft fehlt auch ökologisches Wissen. Aber grundsätzlich wäre bei niedrigerem externem Input und geringeren Umweltschäden eine deutliche Produktionssteigerung möglich. Da kleinbäuerliche Betriebe arbeitsintensiv sind, sichern sie nicht nur Arbeits- und Lebensmöglichkeiten auf dem Land, sondern stehen auch für ein anderes Energiemodell. Selbst ein Wachstum der Produktion würde so noch zu einem Sinken der Belastungen führen.

Weil dann für den tatsächlichen Bedarf oder bestenfalls für lokale Märkte produziert würde, könnte obendrein die aktuelle Überproduktion weitgehend beendet werden. Die hat ihre Ursachen nicht nur auf der Produktions-, sondern auch auf der Verkaufsseite. In der Lebensmittelindustrie werden 120 bis 140% des Bedarfs produziert, sodass 20 bis 40% von vornherein für den Müll sind (Selke 2008). Es geht darum, verlockende Angebote in den Supermärkten zu platzieren, der Gebrauchswert der Dinge spielt wiederum keine Rolle. Im Gegenteil, wenn sie als Ware, als verkaufbares Produkt untauglich geworden sind, nach Ablauf der Haltbarkeit oder durch Schäden, dann darf sie noch lange nicht nehmen, wer sie eben gebrauchen kann. Tut es eine doch, wird sie bestraft. Vielleicht noch bedeutsamer als die Perversion, dass Menschen zwar hungern, aber nicht im Müll wühlen dürfen, könnte es sein, dass hier augenscheinlich wird, was für die gesamte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums weltweit und in jeder einzelnen Gesellschaft gilt: Gigantische Überschüsse werden auf Kosten der Umwelt produziert und dienen doch nur dazu, zu zeigen, wer Zugang hat und wer nicht. Ihr tatsächlicher Nutzen ist belanglos.

Auf diese Weise ist ein System von Ungleichheit entstanden, das auch das subjektive Wohlbefinden der Gewinnerinnen nicht mehr steigert. Viele Konsumaktivitäten sind symbolischer Art, zielen auf soziales Prestige oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Wer bei Neue-

rungen nicht mitzieht, verliert den Anschluss. Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand nötig, um die soziale Integration zu verteidigen. In den letzten 30 Jahren ist in der BRD der Konsum enorm gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt hat sich verdreifacht. Gleichgeblieben ist die Lebenszufriedenheit. Eine jüngste umfassende Untersuchung (Wilkinson/Pickett 2010) belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in einer Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt und vieles andere. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Wer den Stoff- und Energieverbrauch reduzieren will, kann dies tun, indem sie Ungleichheit reduziert und damit einen Teil des Konsums unterbindet, der lediglich dem Prestige gilt.

Dagegen verstärken manche wachstumskritischen Forderungen gerade diesen Effekt. Das gilt fatalerweise vor allem für den populärsten dieser Vorschläge, nämlich die Internalisierung der ökologischen Kosten. Weil es Unternehmen gelingt, bestimmte Kosten für ihre Produktionsabläufe auf die Gesellschaft zu übertragen, wird vielfach gefordert, Preise müssten die ökologische Wahrheit sagen. Nun wäre nicht grundsätzlich etwas dagegen einzuwenden, wenn die Verursacherinnen von Umweltschäden dafür zahlen müssten. Im Konkreten ist das aber in einer Gesellschaft, wo zerstörerische Praktiken allgemein angewandt werden, nicht so einfach. Beispielsweise gehören Flugreisen oder der Lufttransport bestimmter Produkte, von Lebensmitteln etwa (und damit auch deren Verzehr), inzwischen zum Alltag.

Man kann durch eine drastische Erhöhung der Preise für solche Dinge ihren Gebrauch in einem bestimmten Rahmen einschränken. Das kann vielleicht in einigen Fällen ein Fortschritt sein, schafft aber ein Gerechtigkeitsproblem: Die Armen können gar nicht mehr fliegen und die Reichen soviel wie früher. Ein gesellschaftlicher Konsens für weniger Flugreisen entsteht so nicht, im Gegenteil, man schreibt die Begehrtheit von Flugreisen dauerhaft auf einem hohen Niveau fest, weil es ja nun einen entscheidenden Statusunterschied ausmacht, ob eine fliegen kann oder nicht.

## **Der Kapitalismus muss wachsen**

Die Reduzierung des Verbrauchs von ökologisch schädlichen Gütern über hohe Preise schafft nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit und verstärkt damit die individuelle Zustimmung zur Wachstumsgeellschaft. Das hat etwas mit dem aktuellen Zustand und der prinzipiellen Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie zu tun. Seit einigen Jahrzehnten häufen private Geldbesitzerinnen weltweit immer größere Mengen an Geld an. Zusätzlich sorgen verschiedene Mechanismen dafür, dass auch große Teile des bescheidenen Wohlstands der weniger Begüterten in monetärer Form erscheinen. Die weltweite Privatisierung der Altersversorgung etwa zwingt viele zur Anlage in Pensionsfonds oder Lebensversicherungen; die scheinbar großen Gewinnmöglichkeiten auf den Wertpapiermärkten und der leichte Zugang zu Krediten verführen dazu, auch noch die erwarteten Einkünfte von morgen auf die Märkte zu tragen.

So wachsen die Geldbeträge in den Händen privater oder institutioneller Investorinnen immer schneller und die haben nichts anderes damit vor, als das Ganze rasch in eine noch größere Geldsumme zu verwandeln. Da aber die Vermögenstitel schneller wachsen als die Anlagemöglichkeiten, müssen solche geschaffen werden. So werden Lebensbereiche dem Kapitalkreislauf unterworfen, die noch vor gar nicht langer Zeit völlig anders funktionierten.

Wir haben über Medikamenten- und Lebensmittelproduktion gesprochen, die nicht mehr der Aufgabe des Heilens und Sättigens folgt, sondern nur noch den Investitionsanreizen. Durch Patentierung werden Dinge zu käuflichen Waren, die von ihrem sachlichen Charakter her leicht für alle zur Verfügung stehen könnten, Wissen oder Musik z.B., oder die noch kürzlich als Privatbesitz gar nicht vorstellbar waren, wie unsere Gene.

Gegenüber diesem Mechanismus nützt es nichts, wenn durch ökologische Preisregulierung die Kosten für den privaten Konsum der Reichen ansteigen. Die Summen, um die es hier geht, können durch solche Preissteigerungen nicht nennenswert verringert werden: Aktuell liegt das weltweite Finanzvermögen bei etwa 200 Billionen Dollar. Selbst wenn es gelänge, zehn oder zwanzig Billionen davon über höhere Preise für Umweltkosten abzuschöpfen, bliebe das beschriebene Phänomen bestehen. Und das ist kein abstraktes oder für unser Thema randständiges Problem, sondern zentral. Was soll eine reiche Person mit ihrem Geld ab einer bestimmten Größenordnung machen? Konsumwünsche erfüllt sie sich ohnehin, das dafür nicht gebrauchte Vermögen ergibt für sie

nur einen Sinn, wenn sie es in ein Geschäft investieren kann, aus dem es als eine größere Summe wieder herauskommt. Das ist das einzige Motiv, aus dem im Kapitalismus Investitionsentscheidungen getroffen werden. Geld muss mehr Geld werden und das gelingt nur, wenn damit gleichzeitig auch mehr Produkte hergestellt und verkauft werden. Es wird zwar im aktuellen neoliberalen Finanzkapitalismus immer wieder versucht, aus Geld einfach nur so mehr Geld zu machen, aber dabei entstehen erst einmal nur Finanzansprüche, die das Geldvermögen aufblähen. Die Probe aufs Exempel besteht immer in der realen Produktion von Gütern und Dienstleistungen.

Nun gibt es davon in unserer Welt aber schon so viele, dass wir sie gar nicht alle brauchen können. Deshalb werden Märkte erweitert auf Teufel komm raus. Egal ob die Armen verhungern, wenn nur die Supermärkte der Wohlhabenden voll sind. Egal ob man immer nur ein Auto fahren kann, ein Drittwagen macht sich doch in jedem privaten Fuhrpark gut. Egal ob die Kleinen besser mit anderen Kindern spielen sollten, ein Plasmafernseher und ein Computer in jedem Zimmer muss schon sein.

Egal ob Mobiltelefone strahlen oder Ölbohrungen die Weltmeere verpesten, es muss produziert werden, sonst stockt die Maschine. Das unterliegt nicht einmal dem eigenen Willen der Kapitalistin. Will sie in der Konkurrenz mit den anderen Produzentinnen nicht untergehen, dann muss sie billiger, besser, innovativer und größer sein. Mit einem Wort, sie muss wachsen. Jeder Versuch, aus diesem Zwang herauszukommen, muss grundsätzlich den gesamten Mechanismus angreifen. Das soll nun nicht heißen, dass erst nach dem Ende des Kapitalismus Schritte gegen das Wachstum getan werden könnten. Es heißt lediglich, dass man um den Konflikt mit den Verwertungsinteressen nicht herumkommen wird. Damit sind wir zurück bei der oben gestellten Frage, was denn die Einzelne tun kann.

## **Es geht um gesellschaftliche Kämpfe und eine demokratische Debatte**

Wir haben gezeigt, dass Veränderungen hin zu weniger Energie- und Ressourcenverbrauch in gigantischem Umfang möglich sind, ohne die nützlichen Dinge und Dienstleistungen zu reduzieren, die den Menschen ein gutes Leben sichern. Aber sie sind trotzdem nicht einfach so Konsens. Sie widersprechen mächtigen Interessen. Nicht Einsicht oder die besseren Argumente werden zu einer schrumpfenden Wirtschaft

führen. Ihre Etablierung widerspräche dem gesamten Wirtschaftssystem, sie wird sich nur in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen lassen. Man muss diese Orientierung gegen den real existierenden Kapitalismus nicht jedes Mal dazu sagen, sie ist aber dennoch zentral, weil hier die Vermittlung zu den Individuen liegt. Es ist nicht so, als ob die Einzelnen nichts tun könnten. Sie können sich für eine andere Ökonomie engagieren.

Wenn zu Beginn Produktionen und Abläufe beseitigt würden, die ohnehin nichts zum Wohlbefinden der Menschen beitragen, dann könnten manche individuellen Vorbehalte wegfallen. Die Beseitigung der unsinnigen Kosten und Verschwendungen der kapitalistischen Produktion schränkt den Lebensstandard in keiner Weise ein. In den Kämpfen für diese Entwicklung aber verändern sich die Menschen und ihr Bewusstsein. In diesem Prozess können sie gar nicht anders, als sich mit Fragen von Sinn und Zweck der Produktion, von Bedürfnissen und ihrer Befriedigung zu befassen. Jede darf und kann schon jetzt Verhaltensänderungen, auch den Verzicht auf bestimmte Dinge praktizieren und wir sind uns bewusst, dass es gute Gründe dafür gibt. Aber erst in den gesellschaftlichen Kämpfen werden die Einzelnen unvermeidlich, aus ihrer eigenen Bewegung heraus, auf die Frage kommen, was sie denn brauchen für ein gutes Leben. Dabei werden vermutlich auch diejenigen anfangen, einige ihrer Bedürfnisse zu hinterfragen, die vorher ihren Lebensstandard verteidigt haben. Aber jetzt tun sie es von sich aus und nicht, weil man es von ihnen verlangt. Und so kann Veränderung dann auch als massenhafter Prozess möglich werden. Wir setzen also nicht auf Zwang und Verordnung von oben, auch nicht auf moralische Appelle und Umerziehung, sondern auf die eigene Bewegung der Menschen.

Herrschaft funktioniert in der bürgerlichen Demokratie wesentlich über Zustimmung und Konsens. In der Regel gelingt es den herrschenden Gruppen nicht nur, ihren Interessen mithilfe von Medien, Werbung und Politik den Schein von Allgemeingültigkeit zu verleihen. Sie nehmen immer wieder auch partiell reale Interessen der Beherrschten auf. Deshalb wird von der Mehrheit weder der Kapitalismus noch der Massenkonsum abgelehnt.

Wenn sich daran etwas ändern soll, dann ist es wichtig, die Menschen dort anzusprechen, wo sie selbst schon Widersprüche haben, um die feinen Risse in der Zustimmung zu nutzen. Wir haben auf bestehende Bewegungen gegen die Destruktivtechnologien hingewiesen. Auch Forderungen zur massiven Einschränkung des sinnlosen Gütertransports oder der Werbung wären wahrscheinlich mehrheitsfähig.

Es ist auch keineswegs so, dass die meisten nicht wüssten, dass es intelligentere Formen gibt, von A nach B zu kommen, als dass jede mit dem eigenen Auto im Stau steht.

Aber tatsächlich sind sie darauf angewiesen, einen Arbeitsplatz zu haben, weil davon ihr Einkommen abhängt. Und um dort hinzukommen und dort vielleicht sogar Autos zu produzieren, brauchen sie häufig ein Auto. Und deshalb verteidigen sie seine Produktion manchmal trotz besserer Einsicht. Risse in der Zustimmung nutzen heißt, hier Vorschläge und Forderungen zu entwickeln, die Antworten auf drängende Fragen geben: Wie komme ich denn zuverlässig zum Arbeitsplatz? Wo- von soll ich leben, wenn ich keinen mehr habe?

Es ist offensichtlich, dass es von der materiellen Seite her Antworten auf diese Fragen gibt. Es kann nicht sein, dass der Zugang zu den Überlebensmitteln an nicht vorhandene Erwerbsarbeitsplätze gekoppelt wird. Wir sind durchaus für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Aber auch sie wird nicht zu Vollbeschäftigung führen, sondern lediglich den Rationalisierungszwang und die Elektronifizierung von Produktion und Dienstleistungen beschleunigen. Weltweit verschärft sich das Problem sogar noch. Mehr als drei Milliarden Menschen sind nicht in formelle Arbeitsverhältnisse eingebunden. Wer sollte all das brauchen, was die in kapitalistischer Vollbeschäftigung produzieren könnten? Und welche Erde sollte das aushalten? Es gibt auch keinerlei Grund für eine solche Produktionssteigerung. Der tatsächliche Reichtum für ein halbwegs anständiges Leben aller Menschen weltweit ist längst ebenso vorhanden wie Konzepte für eine gemeinsame Nutzung, z.B. in umfassenden öffentlichen Verkehrssystemen. Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller notwendig sind, die also die Not wenden würden. Was wir produzieren wollen und wie, das müsste in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden.

Aber wie sollten nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird zuerst dafür sorgen müssen, dass die Menschen sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen.

Wir halten daher die Diskussion um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Ar-

beitzwang, mit einem Recht auf gesellschaftliche Teilhabe als Rechtsanspruch für grundlegend in der gesamten Wachstumsdiskussion. Und ein erster Schritt dazu müsste in einem globalen Mindesteinkommen gegen den Hunger (*basic food income*) bestehen, nicht nur, damit die Ärmsten es sich überhaupt leisten können, sich ressourcenschonend zu verhalten, sondern auch, weil Hunger in einer Welt des Überflusses ein unerträglicher Skandal ist.

Gleichzeitig muss eine Privatisierung öffentlicher Güter wie Mobilität, Gesundheitswesen, Wasser- und Energieversorgung, Bildung und Kultur verhindert und diese in öffentliche Gestaltung überführt werden. Zu den Grundbedürfnissen gehört auch eine umfassende soziale Daseinsvorsorge. Kranken- und Rentenversicherung waren und sind eine Errungenschaft, die nicht als Ware privatisiert werden darf, wenn für jede der Zugang gesichert werden soll. Die Commons- und freie Softwarebewegung haben gezeigt, dass umfassende Versorgung mit Gütern jenseits der Produktion von Waren, mit denen Geschäfte gemacht werden, möglich ist. Unter dem Wachstumsaspekt haben öffentliche Systeme zwei weitere Vorteile: Sie brauchen deutlich weniger Ressourcen, weil sie rationeller planen können und sie nehmen Leistungen den Status positioneller Güter, durch deren Besitz man sich von anderen abheben kann.

Insgesamt geht es also um eine Veränderung hin zu einer bedarfsorientierten Ökonomie. Alles, was in diese Richtung geht oder zumindest dahin ausgebaut werden könnte, ist aus unserer Sicht zu befördern, alles, was lediglich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten schafft, ist abzulehnen. Da gibt es zahlreiche tagespolitische Anknüpfungspunkte, die vom Kampf gegen die Destruktivtechnologien bis hin zur Bürgerinnenversicherung für Rente, Gesundheit und Grundeinkommen reichen.

Entscheidend ist aber, dass die Frage, wo es langgehen soll, in einer Debatte geklärt werden muss, die alle Stränge (Nachhaltigkeit, Forderung nach guter Arbeit, Schrumpfung der Wirtschaft zur Ressourcenschonung, soziale Sicherheit) zusammenfasst. Voraussetzung für Veränderung auch der Einzelnen ist, dass sie sich anerkannt und entscheidungsfrei fühlen. Das wird nur gelingen, wenn niemand Angst um die materielle Existenz oder darum haben muss, dass andere festlegen, was für sie gut ist.

## **Literatur**

IAASTD (2009): Weltagrарbericht. Synthesebericht, Hamburg.

Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten, Münster.

Wilkinson, Richard/Picket, Kate (2010): Gleichheit ist Glück, Frankfurt.

Wolf, Winfried (2007): Wie kommt das Walnussfleisch ins Mövenpickeis?, Lunapark 21, 1.

Mohssen Massarrat

## **Die Viertagewoche**

Ein wichtiger Beitrag für den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft

### **Einführung**

Die Wachstumsressourcen der hochentwickelten kapitalistischen Länder sind längst an ihre Grenzen gestoßen. Dies ist auch der Grund für die Funktions- und Legitimationskrise des klassisch keynesianischen Akkumulationsmodells. Denn dieses Modell kann dann Wachstum generieren und Massenkaufkraft durch flächendeckende Umverteilung herbeiführen, wenn Ressourcen (Arbeitskräfte und Rohstoffe) in erforderlichem Umfang verfügbar sind. Wenn aber die Wirtschaft nicht wachsen kann, die Produktivität jedoch steigt, entsteht unweigerlich Arbeitslosigkeit. Damit gerät ein Kapitalismusmodell, das Vollbeschäftigung zu seinem sozialpolitischen Credo erhebt, in die Krise.

Linke Parteien und Gewerkschaften haben dieses Problem, das sich in den meisten kapitalistischen Staaten beinahe zeitgleich in den 1970er Jahren in Erscheinung trat, nicht erkannt. Statt einer Modifikation und paradigmatischen Anpassung des Keynesianismus an die neuen Rahmenbedingungen von einer *Wirtschaft mit schrumpfenden Wachstumskapazitäten* und statt einer Politik der Vollbeschäftigung durch sukzessive Arbeitszeitverkürzung glaubte man weiterhin, durch Wachstum die steigende Arbeitslosigkeit überwinden zu können. Diese Politik produzierte jedoch Massenarbeitslosigkeit und Inflation, sie hinterließ ein wirtschafts- und machtpolitisches Vakuum, das der Neoliberalismus flächendeckend und global auszufüllen wusste. Dieser, seit den 1930er Jahren von transnational organisierten Neoliberalen vorbereitet, bot sich als Alternative zum klassischen Keynesianismus an und erfuhr zunächst im Norden und dann auch global einen beispiellosen Siegeszug. Auch er setzte sich über die realen Grenzen des Wachstums hinweg und versprach, durch Wachstum Massenarbeitslosigkeit im Norden und Armut im Süden zu überwinden. Doch produzierte der Neoliberalismus weltweit noch mehr Arbeitslosigkeit und noch mehr Armut.

Die neoliberale Strategie der einseitigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Profitsteigerung und der vollen Entfaltung des Ka-

pitals zielte ohnehin auf ein Wachstum, dass nicht durch Wertschöpfung, sondern durch eine gigantische Umverteilung erreicht werden sollte. Die Globalisierung wurde zu einem Prozess der Verbilligung der Arbeit und der natürlichen Ressourcen. Die Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden, zulasten heutiger und künftiger Generationen, rief schließlich die zweite Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise hervor.

Das faktische Scheitern des neoliberalen Projekts eröffnet nach vier Dekaden andauernder Umverteilung die historische Chance, über den aktuellen Kapitalismus hinaus zu einer Perspektive *jenseits des Wachstums, wie wir es kennen*, vorzustoßen.

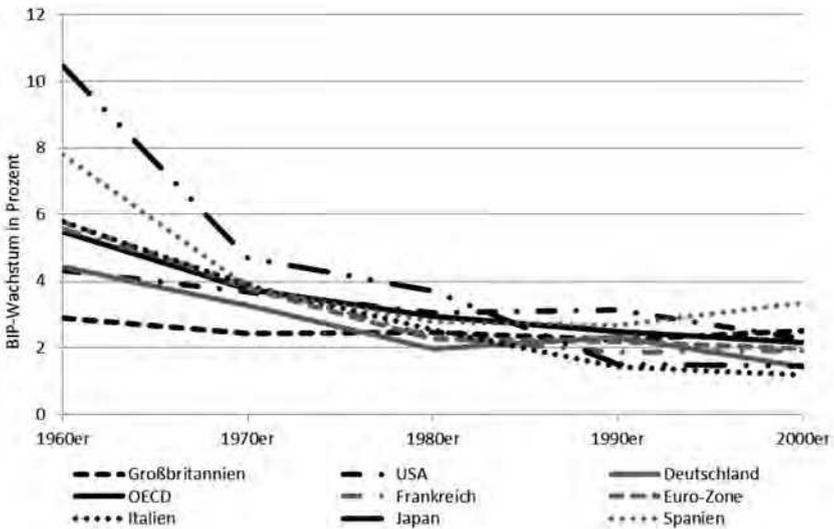
Die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, beispielsweise durch die Einführung der *Viertagewoche*, in Verbindung mit einer Politik der Umschichtung des Wachstums weg von naturverbrauchenden und hin zu Lebensqualität steigernden Produktions- und Dienstleistungen, ist der wirkungsvollste Hebel zur unausweichlichen Neugestaltung in dieser Perspektive. Das bewegt sich zwar im historischen Trend kapitalistischer Entwicklung nach der erstmaligen Einführung des Achtstundentages 1856 in Australien und der Fünftagewoche in den 1960er Jahren, ist jedoch nach vier Dekaden neoliberalen Stillstands ungemein schwieriger geworden. Dennoch gibt es dazu keine Alternative. Dabei ist die *Viertagewoche* eine Metapher für ein differenziertes Modell der Arbeitszeitverkürzung, das den individuellen und betrieblichen Bedürfnissen genauso angepasst ist wie den epochalen gesellschaftlichen Veränderungen.

## **Die goldenen Wachstumsjahre und ihre Grenzen**

Die drei Jahrzehnte zwischen 1950 und 1980 waren unbestritten in nahezu allen kapitalistischen Staaten des Nordens die »Goldenen Wachstumsjahre«. Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes von jährlich über fünf Prozent, in Japan sogar über zehn, waren so gut wie selbstverständlich (Grafik 1).

Für diese Entwicklung waren mehrere Faktoren verantwortlich: Erstens beträchtliche Wachstumsressourcen, zweitens die keynesianische Wirtschaftspolitik, die sich zur Mobilisierung der Wachstumspotenziale als sehr wirkungsvoll erwies, drittens eine beträchtliche Nachfrage zur Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Jahrzehnten der Entbehrungen als Folge der beiden Weltkriege, viertens die Entwicklung der Demokratie und vor allem die Stärkung der gewerkschaftlichen Ver-

**Grafik 1: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Zehnjahresdurchschnitt (in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von World dataBank und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt.

handlungsmacht und schließlich fünftens eine moderne Sozial- und Wohlfahrtspolitik, die die Massenkaufkraft sukzessive anhebte. Der Dreh- und Angelpunkt der klassisch keynesianischen Wirtschaftspolitik ist eine auf Verschuldung beruhende staatliche Ausgabenpolitik, die solange funktioniert, wie die Refinanzierung der Schulden durch Wachstum gewährleistet ist. Weil aber ab Ende der 1970er Jahre im hochentwickelten Kapitalismus sowohl die Wachstumsreserven zur Neige gingen als auch eine relative Konsumsättigung erreicht wurde (Reuter 2009), geriet das Modell ins Stocken. Versuche, durch weitere Staatsausgaben Arbeitsplätze zu schaffen, führten eher zur Inflation. Tatsächlich hatten die goldenen Wachstumsjahre ihren Zenit längst hinter sich.

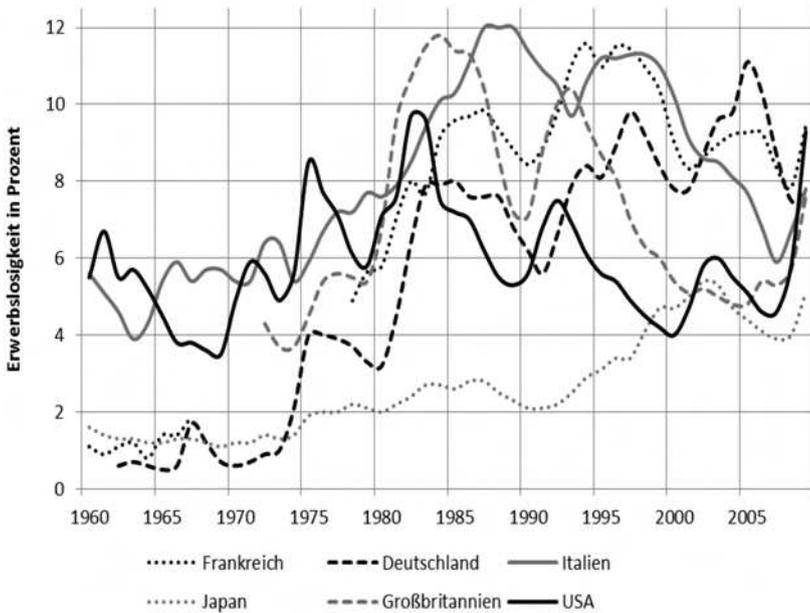
## **Der Siegeszug des Neoliberalismus und die Stunde der falschen Propheten**

Bereits Mitte der 1970er Jahre ist die Phase der Vollbeschäftigung (in Deutschland, Frankreich und Japan) bzw. der niedrigen Raten der Arbeitslosenquote (in Italien, Großbritannien sowie den USA) vorbei. Mit der einzigen Ausnahme USA schnellte überall die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe und bewegt sich über mehrere Dekaden auf hohem Niveau zwischen sechs und zwölf Prozent (Grafik 2). Für diese Entwicklung waren außer der historischen Tatsache von schrumpfenden Wachstumsreserven und zunehmender Sättigung des Konsums zwei weitere Faktoren maßgebend: (a) anhaltend steigende Produktivität als Folge der dritten technologischen Revolution und (b) steigende Beschäftigungsnachfrage seit Ende der 1960er Jahre vor allem bei den Frauen (Bontrup et al. 2007: 45). In Deutschland wurden bereits Anfang der 1980er Jahre ca. eine Million Arbeitslose gezählt – ein erster Höhepunkt nach Jahrzehnten der Vollbeschäftigung.

Helmut Schmidt, der letzte keynesianische Bundeskanzler, um ein Beispiel hervorzuheben, glaubte dennoch allen Ernstes, die Massenarbeitslosigkeit durch einen Einwanderungsstopp (die populistische Parole lautete damals: »Das Boot ist voll«), vor allem aber durch Wachstum überwinden zu können. Unbeirrt setzte er mit einer klassisch keynesianischen Ausgaben- und Schuldenpolitik auf Wachstum und konterte den Vorwurf seiner neoliberalen Widersacher, er sei der erste Kanzler Nachkriegsdeutschlands, dem steigende Inflation keine Sorgen bereite, mit dem Argument, ihm seien »5 Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit«. Diese Alternative zwischen Pest und Cholera war nicht nur ein Offenbarungseid des Kanzlers, sie öffnete dem Neoliberalismus den Weg, das wirtschaftspolitische Vakuum auch in Deutschland zu füllen, das der klassische Keynesianismus im Begriff war zu hinterlassen. In Margaret Thatchers Großbritannien und Ronald Reagans USA wütete jener schon längst. Die zur Speerspitze des deutschen Neoliberalismus gewendete FDP beendete im Oktober 1982 die sozialliberale Bundesregierung Schmidt-Genscher und hob mit der konservativ-liberalen Regierung Kohl-Genscher das neoliberale Zeitalter in der drittichtigsten kapitalistischen Ökonomie der Welt aus der Taufe.

Hatten die Sozialdemokraten den Umstand der zur Neige gehenden Wachstumsreserven missachtet und übersehen, dass unter diesen Bedingungen klassisch keynesianische Instrumente, wie eine expansive Ausgabenpolitik, zu mehr Inflation, aber nicht zu mehr Arbeitsplätzen führen, so machten die Neoliberalen nicht die sinkenden Wachs-

**Grafik 2: Erwerbslosenquote in % ab 1960**



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Daten von OECD.Stat-Extracts und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt.

tumsreserven, sondern ganz und gar ideologisch den Keynesianismus und die Staatsintervention für das Scheitern der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik verantwortlich. Auch sie versprachen die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch Wachstum; allerdings wollten sie das ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie durch weniger Staat und mehr Markt erzielen. Der Neoliberalismus konnte sich wohl auch deshalb als Alternative zur Sozialdemokratie und zum Keynesianismus anbieten und mit geringem Aufwand beide ablösen, weil er nahtlos an den allgemeinen Konsens des Fetischs Wachstum als Allheilmittel aller gesellschaftlichen Probleme anknüpfen konnte. Das so genannte Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982 – so etwas wie das erste neoliberale Manifest in deutscher Sprache – wurde nicht zufällig unter der Überschrift »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« in Umlauf gebracht. Bereits in diesem Papier werden die bekannten Maßnahmen wie Sozialabbau, Lohnsenkung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verlän-

gerung der Arbeitszeit, Entlastung der Unternehmer etc. aufgelistet – freilich verklausuliert unter verharmlosenden bis positiven Begriffen wie Anpassung, Konsolidierung, Bürokratieabbau, Anreize. Diese Maßnahmen wurden bekanntlich allesamt auch umgesetzt, kurioserweise am konsequentesten unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder-Fischer mit ihrer Agenda 2010.

## **Wachstum durch Umverteilung**

Das keynesianische Wachstumsmodell beruhte immerhin auf Wertschöpfung und substanzieller Wertsteigerung. Wie wollten aber die Neoliberalen Wachstum generieren und ihr Versprechen von neuen Arbeitsplätzen einlösen?

Rückblickend lautet die Antwort: erstens durch Verbilligung der Arbeit und zweitens durch Verbilligung der Natur. Auf diese Wachstumsstrategie zielten Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Liberalisierung des Handels und Privatisierung der öffentlichen Güter, allesamt Instrumente aus dem neoliberalen Gedankengut mit erheblichen verteilungsrelevanten Folgen für die Struktur und Richtung der Globalisierung. Indem Neoliberale nicht müde wurden, mehr Wachstum und Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, mehr Freiheit, mehr Glück und was nicht noch alles von diesen Wunderinstrumenten abhängig zu machen, ist es ihnen tatsächlich gelungen, in Parteien und Regierungen weltweit und weit über ihr eigenes traditionelles politisches Lager hinaus den neoliberalen Geist zu etablieren und die gesamte Elite und die Massenmedien ihrer kulturellen Hegemonie unterzuordnen.

Die Verbilligung der Arbeit war die Reaktion hochproduktiver Ökonomien wie der deutschen auf sinkende Wachstumsreserven innerhalb der eigenen Volkswirtschaft einerseits und auf die wachsende Konkurrenz von weniger produktiven Niedriglohnökonomien andererseits. Diese Strategie wurde in Abhängigkeit von der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht mit unterschiedlichem Erfolg durchgesetzt. So stiegen die Löhne im Zeitraum 2000-2009 in Deutschland durchschnittlich um 21%, in Frankreich um 32%, im EU-Durchschnitt um 35%, in Süd- und Osteuropa und China – hier allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – um deutlich mehr. Durch stagnierende, teilweise sogar sinkende Löhne gelang es den hoch produktiven Ländern wie Deutschland, ihre Marktanteile in Konkurrenz zu China – weiterhin ein Niedriglohnland – auf den internationalen Märkten, vor allem in den USA, zu halten oder sogar auszubauen.

Doch beruht diese Strategie nicht auf einem Wachstum durch Wertschöpfung, sondern auf Umverteilung, und zwar im doppelten Sinne, zum einen von unten nach oben innerhalb der eigenen Volkswirtschaft mit der Folge sinkender Massenkaukraft und zum anderen durch Verdrängungswettbewerb und Wachstumsverschiebung – im Ergebnis also einem Nullsummenspiel – zulasten anderer Staaten. Einige Länder, wie die Niederlande, Österreich, vor allem aber Deutschland, erzielten in diesem Prozess Export- und Devisenüberschüsse, Verliererstaaten wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland mussten dagegen Importüberschüsse, Leistungsbilanzdefizite und steigende Verschuldung verbuchen. Besonders drastisch wirkte sich diese Politik für Griechenland aus, sie war der entscheidende Grund für den drohenden Bankrott dieses Landes mit Folgen auch für andere südeuropäische Staaten. Um weitere Pleiten südeuropäischer Staaten zu vermeiden, war die EU gezwungen, mit einem gigantischen Rettungspaket im Umfang von über 700 Milliarden Euro zu intervenieren. Doch dieses enthält nichts anderes als neue Schulden zulasten der Steuerzahler, vor allem der Lohnabhängigen, die zur Finanzierung der absurden Politik des Wachstums durch Umverteilung und des Verdrängungswettbewerbs bluten mussten. Genau genommen sind Gewinner und Verlierer am Ende dieser Kette von Umverteilungen nicht die Volkswirtschaften, sondern die reichen Eliten dieser Volkswirtschaften einerseits und die Lohn- und Gehaltsabhängigen andererseits.

Tatsächlich sind auch seit der neoliberalen Wende die Reichen aller Länder reicher und die Armen ärmer geworden (Massarrat 2009a). In Deutschland ist die bereinigte Lohnquote in den alten Bundesländern von 71 (1980) auf 65,2% (1991) gefallen. Auch im vereinigten Deutschland setzte sich dieser Trend fort, die bereinigte Lohnquote sank von 71 (1991) auf 69,8% (2009) (Schäfer 2009). Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di betrug die Umverteilung von unten nach oben in den letzten zehn Jahren jeweils 500 Milliarden Euro.

Die neoliberale Politik zielte außerdem auch auf Wachstum durch Verbilligung der Natur. Dazu diente nicht nur die Liberalisierung der Rohstoffmärkte, sondern auch die verschärfte Ausbeutung der Energie- und Rohstoffreserven ungeachtet aller ökologischen Folgen und der Forcierung von Geopolitik, die Kriege in den letzten 30 Jahren, vor allem im Mittleren Osten, eingeschlossen (Massarrat 2006: insbes. Kapitel 3).

## **Das strategische Projekt des Neoliberalismus: Entmachtung von Gewerkschaften und Zementierung der Massenarbeitslosigkeit**

Ausgehend vom Ergebnis kann festgestellt werden, dass die neoliberale Wachstumsstrategie der Verbilligung der Arbeit zu einem Systemwechsel vom *keynesianischen* zum *neoliberalen Kapitalismus* führte, und dass umgekehrt diese Strategie ohne diesen Systemwechsel unmöglich hätte durchgesetzt werden können. Dieser Wechsel setzte allerdings die Unterminierung der *tarifpolitischen Machtbalance* und damit die Zerschlagung des sozialen Fundaments zwischen Gewerkschaften und Unternehmern voraus. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im keynesianischen Kapitalismus mit einer nie da gewesenen Stärke sollte ein für allemal beendet werden. Statt der Machtbalance und einer ausgeglichenen Verteilung der Wertschöpfung sollte ein Machtgefälle zugunsten der Unternehmenseite und einer kapitalverträglichen Verteilung als Dauerzustand etabliert werden. Statt Tarifverhandlungen auf Augenhöhe zu führen, sollte die Kapitaleite in die Lage versetzt werden, die Gewerkschaften vor sich herzutreiben, ihnen ihre Handlungslogik – das wichtigste Gut, das sie im Kapitalismus besitzen – schleichend zu nehmen, ihnen bei Tarifverhandlungen die Ziele zu diktieren und sie zu Gefangenen ihrer Taktik zu machen. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass den Gewerkschaften keine andere Möglichkeit verbleibt, als in der strukturellen Defensive zu verharren und zuzusehen, wie die sozialen Errungenschaften eine nach der anderen abgebaut werden.

Hatten die Gewerkschaften ihre Stärke und ihre Kampfkraft im keynesianischen Kapitalismus durch Vollbeschäftigung erreicht, so wurde Massenarbeitslosigkeit zur Achillesferse im Prozess ihrer Entmachtung im Rahmen des neoliberalen Wachstumsmodells. Denn sie, die Massenarbeitslosigkeit, ist es, die den fruchtbarsten Boden für die Schwächung der Gewerkschaften liefert. Sie ist es auch, welche die noch Beschäftigten dauerhaft in Angst und Schrecken versetzt, den eigenen Job zu verlieren, die bei ihnen die Bereitschaft entstehen lässt, alle möglichen Zugeständnisse auf der Lohnseite, bei den Sozialleistungen, bei der Arbeitszeit hinzunehmen, um ja nicht in die Arbeitslosigkeit und in Hartz IV abzustürzen. Unter eben diesen Bedingungen konnte auch eine rigorose Machtverschiebung durchgesetzt werden, die den betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen als ein quasi naturnotwendiger, unvermeidlicher und alternativloser Vorgang erschien und leider immer noch erscheint, der angeblich von »den Märkten« herbeigeführt worden sei, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Tatsächlich rechtfertigten die Neoliberalen alle ihre »Reformen« auf dem Arbeitsmarkt mit dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Gewollt war und erreicht wurde aber das Gegenteil. Die Politik der Neoliberalen zielte bewusst auf die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Arbeitslose und noch Beschäftigte, in brave, weil zu allen möglichen Zugeständnissen bereite, Lohn- und Gehaltsabhängige und in »faule, arbeitsunwillige« Menschen, die selbst an ihrem Schicksal der Arbeitslosigkeit Schuld seien.

Tatsächlich stieg auch die Arbeitslosigkeit in fast allen Industriestaaten nach der neoliberalen Wende Ende der 1970er Jahre drastisch an (Grafik 2). In Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit 2004 mit fast fünf Millionen den Höchststand seit der neoliberalen Wende. Sie ist nach offiziellen Statistiken bis 2010 auf 3,24 Millionen gesunken, allerdings nicht, weil neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern weil ca. 1,4 Millionen Arbeitslose durch definitorische Umgruppierungen aus der offiziellen Statistik herausgenommen wurden. Ohne Berücksichtigung dieser Manipulation bleibt die Arbeitslosenzahl weiterhin auf dem Höchststand von 4,8 Millionen (Lunapark Sommer 2010: 2f.). Dabei ist in dieser Zahl die millionenfache Umwandlung von Vollzeitjobs in Teilzeit-, Midi- und Minijobs – davon sind vor allem Frauen betroffen – nicht eingerechnet. Dies gilt auch für 4,9 Millionen geringfügig Beschäftigte und für zahlreiche Aufstocker, die ohne Hartz IV nicht auskommen. Die über drei Millionen Hartz IV-Empfänger werden im neoliberalen Kapitalismus aus der Gesellschaft ausgegliedert, sich selbst überlassen und gehören insofern zum System, als ihre menschenunwürdige Lage als Schreckgespenst die Jobbesitzer sehr wirkungsvoll zu allen Zugeständnissen nötigt.

In diesem System des neoliberalen Kapitalismus wurden die Gewerkschaften tatsächlich geschwächt, in die Defensive gedrängt, zur Geisel des Neoliberalismus degradiert und ihnen letztlich auch die Möglichkeit einer offensiven Gewerkschafts- und aktiven Gesellschaftspolitik genommen.

## **Viertagewoche: Entscheidender Schritt zur Postwachstumsgesellschaft**

Die Bilanz des neoliberalen Akkumulationsmodells ist verheerend. Statt Wachstum und mehr Wohlstand bescherte die neoliberale Politik der Menschheit eine wachsende Schere zwischen Armen und Reichen, ein Verschuldungs- und CO<sub>2</sub>-Wachstum, ein Atommüllwachstum und ein

Wachstum von globalen Konflikten um Marktanteile und Ressourcen. Der Neoliberalismus konnte sich als Scheinalternative zum klassischen Keynesianismus anbieten und durch Verknüpfung von ökonomischen Zielen, wie Wachstum und Arbeitsplätze, mit soziokulturellen Werten, wie mehr individuelle Freiheit, weniger Staat, Abbau der Bürokratie etc., gesellschaftliche Kräfte für das eigene hegemoniale Projekt bündeln. *Massenarbeitslosigkeit* ist die fundamentale Voraussetzung der Fortexistenz des neoliberalen Projekts. Ihre Überwindung bedeutet daher auch die Zerschlagung der gesellschaftlichen Grundlage des Neoliberalismus. Mehr noch: Sie eröffnet den Weg zu Reformen und stellt auch eine entscheidende Brücke zur Postwachstumsgesellschaft dar.

## **Vollbeschäftigung neuen Typs**

Eine Vollbeschäftigung durch Wachstum nach klassischem keynesianischem Muster ist unter den Bedingungen schrumpfender Wachstumsreserven, relativer Konsumsättigung und weiterhin steigender Produktivität unrealistisch. Auch Wachstumsraten von jährlich ein bis zwei Prozent, die in den letzten zwei Dekaden erzielt wurden, kamen nicht durch Wertschöpfung, sondern durch Umverteilung zulasten anderer Volkswirtschaften zustande.

Die einzig verbleibende Möglichkeit zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, nämlich durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Sektors. Dazu müsste die flächendeckende Arbeitszeitverkürzung zum Herzstück eines strategischen Gegenprojekts zum Neoliberalismus erklärt und zum Ausgang eines weit über Tarifverhandlungen hinausgehenden gesamtgesellschaftlichen Projektes gemacht werden. Um in dieser Perspektive die politische und kulturelle Hegemonie zu gewinnen, bedarf es der Bündelung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, die letztlich davon profitieren könnten. Und das sind mit Ausnahme von neoliberalen Ideologen, den Finanzspekulanten und einer dünnen Schicht der Vermögensbesitzer fast alle sozialen Schichten, selbst diejenigen, die aus der Erwerbsarbeit aussteigen wollen. Denn auch ein Ausstieg aus der Erwerbsarbeit und die Option für selbstbestimmte Tätigkeiten – sicherlich ein berechtigtes Anliegen vieler Menschen – hätten erst dann eine realistische Chance, auf breite Zustimmung zu stoßen, wenn Gewerkschaften und alle Reformkräfte ihre volle und im Neoliberalismus abhandengekommene Gestaltungskraft wieder zurückgewonnen haben würden.

## Weniger Erwerbsarbeit, weniger Wachstum, mehr Zeitwohlstand

Die Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit und Einkommen ist gleichzeitig auch die historisch angemessene Antwort auf die Grenzen des Wachstums, weil dadurch die Gesellschaft im Zustand einer neuen postneoliberalen Stabilität erstmals wieder in der Lage sein dürfte, die einmal nach der Krise des Keynesianismus verpassten Chancen nachzuholen und durch eine solide *Wachstumsumschichtung* sozial-ökologische Reformen durchzuführen (Massarrat 2009b): weg von Exportexpansion und hin zur Stärkung der Binnenpotenziale; weg vom atomar-fossilen Energiepfad und hin zum massiven Ausbau regenerativer Energien; weg vom Individualverkehr, hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors und moderner Mobilitätssysteme sowie ferner Ausbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Altenpflege und allgemein der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Die Arbeitszeitverkürzung und Vollbeschäftigung neuen Typs ist nach obigen Überlegungen ein *hegemonial strategisches Projekt* für einen umfassenden sozialökologischen Umbau der Gesellschaft. Es bedeutet eine Schrumpfung des Erwerbsarbeitsvolumens und damit eine Schrumpfung der kapitalistisch produzierten Waren und Dienstleistungen bei gleichzeitigem Wachstum von qualitativen, monetär aber nicht messbaren Gebrauchswerten in den sozialen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft. Sinkender Umfang der Erwerbsarbeitszeit bedeutet Erhöhung des Zeiteils für Tätigkeiten ohne Arbeitszwang, er bedeutet Steigerung der kreativen Potenziale einer Gesellschaft weit über gleichberechtigte Erziehung und Hausarbeit hinaus. Fortan wird es auch möglich, nicht nur das eigene Bildungsniveau zu erhöhen und durch eigene künstlerisch-kulturelle Tätigkeiten neue Reichtumsquellen zu erschließen, sondern einen immer größer werdenden Anteil der über den Markt erworbenen Waren und Dienstleistungen selbst herzustellen bzw. zu erbringen. Das schließt mannigfaltige Tätigkeiten ein, z.B. im Bereich häuslicher Reparatur, Eigenproduktion eines Teils des pflanzlichen Nahrungsmittelbedarfs etwa in Schrebergärten, Pflege eigener Angehöriger etc. Hinzu kommt die steigende Bereitschaft zur Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten in vielen Bereichen mit Wirkung von weiterer Substitution der Erwerbsarbeit. Sinkende Erwerbsarbeitszeit setzt somit einen sich sukzessive erweiternden nicht monetären Sektor in Gang, der regional eingebunden ist und entsprechend auch den verschwenderischen Transport vermeidet. Nicht zuletzt steigert sie auch die Möglichkeit der Mitwirkung der Menschen am poli-

tischen Leben. Steigender Zeitwohlstand ist zweifelsohne die Voraussetzung für den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft.

Er ist die Quelle eines neuartigen gesellschaftlichen Reichtums und neuer Formen der Demokratie, die auch unabhängig von der Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, und zwar schon jetzt, erschlossen werden können. Und es gibt keinerlei politische und moralische Rechtfertigung, den Kampf für weniger Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung zu vertagen.

## Literatur

Bontrup, Heinz J./Niggemeyer, Lars/Melz, Jörg (2007): Arbeit fair teilen, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2006): Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2009a): Reiche aller Länder, bereichert Euch, in: Krull, Stephan/Massarrat, Mohssen/Steinrücke, Margareta (Hrsg.): Schritte aus der Krise, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2009b): Weniger wachsen – weniger arbeiten. Eine realistische Alternative, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 13.

Reuter, Norbert (2009): Stagnation im Trend, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 13.

Schäfer, Claus (2009): WSI-Verteilungsbericht, in: WSI Mitteilungen, 12.

Frigga Haug

## **Arbeit jenseits von Wachstum – Die Vier-in-Einem-Perspektive**

### **Von der Schwierigkeit, Neues zu denken**

Kürzlich – zuletzt zur Eröffnung des Dritten Deutschen Sozialforums in Hitzacker – habe ich die Losung *Teilzeitarbeit für alle* als zeitgemäß vorgeschlagen. Sie hat es in sich. Sie ist witzig wegen der offensichtlichen Paradoxie – wie kann etwas Teil sein und zugleich als ein Ganzes gelten? –, sie zwingt zum Nachdenken darüber, was eigentlich Ganzzeit ist, warum wir das ahistorisch sehen, als seien es immer acht Stunden gewesen und blieben dies auf Dauer, und weiter, was Teilzeit ist und welcher Gedanke von Leben dahinter steht. Kurz: Ich stellte mir eine Losung mit Dominoeffekt beim Lernen vor. Nach und nach fiel eine Selbstverständlichkeit nach der anderen und riss die festgefügte Ordnung eines eingepassten Lebens mit sich, um endlich Platz zu machen für Neues – wenigstens schon mal als Vorstellung. Hinter dem Witz war so zugleich ein großer Ernst. Eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung ist zwingend, um die wachsende Abschiebung eines Heeres von Menschen ohne geregelte Vollzeitarbeitsplätze ins Niemandsland zu konterkarieren.

Dabei ist es ausgesprochen schwierig, Gewerkschafter zu gewinnen. Jahrzehnte von Kämpfen gegen Teilzeitarbeit haben die Identitäten einrostet lassen. Die Losung muss zunächst auf den empörten Widerstand der meisten treffen, vor allem derjenigen, die noch einen Vollzeitarbeitsplatz haben, auf den sie sich eingerichtet haben im Zeitverbrauch, in häuslicher Arbeitsteilung, im Lebensstandard. Lange wurde gewerkschaftlich gegen Teilzeitarbeit gekämpft. Weitgehend erfolglos, sie breitet sich aus – wir kennen die Zahlen –, 70% der Teilzeitarbeitsplätze haben Frauen inne. Das macht ihren Ruf noch schäbiger. Teilzeitarbeit – das ist Armut, Ausweglosigkeit, Unsicherheit. Teilzeit zu arbeiten, heißt nicht nur, keiner ernsthaften Arbeit nachzugehen, es heißt auch, als Gesellschaftsmitglied versagt zu haben. Soll also solche Politik das Elend der Teilzeitarbeiterinnen für die gesamte Gesellschaft beschwören? Jeder weiß, mit so wenig Einkommen kann keine auskommen, so dass sich weitere negative Einschätzungen an diese bil-

ligen Jobs heften: Zuverdienerin z.B. oder gar das Ressentiment, dass Teilzeitarbeit sich jemand nur leisten kann, wer zugleich andere für sich arbeiten lässt, eine Frau ihren Ehemann etwa, schlechter Ruf, zu wenig Geld, keine Sicherheit, keine Anerkennung, keine Aufstiegsmöglichkeiten – kurz, Teilzeitarbeit scheint auf den ersten Blick genau das, was wir nicht wollen. Wie wäre es, die geringe Achtung, die die Teilzeitarbeit hat, auf die Vollzeitarbeit zu verschieben – und die Kraft darauf zu richten, die Minderwertigkeit der Teilzeit zu ersetzen, zunächst durch Aufwertung und Erkämpfung aller Rechte?

## **Standpunkt und Perspektive**

Die gewohnte Stellung Arbeit gegen Kapital hält Lohnarbeit fest und dirigiert die Kampfrichtung. Es geht dann darum, die Vollzeitlerwerbsarbeitsplätze zu sichern, ihre Einbettung in die errungenen Formen festzuhalten. Das ist schwierig genug in Zeiten der Krise. Daher wird man jetzt nicht an die Verkürzung der Arbeitszeit denken. Die Stoßrichtung, das Selbstverständnis der Gewerkschaften ist es, die Arbeitenden (also solche mit richtigem Arbeitsplatz) im Lebensstandard gegen die stets gegenwärtigen Übergriffe durch das Kapital zu schützen. Da ist kein Raum für den Griff nach Alternativen. Im Kapitalismus halten sich die Antagonisten in ihren Positionen fest, reproduzieren einander. Kurz, von einem Standpunkt innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, so wichtig er ist, ist kein Halt für eine Perspektive außerhalb, also für eine Alternative, zu gewinnen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Abwehrkämpfe in der Weltwirtschaftskrise den Kurs *Wachstum und Rettet die Banken und die großen Fabriken mit den vielen Tausend Beschäftigten* unterstützen. Aus Sicht einiger Gewerkschaftsintellektueller scheint der Versuch, an der Selbstverständlichkeit eines lohnarbeitsorientierten Standpunkts zu rütteln, gar ein Verbrechen, ein Rückfall hinter das Wertgesetz, kurz eine Politikweise, die die Arbeiterklasse schwächt. Dahinter steht die gegen alle Erfahrungen, gegen Berechnungen und gegen den eigenen Augenschein sich festhaltende Hoffnung, es könne alles weitergehen wie bisher bzw. zum Status quo ante zurückgekehrt werden. Es bleibt hartnäckig der Glaube, dass Kapitalismus doch eine Produktionsweise ist, die nachhaltig ist. Es hält sich die Idee, dass auf Dauer gegen den Bedarf und gegen die Endlichkeit der Ressourcen wegen des möglichen Profits immer mehr produziert werde. Wachstum an sich, nicht als vorsorgendes Planen, sondern aufgrund der Spekulation auf Gewinne von morgen.

## Kampf um Arbeit

In der Arbeit kreuzen sich Herrschaft und Befreiung, Mühsal und Genuss, Entfremdung und Selbstverwirklichung, Entwicklung und Nichtentwicklung, Notwendigkeit und Freiheit. Einerseits ist Arbeitslosigkeit ein Mangel und Anzeiger für Armut, Beleg, dass das Bergwerk leer ist. Andererseits ist sie jedoch der Nachweis, dass sich die Produktivkräfte der Arbeit soweit entwickelt haben, dass wir die notwendige Arbeitszeit, die für das Leben ausgegeben werden muss, erheblich reduzieren können, sie zeigt also Reichtum an, freilich nicht für diejenigen, die arbeitslos werden. Wenn gesellschaftlich weniger Arbeit für das Notwendige gebraucht wird, wären die Menschen frei, endlich die vielen Tätigkeiten aufzunehmen, zu denen aus purer Not in der Form der Überarbeit bislang die Zeit nicht reichte. Dass sich die Menschen des Weniger-Werdens von notwendiger Arbeit nicht freuen können, dafür sorgt wiederum ihre kapitalistische Formbestimmung als Lohnarbeit. Nur wer sich seine acht Stunden oder mehr zur Verfügung stellt, kann auf Anerkennung, entsprechende Entlohnung, Wertschätzung, Teilhabe hoffen. So bedeutet Arbeitslosigkeit eine Freisetzung als Beraubung, eine Tragödie diesmal für die Arbeitenden. Eine Politik um Arbeit und Arbeitszeitverkürzung hat eine ökonomische, eine politische, eine subjektive Dimension. Sie braucht eine Vorstellung von der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und der für sie notwendigen Zeitverausgabung. Diese Größen aber liegen nicht einfach vor und können es nicht, da sie auf einem allseitig umkämpften Terrain gesichert werden müssten. Da ist einmal die Entwicklung der Produktivkräfte, die es erlaubt, die auf ein Produkt verwendete lebendige Arbeit auf einen Bruchteil zu verkürzen – dies in einem Maße, der in unserer Lebenszeit dramatisch ist. Diese eingesparte Zeit schlägt sich nicht als Reichtum für die Arbeitenden nieder, sondern als Arbeitslosigkeit. An dieser Stelle also wäre um radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zu streiten, weil es an der Zeit ist. Diese einleuchtende Rechnung und Forderung aber betrifft auch die Frage des Lebensstandards, also das, was Marx das »historisch-moralische Niveau der Reproduktion der Ware Arbeitskraft« nennt. Diese Größe ist stets umkämpft zwischen Kapital und Arbeit. Hier nehmen die Gewerkschaften als ihre politische Aufgabe wahr, die Lebensbedingungen der Arbeitenden zu verbessern, keinesfalls aber sie absinken zu lassen. An dieser Stelle gibt es also ein Interesse von Arbeitenden und Gewerkschaften am Wachstum, das wachsenden Lebensstandard garantieren soll, auch wenn dies ein Wachstumsinteresse ist, das an Bedürfnissen orientiert und nicht, wie das des Kapitals, schrankenlos ist

und um seiner selbst willen rastlos geschieht. Die Art des Wachstums ist daher politisch umkämpft. Der Blick muss notwendig global sein und kann unter Weltbedingungen und unter Einbeziehung der Endlichkeit der Ressourcen kaum mehr auf die Verbesserung des eignen westlich-kapitalistischen Lebensstandards rechnen, im Gegenteil. Die Krise mit einer Überakkumulation an Produkten (Autos vor allem), einer über-großen Verschuldung privater Haushalte (Hauskredite vor allem) und einer Überakkumulation von anlagesuchendem Kapital ist der richtige Zeitpunkt, die eigene Vorstellung vom guten Leben und der Verwendung der eigenen Lebenszeit neu zu überdenken.

## **Sich selbst überzeugen**

Wie können und wollen wir als Linke in dieser Lage Politik machen? Wir agieren aus der Position der Schwäche, aus dem Nicht-Mainstream. Wir können andere nicht überzeugen, wenn sie es nicht selbst tun und wenn wir es nicht selbst sind. Wir wollen Menschen zum Nachdenken, in eine Bewegung bringen, die sie selbst wollen können. Die Formulierung bezieht uns alle ein und wie wir uns in den Verhältnissen eingerichtet haben.

Eine Merkwürdigkeit ist z.B., dass die meisten Menschen wissen, dass Erderwärmung und Klimakatastrophe, Überakkumulation von Waren und von Kapital, das gewinnträchtige Anlagen sucht, der hohe Lebensstandard in den industrialisierten Welten und der Hunger in den anderen eine Veränderung verlangen, die auch die Lebensweise der Einzelnen trifft. Der Informationsstand ist trotz aller Ablenkungen und Lügen groß. Und dennoch fügen sich die Einzelnen zugleich in die Einsicht, anders leben zu wollen, ohne auch nur im Geringsten so zu verfahren. Warum sollte ich mein großes Auto abmelden, wenn es mein Nachbar nicht tut? Der Widerspruch bei politischer Ohnmacht macht apathisch. Wenn wir die Gewerkschaften ins Kapitalverhältnis verstrickt erfahren und die Akteure und Akteurinnen aus alternativen Bewegungen auch mit eingerosteten Identitäten ringen sehen, von welchem Standpunkt aus wäre dann eine Perspektive zu gewinnen, die über das Gewohnte hinausginge und dennoch zugleich hegemonial wäre, also breite Zustimmung finden könnte? Die Perspektive der Arbeit ist nicht die ausreichend bezahlter Lohnarbeit, sondern die Assoziation der freien Produzenten, die die notwendige Arbeit auf ein Minimum reduzieren und in ihrer dann freien Zeit alle Tätigkeiten aufnehmen, die ihnen gefallen. Die Perspektive braucht einen Standpunkt, der Arbeit vor der Lohn-

form oder außerhalb ihrer denken kann. Das tut Marx, wenn er die Geschichte des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur verfolgt. Er zeigt, wie aus den vielfältigen menschlichen Tätigkeiten in der geschichtlichen Entwicklung ein Teil in eine Form gerät, die sich für Ausbeutung und Profitbildung besonders eignet: die Lohnform. Aber ebenso wenig wie alle Gesellschaft als kapitalistische zu begreifen ist, so wenig alle Arbeit als Lohnarbeit.

Rosa Luxemburg hat am klarsten formuliert, dass linke alternative Politik nicht zu machen ist, wenn keine Perspektive vorhanden ist. Sie nennt dies ein Fernziel, nach dem sich die Nahziele, also die reale Politik in ihren einzelnen Schritten, ausrichtet. Das Fernziel, das alle alternativen Überlegungen eint, ist wohl, dass alle sich an der Gesellschaftsgestaltung beteiligen. Ein solches Fernziel kann keine Politik von oben erreichen, ebenso wenig wie schon ausformuliert wäre, wie dies zu machen ist. Aber dennoch ist relativ klar, dass alle sich lokal und global auf diesen Weg machen, ihre jeweiligen realen Handlungen so ausrichten, dass nicht transnationale Kapitale und eine ihnen dienende Politik die Gesellschaft von Krise zu Krise jagen, sondern dass Gesellschaftskompetenz der Vielen errungen wird. Dies ist ein langer Weg, der bei der Veränderung von Gesellschaft Selbstveränderung voraussetzt und bewirkt. Nötig wird, was Luxemburg eine revolutionäre Realpolitik nennt (vgl. Haug 2007: 57-94). In dieser braucht es einen Bewegungsraum, in dem Politik an den Grenzen des Kapitalismus entlang gemacht werden muss, verständlich für alle und gleichwohl die Grenzen überschreitend.

## **Die Vier-in-Einem-Perspektive**

Das Projekt der Vier-in-Einem-Perspektive hat aus den sozialen Bewegungen gelernt und ihre Forderungen in einen spannungsvollen Zusammenhang gestellt (Haug 2008). So sind die einzelnen Schritte nicht neu, entfalten aber im Zusammenhang eine neue Dynamik. Der Entwurf zielt auf eine grundlegende Veränderung von Arbeitsteilung. Er will eine Verknüpfung der vier Hauptbereiche menschlicher Tätigkeit: Die Arbeit der Erstellung und Verwaltung der Lebensmittel im weiteren Sinn (heute in der Form der Lohn- oder Erwerbsarbeit geregelt), die zugleich den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichern soll, wird ebenso Menschenrecht wie die Teilhabe an der Arbeit an Menschen und an Natur (heute als Reproduktions- oder Sorgearbeit (auch Care) bezeichnet); hinzu kommt die Entwicklung eigener vielfältiger Fähig-

keiten als Anstrengung und als Genuss und vor allem die politische Betätigung. Das Modell ist ein Eingriff ins Zeitregime der alltäglichen Lebensweise, in die Vorstellung von Gerechtigkeit, die auf die Teilung der Gesamtarbeit bezogen ist, ins Konzept der Menschenwürde, die sich auf erfülltes Leben bezieht, und in die Vorstellung von Demokratie, die nicht auf der Basis von bloßer Stellvertreterpolitik denkbar ist, sondern als Beteiligung aller am politischen Leben der Gesellschaft.

Das Konzept ist eine Aneignung und Fortentwicklung von Luxemburgs revolutionärer Realpolitik. Es verbindet eine Perspektive – das integrierte Leben in allen vier Bereichen – mit alltäglicher Realpolitik. Insofern erhöht es die politische Handlungsfähigkeit in den Tageskämpfen um Reformen und verändert sie durch Ausrichtung auf die umfassende Perspektive.

Vom Standpunkt des gesamten Lebens und seiner menschlichen Führung aus wird in der Politik um Arbeit Leitlinie die notwendige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle auf ein Viertel der aktiv zu nutzenden Zeit (nehmen wir der Einfachheit halber an, es seien sechzehn Stunden am Tag, so können wir uns nicht mehr als vier Stunden in der Erwerbsarbeit leisten). Perspektivisch erledigen sich auf diese Weise Probleme von Arbeitslosigkeit (wir haben dann weniger Menschen als Arbeitsplätze) mitsamt Prekariat und Leiharbeit. So gesprochen gehen alle einer Teilzeitarbeit nach bzw. der Begriff hat aufgehört, etwas sinnvoll zu bezeichnen. Und wir können uns auf die Qualität der Arbeit konzentrieren, ihre Angemessenheit an die menschliche Verausgabung ihrer Fähigkeiten. Die neuen Halbzeitarbeitsplätze sollten langfristig am besten nach Geschlecht quotiert sein, das bringt die unterschiedlichen Erfahrungen humanisierend ein. Es sollen gute Arbeitsplätze und ihr Zuschnitt nicht so sein, dass alles Schlechte auf einem Haufen landet, auf dem anderen nur das qualifizierte, herausfordernde Kreative. Es ist klar, dass es für einen anderen Zuschnitt der Arbeiten ebenso die Zustimmung aller braucht wie eine Politik um Arbeit, die dies verfolgt. Eine solche Veränderung der Arbeitsteilung braucht die Veränderung der beteiligten Personen, Selbstveränderung, die man selbst in die Wege leitet. Die außergewöhnliche Humanisierung, die so in die Einzelarbeiten käme, setzt sich fort in der Zuständigkeit aller für alle Lebensreproduktion, welches die Entfaltung sozialer Fähigkeiten bedeutet. Veranschlagen wir dafür weitere vier Stunden. Es ist nicht einzusehen, warum solche Menschlichkeit nur dem weiblichen Geschlecht zukommen soll. Sie betrifft ebenso alle Männer im Sinn einer Bereicherung.

Da Ökonomie und Politik gegen solche Verschiebung an den alten, jetzt in eine große Krise geratenen Verteilungen festhalten wollen,

liegt es unmittelbar auf der Hand, dass die Einrichtung der Gesellschaft, was wir Politik nennen wollen, von allen gelernt und gemacht werden muss. Es ist ein Experiment. Dafür brauchen wir weitere vier Stunden, um die verfahrenere und in einer Sackgasse steckende Gesellschaft in eine lebendige demokratische Gemeinschaft zu verwandeln. Und jetzt erst, nachdem diese gesellschaftlich notwendigen Dinge geordnet sind, können wir auch daran gehen, die Träume unserer Jugend, das, was in uns schlummert, in die Wirklichkeit zu bringen und in Muße und Genuss, in Anstrengung und Freundlichkeit uns selbst als Zweck setzen. Es versteht sich von selbst, dass alle Einzelnen über ein ausreichendes Einkommen zum Leben verfügen und dass sie ebenso in jedem der vier Bereiche sich betätigen: in der Erwerbsarbeit, in der mitmenschlichen Arbeit, in der Entfaltung der in ihnen schlummernden Fähigkeiten, schließlich im politisch-gesellschaftlichen Engagement. Probeweise kann man dies auch so ausdrücken, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, sein Leben so einzurichten, dass er oder sie je vier Stunden in jedem dieser Bereiche pro Tag verbringt. Das ist nicht dogmatisch zu verstehen, als ob man mit der Stechuhr in der Hand zwanghaft von Bereich zu Bereich gehen müsste, in keinem mehr genügend zuhause. Vielmehr wird man, sobald man anfängt, die eigene Lebensführung unter diesen Dimensionen zu fassen, schnell bemerken, dass die Grenzen nicht fest sind, die Bereiche einander durchdringen und innerlich praktisch zusammenhängen. Die Aufteilung in vier mal vier Stunden ist so ein Modell, das eben wie ein Kompass Strategien der Veränderung entscheidend orientieren kann.

Es ist der Sinn der Vier-in-Einem-Perspektive, die Verknüpfung der Bereiche als notwendige Grundlage einer emanzipatorischen Politik zu fassen. In dieser tauchen die Frauen anders auf als üblich – diesmal an Schlüsselstellen. Die Perspektive kann derzeit vom Frauenstandpunkt aus gesprochen werden, weil sie es sind, die den Reproduktionsbereich, also den Standpunkt des Lebens, so wichtig nehmen, dass sie ihn nicht vergessen können bei der Planung des Lebens; sie sind es zugleich, die den Erwerbsarbeitsbereich nicht so wichtig nehmen, dass sie ihn allein für das Zentrum halten können; es ist dringlich, dass sie mit der Selbstaufopferung aufhören und ihre eigene Entfaltung in ihre Hände nehmen; sie müssen sich in die Politik einmischen, weil sie für die Gestaltung ihres und anderer Leben »den Staat von unten nach oben umkehren« müssen – wie Brecht dies formulierte. Aus dieser Perspektive ergibt sich erst ein von Frauen formulierbarer umfassenderer Begriff von Gerechtigkeit, der seinen Ausgang nimmt bei der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Zeitverausgabung. Von diesem aus stel-

len sich fast alle brennenden Fragen neu und anders. In dieser Vier-in-Einem-Perspektive wird selbstverständlich klar, dass Teilzeitarbeit für alle die unbedingte Tageslosung ist. Sie ist selbst ein Lernprozess, eine Herausforderung an uns alle, die uns zum Nachdenken über unsere Gewohnheiten und Vorurteile anstiftet, die sogleich eine Selbstveränderung in Gang setzt, die uns bewusst macht, dass wir ein anderes Zeitregime für unsere Lebensweise brauchen, das wir gemeinsam erstreiten. Wir sprechen dies jetzt aus als Forderung nach radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, der jeder mit Kraft und Leidenschaft zustimmen kann. Teilzeit ist die neue Vollzeit, womit beide Begriffe aufgehört haben, etwas sinnvoll zu bezeichnen und beständig zu sein. An ihre Stelle rückt die Forderung nach einem menschlichen Leben mit Zeit für die Erledigung des Notwendigen, des sich Kümmerns um Leben und seine Bedingungen, um die eigene Entwicklung und die notwendige Muße, um die politische Gestaltung und Einrichtung der Gesellschaft. Worum es uns bei alledem gehen muss, ist, die Verfügung über Zeit wiederzugewinnen, also die Fremdverfügung über Zeit abzuwerfen. Der Satz ist ebenso allgemein wie konkret gültig für die Fragen der Frauenbefreiung. Denn Frauenunterdrückung hat ja ihren Ursprung in der Verfügung der Männer über die weibliche Arbeitszeit und ihre sexuellen Körper. Auch in der Lohnarbeit geht es um die Verfügung über Arbeitskraft und Zeit. Beides sind Verfügungen über Zeit und Körper, woraus wir schließen können, dass alle Herrschaft auf der Verfügung über Zeit und Körper gründet. Andere für sich arbeiten lassen, ist die Devise und bestimmt die zentrale Frage seit Beginn des Kapitalismus: Wie macht man am besten Profit?

Eine umwälzende Eigentümlichkeit des Projekts der Vier-in-Einem-Perspektive ist, dass die einzelnen Bereiche selbst in eine Art Entwicklungsprozess geraten. Sie bleiben nicht, wie sie waren, sobald man sie verknüpft denkt und entsprechend handelt. In dieser Weise können Selbstveränderung und Veränderung der Umstände in eins fallen. Sobald man damit beginnt, ein Leben zu entwerfen und zu planen, das von menschlichen Bedürfnissen ausgeht, die auch dadurch selbst noch in Veränderung sind, erweist sich die Frage nach Wachstum an sich als absurd und ganz unangemessen. Denkt man die Gesellschaft vom Standpunkt ihrer Mitglieder, so werden sie die Zeit, die sie für die Erledigung des alltäglichen Lebens notwendig brauchen, zu verkürzen suchen. Das braucht gemeinschaftliche Planung ebenso wie die Fragen nach dem guten Leben, die sich jetzt politisch stellt. Denn im Projekt des guten Lebens werden sich die Mitglieder verständigen über die Zeit und ihre Einteilung, über die Ressourcen und ihren Verbrauch, über Gesundheit

und Entwicklung der Einzelnen und ihrer Lebensbedingungen (Wohnen, Stadt, Infrastruktur, Kultur und so weiter), über die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Nachkommen und das Leben der Alten. So fallen nicht nur Selbstveränderung und Änderung der Umstände in eins (wie Marx es ausdrückt), sondern ebenso Wirtschaft und Politik. Eine Politik, in der alle tätig sind, ist selbst die Wirtschaftsweise zum Wohle aller. Von hier aus hört sich die Frage nach dem wirtschaftlichen Wachstum an sich und um seiner selbst willen wie eine unverständliche Inschrift aus vergangenen Zeiten an.

## **Literatur**

Haug, Frigga (2007): Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg.

Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg.

# Eckhard Stratmann-Mertens

## **Schrumpfung statt Wachstum**

### Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie

#### **WachstumsWende heißt Schrumpfung**

Vor gut 20 Jahren (1990) hatten die GRÜNEN im Bundestag einen Gesetzentwurf »für eine ökologisch-soziale Wirtschaft« als Gegenentwurf zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 vorgelegt. In diesem Gesetzentwurf wird das Ziel »stetiges und angemessenes gesamtwirtschaftliches Wachstum« aufgegeben und durch das Ziel ersetzt, die ökologischen Grundlagen des Wirtschaftens zu bewahren oder wiederherzustellen (ökologisches Gleichgewicht); eine diesem Ziel verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik müsse eine selektive Wachstums- und selektive Schrumpfungspolitik sein.<sup>1</sup> Wenige Jahre später hatten die GRÜNEN ihren Abschied vom Wachstum revidiert und sich zu dem Ziel eines »nachhaltigen« oder »grünen Wachstums« bekannt; der Abschied vom Wachstumsdogma war weitgehend – von vereinzelt Mahnern abgesehen – aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden.

Seit der Zuspitzung der Klimakrise in Verbindung mit der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise mehren sich neuerdings die wachstumskritischen Stimmen: Begriffe wie *degrowth*, *décroissance*, Postwachstumsökonomie, Postwachstumsgesellschaft oder WachstumsWende gewinnen über die politischen Lager hinweg an Zustimmung. Diesen Begriffen ist gemeinsam, dass sie unklar bleiben hinsichtlich der als notwendig erachteten bzw. absehbaren monetären Wertschöpfung (bisher gemessen im Bruttoinlandsprodukt, BIP) auf dem Weg zu der angestrebten nachhaltigen Entwicklung.

Wenn Herman Daly, Mitbegründer der *Steady-State Economics*, für eine »Wirtschaft jenseits von Wachstum« oder für eine »Wirtschaft im stationären Zustand« plädiert, so versteht er unter Wachstum »die physische Ausmaßsteigerung des Sach- und Energiedurchlaufs« der Wirtschaft (Daly 1999: 52). Eine stationäre Wirtschaft nach Daly ist »nicht im Hinblick auf das Bruttonettoprodukt definiert«, sie ist »nicht gleich-

---

<sup>1</sup> Dieser Gesetzentwurf, seine Erläuterung und die Kontroverse dazu finden sich in: Stratmann-Mertens/Hickel/Prieue 1991.

bedeutend mit einem »Nullwachstum des Bruttosozialprodukts« (ebd.: 53). In dem Buch »Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft«, herausgegeben von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt, wird eine Postwachstumsgesellschaft so gekennzeichnet: »Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt... In einer Postwachstumsgesellschaft, insbesondere während der Transformation, werden einige Bereiche wachsen, andere werden schrumpfen.« (Seidl/Zahrnt 2010: 24) In einem Vortrag zum Buch erläuterte Angelika Zahrnt, dass das Buch nicht für Nullwachstum plädiere, sondern für Unabhängigkeit vom Wachstum; es bleibe offen, ob die Wirtschaft bei ökologischer/nachhaltiger Entwicklung noch wachse, schrumpfe oder null-wachse.

Zur Klärung der Perspektive eines Abschieds vom Wachstumsziel oder einer Wirtschaft ohne Wachstum ist es notwendig, den *Zusammenhang der stofflichen und der monetären Seite* von Produktion und Konsum zu bedenken. Angesichts der doppelten Ausbeutung des globalen Südens durch den globalen Norden (ökonomisch wie ökologisch/ungleichverteilung der Ressourcen- und Umweltnutzung) müsste die Beendigung dieser Ausbeutung auch eine drastische Umverteilung der ökonomischen wie ökologischen Entwicklungschancen von Nord nach Süd bedeuten. In der weltweiten kapitalistischen Ökonomie sind allerdings die Ansprüche auf monetäre Wertsteigerung aller Art (Unternehmensgewinne, Vermögenseinkommen, Lohneinkommen, staatliche Transfereinkommen, Steuereinnahmen, Volkseinkommen/Bruttoinlandsprodukt) die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Triebkräfte für wirtschaftliches Wachstum, das mehr oder weniger an stoffliches Wachstum des Naturverbrauchs gekoppelt, zumindest aber nicht hinreichend entkoppelt ist.

Auch wenn es hier erheblichen Forschungsbedarf gibt, lässt sich schon heute überschlägig sagen, dass ein solcher Ausgleich der Entwicklungschancen zwischen Nord und Süd und eine entsprechende nachhaltige Transformation in den hochentwickelten Industriestaaten in diesen zu einer Schrumpfung des BIP führen werden.

Die schon in den 1980er Jahren des letzten Jahrhunderts vorgelegten Konzepte für eine EnergieWende, eine VerkehrsWende, eine ChemieWende – verbunden durch den Begriff des ökologisch-sozialen Umbaus der Industriegesellschaft – zeigten allesamt auf, dass es notwendig ist, neue zukunftsfähige Branchen aufzubauen (unter anderem Solarwirtschaft, Öffentlicher Personennahverkehr; ÖPNV). Diesen Aufbauprozessen standen und stehen aber Bereiche gegenüber, die zurückgebaut werden bzw. schrumpfen müssen, z.B. atomare und fossile Energieproduktion, Automobilsektor, Chlorchemie. Am Beispiel

der Verkehrswende kam die Studie *Nachhaltige Mobilität und potentielle Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt* (Berendt/Stratmann-Mertens 1997) zu folgendem Ergebnis:

- Die *Verkehrswende* erfordert eine absolute Reduktion der gesamten Verkehrsleistung. Der damit angezeigte Strukturwandel hat in den Bereichen Verkehrsmittelbetrieb, Fahrzeugbau und -reparatur, Verkehrswegebau deutliche Gewinner, nicht minder aber auch erhebliche Verlierer.
- »Insgesamt ist eine Verringerung der Beschäftigten (genau: des Erwerbsarbeitsvolumens) im gesamten Verkehrssystem in einer Größenordnung von minus 400.000 Beschäftigten gegenüber dem Trend-plus-Szenario zu erwarten. Gegenüber dem Stand 1992 werden in 2010 knapp eine Million Erwerbstätige weniger im Verkehrssystem beschäftigt sein, d.h. ein Rückgang um rund 35 Prozent.« (Ebd.: 22f.)

Die konkreten Zahlen dieser Studie sind veraltet, qualitativ dürfte sich aber bis heute an den Ergebnissen der Studie kaum etwas geändert haben. Und sie dürften auch für einen nachhaltigen Strukturwandel in anderen tragenden Sektoren der Volkswirtschaft richtungweisend sein.

Hochindustrialisierte Ökonomien werden also im Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie, das heißt einer Ökonomie mit einem naturverträglichen Stoff- und Energieumsatz und einer naturverträglichen Belastung der Ökosysteme, nicht nur hinsichtlich ihres Naturverbrauchs schrumpfen müssen, sondern auch gesamtwirtschaftlich hinsichtlich ihres BIP. Hierbei wird davon ausgegangen, dass Strategien zur Entkopplung von Naturverbrauch und wirtschaftlichem Wachstum (so genannte Effizienz- und Konsistenzstrategien) nicht die notwendige absolute Entkopplung für eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung werden leisten können. Allerdings ist die *Schrumpfung des BIP* nicht das primäre Ziel des Übergangs zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Industriestaaten – aber sie ist die *absehbare und notwendige Resultante dieser Transformation*.

Eine Schrumpfung des BIP gilt gemeinhin als Rezession bzw. bei langer Dauer als Depression. Die berechtigte Angst vor den krisenhaften Folgen einer solchen Entwicklung kann nur dann eingedämmt werden, wenn im Vorhinein Konzepte entwickelt werden, die eine wirtschaftliche Schrumpfung ohne Kapitalflucht, eine weitere Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und Armut, ohne soziale Brüche und eine Instabilisierung der Demokratie ermöglichen.

## Schrumpfung und soziale Sicherheit

### Arbeitszeitverkürzung

Absehbar wird das gesamte Erwerbsarbeitsvolumen in der Volkswirtschaft infolge einer Transformation zu einer Gleichgewichtsökonomie erheblich abnehmen. Um die bestehende Erwerbsarbeitslosigkeit zu überwinden und dem durch eine Nachhaltigkeitsstrategie bedingten Druck auf den Arbeitsmarkt zu begegnen, wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung in vielfältigen und selbstbestimmten Formen und in großen Schritten notwendig, also eine *Wochenarbeitszeit in der Größenordnung von 25 Stunden* verbunden mit einem erheblich verlängerten Jahresurlaub und einer erheblichen Ausweitung der Teilzeitarbeit (ausführlich Stratmann-Mertens 1995).

Um gegen die Widerstände der Unternehmerverbände eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung mit einem möglichst hohen Beschäftigungseffekt zu erreichen, ist ein Entgeltausgleich nur für das untere Einkommensdrittel möglich. Allerdings werden durchschnittlich oder gar unterdurchschnittlich verdienende Beschäftigte nicht bereit oder in der Lage sein, auf einen erheblichen Teil ihres jährlichen *Tarifeinkommens* zu verzichten. Hier sind dann flankierende öffentliche Finanzierungsmodelle gefragt (»Sozialeinkommen«), um den Reallohnverlust zumindest teilweise auszugleichen. Als Ausgleich zu einem deutlichen Verzicht der meisten Beschäftigten beim Jahresentgelt müsste ihr Einfluss auf die Personalplanung bezüglich tatsächlicher Neueinstellungen gesichert werden (Demokratisierung im Unternehmen).

Ein Sinken der Erwerbseinkommen infolge drastischer Arbeitsumverteilung muss keineswegs die materielle Existenzgrundlage der Beschäftigten gefährden. Es kann sogar mit einem Gewinn an Wohlfahrt einhergehen, wenn es in eine nachhaltige Entwicklung eingebettet ist (preisgünstiger ÖPNV, niedrigere Gesundheitskosten und anderes).

Für solch weitgehende Arbeitszeitverkürzungen gilt es, Abschied zu nehmen von dem Leitbild der Voll(zeit)beschäftigung. Auf der Basis hinreichender Einkommen (Tarif- plus Sozialeinkommen) wird der Wohlstand nicht mehr in erster Linie an den Einkommens-, sondern an den Zeitzuwachsen gemessen werden können (Zeitwohlstand).

### Bedingungsloses Grundeinkommen – Kritik

In Teilen der Linken (Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, BAG SHI, der AG Genug für alle von Attac Deutschland und der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei Die Linke) wird – auch auf der Basis einer Kritik an der entfremdeten Erwerbsar-

beit im Kapitalismus – ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) vorgeschlagen. Aus der grundsätzlichen Begründung für ein BGE, nämlich ein Existenzniveau ohne Armut zu sichern, darüber hinaus gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen und vom Zwang zur Erwerbsarbeit zu befreien, ergeben sich auch die Maßstäbe zur Bestimmung der finanziellen Höhe eines BGE in Deutschland. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Nettohöhe des BGE, das heißt ohne Steuern und Ausgaben für die Kranken- und Pflegeversicherung; diese werden von den zuständigen Ämtern übernommen. Die Höhe des BGE liegt bei allen drei Gruppierungen in der Größenordnung von 1.000 Euro (BAG SHI: 1.060 Euro, inklusive 260 Euro durchschnittliches Wohngeld), AG gfa/Attac: 990 Euro, BAG Linke: 1.000 Euro plus Wohngeld).

Das BGE wird von seinen BefürworterInnen, insbesondere bei der LINKEN und bei Attac, als Teil einer umfassenden und globalen Transformationsstrategie zur Überwindung des Kapitalismus und in Richtung einer ökologisch-nachhaltigen Gesellschaft verstanden. Werner Rätz (Attac) ist zuzustimmen, wenn er schreibt : »Wer eine schrumpfende Ökonomie wirklich will, muss zuvor eine Antwort auf die sozialen Ungerechtigkeiten und die extreme Verteilungsgerechtigkeit geben.« (Rätz 2010) Allerdings muss sich das Konzept eines BGE hinsichtlich seiner ökonomisch-finanziellen Wirkungen daraufhin befragen lassen müssen, ob es mit einer Transformation in Richtung einer Gleichgewichtsökonomie verträglich ist.

Die Vorschläge aller drei Gruppen zur Finanzierung ihrer BGE-Forderung stimmen darin überein, dass sie eine erhebliche Umverteilung des Geldvermögens von oben nach unten anstreben. Dazu werden vielfältige, im Einzelnen divergierende Vorschläge unterbreitet. Katja Kipping, eine Vertreterin des Konzeptes der BAG Linke, verweist darauf, dass »etwa vierzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes ... umverteilt werden« müssten. Weiter schreibt sie, »dass dreißig Prozent des Geldes, das an Menschen mit bisher geringem Einkommen geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung sowie Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landen... Unterm Strich müsste das reichste Drittel der Gesellschaft draufzahlen.« (Kipping 2010: 296f.) Kipping rechnet also mit einem selbst finanzierten Steuereffekt von ca. 257 Milliarden Euro, was eine gewaltige Steigerung des Konsums und des Gesamtumsatzes der Wirtschaft voraussetzen würde.

Es ist offenkundig, dass die Umverteilung vom oberen Einkommensdrittel zum mittleren und unteren Drittel in dieser Größenordnung nur so funktionieren kann, dass monetäre Ansprüche des reichsten Drittels, die bisher in Finanzanlagen angelegt und damit der Realökonomie

samt ihres Ressourcenbedarfs und ihres Schadstoffausstoßes entzogen sind, in die Realökonomie zurückgeführt werden samt der ökologischen Folgen. Das BGE würde also einen riesigen Wachstumsschub induzieren, der alle ökologischen Beteuerungen der BGE-BefürworterInnen zunichte macht. Auch die Erhebung einer Energiesteuer in den Finanzierungskonzepten für das BGE oder der Verzicht auf Destruktivtechnologien (Atomenergie, Rüstung, Autobahnen und anderes), wie von Werner Rätz vorgeschlagen, würden daran nur graduell etwas ändern.

Zusammenfassend erweist sich das BGE somit infolge seiner finanziellen Ausstattung – und diese ist zur Garantie der geforderten Teilhabesicherung unverzichtbar – faktisch als ein *sozialstaatliches Wachstumsprojekt*, die *soziale Variante des New Deal*.<sup>2</sup>

## **Schrumpfungsökonomie – Herausforderungen des Übergangs**

Während das langfristige Ziel der Entwicklung eine nachhaltige Gleichgewichtsökonomie ist, eine Wirtschaft und Gesellschaft, deren Naturverbrauch nachhaltig ist, ist die nächstliegende Herausforderung für die politisch-ökonomische Wissenschaft und die Politik, den Übergang von der gegebenen Verschwendungs- und Ausbeutungswirtschaft hin zum Gleichgewichts»stadium« zu konzipieren und durchzusetzen.

Es gilt also, eine Schrumpfungsökonomie zu entwerfen, bis sich ein nachhaltiger Gleichgewichtszustand für Wirtschaft und Gesellschaft einstellen wird. Hier seien nur einige wesentliche Fragen angeschnitten.<sup>3</sup>

### **Kapitalismus und Markt**

Die Kritik am Kapitalismus verweist mit Recht darauf, dass es in dieser Gesellschaftsformation systemimmanente Triebkräfte des Wachstums gibt: das Profitmotiv der privaten Einzelkapitale, der mit dem Markt gegebene Konkurrenzdruck zu wachsen oder unterzugehen. In letzter Konsequenz werden daher von einigen Strömungen der Kapitalismus-

---

<sup>2</sup> Es ist an dieser Stelle nicht leistbar, eine wachstumsneutrale Konzeption für eine existenzsichernde und Teilhabe ermöglichende Grundsicherung zu skizzieren. Eine solche wäre allerdings notwendig.

<sup>3</sup> Die folgenden Überlegungen sind aus Gründen der Länge des Beitrages auf die nationalstaatliche Ebene begrenzt. Sie müssten in eine Perspektive der Entglobalisierung eingebettet werden. Hier wären unter anderem Beschränkungen für den freien Kapitalverkehr wieder einzuführen.

kritik das Privateigentum an Produktionsmitteln, das Profitmotiv und die Konkurrenz/der Marktmechanismus gänzlich abgelehnt. Ich halte diese Konsequenzen für weit überzogen, da damit – bei aller notwendigen Kritik – die innovativen Potenziale von Privateigentum, Profitorientierung und Marktsteuerung negiert werden. Es kommt vielmehr darauf an, die Dominanz des Profitmotivs (oder des Kapitalverwertungsinteresses) über die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung zu überwinden, wenn man die dem Kapitalismus immanenten Triebkräfte des Wachstums bändigen will.

Auf der Ebene der Einzelkapitale heißt dies für den Energiesektor z.B., dass perspektivisch die vier großen Energieoligopole entflochten und zum großen Teil rekommunalisiert werden müssen – aber auch nur zum Teil, denn die Konkurrenz mit kleinen Ökostromanbietern wirkt sich positiv aus.

Vom *Drang* im Wettbewerb stehender Einzelkapitale zu wachsen (mikroökonomische Ebene) auf einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumszwang (makroökonomische Ebene) im Kapitalismus zu schließen, erweist sich als Kurzschluss. Es ist auch in einer kapitalistischen Ökonomie denkbar, dass der Staat weitgehende ökologische Rahmenvorgaben erlässt, die zu einer gesamtwirtschaftlichen Schrumpfung führen, wobei dann der Wettbewerb der Einzelkapitale um einen schrumpfenden Gesamtumsatz an Schärfe zunähme.

Eine zentrale Stellung im ökologisch-sozialen Umbau müsste eine *ökologische Steuerreform* einnehmen, die streng nach dem Verursacherprinzip die Preise für den Naturverbrauch »die ökologische Wahrheit sagen« lässt. Das Steueraufkommen müsste zum einen dazu verwendet werden, ökologisch-verträgliche Alternativen zu fördern (also: drastische Verteuerung des Automobil- und Flugverkehrs, Ausbau und Verbilligung des öffentlichen Personenverkehrs), zum anderen dafür, durch Senkung der Lohnnebenkosten den Anreiz zur Produktivitätssteigerung vom Faktor Arbeit zum Faktor Naturnutzung umzulenken.

Wieviel Kapitalismus (kapitalistische Bereiche) und Markt mit dem Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie verträglich oder ihm sogar zuträglich sind, kann nur die Erfahrung künftiger Auseinandersetzungen und Entwicklungen zeigen.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus wird vom Autor für wünschenswert gehalten, ist aber nicht das Thema dieses Beitrags.

## **Staatliche Rahmenplanung und Staatsverschuldung**

Die Herausforderung für eine gezielte Schrumpfungspolitik ist, dass die Schrumpfung, die ja einen Rückgang des BIP bedeutet, nicht in eine Rezessionsspirale einmündet, die ökonomisch wie sozial nicht mehr steuerbar wäre. Sicher ist, dass eine sozialverträgliche Übergangsökonomie nur gestaltet werden kann, wenn Methoden und Instrumente einer staatlichen und demokratischen Rahmenplanung entwickelt und eingesetzt werden. Auf eine *Konjunkturpolitik*, die sich an dem Ziel einer stetigen und nachhaltigen Entwicklung orientiert, kann nicht verzichtet werden. Eine Rezession wie 2009 (Rückgang des BIP um 4,7%) müsste dann aber nicht als große Krise interpretiert werden, auf die mit Wachstumsbeschleunigung welcher Art auch immer zu reagieren ist, sondern könnte der Einstieg in eine andere, nachhaltige Entwicklungsrichtung sein.

Für die staatliche Rahmenplanung ist unter anderem ein monetäres Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft unverzichtbar. Der Staat braucht dies als Grundlage seiner Planung, sowohl national als auch supranational (z.B. im Rahmen der EU): zur Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung, für die mittelfristige Finanzplanung, die Planung der sozialen Sicherungssysteme. Unbestritten ist das BIP als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit höchst korrekturbedürftig.

Das zentrale und zugleich schwierigste Problem bei einem planvollen Übergang zur Nachhaltigkeit ist die innere Stimmigkeit und zeitliche Abgestimmtheit der verschiedenen Planungen und Maßnahmen, die in verschiedenen Fachressorts der Bundesregierung, auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften, auf den staatlichen Ebenen, in der privaten Wirtschaft wie in der Zivilgesellschaft ergriffen werden. Es müssen verschiedene Instanzen auf Regierungsebene wie unter Einbeziehung der relevanten Akteure geschaffen werden, die die Koordination und Kohärenz der einzelnen Maßnahmen sicherstellen. Eine *mittelfristige Rahmenplanung* müsste daher vier Elemente umfassen:

- einen ökologischen Rahmenplan
- einen Rahmenplan für den Arbeitsmarkt
- mehrjährige Investitions- und Deinvestitionsprogramme
- eine mittelfristige Finanzplanung.

Eines darf es für eine nachhaltige Konjunkturpolitik nicht geben: den ungebremsen Rückgriff auf die Staatsverschuldung. Gründe dafür sind die wachstumssteigernde Funktion der Staatsverschuldung der letzten Jahrzehnte und ihre enormen verteilungspolitischen Wirkungen zugunsten der großen Vermögen. Eine verfassungsrechtliche und in der

Durchführung sozial gerechte *Schuldenbremse* – oder auf EU-Ebene eine entsprechende vertragsrechtliche Regelung ohne Schlupflöcher – mit dem Ziel einer ausgeglichenen Haushaltsführung ist daher unverzichtbar.<sup>5</sup>

### **Ökologische Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Wirtschafts-demokratie**

Der Umschwung zu einer nachhaltigen Entwicklung ist aus Gründen der globalen ökologischen Gerechtigkeit notwendig. Die Bevölkerung des reichen Nordens hat kein Privileg – und dies gilt auch für die (relativ) Armen im Norden –, ein Mehr des begrenzten Naturraumes für die persönliche Lebensgestaltung zu vernutzen als alle übrigen oder die zukünftigen Menschen auf dem Globus. Der Übergang zur Nachhaltigkeit kann zwar zu einem Mehr an Lebensqualität und Lebensglück führen, wird aber in jedem Fall für die meisten Menschen mit einem Weniger an Einkommen und Geldvermögen verbunden sein. Und der Übergang kann nur gelingen, wenn er demokratisch erfolgt, also von einer breiten Mehrheit der abhängig Beschäftigten, der KonsumentenInnen und der WählerInnen getragen wird. Dazu bedarf es zweier Voraussetzungen.

- a) Der Übergang muss mit einem *Mehr an sozialer Verteilungsgerechtigkeit* verbunden sein. Vorgeschlagen wird daher eine Kraftanstrengung für eine Umverteilung von oben nach unten, wie sie angesichts der Kriegszerstörungen und Vertreibungen infolge des Zweiten Weltkriegs einschließlich der Währungszerrüttung in der Bundesrepublik mit dem Lastenausgleich (ein umfangreiches Gesetzespaket vom Soforthilfegesetz 1949 bis zum Lastenausgleichsgesetz 1952) aufgebracht wurde. Ein solcher *Lastenausgleich* müsste unter anderem umfassen:
  - die Wiedereinführung der Vermögensteuer/eine Vermögensabgabe der privaten Haushalte und der Banken/Versicherungen
  - einen erheblichen Erlass der öffentlichen Schulden, um die Belastung der öffentlichen Hände durch den in den letzten Jahrzehnten aufgebauten Schuldenberg zu mindern.
- b) Die Transformation der Ökonomie zu einer Gleichgewichtsökonomie verlangt tiefe Einschnitte in die ökonomischen Entscheidungsprozesse. Dazu ist es erforderlich, die ökologischen und sozialen Belange und die Partizipationsbedürfnisse der abhängig Beschäftigten sowie der KonsumentInnen in der Unternehmensverfassung und in den

---

<sup>5</sup> Dies heißt nicht, dass der Autor mit der konkreten Ausgestaltung der gesetzlichen Schuldenbremse in Deutschland, die seit 2011 greifen soll, übereinstimmt.

Entscheidungsverfahren zu verankern (Ausbau der Unternehmensmitbestimmung, Förderung von Mitarbeitergesellschaften, mehr Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren mit Elementen der direkten Demokratie). »Je mehr die unterschiedlichen Interessen ex ante den Wirtschaftsprozess mitbestimmen können, um so geringer wird der ökologische und soziale Reparaturbetrieb der reinen Nachsorge. Es liegt daher nahe, die herrschende Wirtschaftsordnung zu einer ›Ökologischen Wirtschaftsdemokratie‹ weiterzuentwickeln.« (Stratmann-Mertens 1991: 199)

Die oben skizzierten Elemente einer Übergangsstrategie unterscheiden sich von manchen Ansätzen einer Solidarischen Ökonomie dadurch, dass sie an dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem ansetzen und an entscheidenden Stellen andere Regulationsmechanismen vorsehen. Dies widerspricht nicht notwendig Ansätzen einer Solidarischen Ökonomie wie raus aus der Lohnarbeit, raus aus den Marktbeziehungen, Gemeinschaftsarbeit in Stadtgärten (unter anderem Exner/Lauk/Kulterer 2008: 212-217 <sup>6</sup>), sieht in ihnen aber nicht den entscheidenden Ansatzpunkt für eine Transformationsstrategie aus der Wachstumsgesellschaft.

## Literatur

- Behrendt, Dieter/Stratmann-Mertens, Eckhard (1997): Verkehrswende und Beschäftigungstillusion. Nachhaltige Mobilität und potentielle Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt, in: ÖKOREGIO. Büro für ökologische Wirtschafts- und Regionalentwicklung, Bochum, 9 (April).
- Blaschke, Ronald (2010): Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. Vergleichende Darstellung, in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 301-382.
- Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg.
- Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien.
- Kipping, Katja (2010): Demokratie und Grundeinkommen – ein politischer Essay, in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 293-300.
- Rätz, Werner (2010): Es ist genug für alle da – auch ohne Wachstum. Beitrag auf dem Düsseldorfer Attac-Ratschlag. <http://grundeinkommen-attac.de/index.php?id=7948> (Zugriff 16.4.2010).

---

<sup>6</sup> Unser entschiedener Widerspruch gilt der Aussage der Autoren: »Genauso wenig werden wir die Welt durch Reformen verändern, die der Staat betreibt.« (S. 217) Schon das teilhabesichernde Grundeinkommen, für das sich die Autoren einsetzen, wäre nur durch den Staat einzuführen und zu finanzieren.

- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.
- Stratmann-Mertens, Eckhard/Hickel, Rudolf/Priewe, Jan (Hrsg.) (1991): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M.
- Stratmann-Mertens, Eckhard (1991): Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft, in: Stratmann-Mertens, Eckhard /Hickel, Rudolf/Priewe, Jan (Hrsg.) (1991): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M., S. 177-200.
- Stratmann-Mertens, Eckhard (1995): Zeitwohlstand mit 1100 Jahresstunden. Sinnvolle Arbeit für alle ohne Wachstum und Vollbeschäftigung, in: Belitz, Wolfgang (Hrsg.): Wege aus der Arbeitslosigkeit, Reinbek, S. 83-102.

Alexis Passadakis/Matthias Schmelzer

## **Kapital in der Klemme**

### Investitionskontrolle und Finanzmarktregulierung in einer Postwachstumsökonomie

Nach der Diskussion um die Grenzen des Wachstums Anfang der 1970er und den sozial-ökologischen Debatten im Laufe der 1980er Jahre hat mit der neuen Auseinandersetzung um eine Postwachstumsökonomie ein dritter Zyklus der Wachstumskritik begonnen. Dieser ist sowohl eine Reaktion auf die sich zuspitzende Klimakrise als auch auf die neo-liberalen Umstrukturierungen und Krisen von Ökonomie und Gesellschaft.

Zahlreiche in der jüngsten Zeit veröffentlichte Ansätze leiden allerdings bei der Analyse der gegenwärtigen politischen Ökonomie, das heißt der Produktions- und Konsumweise und (politischen) institutionellen Strukturen, die das aktuelle Wachstumsregime auszeichnen, unter erheblichen Blindstellen: Die spezifischen Strukturmerkmale des sich in einem turbulenten Umbruch befindenden globalisierten neo-liberalen Finanzmarktkapitalismus spielen kaum eine Rolle. Außerdem bleiben viele der publizierten Konzepte sogar bei der Analyse dessen unklar, was wächst und warum, oder kommen zu falschen Ergebnissen. Folglich bleibt unterbelichtet, wie die zentrale Triebkraft des Wachstums, nämlich die Notwendigkeit der Produktion von Profit, angegangen werden kann, und zwar unter den widrigen Bedingungen liberalisierter Finanzmärkte bzw. des freien Kapitalverkehrs.

Um zu einer Ökonomie jenseits des Wachstums zu gelangen, sind alternative institutionelle Gefüge notwendig, die unmittelbar auf den entscheidenden Wachstumsmechanismus zielen und die notwendige Verschiebung der aktuellen Machtverhältnisse in Rechnung stellen. Denn nicht – wie bei der Auseinandersetzung um beliebigen sozialen oder ökologischen Fortschritt sichtbar – wohlmeinende Blaupausen, sondern konkrete soziale Kräfteverhältnisse entscheiden über gesellschaftliche emanzipatorische Entwicklungen. Wenn die Erzielung von Profit der zentrale Wachstumsmotor ist, dann sind Investitionen das scheinende Instrument, um das Ziel einer Postwachstumsökonomie zu erreichen. Nur wenn investiert wird, können Produkte hergestellt werden, die zu einem möglichst profitablen Preis einen oder eine KäuferIn

finden können. Je nach Entwicklungsstand und Typus der kapitalistischen Ökonomie ergibt sich Wirtschaftswachstum aus einem unterschiedlichen Verhältnis von Investitionen und Konsum. Während beispielsweise das US-Wachstumsmodell vor allem konsumgetrieben ist, basiert das chinesische zu einem erheblichen Maße auf Investitionen. Auf dem Weg zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie ist deshalb die Durchsetzung von Institutionen notwendig, die in diesen Prozess eingreifen. Die gesellschaftliche Dramatik eines solchen Prozesses ist nicht zu unterschätzen, schließlich würden derartige Eingriffe zu Lasten derjenigen stattfinden, die die Profiteure des gegenwärtigen Modells sind.

## **Die Herausforderung des sozial-ökologischen Umbaus**

Schon 1930 schrieb John Maynard Keynes unter dem schönen Titel *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*: »Wenn das Kapital um, sagen wir zwei Prozent pro Jahr wächst, wird sich die Kapitalausstattung der Welt in 20 Jahren um die Hälfte vergrößert haben, und siebeneinhalbmal in 100 Jahren. Stellen Sie sich das einmal in Form stofflicher Dinge vor – Häuser, Transportmittel und ähnliches.« Heute stellt sich diese Frage viel dramatischer. Wenn die Ökonomie um drei Prozent pro Jahr wächst (wie heute gemeinhin angenommen wird), dann bedeutet dies eine Verdopplung in nur 23 Jahren, bis 2050 eine Verdreifachung und bis 2100 eine Vervierzehnfachung des Werts der globalen Ökonomie.

Auch wenn das eigentliche Ziel in einer Reduktion der stofflichen Ebene der Ökonomie (Ressourcenumsatz, Emissionen, Naturverbrauch) besteht, ist es zentral, ebenfalls die dafür notwendige Schrumpfung der Wertebene in den Blick zu nehmen. Denn eine ausreichende Entkopplung von Wertebene (Wachstum des BIP) und Ressourcenverbrauch, Materialdurchsatz oder Kohlenstoffausstoß ist nicht möglich (vgl. Jackson 2009; BUND et al. 2008; Victor 2008; NEF 2009).

Wie weit muss das BIP gesenkt werden, bevor es stabilisiert werden kann? Zu unterschiedlichen Industrieländern gibt es hier verschiedene Szenarien. Vieles kann erst während des Veränderungsprozesses geklärt werden und hängt vom Stand der technischen Entwicklung ab, des Anteils der nicht-marktförmigen Ökonomie, globalen Veränderungen und so weiter, aber ein grobes Bild ist hilfreich. Wir gehen davon aus, dass die notwendigen Veränderungen – von denen wir einige im Folgenden skizzieren – dazu führen, das Bruttoinlandsprodukt der BRD bis Mitte

des Jahrhunderts mindestens um ein Drittel zu senken (dabei orientieren wir uns unter anderem an einer Studie der *New Economics Foundation*, die eine solche Transformation für Großbritannien beschrieben hat (NEF 2009; Victor 2008)). Eine Reduktion um ein Drittel, das klingt erst einmal viel, bedeutet aber konkret nicht mehr, als dass in einem Prozess sozial-ökologischen Umbaus das BIP – ein für die Lebensqualität, Gleichheit und Gerechtigkeit weitgehend unbedeutender Indikator, der derzeit bei ungefähr 2.500 Milliarden Euro pro Jahr liegt – auf das Niveau von Mitte der 1980er Jahre zurückgeführt wird.<sup>1</sup>

## **Eine neue post-keynesianische Makroökonomie für ein Wirtschaften ohne Wachstum**

Die Herausforderung besteht darin, Sand ins ökonomische Getriebe zu werfen, um dort anzusetzen, wo die Ursache des Wachstums liegt – nämlich bei der Akkumulation von Kapital. Diese gilt es abzubremsen, um ein Schrumpfen des Stoffdurchsatzes und des BIP und eine darauf folgende Stabilisierung zu erzielen. Herman Daly sprach in diesem Zusammenhang von dem Ziel einer *steady state economy*. Um die ökologischen Grenzen einzuhalten, würde eine derartige Wirtschaft auf einen konstanten physischen Kapitalstock zielen, der mit einem niedrigen Ressourceneinsatz erhalten werden kann, welcher sich innerhalb der regenerativen Fähigkeiten der Umwelt bewegt. Eine solche neuartige Ökonomie setzt eine neue Zusammensetzung von Investitionen, Konsum, Arbeit und Produktivität voraus, und zwar in einer Art und Weise, die nicht zu einer klassischen Rezession mit entsprechender Arbeitslosigkeit und Verarmungsdynamiken führt. Ein wichtiger Hebel, um diese Folgen zu verhindern, ist eine substanzielle Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich für die unteren Lohngruppen. Zum zweiten setzt eine solidarische Postwachstumsökonomie neue Schwerpunkte, weg von privaten Investitionen und privatem Konsum und hin zu öffentlichen Investitionen und kollektivem Konsum (z.B. öffentlicher Nahverkehr statt privaten Konsums von Automobilität) voraus. Demokratische gesellschaftliche Kontrolle von Investitionen ist daher ein weiteres Schlüsselement.

Öffentliche Investitionen spielen auch in dem Gedankengebäude von Keynes und zeitgenössischer keynesianischer Wirtschaftspolitik eine

---

<sup>1</sup> Die Zahlen sind inflationsbereinigt. Für das Pro-Kopf-BIP ergibt sich Ähnliches. Vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de) und den WEO des IMF auf <http://www.imf.org>, eigene Berechnungen.

große Rolle, aber immer an dem ultimativen Ziel der Wachstumsförderung orientiert. Auch wenn keynesianische Wachstumspolitik keine Lösung der ökologischen und sozialen Krisen der Gegenwart bringen kann, sind in der emanzipatorischen Linken diskutierte – auch keynesianische – Konzepte weiterhin zentral, besonders zur Dämpfung von sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Dabei geht es auch darum, den verborgenen Keynes, den Stagnationstheoretiker, zu entdecken, der eine Gesellschaft befreit von Arbeitszwang und Profitstreben skizzierte. Für eine solidarische Postwachstumsökonomie gilt es, die wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte des britischen Ökonomen aufzunehmen, aber letztlich müssen wir durch Keynes hindurch und über ihn hinaus.

## **Investieren und desinvestieren in der Postwachstumsökonomie**

Einige der größten Herausforderungen beim Umbau der Produktions- und Lebensweise hin zu solidarischem Postwachstum drehen sich um Investitionen. Einerseits ist die Zunahme von Investitionen eine der wichtigsten Triebfedern von Wirtschaftswachstum und damit auch des Materialdurchsatzes und Naturverbrauchs. Aus dieser Perspektive erscheint es zentral, die Summe der gesamten Investitionen massiv zu reduzieren. Auf der anderen Seite erfordert der Umbau zu einer nachhaltigen CO<sub>2</sub>-armen und solidarischen Ökonomie massive Investitionen, besonders in der Umbruchperiode, in der die gegenwärtige ökonomische Basis transformiert wird. Aus dieser Perspektive ist die Herausforderung daher die Generierung ausreichender finanzieller Ressourcen, um die gegenwärtige Ökonomie schnell genug so umzubauen, dass sie nicht die ökologische Basis zukünftiger Prosperität zerstört.

Was sind notwendige Investitionen für eine solidarische Postwachstumsökonomie? Erstens ist es wichtig, durch Effizienzsteigerungen und Umbau den ökologischen Fußabdruck der Teile der Ökonomie zu verringern, die notwendig sind, um ein sozial gerechtes Leben für alle zu ermöglichen, also z.B. Investitionen in dezentrale erneuerbare Energien, nachhaltiges Wohnen, kollektive Mobilität und Ernährungssouveränität etc. Zweitens muss die gesamte Sorgeökonomie gestärkt werden, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales und kulturelle Arbeit müssen ausgebaut werden. Drittens sind große finanzielle Summen notwendig, um Klimawandel und ökologische Zerstörungen zu entschärfen und Gesellschaft, Ökonomie und Lebensweise entsprechend umzustellen, etwa Wiederaufforstungsprogramme, Verarbeitung des

angehäuftem Industriemülls, Rückbau fossilistischer Infrastruktur etc. Und viertens folgt aus der Anerkennung globaler Klimaschuld die Notwendigkeit massiver finanzieller Transfers vom globalen Norden in den globalen Süden.

Bereits eine grobe Einordnung dieser Arten von Investitionen macht deutlich, dass sie in grundlegender Spannung stehen zu der in der Ökonomie weit verbreiteten Annahme einer natürlichen Kohärenz zwischen Rendite und gesellschaftlicher Wünschbarkeit von Investitionen. Denn große Anteile der notwendigen Investitionen einer Postwachstumsökonomie werden konventionell gemessen sehr wenig produktiv sein und deutlich geringere oder gar keine Renditen abwerfen, obwohl sie aus einer sozial-ökologischen Perspektive sehr profitabel und produktiv sind. Investitionen in Wiederaufforstungsprogramme z.B. scheinen nur Einnahmen aufzusaugen, ohne (monetäre) Erträge zu bringen. Aus einer weniger kurzfristigen, sozialen Perspektive könnten solche (unrentablen) Investitionen jedoch notwendig sein, um ein gutes Leben auf diesem Planeten für alle und damit die Möglichkeit für Produktion überhaupt langfristig zu sichern. Da viele der notwendigen Investitionen aufgrund teilweise sehr langer Rücklaufzeiten und aufgrund von Renditen, die unter den im Wettbewerb gängigen liegen oder sogar negativ sind, nicht über den Markt generiert werden können, wird öffentlichen Investitionen eine Schlüsselrolle zukommen.

Gleichzeitig müssen jene Teile der Ökonomie schrumpfen, die nicht durch Konversion in die kohlenstoffarme, energieeffiziente und solidarische Ökonomie der Zukunft umgewandelt werden können, z.B. die Sektoren, die nicht-erneuerbare Energien produzieren oder direkt von diesen abhängen.

Dass dies einen sehr großen Teil – wertmäßig, nicht unbedingt in Bezug auf Arbeitsplätze oder Gebrauchswertproduktion – der globalen Ökonomie ausmacht, zeigt eine Analyse der größten Konzerne der Welt. Der Umsatz der 100 finanzstärksten Multinationalen Konzerne aus der Liste der Global 500 – viele mit größeren Umsätzen als ganze Staaten – wird zu rund 50 bis 60% in den Sektoren Ölförderung, Ölverarbeitung, Autoindustrie und Flugzeugbau erwirtschaftet. Sieben der größten zehn Unternehmen sind Ölfirmen. Vom Gesamtumsatz der größten 500 Unternehmen macht der Anteil der direkt von fossilen Brennstoffen abhängigen Sektoren – also derer, die größtenteils dicht gemacht werden müssen – über 30% aus (vgl. <http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2009/>; Wolf 2007).

Andreas Exner et al. (2009) schätzen, dass zwischen einem Drittel und der Hälfte des globalen Umsatzes in Sektoren produziert wird,

die auslaufen müssen, um eine sozial gerechte Transformation möglich zu machen.

Die notwendige Reduktion dieser Bereiche wird zwar teilweise kompensiert durch das Wachstum einer solaren und solidarischen Ökonomie, doch hier liegt eines der Schlüsselprobleme bei der Transformation zur Postwachstumsökonomie: Kapital, das in Maschinen und Infrastrukturen investiert worden ist, muss in den Wert der Produkte verwandelt werden, die dort produziert wurden, und durch Verkauf entsprechende Gewinne einbringen. Die Amortisationszeiten, bis alles ursprünglich investierte Kapital abgeschrieben und verwertet worden ist, liegen teils bei Jahrzehnten. Wenn daher bestimmte Sektoren in relativ kurzer Zeit auslaufen sollen, bedeutet dies den Verlust von Kapital, das bereits in Infrastrukturen investiert wurde, die in einer nachhaltigen Zukunftsökonomie keine Verwendung haben. So kostet der Bau eines Kohlekraftwerks über eine Milliarde US-Dollar und die Zeit, bis alle Investitionen sich gerechnet haben, dauert bis zu 50 Jahren (vgl. Berry 2008). Wenn es nicht möglich ist zu warten, bis die in den mehr als 50.000 Kohlekraftwerken weltweit investierten Billionen sich amortisiert haben, dann reicht es nicht aufzuhören, neue Kraftwerke zu bauen, sondern darüber hinaus müssen Kohlekraftwerke geschlossen werden, bevor sie genug Profite erwirtschaftet haben, um das gesamte investierte Kapital inwertzusetzen. Wie kann dieser Prozess des Desinvestment demokratisch vorangebracht werden?

Eine makroökonomische Wirtschaftspolitik entlang der oben skizzierten Linien bedarf eines neuartigen institutionellen Gefüges, um entsprechende steuerfinanzierte Investitionen zu kanalisieren. Notwendig wäre eine Renaissance demokratisch kontrollierter öffentlicher Banken, die lokal, regional oder national operieren bzw. von Banken oder Sonderfonds, die spezialisiert auf einen bestimmten Sektor den sozial-ökologischen Umbau mitorganisieren.

Mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landesbanken und Sparkassen stünden im Prinzip Institutionen zur Verfügung, die nach einer Revision ihrer Aufgaben und Ziele für eine neue Investitionspolitik genutzt werden könnten. Gerade die Landesbanken hatten vor ihrer desaströsen neoliberalen Deregulierung zum Teil erheblich an Projekten von regionalem ökonomischem Strukturwandel mitgewirkt. Das Landesbankensystem steht zurzeit vor seiner faktischen Abwicklung. Eine Neubegründung eines Systems föderaler öffentlicher Bankinstitute, die demokratischer Kontrolle unterliegen, statt Beute von Seilschaften zu sein, wäre ein hilfreicher Schritt, um einer sozialen und ökologischen Investitionspolitik eine Infrastruktur zu geben.

Eine auf postfossile soziale Infrastruktur ausgerichtete Investitionspolitik bedarf des Weiteren einer direkten demokratischen Kontrolle auf regionaler Ebene. Im Kontext der Weltwirtschaftskrise wurde zur Unterstützung von Unternehmen ein so genannter »Deutschlandfonds« eingerichtet. Zwar hatte dieser das Ziel, die existierenden Unternehmensstrukturen zu konservieren, dennoch hätte ein solches Instrument auch anders genutzt werden können. Dieser Fonds war zudem Anlass für die IG Metall, einen eigenen etwa 100 Milliarden schweren, über Anleihen auf große Vermögen finanzierten »Zukunftsfonds« zu entwerfen (Urban 2009). Der IG Metall-Bezirk Esslingen spitzte diese Idee zu und forderte für die Vergabe der Mittel regionale Investitionsräte ein. Auch hier ging es um die Abfederung der Krisenfolgen und nicht um eine Orientierung auf neue Formen des Wirtschaftens. Dennoch bieten solche Forderungen nach neuen wirtschaftsdemokratischen Verfahren Anknüpfungspunkte. Nach dem Esslinger Modell wären Bundesmittel von regionalen, aus Vertretern von Gewerkschaften, Banken und Unternehmen zusammengesetzten Gremien verwaltet worden, um diese zielgenau vor Ort einsetzen zu können (vgl. [www.esslingen.igm.de/news/meldung.html?id=29577](http://www.esslingen.igm.de/news/meldung.html?id=29577); Martin 2009). Erweitert um VertreterInnen weiterer gesellschaftlicher Akteure (Umweltverbände, KonsumentInnennetzwerke) wären derartige regionale Investitionsräte eine plausible Struktur für eine stärker lokalisierte gesellschaftliche Kontrolle der zu investierenden Überschüsse.

Für den Umbau lokaler Infrastruktur für eine Postwachstums-gesellschaft sind zudem steuerfinanzierte kommunale Investitionsprogramme notwendig. Das Verfahren des Bürgerhaushalts, wie es im brasilianischen Porto Alegre, dem Geburtsort des Weltsozialforums der globalisierungskritischen Bewegung, entwickelt wurde, würde eine beispielhafte demokratische Kontrolle ermöglichen. Ein Projekt wie Stuttgart 21 hätte bei einem weitreichenden Bürgerhaushaltsverfahren beispielsweise kaum eine Chance auf Realisierung gehabt. Stattdessen können finanzielle Mittel feingliedrig bedürfnisorientiert eingesetzt werden.

## **Schrumpfung und Regulierung der Finanzmärkte**

Jede Alternative zum gegenwärtig vorherrschenden Wirtschaftssystem – ziele diese nun auf solidarisches Postwachstum oder auf eine alternative Wachstumsökonomie ab – setzt ein grundlegend anderes internationales Währungs- und Finanzsystem voraus. Vor allem geht es um

eine grundlegende (Re)Regulierung der seit den 1970er Jahren liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte und damit einhergehend um eine massive Schrumpfung der finanzialisierten Sphäre spekulativer Blasenökonomie. Überdies muss das Problem der Dollardominanz und der hochgradig destabilisierenden globalen Ungleichgewichte angegangen werden, wobei Keynes' Ideen für eine internationale Ausgleichsunion hier als Anregungen dienen können. Und schließlich gilt es, die Orthodoxie unabhängiger Zentralbanken zu knacken, die entsprechend der monetaristischen und neoliberalen Ideologie der Inflationskontrolle höchste Priorität vor allen anderen Zielen wie Arbeitsplätzen, finanzieller Stabilität oder sozial-ökologischer Gerechtigkeit einräumen.

Aufgabe der Finanzmärkte in einer solidarischen Postwachstumsökonomie ist es, die sozial-ökologische Transformation von Ökonomie und Gesellschaft zu unterstützen, und zwar indem die diesem Ziel entgegenstehenden Investitionen und Geldflüsse verhindert und die dieses Ziel fördernden Investitionen und Geldflüsse ermöglicht werden. Konkret bedeutet dies, dass große Teile der aufgeblähten Finanzsphäre, die vor allem spekulativen Zwecken und der Anhäufung von Forderungen an zukünftig zu erwirtschaftende Werte dienen und notwendigerweise wirtschaftliche und soziale Krisen hervorbringen, durch strikte Regulierungen zurückgedrängt werden. Einige der zentralen und heute dominierenden Finanzprodukte, Geschäftspraktiken und Finanzmarktakteure dienen nur der Bereicherung Weniger, sind gesellschaftlich nutzlos, bergen ausgesprochen hohe Risiken und sollten daher nicht erlaubt sein: Die meisten Derivate und Verbriefungen, die gesamten außerbilanziellen Geschäfte und der so genannte außerbörsliche Handel (over the counter trade, OTC) sowie Hedge Fonds, Private Equity Fonds und reines Investmentbanking gehören verboten. Auch Steueroasen und Schattenfinanzplätze sind zu schließen. Der Rest des Finanz- und Bankensektors muss flächendeckend strikt reguliert werden: Hohe und antizyklische Eigenkapitalvorschriften, eine Trennung der verbleibenden Investment- von den Geschäftsbanken, öffentliche und demokratisch kontrollierte Ratingagenturen, eine Finanztransaktionssteuer (FTS) und eine Verkleinerung der Finanzinstitute (too big to fail is too big to exist) sind nur einige der notwendigen und seit Jahren diskutierten Maßnahmen. Resultat all dieser Regulierungen wäre eine dramatische Schrumpfung des gesamten Finanzsektors und eine Reduktion auf wenige Kernaufgaben. Alle Regulierungsmaßnahmen müssen jedoch scheitern, wenn nicht das zugrunde liegende Problem angegangen wird, das durch die kapitalistischen Krisentendenzen und die neoliberale Umverteilungsmaschine von unten nach oben erzeugte Problem

des Überangebots an anlagesuchendem Kapital, das sich durch Blasenbildung selbst eine Nachfrage schafft. Solidarische Umverteilungspolitik hat – neben ihrer generellen Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation – also auch eine die Finanzsphäre und damit die Ökonomie generell stabilisierende Wirkung.

Angeichts der besonderen Herausforderungen einer Postwachstumsökonomie erscheint es darüber hinaus sinnvoll, über Ratingagenturen und einen Finanzmarkt-TÜV Investitionsströme weg von fossilistischen Wachstumssektoren und hin zu für die sozial-ökologische Transformation wichtigen Bereichen zu lenken. Demokratisch kontrollierte Ratingagenturen sollten die Aufgabe bekommen, in ihre Bewertungen soziale und ökologische Risiken mit einzubeziehen. Und eine demokratisch kontrollierte Aufsichtsbehörde sollte – wie dies bei anderen Produkten in Bezug auf Sicherheit seit langem üblich ist – alle Finanzprodukte daraufhin prüfen, ob sie sozial und ökologisch sinnvoll oder gefährlich sind. Das heißt, ein Investmentfonds, der in Rüstungsindustrie, veraltete Kohlekraftwerke oder Aufforstungsprojekte, die die indigene Bevölkerung vertreiben, investiert, würde keinen TÜV erhalten und könnte daher nicht aufgelegt werden.

Diese regulatorischen Eingriffe haben das Ziel, ein ermöglichendes Umfeld für den notwendigen grundlegenden Umbau der Produktions- und Lebensweise zu schaffen. Daneben ist eine Stärkung des öffentlichen und non-profit Bankensektors zentral sowie eine Deglobalisierung, Entflechtung und Lokalisierung des Anlage- und Investitionsgeschäftes. Nur so kann eine (lokale) demokratische Kontrolle des Bankenwesens ermöglicht werden.

## **Kräfteverhältnisse und Einstiegsprojekte**

Wie bereits angedeutet, setzen Schritte auf dem Weg zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie substanzielle Verschiebungen von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen voraus. Dazu gehört neben der politischen Neuausrichtung von gesellschaftlichen Akteuren auch eine neue attraktive Lebensweise, die die bisherige imperiale Lebensweise der globalen KonsumentenInnenklasse ablöst. Gleichwohl sind neuartige makroökonomische Konzepte notwendig, um den Umbau hin zu einer Ökonomie ohne Wachstum vorstellbar und organisierbar zu machen.

Die Bedingungen für einen sozial-ökologischen Umbau sind alles andere als günstig. Zwar gibt es eine breite Anerkennung der Dramatik der

ökologischen Krisen, und die Weltwirtschaftskrise hat neoliberale Dogmen zunächst erschüttert. Wie die wenig substanzielle Finanzmarktregulierung und die drastische Austeritätspolitik zeigen, haben sich die herrschenden gesellschaftlichen Fraktionen lediglich reorganisiert, um nach angepassten Mustern den Akkumulationspfad weiter zu beschreiben (Altvater 2010). So lässt VW im Februar 2011 vermelden, dass man nun zum Sprung ansetze, um bis spätestens 2018 Toyota als weltgrößten Autokonzern zu überholen und jährlich zehn Millionen Fahrzeuge zu produzieren. Keiner der beteiligten Akteure hat die Krise der Automobilindustrie im Jahr 2009 genutzt, um eine – wenn auch nur vorsichtige – Neuorientierung anzugehen.

Um das Konzept einer Postwachstumsökonomie voranzutreiben, muss sie als ein solidarisches Projekt kenntlich sein. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass ökologische Politik in Europa im Wesentlichen Politik von und für Mittelschichten ist, die sich in den vergangenen Jahren im Zuge der neoliberalen Hegemonie verstärkt von den unteren Einkommensschichten entsolidarisierten (vgl. Hartz-IV-Gesetzgebung). Ohne neue Verbindungen zwischen Fraktionen der Mittelschichten und den unteren Einkommensschichten wird es keine Basis für eine alternative demokratische Entscheidungsstruktur über die Verwendung der produzierten Überschüsse geben. Trotz umfassender ökologischer Krisen: Abstrakte Appelle an die Vernunft und kosmopolitischer Bürgersinn sind kein ausreichender Veränderungsimpuls. Daher sind Einstiegsprojekte notwendig, die als Kristallisationspunkte für Akteursallianzen und als erste Schritte zur Bildung von ökonomischen Strukturen dienen können, die ein Wirtschaften jenseits des Wachstums unter sozialen Bedingungen ermöglichen.

Dazu zählt auf lokaler Ebene die Durchsetzung von Bürgerhaushalten, von Energiedemokratie, das heißt der dezentralen öffentlichen Kontrolle der Energieversorgung und von kostenlosem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), um private Mobilität zu ersetzen. Auf nationaler Ebene geht es darum, substanzielle Arbeitszeitverkürzung mehrheitsfähig zu machen und steuerfinanzierte Desinvestitions- und Investitionsprogramme auf den Weg zu bringen, um die soziale Infrastruktur für eine postfossile, solidarische Postwachstumsökonomie zu schaffen.

## Literatur

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster.
- Berry, David (2008): Investment Risk of New Coal-Fired Power Plants, in: Western Resource Advocates, April.
- BUND/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Bonn.
- Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet, London.
- Martin, Tonio (2009): Räte in den Zeiten von Friendly Fire, WOZ, 17.9.2009.
- New Economics Foundation (2009): The Great Transition. A tale of how it turned out right, London.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Ein neues Modell der Wirtschaftsdemokratie, in: SoZ 7/8.
- U.S. Energy Information Administrations (2009): International Energy Outlook 2009. <http://www.eia.doe.gov/oiaf/ieo/coal.html> (Zugriff 3.3.2011).
- Victor, Peter (2008): Managing Without Growth: Slower by Design, Not Disaster, Cheltenham.
- Wolf, Winfried (2007): Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns, Vienna.

Friederike Habermann

## **Ecommony**

Peerökonomie, Gemeingüter,  
Solidarisches Wirtschaften

Eine kurze Vorbemerkung: Was haben solidarisches Wirtschaften, Gemeingüter und Peerökonomie mit einer Postwachstumsgesellschaft zu tun? Projekte des solidarischen Wirtschaftens sind konkrete Versuche, ökonomisches Handeln ohne Fixierung auf Kapitalüberschuss und Wachstum zu denken und zu gestalten. Insofern ist ein Nachdenken über eine auf Gemeingütern basierte Wirtschaft Ausgangspunkt, Weg und Ziel eines Nachdenkens über eine Ökonomie jenseits des Wachstums (Anmerkung d. Hrsg.).

### **Solidarisches Wirtschaften**

Solidarisches Wirtschaften ist verbunden mit engen Gemeinschaften, in denen alle das Klo aus Liebe putzen müssen und den Rest ihrer Arbeitszeit dem gesellschaftlichen Produktionsniveau um Jahrhunderte hinterherhinken – wer sich in diesem Glauben bestätigt sehen möchte, lese besser nicht weiter. Denn heute zeichnen sich offene Formen des solidarischen Umgangs miteinander ab, nicht Gruppenzwang ist die Vision, sondern »strukturelle Gemeinschaft« (Stefan Meretz). Diese Formen struktureller Gemeinschaft ermöglichen es, alternatives Wirtschaften großflächig und wirkmächtig zu denken. Gemeingüter (im Folgenden dem inzwischen häufigsten Gebrauch entsprechend mit *Commons* benannt), Peerproduktion und Peerökonomie sowie die Prinzipien, die sich aus den jüngsten Ansätzen anderen Wirtschaftens im deutschsprachigen Raum herauslesen lassen und die ich als *Ecommony* bezeichnen möchte, bilden hierfür Ansatzpunkte, die im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Solche Koordinaten eines anderen Wirtschaftens können nicht ausge-reift sein, denn es ist ein Irrglaube, eine andere Welt könne am Schreibtisch erfunden werden. Dass der Weg erst erschaffen werden muss, indem wir fragend voranschreiten, wie es die indigene Bewegung der Zapatistas in Mexiko betont, liegt nicht zuletzt an uns selbst. Wir sind

durch Jahrhunderte des Kapitalismus (Sexismus, Rassismus und andere unschöne Ismen) geformt und wir brauchen neue Erfahrungen für neue Erkenntnisse. Darum liegt die Utopie immer am Horizont, wie Eduardo Galeano es ausdrückt: Gehen wir vorwärts, so geht auch sie vor uns her und zeigt uns auf, was wir uns vorher gar nicht vorstellen konnten. Wer möchte heute in einer der Utopien der Vergangenheit leben? Die meisten Utopien werden erkennbar als Verlängerungen der eigenen Gesellschaft; sie sind weit mehr mit diesen verwoben, als den von ihnen Träumenden bewusst war. In diesem Sinne geht es darum, nach neuen Wahrheiten zu suchen. Dies kann nicht individuell, sondern nur gemeinschaftlich geschehen. Neue Denk- und Handlungshorizonte entstehen nur im Zusammenspiel von verändertem materiell-ökonomischem Alltag und sich verändernden Identitäten, denn eine Veränderung von Strukturen und die Veränderung von Menschen bedingen und ermöglichen sich erst gegenseitig. Die Welt formt uns und wir formen die Welt.

Die feministischen Theoretikerinnen J.K. Gibson-Graham zweifeln in ihrem Buch *A Postcapitalist Politics* (2006) die Binarität von Kapitalismus–Antikapitalismus mit Bezug auf Queertheorien an. Sie warnen vor dem Erstarren in eine neue Binarität von Kapitalismus und einer fixen Vorstellung davon, welchen Kriterien Solidarische Ökonomie entsprechen müsse – beispielsweise individualisiert, groß angelegt und global versus gemeinschaftlich, kleinteilig und lokal. Dies verschließe nur den Blick für neu entstehende Wege, die scheinbar von der geraden Streckenführung von dem einem zum anderen abweichen. Stattdessen fordern sie: »Start where you are.«

Statt eines Dogmas werden gelebte Erfahrungen wichtig. Zu diesen zählen die Grundsätze der Peerökonomie und der Commons. Oder, zusammengefasst, die *commons-based peer production*. Dieser Ausdruck stammt von dem US-amerikanischen Juristen und Harvard-Professor Yochai Benkler im Rahmen einer Erweiterung der Neuen Institutionenökonomik, da die auf den *homo oeconomicus* gestützten ökonomischen Theorien Phänomene wie die freie Softwareentwicklung nicht zu erklären imstande sind. Hier interessiert jedoch mehr, was jeweils hinter den einzelnen Begriffen steht, bevor ich die damit verbundenen Grundsätze auf der Grundlage materieller und nicht auf freie Software begrenzter Formen als *Ecommony* reformulieren möchte.

## Gemeingüter beziehungsweise Commons

Dem englischen Wort *commons* entspricht die deutsche Allmende, ursprünglich auch All(ge)meinde. Die im Titel vorgenommene Übersetzung mit Gemeingütern verleitet zum Glauben, es handle sich einfach um Gemeinschaftsbesitz; *commons* erscheint darum präziser. Commons bzw. Allmenden waren im Mittelalter Ländereien im Besitz der Dorfgemeinschaft, an denen alle Gemeindemitglieder das Recht zur Nutzung hatten. In Deutschland wurden diese sich in den Dörfern befindlichen Flächen zu Beginn der Neuzeit von den Herrschern angeeignet, was ein wesentlicher Grund für den Bauernkrieg war und durch die damit verbundene Trennung der Menschen von ihren Lebens- und Arbeitsgrundlagen letztlich zur Freisetzung des Industrieproletariats führte. In den Schweizer Alpen existieren Allmenden noch heute und in den Bergen Italiens wehren sich aktuell Dörfer gegen den Zwang zur Privatisierung ihrer Allmenden.<sup>1</sup> Die *enclosure*, wie solche Enteignung im Englischen heißt, stellt also durchaus keinen historisch abgeschlossenen Prozess dar.

Was Commons sind, ist eine Frage dessen, was wir als normal erachten. Noch finden wir es in Deutschland weitgehend normal, in Gewässern baden zu können – doch den Brandenburger Seen beispielsweise droht die Privatisierung; beim Wandlitzsee ist dies schon geschehen. Die Folge: Anlegern kann mit einem Zaun der Zugang zum Wasser versperrt werden, Stegbesitzer müssen plötzlich hohe Pachtgebühren aufbringen, eine Gemeinde muss für eine Badestelle mit Rutsche sogar 50.000 Euro im Jahr an den Eigentümer bezahlen.<sup>2</sup>

Entgegen einer häufigen Verwechslung sind Commons nicht natürliche öffentliche Güter aufgrund spezieller Eigenschaften von Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität, wie dies tatsächlich bei einem See, der Durchquerung eines Waldes oder in der Softwareproduktion der Fall ist, sondern allgemein sozial regulierte Güter.

In den Wirtschaftswissenschaften galt bis vor Kurzem der 1968 von Garrett Hardin mit *The Tragedy of the Commons* bezeichnete Essay unangefochten, wonach die allgemeine Nutzung rivaler Güter wie der dörflichen Allmende notwendigerweise zu deren Übernutzung und damit Zerstörung führe. Erst im Jahr 2009 erhielt die Politikwissenschaft-

---

<sup>1</sup> Einige AktivistInnen, oder besser: BewohnerInnen dieser Dörfer nahmen am International Commons Congress der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang November 2010 in Berlin teil.

<sup>2</sup> Uwe Rada (2009): »Seenland in Spekulantenhand. Brandenburger Seen zu verkaufen«, in: die tageszeitung, 17.7.2009.

lerin Elinor Ostrom den Nobelpreis für Wirtschaft dafür, dass sie in ihren Arbeiten über *common pool resources* die Tatsache berücksichtigt, dass die daran beteiligten Menschen miteinander kommunizieren können und somit auch kooperieren. Entsprechend handelt es sich nicht um die Tragik einer Allmende, sondern um die Tragödie von Menschen, die darin versagen, die gemeinsame Nutzung sozial zu regeln, das heißt sich kooperativ und solidarisch statt auf kurzfristigen Eigennutz bedacht zu verhalten. Commons zeichnen sich also nicht durch Eigenschaften im Gut selbst aus, sondern durch die Art und Weise der gemeinschaftlichen Nutzung. Dies wird auch als *commoning* bezeichnet.

Tatsächlich ist der Eigentumsbegriff unserer Zeit, der den Ausschluss der Nutzung durch andere in der Regel einschließt, erst im Zuge des Kapitalismus zur Normalität geworden. Weltweit überwogen auch in anderen Kulturen Besitz- oder Nutzungsverhältnisse, die dem Begriff der Commons wesentlich näherkommen. Eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von Commons aufwiesen, da weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte impliziert waren. Commons sind damit auch unsere Vergangenheit. Dies gilt es mitzudenken, wenn es um die Vorstellung der folgenden Prinzipien als Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften in der Zukunft geht – es sind keine von »linken Spinnern« an Schreibtischen oder auf Landschollen entwickelten Ideen, sondern wahrscheinlich das Prinzip, worauf alles in allem das Leben und damit die Reproduktion, das Wirtschaften der Menschheit größtenteils beruht (hat).

In gewissem Sinne sind Commons sogar das wesentliche Prinzip der Gegenwart: Ein Hamburger, wie er in einem Schnellrestaurant für einen Euro verkauft wird, würde 200 US-Dollar kosten, wenn alle externalisierten Folgen darin einberechnet wären. Diese entstehen neben beispielsweise öffentlichen Lohnzuzahlungen an die Beschäftigten überwiegend durch die Vernutzung von Commons: durch den Klimawandel, durch Fast-Food-bedingte Krankheiten, durch Luft- und Wasserverschmutzung oder durch Bodenschäden im Verlauf des Produktionsprozesses. Ray Anderson, CEO der weltweit größten Produktionsfirma für Teppichböden, beschreibt in dem Film *The Corporation* (2003 [www.thecorporation.com](http://www.thecorporation.com)), wie entsetzt er war, als er verstand, »just how much stuff the earth has to produce to our extraction process to produce a dollar of revenue for our company«.

Auch die Patentierung von Biodiversität fällt unter die Aneignung von Commons – und damit verbundene Bestrafungen für das Verwenden traditioneller Reis- oder Kartoffelsorten sowie Heilpflanzen bzw.

die fälligen Gebühren beim Singen vieler Weihnachtslieder oder Geburtstagsständchen in deutschen Kindergärten oder gar auf *youtube*. Die Liste ließe sich nur allzu leicht verlängern. Die private Inbesitznahme von Commons ist auch heute Alltag, jedoch weniger durch Individuen denn durch Konzerne.

Dies erklärt auch folgendes Paradox beim Erreichen vom obersten Millenniumsziel zur Reduzierung der Armut: Während es auf der einen Seite statt zur Reduzierung des Anteils der Hungernden um die Hälfte zu einem Anstieg um mehr als ein Drittel kam, so wird gerne auf den Erfolg verwiesen, dass heute wesentlich mehr Menschen als noch 1990 über mehr als einen Dollar pro Tag zum Leben verfügen. Von Unklarheiten bei der Inflationsbereinigung dieser Berechnung abgesehen wird vor allem übersehen, dass es in dieser Zeit im globalen Süden zu weiteren wesentlichen *enclosures* kam. Wie bereits bei der Kolonialisierung viele Gegenden als leer galten, wurden in den letzten zwei Jahrzehnten auch viele angeblich brachliegende oder ungenutzte Landflächen kommerzialisiert und »produktiv« genutzt – und damit die Möglichkeit genommen, sich von dort Feuerholz, Kräuter oder Beeren zum Kochen zu holen; oder durch Gewässerverschmutzung und/oder industrielle Fisch- und Krabbenindustrie wurde das Fischen für den eigenen Gebrauch unmöglich. Dies schließt wiederum an den von Veronika Bennholdt-Thomsen betonten Aspekt an, dass die unsichtbare Hand nimmt und nicht gibt. In einer Formulierung der *New Economics Foundation*: Der *free trade* ist der wahre *free rider*, der Freihandel verzehrt unsere Commons.

Genauso wichtig aber ist noch ein weiterer Aspekt: In dem Fall des Hamburgers – und unserer Wirtschaftsweise überhaupt – kommt es zu einer *Tragedy of the Commons*, wie es Garrett Hardin beschrieben hat, aber nur, weil eine Privatwirtschaft existiert, die erlaubt, die über den eigenen Bedarf angeeigneten Ressourcen in Geld zu verwandeln und als solches anzuhäufen. Ohne diese Möglichkeit hätte niemand daran Interesse, große Herden von Schafen oder Kühen auf die Weiden zu treiben.

Commons sind also unsere Gegenwart. Das zeigt das Hamburger-Beispiel. Commons sind auch unsere Vergangenheit, denn eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von Commons aufwiesen. Und Commons können und sollten unsere Zukunft sein. Sie bilden die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften.

Wurde bislang überwiegend von den *natural commons* gesprochen, so bezieht sich der Terminus der commonsbasierten Peerproduktion da-

gegen auf die große zweite Kategorie, die *digital commons*. In den im Folgenden vorgestellten Prinzipien aber geht es nicht nur sowohl um das eine als auch um das andere, sondern darüber hinaus lautet die zugrunde liegende These, dass letztlich alles als Commons gefasst werden kann – was, so sei gleich hinzugefügt, dem Wunsch nach persönlicher Habe durchaus nicht widerspricht. Doch zunächst zu dem im Terminus enthaltenen nächsten Begriff: *peer*.

## Peerproduktion und Peerökonomie

*Peer* bedeutet im Englischen »gleichgestellt«, »ebenbürtig«. Der Ausdruck *peer-to-peer* steht für Beziehungen unter Gleichrangigen. Allerdings hat der Begriff auch noch eine edle Komponente: Als veraltende Bedeutung findet sich auch »Mitglied des Hochadels«. Peerproduktion beschreibt die Art und Weise, in der freie Softwareproduktion betrieben wird, ohne dass es eine hierarchisch gegliederte Organisation gäbe oder Äquivalententausch eine Rolle spielen würde. Stattdessen handeln PeerproduzentInnen, wie Untersuchungen zeigen, aus Vergnügen, aus Leidenschaft oder aufgrund des Wunsches, etwas Nützliches zu tun und der Community etwas zurückzugeben.

Damit ist bereits einer der Grundsätze von Peerproduktion benannt: Statt Status aufgrund von Besitz und offizieller Hierarchien wird nach Anerkennung aufgrund des eigenen Handelns gestrebt. Die kritischen SoftwareentwicklerInnen vom Projekt *oekonux* gehen davon aus, »dass die Selbstentfaltung der Beteiligten der zentrale Motor für die Produktion ist. Die Beteiligten strengen sich an, weil es in je ihrem eigenen Interesse liegt, dies zu tun – es ist ihr Leben« ( [www.oekonux.de/texte/wasist.html](http://www.oekonux.de/texte/wasist.html) Zugriff 20.12.2010).

Damit verbunden sind als weiteres Prinzip zum einen Freiwilligkeit und zum anderen freie Kooperation, das heißt bei Konflikten wird nicht Zwang eingesetzt, sondern es besteht die Möglichkeit des *forks*, also einer Gabelung bzw. Aufteilung des Projekts. Als drittes Prinzip gilt das Verständnis, dass das so gemeinsam Produzierte ein (digitales) Commons darstellt. Richard Stallman, der bereits 1983 mit GNU ein solches Projekt startete, betont, ein System sei verkehrt, wenn es Menschen daran hindere, ihren Nachbarn zu helfen – durch die Weitergabe von Software zum Beispiel (vgl. Stallman 2010).

»Wer kennt Tim Berners-Lee?«, fragt die Commonsexpertin Silke Helfrich gerne. In der Regel niemand. »Wer kennt Bill Gates?« In der Regel alle. Der Unterschied? Bill Gates privatisierte die (bei weitem nicht nur)

von ihm entwickelte Software *Microsoft*; Tim Berners-Lee aber stellte seine Erfindung als *Open Source* allen zur Verfügung. Ist sein Name auch unbekannt, seine Erfindung und dessen Kürzel kennen alle: Sie heißen *html* oder auch einfach *www*. Wie aber sähe die Welt heute aus, wenn Berners-Lee das *World Wide Web* 1991 nicht kostenlos allen zur Verfügung gestellt hätte? Vermutlich wäre Berners-Lee der reichste Mann der Welt – aber um welchen Preis?

Das gegen das Prinzip der Peerproduktion vorgebrachte Argument lautet: Während im virtuellen Bereich das kommerzielle Lexikon Brockhaus von Wikipedia »auskooptiert« werden konnte, besteht bei materieller Produktion kaum Konkurrenzfähigkeit, zumal gegen die Ausnutzung von Billigstlöhnen im globalen Süden. Ist es dennoch denkbar, diese Prinzipien auf die materielle Produktion zu übertragen? Christian Siefkes (2008) ist überzeugt, dass sich diese Prinzipien immaterieller Produktion auf materielle übertragen lassen, wenn ein viertes hinzugefügt wird: »Beitragen statt Tauschen«.

In seinem so benannten Buch über seinen Ansatz der Peerökonomie stellt Siefkes Möglichkeiten dar, wie durch die Anmeldung von Bedarf Bedürfnisse erkannt und durch das Ableisten gewichteter Arbeitsstunden erfüllt werden. Durch ein Aufgabenversteigerungssystem wird die Popularität einer Aufgabe gewichtet. Wenn sich mehr Freiwillige melden als nötig, wird das Arbeitsgewicht gesenkt, wenn es nicht genug Freiwillige gibt, wird es erhöht.

Während die Peerproduktion und die Peerökonomie auf den Erfahrungen aus der Freien Softwarebewegung beruhen, so wird im Folgenden auf die Erfahrungen von Menschen Bezug genommen, die aus einer ganzen Bandbreite von Ansätzen, anders zu leben und zu arbeiten, zu ganz entsprechenden Vorstellungen von dieser Wirtschaftsweise geführt haben.

Denn waren in den 1970er Jahren Landkommunen typisch für die alternative Wirtschaftsweise, in den 1980er Jahren der kollektive Betrieb und hatten in den 1990er Jahren Tauschringe Hochkonjunktur, so sind bei den innerhalb der letzten Dekade entstandenen Ansätzen häufig Prinzipien zu erkennen, welche sich ebenfalls mit dem Begriff der *commons-based peer production* charakterisieren lassen.

## Ecommony

Solidarisches Wirtschaften bedeutet nicht, komplett »auszusteigen«. Menschen, die ihr eigenes alltägliches Leben als potenziell revolutionär begreifen, loten den eigenen Alltag nach seinen »dissidenten Praktiken« (Carola Möller) aus. In diesem Sinne ergaben sich in meinem Buch *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag* existierende Formen alternativer Ökonomie im deutschsprachigen Raum für sämtliche ökonomische Bereiche: Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter, Dienstleistungen, Wohnen, Bildung etc. Ohne dies im Buch selbst auszuführen, lassen sich bei den jüngeren Ansätzen ganz ähnliche Charakteristika feststellen wie bei der *commons-based peer production*. Da diese sich abzeichnende Wirtschaftsweise ebenfalls auf Commons beruht und alle Lebensbereiche zu umfassen imstande ist, möchte ich sie *Ecommony* nennen. Ihre Prinzipien stellen kein geschlossenes Modell oder einen Plan dar, dem es nachzufolgen gilt, doch bieten sie offensichtlich Koordinaten für eine politische Praxis. Diese lauten:

- Erstens: »Besitz statt Eigentum«: Nicht abstraktes Eigentum zählt, sondern wer was tatsächlich braucht und gebraucht. Beispielsweise kann nach diesem Prinzip niemandem eine Wohnung gehören, ohne dass die Person selbst darin wohnt; und wer in einer Wohnung wohnt, der/die besitzt sie auch. Für Wohnungen gilt dies tatsächlich in Kuba. Ein offener Platz, der ohne Zugangsbeschränkungen für jede und jeden offen ist, entspricht diesem Prinzip. »Besitz statt Eigentum« kann sich aber auch auf Dinge beziehen: Werkzeuge, Bücher, Transportmittel oder Infrastruktur sind hierfür häufig gelebte Beispiele. Aber auch ein Umsonstladen kann so verstanden werden, dass es nicht ein Ort des Schenkens ist, wo Dinge von Privateigentum in Privateigentum übergehen, sondern ein Ort, wohin ich Dinge bringe, die aus meinem Besitz gefallen sind, da ich sie nicht mehr benutze. Das wesentlichste Element liegt vermutlich darin, dass das Prinzip »Besitz statt Eigentum« auch ganz generell für Produktionsmittel gelten kann – und, aus bekannten Gründen, sollte. Und: Es kann sich auch auf »rivale« Güter beziehen, beispielsweise wenn Essen allen zur Verfügung gestellt wird, bis alle satt sind, ohne dass jemand für sich private Vorräte anhäuft.
- Dies geht über in das zweite Prinzip: »Teile, was du kannst«. Neben Dingen können dies auch Fähigkeiten sein oder Dienstleistungen sowie jede Form von produktiver Tätigkeit, wie unter anderem in Nutzungsgemeinschaften praktiziert, also Tauschringen ohne Verrechnung.

- Dies wiederum führt uns zum dritten Prinzip: »Beitragen statt Tauschen«. Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem herkömmlichen Tauschring immer noch der Fall ist, wird aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt. Beispiele hier sind wiederum Nutzungsgemeinschaften, aber auch die nichtkommerzielle Landwirtschaft und nichtkommerzielle Produktion überhaupt; Artabana, eine Vernetzung von Basisgruppen, die sich gegenseitig die Krankenversicherung ersetzen; oder skill sharing, das heißt Bildung und Wissen miteinander zu teilen – woraufhin es sich bekanntermaßen vermehrt. Letztlich umfasst »Beitragen statt Tauschen« jede Form von Tätigkeit.
- Auch dies geht über in die nächsten Prinzipien von Freiwilligkeit und Freier Kooperation. Freiwilligkeit ist das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet; Freie Kooperation beinhaltet die bereits genannten forks, also die Trennung der Projekte mit möglichst geringen Kosten für beide Seiten zu gewährleisten, statt des Zwanges, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner streiten zu müssen. Und es bedeutet wiederum die Offenheit, bei der gilt: alles für alle.

Die Welt durch die Prinzipien der *Economy* zu sehen, macht so manches uns Alltägliche als absurd offensichtlich. Oder als unnötiges Leiden. Andererseits eröffnet es neue Verhaltensweisen – im Alltag ebenso wie in der politischen Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Ressourcenverteilung und Produktionsweise.

## Literatur

- Gibson-Graham, J.K. (2006): *A Postcapitalist Politics*, Minnesota.
- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*, Sulzbach/Taunus.
- Hardin, Garrett (1968): *The Tragedy of the Commons*, in: *Science* 162, S. 1243-1248.
- Siefkes, Christian (2008): *Beitragen statt Tauschen – Materielle Produktion nach dem Modell freier Software*, Neu-Ulm.
- Stallman, Richard M. (2010): *Free Software, Free Society: Selected Essays of Richard M. Stallman*, Second Edition, Boston.

Federico Demaria/François Schneider/Andrea Calsamiglia/Laura Blanco/Dalma Domenechini

# **Degrowth in Südeuropa: Komplementarität in der Vielfalt**

## **Einleitung: Was bedeutet *Degrowth*?**

*Degrowth* ist eine Parole, ein einschlagender Begriff und eine neue soziale und intellektuelle Bewegung, deren anspruchsvolles Ziel die Erstellung einer Diagnose und einer Prognose über unsere Gesellschaft ist. Dabei soll die Debatte über den dringend benötigten sozio-ökonomischen Wandel re-politisiert werden, um einen alternativen Deutungsrahmen gegen hegemoniale Vorstellungen bzw. gegen den Status quo zu entwickeln. Während das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung sich als bloßes *Greenwashing* enthüllt, steht *Degrowth* für einen radikalen Wandel, der auf die Überwindung des postpolitischen Terrains von technokratischem Management und Expertenpolitik abzielt.

Im *Degrowth*-Diskurs wird die Idee einer freiwilligen Reduktion der Größe des Wirtschaftssystems verfolgt, was eine BIP-Reduktion beinhaltet. Die Forderung von *Degrowth* geht jedoch über die bloße Kritik am BIP hinaus und setzt den Rahmen für eine Transformation hin zu einem niedrigeren und nachhaltigeren Niveau von Produktion und Konsum.

Das Konzept *Degrowth* stellt einen Weg zu sozialer Gerechtigkeit, zur Wohlfahrt und zu ökologischer Nachhaltigkeit dar. Es steht für Aktionen auf individueller sowie auf kollektiver Ebene, um den Druck auf Menschen und Ökosysteme zu mindern, indem es eine Herausforderung für unser marktbasierendes Denken stellt und eine weite und tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft fordert. Im Fokus der *Degrowth*-Bewegung stehen in erster Linie die Menschen und nicht Technologien, Märkte oder Experten, die über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheiden.

Der *Degrowth*-Diskurs ist ein Sammelbecken, in dem eine Vielzahl von Ideen, praktischen Alternativen und Menschen zusammenkommen, um eine andere Zukunft zu gestalten. Als Leitkonzept besitzt es eine Artikulations-, Auseinandersetzungs- und Komplementaritätsmacht. Nicht zufällig war es von Anfang an durch die Entstehung zahlreicher

Netzwerke charakterisiert. Der *Degrowth*-Gedanke bezieht klar Stellung in einer Debatte, wo das von früheren Bewegungen in dieser Klarheit immer vermieden wurde. *Degrowth* verbindet die Idee eines Wertewandels mit der Infragestellung von Wirtschaftswachstum. Selbst größere soziale Bewegungen waren nicht fähig, diese Kritik zum Ausdruck zu bringen.

In diesem Artikel beschreiben wir zunächst, wie die Bewegung in Frankreich, Italien und Spanien ihren Anfang nahm. Wir werden dann kurz die intellektuellen und wissenschaftlichen Quellen darstellen, aus denen die Bewegung ihre Gesellschaftsdiagnose bezieht. Was die Prognosen anbelangt, wird schließlich die Heterogenität der Bewegung durch eine Darstellung von Hauptstrategien von beteiligten Akteuren und von politischen Vorschlägen deutlich gemacht.

## **Kurzgeschichte der Degrowth-Bewegung**

Einige zentrale *Degrowth*-Leitideen waren für Jahrhunderte Bestandteil philosophischer Debatten. Diogenes in seiner Tonne kann sogar als einer der frühen *Degrowth*-Verfechter gelten.

Das Wort *Décroissance* (französisch für *Degrowth*) erschien erstmals in den 1970er Jahren in verschiedenen französischen Publikationen (Amar 1976; Gorz 1977; Georgescu-Roegen 1979) infolge des Berichtes des Club of Rome *Grenzen des Wachstums*. Allerdings wird *Décroissance* erst 2001 in Frankreich zu einem Aktivistenlogan, in Italien 2004 (*Decrescita*) und in Katalonien (Spanien) 2006 (*Decreixement* und *Decrecimiento*). Der englische Ausdruck *Degrowth* wurde im Rahmen der ersten *Degrowth*-Konferenz 2008 in Paris eingeführt, was den Zeitpunkt der Etablierung von *Degrowth* als wissenschaftlichem Forschungsbereich und als internationalem Thema der Zivilgesellschaft markiert.

Der Begriff *Décroissance* war in *Frankreich* schon lange etabliert, bevor er in intellektuellen Debatten und in sozialen Bewegungen eine Rolle spielte. Als Vordenker von *Degrowth* gelten unter anderen Jacques Ellul, François Partant und Bernard Charbonneau, ein Kreis entwicklungskritischer Intellektueller. Die soziale Bewegung startete in Lyon, wo eine aktive Bündelung von Umweltverbänden und sozialen Akteuren, insbesondere in der Croix-Rousse (einem bedeutenden Widerstandszentrum), stattfand, die gemeinsame Aktionen für autofreie Städte, Straßenmahlzeiten, Nahrungsmittelkooperativen, Anti-Werbung und so weiter organisierten.

Der eigentliche Diskurs zum Thema begann Anfang 2002 mit einer Sonderausgabe des ökologischen Magazins *Silence – Ecology, Alternatives and Non-violence*, herausgegeben von Vincent Cheynet und Bruno Clémentin. Im selben Jahr erfolgte die Konferenz *Défaire le Développement, refaire Le Monde* (Entwicklung rückgängig machen, die Welt neu erschaffen) bei der UNESCO in Paris und landete einen unerwarteten Erfolg. 2004 trat das Thema *Degrowth* in die öffentliche Debatte ein. Die Monatszeitschrift *La Décroissance, le journal de la joie de vivre* (*Degrowth*: Zeitschrift der Lebensfreude) erschien mit einer Auflage von derzeit 30.000 Exemplaren. Im selben Jahr unternahm ein Autor dieses Artikels, Aktivist und Forscher, für mehr als ein Jahr eine Reise mit einem Esel und machte die Idee durch zahlreiche öffentliche Debatten bekannt.

Seitdem wurden andere Märsche organisiert, eine Vielzahl lokaler *Degrowth*-Gruppen konstituierten sich. Diese Gruppen sind auf allen Ebenen aktiv (Opposition, Alternative, intellektuelle Debatten, öffentliche Verbreitung, politische Aktivitäten mit einem wichtigen Fokus auf den Graswurzelgruppen) ([www.decroissance.info](http://www.decroissance.info)). Es wurden ebenfalls Versuche unternommen, sich politisch mehr auf traditionelle Art einzusetzen, durch eine Partei oder politische Bewegungen, die jedoch relativ marginal blieben. Wie üblich in der französischen Tradition ist die intellektuelle Debatte sehr reich an Publikationen, wie z.B. seit 2006 mit der Zeitschrift *Entropia*, dessen bekanntester Autor Serge Latouche ist. Die Debatte über *Décroissance* hat einen Großteil der Bevölkerung erreicht. Die Leute haben davon gehört, da die Presse, einschließlich des Mainstreams, das Thema regelmäßig erwähnt.

Das *italienische Rete per la decrescita* (Netzwerk für *Degrowth*: [www.decrecita.it](http://www.decrecita.it)) wurde 2004 von einer Gruppe AktivistInnen und Intellektueller gegründet, die aus einem direkten Engagement in Bereichen wie solidarischer Ökonomie, Entwicklungskritik, Antiutilitarismus und Bioökonomie kommen. Führende Vertreter sind der Bioökonom Mauro Bonaiuti, die ehemalige Werbefachfrau und Aktivistin Dalma Domeneghini und der Soziologe Marco Deriu. Die Gruppe ist sowohl in der Theorieentwicklung als auch in der öffentlichen Verbreitung aktiv. Ihr größtes Anliegen ist eine kollektive Reflexion über die Komplexität soziokultureller Dynamiken und ihre Verbindung mit dem gegenwärtigen Produktions- und Konsumsystem. Seminare, Konferenzen und eine Sommerakademie werden regelmäßig organisiert, während verschiedene Bücher<sup>1</sup> und ein Bericht namens *La Decrescita* veröffent-

---

<sup>1</sup> Siehe zum Beispiel Mauro Bonaiuti (2011): *From Bioeconomics to Degrowth*.

licht wurden. Jenseits der *Rete per la decrescita* existiert auch die »Bewegung für ein glückliches *Degrowth*«, gegründet von Maurizio Palante. Diese ist vor allem in der Förderung guter Praxis aktiv.

Während die erste Gruppe einen komplexeren Diskurs vertritt, hat die zweite durch ihren leichter zugänglichen und zum Teil vereinfachten Diskursbeitrag eine größere Popularität erlangt. Eine Vielzahl von Gruppen schloss sich der Debatte an, von progressiven Katholiken bis hin zu Marxisten.<sup>2</sup> Weitere Gruppen verfolgen die ausdrückliche Absicht, in der parlamentarischen Politik Fuß zu fassen (wie kürzlich *Costituente ecologista* und *Uniti, ma diversi*). Andere wiederum, wie der innovative Vorschlag von *Rigenerazioni*, stehen für eine nicht parteipolitische Struktur.

In *Katalonien (Spanien)* fand die Bewegung ihren Anfang in Barcelona und seiner Region, Katalonien. Seit 2005 debattieren AktivistInnen über die Energiekrise und potenzielle Alternativen auf einem Internetforum ([www.crisisenergetica.org](http://www.crisisenergetica.org)). 2006 wurde das französische Buch *Objectif Décroissance* ins Katalanische übersetzt und die Umweltorganisation *Una sola terra* organisierte eine Konferenz mit dem Titel *Degrowth to save the planet*. 2007 wurde in Barcelona die Gruppe *Entesa pel decreixement* gegründet ([www.decreixement.net](http://www.decreixement.net)).

Viele ihrer AktivistInnen waren sowohl in der Antiglobalisierungsbewegung als auch im Umweltschutz, in pazifistischen und liberalistischen Kollektiven aktiv. 2008 führte ein Marsch mit Fahrrädern zur Schaffung des *Xarxa pel Decreixement* (Netzwerk für *Degrowth*), das den Diskurs und die Praxis von *Degrowth* in ganz Katalonien fördern soll. Etwa 300 Personen traten am Ende des Marsches zusammen und gründeten das Netzwerk, in dem sich heute unterschiedliche Gruppen engagieren.

Teils beeinflusst durch die linksliberale Bewegung mit Fokus auf Autonomie und Selbstverwaltung hat sich die katalanische Bewegung für *Degrowth* mit anderen sozialen Bewegungen und Aktionen auf antikapitalistischer Basis verbunden. Gleichzeitig gilt *Degrowth* schon immer auch als Grundlage für Gruppen, die sich mit Umweltkonflikten (Wasser, Energie, Infrastruktur oder Klimawandel), Agrarökologie, solidarischer Ökonomie, Ausbildung und Bewusstseinsbildung beschäftigen.<sup>3</sup> Das ehrgeizigste Projekt ist zurzeit die »Integrale Kooperative« (<http://>

---

<sup>2</sup> Siehe zum Beispiel das Essay *Marx and Degrowth* von Badiale und Bontempelli, 2010.

<sup>3</sup> Für einen kurzen Überblick bietet sich die Dokumentation *Homage to Catalonia II* (auf Englisch), [www.homenatgeacatalunyaii.org](http://www.homenatgeacatalunyaii.org), an.

cooperativa.ecoxarxes.cat/), in der eine lokale Währung, der *ECOS*, als Tauschmittel benutzt wird.

Die Bewegung ist auch in der Wissenschaft angekommen, unter anderem durch eine ForscherInnengruppe am Institut für Umweltwissenschaften und Technologie der Autonomen Universität Barcelona (einschließlich Joan Martínez Alier und Giorgios Kallis) oder Professoren wie Carlos Taibo und Joaquim Sempere.

Viele andere Gruppen sind jetzt in ganz Spanien aktiv ([www.decrecimiento.info](http://www.decrecimiento.info)). Es wird zurzeit der Versuch unternommen, diese untereinander zu verbinden. Einige traditionsreiche Organisationen der Zivilgesellschaft sind ebenfalls an Bord, wie etwa das wichtigste spanische Netzwerk für Umweltorganisationen *Ecologistas en Acción* ([www.ecologistasenaccion.org](http://www.ecologistasenaccion.org)), in Verbindung mit der Gewerkschaft CGT.

*Andere europäische Länder* haben ebenfalls aktive *Degrowth*-Bewegungen, insbesondere die frankophonen Teile von Belgien und der Schweiz. Die Bewegung breitet sich aus. In letzter Zeit lässt sich eine Verbreitung von Gruppen und Aktionen weltweit beobachten, von Puerto Rico bis Norwegen, von Mexiko bis Kanada. So organisierten z.B. am 6. Juni 2010 mehr als 50 Gruppen aus der ganzen Welt ein *Degrowth*-Picknick (<http://picnic4degrowth.net/>). Diese Initiative wurde nach der Barcelona-Konferenz mit dem Ziel gestartet, die internationale und lokale Ebene zu verknüpfen. Diese sehr erfolgreiche Aktion machte weltweit existierende Gruppen sichtbar und erleichterte somit die Entstehung neuer Gruppen.

## **Die intellektuellen Quellen: Warum Degrowth?**

Die theoretischen Hintergründe von *Degrowth* lassen sich in einer Vielzahl von Bereichen finden: Fabrice Flipo (2010) folgend sprechen wir von den Quellen von *Degrowth*. Aus anthropologischer Perspektive wurden Bedenken geäußert hinsichtlich der Kommodifizierung menschlicher Beziehungen, der kulturellen Uniformierung und der Entwicklungskritik, sowohl im Sinne von symbolischen als auch von soziohistorischen Phänomenen. Weitere Kritikpunkte betreffen den Sinn des Lebens unter der Annahme, dass nicht-materielle Austausch und »die Poesie des Lebens« fundamental sind. *Degrowth* fordert auch eine (direktere und partizipatorischere) Vertiefung und Ausweitung von Demokratie. Der Diskurs zur Ökologie ist eine selbstverständliche Quelle. Ausgehend von Georgescu-Roegen und der Ökologischen Ökonomie wird angenommen, dass *Degrowth* unvermeidlich ist (*peak oil* und *peak every-*

thing). Schließlich ist die Gerechtigkeitsperspektive ein Hauptanliegen bei den sozialen und ökonomischen Dimensionen von *Degrowth*. Weitere Quellen der Inspiration könnten erwähnt werden, wie (Öko-)Feminismus, politische Ökologie, Gewaltlosigkeit. Uns geht es hier vor allem darum, die Vielfalt der Argumente zu zeigen, auf die *Degrowth*-VerfechterInnen zurückgreifen, abhängig von ihrem jeweiligen sozio-historischen Kontext und ihrer politischen Erfahrung. Diese Vielfalt zeigt, dass *Degrowth* weit von einer Ideologie entfernt ist. Die Bewegung besteht nicht allein aus Ideen (oder Kultschriften), sondern vielmehr aus praktischen Aktionen, die wir im Folgenden darstellen.

### **Akteure: Wer unterstützt Degrowth?**

Zunächst ist *Degrowth* eine Idee, die in der Gesellschaft von vielen Leuten, sogar von Mainstream-Medien, diskutiert wird und die viel mehr Unterstützung bekommt, als vermutet wird. Hier gibt es eine Konstellation von Gruppen und Netzwerken, die explizit für *Degrowth* eintreten. PraktikerInnen, AktivistInnen und ForscherInnen agieren und interagieren dabei auf verschiedenen Ebenen.

In einigen Organisationen wie Gewerkschaften und politischen Bewegungen (oder Parteien) finden sich Minderheiten, die *Degrowth* aktiv unterstützen. Eine viel größere Gruppe von Individuen und Gruppen, die *Degrowth* als Horizont ihres Handelns verstehen, haben von Anfang an zur Verbreitung und Konzeptualisierung der Bewegung beigetragen. Darunter finden sich AktivistInnen in Bereichen wie Agrarökologie, Umweltgerechtigkeit, Umweltkonflikte und Verteidigung des Territoriums (z.B. gegen Infrastrukturvorhaben, Immobilienspekulation), Neo-rurals, kritischer Konsum, internationale Zusammenarbeit, solidarische Ökonomie, Lokalwährungen, Tauschringe, Ökodörfer, do-it-yourself, Zurückeroberung von Feldern und Straßen, alternative Verkehrsmittel (z.B. Fahrräder), städtische Gärten, Gewaltlosigkeit und Pazifismus, Anti-Werbung, präventive und alternative Medizin.

Dabei besteht ein großes Potenzial für Bündnisse. Die *Degrowth*-Bewegung interagiert im globalen Norden unter anderem mit Bewegungen wie *Transition-Town*, *Inclusive Democracy* und *Permakultur*, im globalen Süden beispielsweise mit Bewegungen wie *Buen Vivir*, *Environmentalism of the Poor*, *Crisis of civilizations* und *Via Campesina*.

## Komplementäre Strategien in der Degrowth-Bewegung

Die vielschichtige Natur unserer komplexen Gesellschaften zwingt die *Degrowth*-Bewegung, eine Vielfalt an Strategien zu verfolgen, ein Vorgehen, das innerhalb der Bewegung nicht unumstritten blieb. Es hat z.B. Auseinandersetzungen zwischen AktivistInnen mit Oppositionsstrategien, beispielsweise gegen Infrastrukturprojekte wie Autobahnen, Müllverbrennungsanlagen, Staudämme oder Kernkraftwerke, und jenen gegeben, die Alternativen vorschlugen (Fahrräder, Wiederverwendung, Sonnenkollektoren und so weiter).

Eine weitere Auseinandersetzung findet zwischen Akteuren auf nationaler und internationaler politischer Ebene und jenen, die den Aktionsfokus eher auf lokaler Ebene setzen, statt. So wird auch über die Bedeutung von individuellen und kollektiven Aktionen diskutiert.

Umstritten ist ebenfalls die Einstellung gegenüber existierenden Institutionen. Während die einen dafür plädieren, sie zu ersetzen (z.B. Finanzinstitutionen), sind andere davon überzeugt, dass Institutionen nur wenige Anpassungen benötigen und im Gegenteil verteidigt werden müssen (z.B. Sozialversicherung). Diskussionen innerhalb der Bewegung betreffen auch die Bedeutung und Prioritätszuweisung von Graswurzelinitiativen bzw. (basis)politischen Aktionen gegenüber theoretischer Analyse und inhaltlicher Kritik der »Wachstumsreligion«.

Die meisten, wenn nicht sogar alle Strategien lassen sich in jeder der erwähnten Quellen von *Degrowth* finden. Ein *Degrowth*-Ansatz, der Reduktionismus jeglicher Art vermeidet, würde die Vielfalt und die Komplementarität dieser Strategien (und Quellen) begrüßen. Trotzdem bleibt es Teil der Diskussion, wie viel von jeder benötigt wird.

### Widerstand: Finanzieller ziviler Ungehorsam

Am 17. September 2008 verkündete der katalanische *Degrowth*-Aktivist Enric Duran öffentlich, dass er Dutzende spanischer Banken »ausge-raubt« und um fast eine halbe Million Euro erleichtert habe. Dies sei Teil einer politischen Aktion mit dem Ziel gewesen, das – wie er es nannte – räuberische kapitalistische System anzuprangern. Mit dem Geld finanzierte er verschiedene antikapitalistische Bewegungen. Im Zeitraum von 2006 bis 2008 nahm Duran 68 gewerbliche und private Kredite von 39 Banken ohne jedwede Garantie oder Eigentum als Kreditsicherheit auf. Eines der finanzierten Projekte war die Zeitschrift *Crisis*, von der AktivistInnen 200.000 Kopien in ganz Katalonien verteilten. Die Zeitschrift informierte die Leute über verschiedene Probleme, wie etwa die Ener-

giekrise, die Geldschöpfung durch Kreditvergabe, die Verbindungen zwischen Banken, politischen Parteien und Medien. Sechs Monate später erschien das Magazin *Podemos! Vivir sin capitalismo* (Wir können! Leben ohne Kapitalismus) mit einer Ausgabe von 350.000 Exemplaren in ganz Spanien. Dabei ging es um konkrete Alternativen zu dem, was mit der ersten Veröffentlichung angeprangert wurde. Mit anderen Worten, *Crisis* war die Diagnose, *Podemos* der Ausblick.

### **Erste und zweite Internationale Konferenz über ökonomisches Degrowth**

Der Verein für *Research & Degrowth* (R&D) organisierte die erste wissenschaftliche Konferenz im April 2008 in Paris, an der über 140 WissenschaftlerInnen aller Disziplinen aus 30 Ländern teilnahmen. Die zweite Konferenz wurde zwei Jahre später in Barcelona mit 50 TeilnehmerInnen aus 50 Ländern organisiert ([www.degrowth.eu](http://www.degrowth.eu)). Zielsetzung war, WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen und AktivistInnen in einem gemeinsamen Forschungsnetzwerk zusammenzubringen. In den 30 eingesetzten Arbeitsgruppen wurden konkrete politische Vorschläge und Prioritätensetzungen für die Forschung in verschiedenen Bereichen (Geld, Arbeit, Infrastruktur, Werbung, natürliche Ressourcen, Wohnen und so weiter) diskutiert, artikuliert und entwickelt.

Durch den Einsatz von partizipativen Methoden wurde ein neues Modell zur Organisation von Konferenzen getestet – wissenschaftlich, jedoch unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Diese Begegnung ermöglichte die Einrichtung eines Informationsnetzes von Menschen, die sich aktiv für *Degrowth* und für den Wandel einsetzen. *Degrowth* wurde nun zum Thema zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, darunter im *Journal of Cleaner Production*. Für die Zukunft sind weitere Konferenzen geplant.

### **Öffentliche Verbreitung und Aktivismus: Der katalanische Marsch und Netzwerk**

Im Frühjahr 2008 führte ein dreimonatiger Fahrradmarsch durch ganz Katalonien. Bei verschiedenen öffentlichen Kundgebungen wurde über die Energiekrise und das Finanzsystem diskutiert. Der Dokumentarfilm *Money as debt* von Paul Grignon wurde regelmäßig gezeigt (noch bevor die Finanzkrise eintrat!). Außerdem wurden lokale Gruppen durch den Marsch kontaktiert, die mit *Degrowth* sympathisierten und ihn als Ausdrucksmöglichkeit nutzen konnten. Der Marsch endete mit einem Treffen von 350 Menschen aus ganz Katalonien. In 13 Arbeitsgruppen wurde über existierende und zukünftige Projekte diskutiert. Die Teil-

nehmerInnen formulierten die Absicht, in Kontakt zu bleiben, sich auszutauschen und zusammenzuarbeiten, so dass das Netzwerk *Xarxa pel Decreixement* gegründet wurde. Zwei Jahre später befindet sich das Netzwerk in einem Prozess der Selbstevaluation.

Die Ziele des Netzwerks sind, ein Treff-, Austausch- und kollektives Aktionszentrum zu werden, lokale Gruppen zu stärken, Synergien zwischen den Netzwerkknoten zu schaffen sowie den *Degrowth*-Diskurs und seine Praktiken zu fördern. Durch die netzwerkartige Organisation können Ressourcen gemeinsam genutzt werden, wie etwa Internetseiten. Andererseits hat das Netzwerk eine komplexe Struktur und muss mit Schwierigkeiten in der Organisation und Koordination von Knotenpunkten sowie mit Defiziten bei spezifischen Diskussionen fertigwerden. Jede Gruppe im Netzwerk hat Entscheidungsautonomie, so dass es eine Vielfalt von Strategien und Aktivitäten, jedoch auch einen Mangel an allgemeinen langfristigen Strategien gibt. Das Netzwerk ist zu einer Werkstatt für Projekte wie ergänzende Währungen, Aktionsgruppen im Bereich der *inclusive democracy* oder die »integrale Kooperative« geworden.

### **Alternativen: Suffizienz, solidarische Ökonomie und die »Integrale Kooperative«**

Einer der Slogans im *Degrowth*-Diskurs lautet »besser leben mit weniger«, das heißt freiwillige Selbstbeschränkung (Mongeau 1985) und Verlangsamung des Lebenstempos. Dabei geht es aber auch um andere Produktions- und Tauschformen. Einige *Degrowth*-Verfechter sind Marktbefürworter, sofern Märkte lokal und in gesellschaftliche Institutionen eingebettet sind, die sie kontrollieren (z.B. die italienischen RES, Netzwerke solidarischer Ökonomie).

Die »Integrale Kooperative« in Katalonien ist ein Projekt, das sowohl ökonomische als auch politische Selbstverwaltung durch egalitäre Teilnahme der Mitglieder in die Praxis umsetzt. »Integral« (ganzheitlich, integriert) ist sie zweifach, erstens, weil sie darauf abzielt, alle grundlegenden wirtschaftlichen Aspekte wie Produktion, Verbrauch, Finanzierung und eigene Währung einzubeziehen, zweitens, weil sie beabsichtigt, alle Tätigkeitsfelder, die wesentlich fürs Leben sind, zu integrieren. Sie wird als eine Übergangsinitiative hin zu einer Lebensweise angesehen, für die weder Banken noch Staaten notwendig sind.

## Schlussfolgerung

Das Wachstumsparadigma ist ein etablierter Aberglaube, der angefochten werden muss, weil er sonst politisches Handeln auf allen Ebenen blockiert. Ökologische und soziale Alternativen werden unmöglich bleiben, solange Wachstum die Religion unserer Gesellschaft ist.

Es ist gerade die Verschiedenartigkeit ihrer Natur, die die Neuheit der *Degrowth*-Bewegung ausmacht. Das *Degrowth*-Konzept bildet die Schnittstelle zwischen verschiedenen theoretischen Ansätzen: Jede von diesen intellektuellen Quellen führt einander ergänzende Gründe an, das Wachstumsparadigma anzufechten. Wenn es aufs Handeln ankommt, weist die *Degrowth*-Bewegung ebenfalls zahlreiche Strategien (Opposition, Alternativen, Forschung und Verbreitung, politische Aktionen und so weiter) in einer Vielfalt von komplementären Handlungsfeldern auf.

Die Gefahr des Reduktionismus stellt *Degrowth* vor eine große Herausforderung. Selbst wenn es einigen Leuten attraktiver erscheinen mag, eine Ideologie mit einfachen Handlungsleitlinien zu haben, haben wir triftige Gründe, diesen Weg zu vermeiden. Erstens, weil er nicht der Wirklichkeit von *Degrowth* (oder vom Wachstum) entspricht. Zweitens, weil der ideologische Reduktionismus vergangene Bewegungen entweder hat scheitern lassen, denn sie blieben deswegen bloß marginal, oder indem er Ungeheuer erschuf (vgl. UdSSR). Wir sollten uns vielmehr um ein Verständnis für komplementäre Ansätze bemühen, anstatt in endlose negative Konflikte oder in den »Narzissmus der kleinen Unterschiede« zu fallen. Da diverse Ansätze und Lösungsvorschläge sich ergänzen, führt die Konzentration auf nur einen Aspekt zum Misserfolg. So ist das alleinige Fokussieren auf freiwillige Selbstbeschränkung oder auf bloße Theoriearbeit oder wiederum auf die Kritik ökonomischer Strukturen zum Scheitern verurteilt. Beispielsweise würde eine Fokussierung auf Konsumreduzierung zur Überproduktion führen, während bloße Produktionsverringerung wiederum Knappheit zur Folge hätte. Die Vernachlässigung der Verteilungsfrage würde gegen einen der wichtigsten Gründe für *Degrowth* sprechen. Wenn stattdessen verschiedene isolierte Forderungen in ein kohärentes Ganzes integriert werden (wie bei der Barcelona-Erklärung), bleibt die Debatte lebendig.

Der Schlüssel zum Erfolg der *Degrowth*-Bewegung wird sicher die Fähigkeit sein, die Diskussion über wichtige Themen am Laufen zu halten und dabei verschiedene Strategien erfolgreich zu kombinieren. Dieser Weg ist jedoch nicht ungefährlich. So besteht das Risiko einer Rückfüh-

rung in den Kapitalismus, in dessen Zuge die *Degrowth*-Idee vergessen würde, wie es mit dem »grünen Konsum« auch geschehen ist. Bis jetzt hat *Degrowth* eine bemerkenswerte Stärke darin gezeigt, diese Rückführung zu verhindern.

Eine weitere Gefahr besteht in der Entstehung eines neuen fremdbestimmten Ungeheuers, bei dem ein strikter Top-Down-Plan für *Degrowth* verfolgt wird (eine Art UdSSR, diesmal für *Degrowth*). Daher ist es unentbehrlich, dass die Bewegung sich weiterhin stark für eine deliberative Demokratie engagiert. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die in sich differenzierte und doch ganzheitliche gesellschaftliche Vision, mit der die Forderung eines Umdenkens, eines Wandels in unserer symbolischen Vorstellungskraft einhergeht, zugunsten von einer Aufspaltung in verschlossenen Lokalgemeinden verlorenggeht, die nicht in der Lage sind, den Verbrauch von weniger Ressourcen zu koordinieren bzw. zu teilen.

Der *Degrowth*-Pfad, den wir vorschlagen, geht gerade in die entgegengesetzte Richtung. Es geht nämlich darum, Intoleranz zwischen Menschen, Nationen und Kulturen durch die Vermeidung von reduktionistischen Ansätzen zu verhindern. *Degrowth* steht für offene Gemeinschaften und für gegenseitige Verständigung auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene sowie für ein radikales Umdenken im Sinne von Teilen und Miteinander.

## Literatur & Links

Federico Demaria und François Schneider sind beteiligt an der Homepage *Research & Degrowth* ([www.degrowth.net](http://www.degrowth.net)), Andrea Calsamiglia und Laura Blanco an *Entesa pel Decreixement* ([www.decreixement.net](http://www.decreixement.net)) und Dalma Domeneghini an der Webseite *Rete per la Decrescita* ([www.decrecita.it](http://www.decrecita.it)).

Amar, André (1976): *Les cahiers de la Nef*.

Bayon, Denis/Flipo, Fabrice/Schneider, François (2010): *La décroissance, 10 questions pour comprendre et en débattre*.

Bernard, Michel/Cheyne, Vincent/Clémentin, Bruno (Hrsg.) (2003): *Objectif décroissance*, Lyon.

Flipo, Fabrice (2007): *Voyage dans la galaxie décroissante*, in: *Mouvements*, 50/2, S. 143-151.

Flipo, Fabrice/Schneider, François (Hrsg.) (2008): *Proceedings of the First Conference for Ecological Sustainability and Social Equity, Research & Degrowth*, Telecom Sud-Paris. <http://events.it-sudparis.eu/degrowthconference/en/> (Zugriff 3.3.2011)

Georgescu-Roegen, Nicholas (1979): *Demain la décroissance: entropie-écologie-économie*, Lausanne.

Gorz, André (1977): *Écologie et liberté*, Galilée.

Mongeau, Serge (1985): *La simplicité volontaire*, Montréal.

Schneider, François/Sekulova, Filka/Rijnhout, Linda (2010): Die Degrowth-Bewegung. Ein Blumenstrauß von Strategien, in: *Nach dem Wachstum, Politische Ökologie*, 121.

Schneider, François/Kallis, Giorgios/Martinez-Alier, Joan (2010): Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue, in: *Journal of Cleaner Production*, 18/6, S. 511-518.

Alberto Acosta  
**Buen Vivir auf dem Weg  
in die Post-Entwicklung**  
Ein globales Konzept?

**Das »Buen Vivir« vom sozialen Rand der globalen Peripherie<sup>1</sup>**

Das *Buen Vivir* (gutes Leben) ist kein neues oder eigenes Konzept, das in den Andenländern während der politischen Prozesse zu Beginn des 21. Jahrhunderts entstand, sondern Teil einer langen Suche nach Alternativen, der aus den Volkskämpfen, vor allem jener der indigenen Völker, hervorgegangen ist.

*Buen Vivir* bietet eine Gelegenheit, gemeinsam eine neue Lebensweise zu gestalten. Es ist ein wichtiger qualitativer Schritt zur Dekonstruktion der traditionellen Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung. Auch über die Dekonstruktion hinaus ist es eine komplexe Vision mit reichem Inhalt. Zentral ist die Infragestellung des herrschenden Entwicklungskonzeptes. Vielfältige Vorschläge beziehen Faktoren in- und außerhalb der Andenländer und die Perspektive der historisch marginalisierten (indigenen) Bevölkerungsgruppen mit ein. So ermöglicht *Buen Vivir* oder *sumak kausay* (in Quechua) den Blick auf eine andere Gesellschaft, die auf dem Zusammenleben der Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur und auf der Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen Werte der Andenregion und der ganzen Welt beruht.

Mit diesem Verständnis des *Buen Vivir* werden die Begrenztheiten und Fehler der verschiedenen Entwicklungstheorien sichtbar. Es festigt die Kritik am Konzept der Entwicklung an sich – einer Entwicklung, die das Leben eines Großteils der Menschheit lenkt und beherrscht, dem es gleichzeitig perverserweise unmöglich ist, an dieser sehnsüchtig erwarteten Entwicklung erfolgreich teilzuhaben. Wir sehen eine weit verbreitete Entwicklung zum Schlechten, auch in Ländern, die als entwickelt bezeichnet werden. José María Tortosa (2001) erinnert daran, dass »der Lauf der heutigen Welt als ›Fehlentwicklung‹ zu bezeichnen

---

<sup>1</sup> Der Text wurde übersetzt von Birgit Hollenbach und erscheint hier in einer gekürzten Version.

ist... Der Grund ist leicht zu verstehen: Es ist ein auf Effizienz basierendes System mit dem Ziel, Ergebnisse zu maximieren, Kosten zu senken und eine endlose Akkumulation des Kapitals zu erreichen... Mit anderen Worten: Die Fehlentwicklung des globalen Systems ergibt sich aus seiner eigenen Logik, und auf diese Logik müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken.«

Ist es überhaupt möglich und realistisch, eine andere Gesellschaftsordnung innerhalb des Kapitalismus zu entwickeln, in der Menschenrechte und die Rechte der Natur gültig sind? Nein, mit der bloßen Annahme von *Buen Vivir* als einer Möglichkeit der gesellschaftlichen Ordnung wird das System nicht überwunden werden, welches im Wesentlichen eine Zivilisation der Ungleichheit darstellt.

## **Das Buen Vivir in der indigenen Philosophie**

Um zu verstehen, was das *Buen Vivir* beinhaltet, müssen wir uns auf die Weltanschauung der indigenen Nationalitäten und Völker zurückbesinnen. Dieser anerkennende Rückblick schließt weder eine Modernisierung der Gesellschaft noch wichtige technologische Fortschritte aus. Bedeutende Denkbeiträge der Menschheit stehen im Einklang mit dem Aufbau einer harmonischen Welt und der Philosophie des *Buen Vivir*. Ein fortlaufender und konstruktiver Dialog des traditionellen Wissens und der traditionellen Kenntnisse mit dem neuesten universellen Gedankengut wird in einem fortwährenden Prozess der Entkolonialisierung der Gesellschaft dienen.

Die indigene Weltanschauung kennt keine Entwicklung als linearen Prozess mit einem Ausgangs- und einem Endzustand oder eine Unterentwicklung, die es zu überwinden gilt. Die Dichotomie der westlichen Auffassung, wo Entwicklung einen Bruch mit sozialen Beziehungen und der Harmonie mit der Natur verlangt, ist nicht vorhanden. Für die indigenen Völker existiert weder der herkömmliche Begriff der Armut als Mangel an materiellen Gütern noch der des Reichtums als Übermaß derselben.

In der indigenen Weltanschauung ist der soziale Fortschritt durch permanente Konstruktion und Reproduktion gekennzeichnet. Es geht um das Leben an sich. Materielle Güter sind nicht die einzigen bestimmenden Faktoren für das *Buen Vivir*; andere Werte sind Wissen, soziale und kulturelle Anerkennung, ethische und auch spirituelle Verhaltenskodizes, menschliche Werte oder Zukunftsvorstellungen. Das *Buen Vivir* ist Bestandteil der Lebensphilosophie der alten indigenen Gesell-

schaften, hat jedoch im Gefolge der westlichen Moderne und ihrer »Kolonialität der Macht« (Quijano 2001) an Boden verloren. Ohne falsche Idealisierung der indigenen Lebensweise sind wir eingeladen, andere Weisheiten und Praktiken anzunehmen, in diesem Fall die der traditionell marginalisierten Nationalitäten und Völker.

## **Das *Buen Vivir* in der globalen Debatte**

Das *Buen Vivir* als Konzept stellt den westlichen Wohlstandsgedanken infrage und birgt eine Kampfansage an die Kolonialität der Macht. Dabei ist die Anden-Vision nicht die einzige Inspirationsquelle. Auch aus Kreisen der westlichen Kultur haben sich schon vor langer Zeit viele Stimmen erhoben, welche die indigene Vision ergänzen bzw. vice versa. Das Konzept des *Buen Vivir* hat nicht nur eine historische Verankerung in der indigenen Welt, es beruht auch auf einigen allgemeinen philosophischen Prinzipien wie denen von Aristoteles oder Marx bzw. auf ökologischen, feministischen, kooperativen und humanistischen Sichtweisen.

Darüber hinaus wird die allgemeine Unmöglichkeit eines einzigen vorherrschenden Lebensstils allmählich weltweit begriffen. Das *Buen Vivir* ist auch eine Diskussionsplattform für dringend notwendige Antworten auf die verheerenden Auswirkungen des globalen Klimawandels. Unendliches materielles Wachstum könnte in einem kollektiven Selbstmord enden, wie es die steigende Erderwärmung oder die Zerstörung der Ozonschicht, der Verlust von Süßwasserquellen, die Abnahme landwirtschaftlicher und natürlicher Biodiversität, die Degradierung der Böden oder das beschleunigte Verschwinden von Lebensräumen lokaler Gemeinschaften schon anzukündigen scheinen. In diesem Sinne kann man sogar von der »Weltrevolution des *Buen Vivir*« sprechen (Prada Alcoreza 2010).

Materielles Wachstum ist daher nicht der einzige zu betrachtende Punkt. Weltweit gesehen hat die (falsche!) Auffassung von Wachstum, die von unerschöpflichen natürlichen Ressourcen ausgeht und einen endlos aufnahmefähigen Markt voraussetzt, zu keinerlei Entwicklung geführt und wird es auch in Zukunft nicht. Aber darüber hinaus erreicht ein Großteil der Weltbevölkerung keinen materiellen Wohlstand, und dies wirkt sich auf die Sicherheit, die Freiheit und die Identität der Menschen aus. Wie im Mittelalter ein Großteil der Bevölkerung strukturell vom Fortschritt ausgeschlossen war, so ist auch heute die Mehrheit von den Privilegien des Fortschritts ausgeschlossen. Die-

ser Teil hat in vielen Fällen noch nicht einmal das Privileg, ausgebeutet zu werden. Die Menschen im tiefsten Mittelalter hatten keine Zeit zum Nachdenken, da ihr eigenes Überleben ständig durch Krankheiten wie die Pest, Unterernährung, Zwangsarbeit und Misshandlungen durch Feudalherren sowie durch endlose Kriege bedroht war. Diese Übel sind für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung unverändert vorhanden. Konsumismus und eine entfremdende Informationsflut scheinen, alles noch zu verschlimmern, und vermindern die Kritikfähigkeit der Menschen. Bestimmte Konsumgewohnheiten verbreiten sich und nähren die kollektive Vorstellung, auch diejenigen ohne finanzielle Mittel zu Gefangenen des Konsums zu machen. Wie die mittelalterlichen Inquisitoren klammern auch die heutigen Massenmedien aus, was nicht sein darf, indem sie keinen Raum zur Veröffentlichung bieten.

Für diese Fehlentwicklung sind die Regierungen und transnationalen Konzerne der Industrieländer verantwortlich, ebenso wie die herrschenden nationalen Eliten in den Entwicklungsländern (die typisch sind für das kapitalistische System). Die große Komplexität der Verhältnisse kann aber nicht mit monokausalen Ansätzen erklärt werden.

Das Bewusstsein für biophysikalische Grenzen wächst zunehmend und viele große Denker haben zur Analyse ein breites Spektrum an Visionen, Erfahrungen und Vorschlägen aus der ganzen Welt herangezogen. Wir dürfen nicht in die Konzeptfallen der »nachhaltigen Entwicklung« oder des »grünen Kapitalismus« gehen, die den Vermögenszuwachs, das heißt den Kapitalismus, unangetastet lassen. Das Leben des Menschen in der Gesellschaft und seine Beziehung zur Natur müssen neu geregelt werden. Die Suche nach einer anderen Lebensweise erfordert eine neue politische Debatte, die nicht auf rein wirtschaftliche Ziele und Mittel ausgerichtet ist. Die Problemlösung liegt in einem multidisziplinären Ansatz. Die Diskussion über das *Buen Vivir* sollte nicht auf die Andenrealität beschränkt bleiben.

## **Die Natur im Mittelpunkt der Debatte**

Die mechanische und endlose Ansammlung materieller Güter oder der »anthropozentrische Utilitarismus, der den Umgang mit der Natur prägt« (Eduardo Gudynas), hat keine Zukunft. Die Ideologie hinter dem herkömmlichen Fortschrittsbegriff stützt eine Lebensweise, die immer deutlicher an ihre Grenzen stößt. Natürliche Ressourcen dürfen im Wirtschaftswachstum nicht verbraucht, noch sollten sie als ein simpler Bestandteil der Entwicklungspolitik betrachtet werden. Öko-

logische Wirtschaftsformen beweisen dies und beginnen, sich weltweit zu etablieren. Der Mensch verwirklicht sich zusammen mit und für andere Menschen. Er sollte nicht versuchen, die Natur zu beherrschen. Die Menschheit existiert nicht außerhalb der Natur, sondern sie ist ein Teil von ihr.

Die alte Angst vor der Unberechenbarkeit der Natur mündete in den verzweifelten Versuch, die Naturgewalten beherrschen zu wollen. Der Mensch sah sich außerhalb der Natur und machte so die Unterwerfung und Manipulation der Natur erst möglich, was sich mit der schicksalhaften Durchtrennung des gordischen Knotens des Lebens vergleichen lässt. Die Natur galt als Quelle für scheinbar unbegrenzten Handel und Geschäfte. Bei der Eroberung und Kolonisierung Amerikas führte die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zum Genozid an der indigenen Bevölkerung und zur Verschleppung von Afrikanern als Sklaven, die dem entstehenden globalen Markt einverleibt wurden. Von da an wurden die Rohstoffförderung und der Export der kolonialen Naturprodukte zielbewusst zur Kapitalakkumulation in den Metropolen verwendet.

Die Unabhängigkeit von Spanien änderte die Herrschaftsvision über die Natur nicht und das gilt auch für die als fortschrittlich geltenden Regierungen der Region. Die Natur wird als Kapital angesehen, das kontrolliert und ausgebeutet, als Ware betrachtet werden kann. Rohstoffförderung soll weiterhin zur Entwicklung führen. Diese veraltete Betrachtungsweise einer strikten Trennung von Wirtschaft und Natur übersieht die biophysikalischen Grenzen des menschlichen Handelns. Eine anthropozentrische, durch die Forderung nach Kapitalakkumulation geprägte Lebensweise lässt uns schnell an diese Grenzen kommen.

Statt die Trennung zwischen Mensch und Natur beizubehalten, sollte der Versuch einer erneuten Bindung des gordischen Knotens unternommen werden. Für einen zivilisatorischen Wandel muss die Natur aus der Warenform befreit werden. Wirtschaftliche Ziele sollten der Funktionsweise natürlicher Systeme untergeordnet werden, ohne dabei die Achtung der Menschenwürde und die Verbesserung der Lebensqualität aus den Augen zu verlieren. Hierfür ist wirtschaftliches Wachstum weder Mittel noch Zweck.

Der Natur Rechte einzuräumen (wie in der Verfassung von Ecuador geschehen) bedeutet, ihren Status vom Objekt zum Subjekt zu verändern. In der Rechtsgeschichte wurde jede Erweiterung von Rechten zunächst als undenkbar bezeichnet. Die Gleichstellung von Sklaven oder die Ausweitung von Rechten auf Afroamerikaner, Frauen und Kinder

wurden einst als absurd angesehen und zurückgewiesen. Bei den Rechten der Natur ist das »Recht auf Existenz« der entscheidende Punkt, der vom Menschen selbst eingehalten werden muss.

Die Gültigkeit der Rechte der Natur fordert tiefgreifende Veränderungen. Gudynas drückt sich in dieser Hinsicht klar aus: Unsere anthropozentrische Sichtweise muss sich zu einer biozentrischen wandeln, wobei wir wohl besser von einer sozio-biozentristischen Perspektive sprechen sollten. Dafür müssen Gesellschaft und Wirtschaft so organisiert werden, dass die Integrität der natürlichen Prozesse gewährleistet bleibt, der Fluss von Energie und Materialien in der Biosphäre garantiert ist und die Biodiversität auf unserem Planeten bewahrt wird. Unter Berücksichtigung all dieser Punkte wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Bewohner des Planeten angestrebt.

## **Der Aufbau einer solidarischen Wirtschaft**

Das Wirtschaftssystem des *Buen Vivir* erkennt der Solidarität eine zentrale Rolle zu. Unser derzeitiges Wirtschaftssystem indes ermutigt eher zu einer Art wirtschaftlichem Kannibalismus und fördert die Finanzspekulation. Von zentraler und ausschlaggebender Bedeutung für die Wirtschaft ist der Mensch. Die Sicherung und Anerkennung von Arbeit steht im Vordergrund. In diesem Sinne gilt es, jegliche Form von prekären Beschäftigungsverhältnissen zu verhindern. Die Nichtbeachtung von Arbeitsnormen muss geahndet und bestraft werden können. Im *Buen Vivir* ist die Arbeitswelt bzw. die Arbeitsökonomie wesentlicher Teil der solidarischen Wirtschaft. Daher wird die gleichberechtigte Anerkennung aller produktiven und reproduktiven Arbeitsformen angestrebt.

Dieser Ansatz wirkt sich auch auf Themen wie Eingliederung und Nichtdiskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter und reproduktive Rechte am Arbeitsplatz aus. So wird die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen nicht einfach nur wahrgenommen, sondern bekommt einen eigenen Fokus. Magdalena León (2008) weist darauf hin, dass »die Anerkennung aller Formen von Arbeit und ihres produktiven Charakters eine historische Gerechtigkeit für Bereiche, Menschen und Gemeinschaften darstellt, die ihres wirtschaftlichen Status und ihrer jeweiligen Rechte beraubt wurden«.

Wenn Arbeit nun gleichzeitig ein Recht und eine soziale Pflicht in der vom *Buen Vivir* angestrebten Gesellschaft ist, dann kann Arbeitslosigkeit nicht toleriert werden. Die Herausforderung besteht darin, menschliche Arbeit nicht einfach zur Produktionssteigerung zu nut-

zen, sondern sie für ein besseres Leben einzusetzen. In der richtigen Reihenfolge trägt die Arbeit so zur Würde des Einzelnen bei. Hierhin gehört auch die Verteilung der immer knapper werdenden Beschäftigung, die zweifelsohne an die Bildung einer neuen Wirtschaftsordnung gebunden ist.

Das *Buen Vivir* hinterfragt die bestehende Lebensweise der Elite, die als (unerreichbare) Orientierung für den Großteil der Bevölkerung dient. Eine auf wirklicher Gerechtigkeit beruhende Arbeitszeitverkürzung und -verteilung muss in die Wege geleitet werden sowie eine gemeinsame Neudefinition von Werten und existenziellen Bedürfnissen des Menschen erfolgen. Früher oder später müssen wir einem Sättigungszustand Priorität einräumen, der durch das vorgegeben wird, was wirklich gebraucht wird.

Es geht nicht nur darum, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verhindern, indem die kostenlose Mehrarbeit beendet wird. Das ganze Leben muss gegen die anthropozentrisch ausgerichtete Organisation der Produktion verteidigt werden. Sie ist der Auslöser für die Zerstörung des Planeten durch Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt. »Das Volk erhebt sich jetzt gegen den Kapitalismus; der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus ist zum Kampf der Menschheit gegen den Kapitalismus geworden.« (Prada Alcoreza 2010)

Dieser Kampf sollte auf alle Produktionsformen ausgeweitet werden, welche die materielle Basis des Kapitalismus ausmachen, wie z.B. die Rohstoffförderung. Sich nur auf die globalen Herausforderungen zu konzentrieren und die lokalen Gegebenheiten beiseitezuschieben oder zu leugnen ist ein Fehler, der schreckliche Folgen haben kann. Die rohstoffproduzierenden und -exportierenden Länder sind auch Teil der globalen kapitalistischen Akkumulation und damit Mitverursacher der globalen Umweltprobleme. Die Rohstoffförderung ist letztlich nicht kompatibel mit dem *Buen Vivir*, nicht nur weil sie die Ausbeutung der Natur bedeutet, sondern auch weil sie die Ausbeutung von Arbeitskräften unterstützt.

## ***Buen Vivir* für alle, nicht dolce vita für wenige**

Es ist nicht tragbar, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung ein unbeschwertes Leben führt, während die Mehrheit sich damit abfinden muss, die dominante Sonderstellung dieser privilegierten Gruppe zu erhalten. Hier gewinnt die Vision an Form, die uns sagt, dass nicht so sehr die Dinge zählen, die der Mensch im Laufe seines Lebens produzieren

kann, sondern die fragt, was die Dinge für das Leben des Menschen tun können. Dies ist ein zentraler Punkt für den Aufbau einer anderen Gesellschaft.

Dieser Lebensentwurf erfordert natürlich eine grundlegende Umverteilung des in wenigen Händen angehäuften Reichtums. Diejenigen, die wenig oder gar nichts haben, sollten mit einem Minimum versorgt werden, das ihnen ein menschenwürdiges Leben garantiert. Es geht hier um ein Leben ohne Not, ohne Diskriminierung, mit einem Minimum an notwendigen Dingen und ohne diese als absolutes Ziel anzusehen. Eine neue Gesellschaft ohne Elend impliziert überdies das Fehlen von Überfluss, welcher das Elend erst verursacht hat.

Um dies zu erreichen, müssen sich neue Konsummuster entwickeln, die im Einklang mit der Befriedigung der existenziellen Grundbedürfnisse und Werte stehen. Es geht nicht um eine unaufhörlich wachsende Produktion materieller Güter, sondern um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen im Einklang mit der Natur. Die Bedeutung des *Buen Vivir* geht jedoch über die bloße Befriedigung von Bedürfnissen und den Zugang zu Dienstleistungen und Gütern hinaus.

Daher ist das in der westlichen Welt geschaffene Entwicklungskonzept unangebracht und höchst gefährlich. Diesem Modell liegt nicht Wohlstand für alle zugrunde; die Menschheit selbst bringt sich durch die Schädigung des globalen ökologischen Gleichgewichts in eine lebensgefährliche Lage. Aus dieser Perspektive ist das viel bemühte Konzept der nachhaltigen Entwicklung höchstens als Übergangsphase anzusehen. Das Ziel ist ein vom Kapitalismus abweichendes System, das Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit und natürlich auch die ökologische Nachhaltigkeit in sich vereint.

Das *Buen Vivir* will das individuelle und kollektive Potenzial entdecken und fördern. Der Mensch soll sich selbst entwickeln können und nicht entwickelt werden. Eine Grundvoraussetzung hierfür sind gleiche Wahlmöglichkeiten für jede und jeden, auch wenn nicht alle über die gleichen Mittel verfügen. Der Staat ist für die Korrektur der Marktfehler verantwortlich und sollte den Wandel in den notwendigen Bereichen vorantreiben. Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit sind Weg und Ziel der neuen Gesellschaftsform des *Buen Vivir*.

Gerechtigkeit sollte aus einem dynamischen und solidarischen Prozess hervorgehen. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten müssen in allen Bereichen des menschlichen Lebens verringert werden, speziell auf wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ethnischer Ebene, regional sowie generationen- und geschlechterübergreifend. Wir sprechen hier von einer globalen Herausforderung, die verschiedene Ideen zu verwirk-

lichen hat: die universelle Staatsbürgerschaft, die freie Beweglichkeit aller Erdenbürger und die Abschaffung des Ausländerstatus als wichtige Voraussetzung für die Beendigung der ungleichen Beziehungen zwischen den Ländern, vor allem zwischen Nord und Süd.

Die Umverteilung ist kein Selbstzweck. Es gilt, sozioökonomische Gleichheit in eine Stärkung des Produktionsapparates und eine kulturelle Revitalisierung der Gesellschaft zu verwandeln. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten münden letztendlich in der Verletzung der Menschenrechte, untergraben die Fundamente der Demokratie und stören das ökologische Gleichgewicht. Hierdurch verschärfen sich wiederum die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die erst aus der Verletzung dieser Rechte hervorgegangen sind. Nur durch eine gerechte Gestaltung der Einkommensniveaus und eine Verteilung des nationalen Reichtums kann die Entstehung dynamischer Märkte gefördert werden, die zum Wirtschaftswachstum beitragen, ohne dass Wachstumsförderung oberstes Ziel wäre.

Der Begriff des Wirtschaftswachstums muss an einem geeigneten Maßstab gemessen werden. Wirtschaftliches Wachstum ist nicht gleichbedeutend mit Entwicklung. In diesem Zusammenhang können auch die Theorien eines negativen Wachstums oder eines Wachstumsstillstands genannt werden. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass Wachstum und Gerechtigkeit nicht zwangsläufig zusammenhängen, ebenso wenig wie Wachstum und Demokratie.

Eine Umverteilung zugunsten der Armen und Ausgegrenzten und zulasten der übermäßigen Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen weniger wird die notwendige Reduzierung von Armut und Ungleichheit, die Erweiterung der Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte möglich machen. Es geht um die Beseitigung von Armut und Überfluss gleichermaßen.

Umverteilung ist keine leichte Aufgabe. Diejenigen, die alles haben, wollen immer mehr und werden ihre Privilegien nicht einfach aufgeben. Mit Hilfe von zukunftsfähigen politischen und strategischen Maßnahmen muss so viel Raum wie nötig für eine gegenhegemoniale Macht entstehen. Dies bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Kräfte, die von kapitalistischer Ausbeutung betroffen sind. Wenn der Kampf erst die ganze Gesellschaft erfasst hat, gibt es keinen Platz mehr für avantgardistische Gruppen, die privilegierte Führungspositionen einnehmen. Diese Aufgabe kann nicht ausschließlich auf nationaler Ebene gelöst werden. Das *Buen Vivir* erfordert ein Handeln auf allen strategischen Ebenen: auf örtlicher, lokaler und regionaler Ebene, ohne dabei jedoch die globale Basis außer Acht zu lassen.

Ohne eine egalitäre und gerechtere Gesellschaft funktionieren weder die Wirtschaft noch die Märkte. Es wäre sogar unmöglich, eine Demokratie zu errichten. Und ohne Gerechtigkeit wäre es nicht denkbar, die aktuelle Umweltzerstörung aufzuhalten. Ungerechtigkeit und Ungleichheit beeinträchtigen und verhindern systematisch die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit. Das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen muss verändert werden und den BürgerInnen echte Souveränität eingeräumt werden, die sie als Individuen nutzen, um miteinander und in Einklang mit der Natur zu leben.

Das Konzept der Post-Entwicklung wird im *Buen Vivir* aufgegriffen. Beginnen wir damit, die so genannte Magie des Fortschritts infrage zu stellen, um eine eigene Umverteilung seiner Früchte zu erreichen und mit der Demokratisierung der Gesellschaft zu beginnen. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf ein würdevolles Leben.

Die angestrebte Harmonie wird keinem friedvollen Paradies gleichen. Es wird immer Widersprüche und Spannungen in der Gesellschaft und in ihrer Beziehung zu ihrer natürlichen Umwelt geben. Auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft gilt es, Enttäuschungen zu überwinden und zu Alternativen zu gelangen, welche Lebensbedingungen der benachteiligten Mehrheit verbessern. Hierdurch sollte diese befähigt werden, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die die historische Bedeutung des *Buen Vivir* erkannt haben und mit aufbauen wollen, sollten gemeinsam an ihren Erwartungen arbeiten.

## Literatur

- Acosta, Alberto (2009): La maldición de la abundancia, CEP, Swissaid y Abya-Yala.
- Acosta, Alberto (2011): El Buen Vivir en el camino del post-desarrollo: Una lectura desde la Constitución de Montecristi. [www.rebellion.org/docs/118561.pdf](http://www.rebellion.org/docs/118561.pdf) (Zugriff 3.3.2011).
- Gudynas, Eduardo (2009a): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual, en varios autores. Extractivismo, Política y Sociedad, CAAP, CLAES y Fundación Rosa Luxemburg, Quito.
- Gudynas, Eduardo (2009b): El mandato ecológico – Derechos de la naturaleza y políticas ambientales en la nueva Constitución, Quito.
- Gudynas, Eduardo (2010): Si eres tan progresista ¿por qué destruyes la naturaleza? Neoextractivismo, izquierda y alternativas, in: Ecuador Debate, 79, CAAP, Quito.
- Gudynas, Eduardo/Acosta, Alberto (2011): El Buen Vivir o la disolución de la idea del progreso, in: Rojas, M. (Hrsg.): La Medición del Progreso de las Sociedades: Propuestas desde América latina, Foro Consultivo Científico y Tecnológico, México D.F.

- León, Magdalena (2008): El »buen vivir«: objetivo y camino para otro modelo, in: La Tendencia, Quito.
- Prada Alcoreza, Raúl (2010): La revolución mundial del vivir bien, Plataforma Interamericana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo. [www.pidhdd.org/content/view/1850/557/](http://www.pidhdd.org/content/view/1850/557/)
- Quijano, Aníbal (2001): Globalización, colonialidad del poder y democracia, in: Tendencias básicas de nuestra época: globalización y democracia, Instituto de Altos Estudios Diplomáticos Pedro Gual, Ministerio de Relaciones Exteriores, Caracas.
- Tortosa, José María (2001): El juego global-Maldesarrollo y pobreza en el capitalismo global, Barcelona.
- Tortosa, José María (2009): »Sumak Kawsay, Suma Qamaña«, Buen Vivir, Madrid.



# Die Autorinnen und Autoren

*Alberto Acosta*, Diplombetriebswirt (Universität Köln); ehemaliger Energieminister Ecuadors (2007), als solcher machte er den Vorschlag, Erdölvorräte gegen Entschädigung durch die internationale Gemeinschaft im Boden zu lassen, und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, die er nachhaltig prägte.

*Adelheid Biesecker*, bis 2004 Professorin für Ökonomische Theorie an der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte ökonomischer Theorie, Ökonomie aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologische Ökonomie, feministische Ökonomie, Zukunft der Arbeit. Biesecker ist Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

*Tanja von Egan-Krieger*, promoviert derzeit in Philosophie über die Normativität in den Wirtschaftswissenschaften an der Universität Greifswald. Sie ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

*Andreas Exner*, Ökologe, derzeit als Gutachter tätig. Redaktionsmitglied der Streifzüge; social innovation network – Gegen Wachstum; Mitautor von »Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern« (Wien 2008). Seit April 2009 Arbeiterkammer-Rat der AUGÉ/UG (Grüne/UG in Kärnten).

*Federico Demaria/François Schneider/Andrea Calsamiglia/Laura Blanco/Dalma Domeneghini*. Die AutorInnen und ihre Institutionen arbeiten zusammen auf nationaler und internationaler Ebene an der Etablierung einer Degrowth-Agenda und der Stärkung eines informellen Netzwerks zwischen WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und AkteurInnen aus der Praxis. Nachts träumen sie von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, tagsüber arbeiten sie zusammen, um diese Träume in Wirklichkeit zu verwandeln.

*Friederike Habermann* ist Ökonomin, Historikerin und Dr. phil. in Politischen Wissenschaften. Mit ihrem letzten Buch »Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag« (Sulzbach 2009) trägt sie gelebte Alternativen aus dem deutschsprachigen Raum zusammen – und beschreibt damit auch einen Teil ihrer eigenen Lebenswirklichkeit.

*Frigga Haug*, Dr. phil. habil., bis 2001 Professorin für Soziologie und Sozialpsychologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Arbeitsschwerpunkte: Frauenpolitik, weibliche Vergesellschaftung, Arbeit, Lernen, sozialwissenschaftliche Methoden. Mit-herausgeberin des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus und der Zeitschrift *Das Argument*, Redakteurin des *Forum Kritische Psychologie*, Vorsitzende des Instituts für Kritische Theorie (Inkrit), Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in der Partei DIE LINKE.

*Serge Latouche* ist Wachstumskritiker, Philosoph und Ökonom. Er ist emeritierter Professor der Universität Paris-XI, gilt als Vordenker der Degrowth-Bewegung in Südeuropa und hat zum Thema Degrowth zahlreiche internationale Publikationen vorzuweisen, darunter: *Le pari de la décroissance* (Paris 2006; engl. *Farewell to Growth*, New York 2009); *Petit traité de la décroissance sereine* (Paris 2007), *Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft* (Zürich 2004).

*Christian Lauk* lebt und studiert seit 2000 vor allem in Wien; social innovation network – Gegen Wachstum; Mitautor von »Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern« (Wien 2008); Mitarbeit am Institut für Soziale Ökologie der Universität Klagenfurt.

*Mohssen Massarraf*, Professor i.R. für Politik und Wirtschaft an der Universität Osnabrück und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac sowie in der Attac AG *ArbeitFairTeilen*.

*Doris Meisterernst*, Rechtsanwältin in Frankfurt. Aktiv in der Attac AG genug für alle.

*Barbara Muraca*, Dr. phil., hat 2008 über den philosophisch-theoretischen Rahmen des Nachhaltigkeitskonzepts an der Universität Greifswald promoviert, wo sie zurzeit als Lehrkraft für besondere Aufgaben und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Umweltethik tätig ist.

*Niko Paech*, apl. Prof. Dr., vertritt den Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er ist Gründungsmitglied des Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS), Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

*Alexis J. Passadakis* ist Politikwissenschaftler (M.A. *Global Political Economy/Sussex*) und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Er arbeitet zu dem Themen Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie und Postwachstumsökonomie und schreibt auf [www.postwachstum.net](http://www.postwachstum.net).

*Dagmar Paternoga*, Sozialarbeiterin und Therapeutin, sechs Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit in Sambia tätig. Aktiv in der Attac AG genug für alle.

*Oliver Powalla*, Soziologe, inspiriert durch die Laborstudien Bruno Latours promoviert er über das Zusammenspiel von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und sozialen Akteuren bei der Analyse eines gefährlichen Klimawandels.

*Werner Rätz*, freiberuflicher Referent, engagiert bei der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn, für diese Mitglied im Rat von Attac Deutschland, in der AG genug für alle sowie Bonner AK gegen Gentechnologie.

*Matthias Schmelzer*, aktiv bei Attac, studierte Geschichtswissenschaft, Politik und Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin und der University of California, Berkeley, und promoviert derzeit an der Europa-Universität Viadrina zum Wachstumsparadigma und der OECD.

*Eckhard Stratmann-Mertens*, Lehrer, Bochum. Attac-Mitglied seit 2001, in den 1980er Jahren wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Partei Die Grünen im Bundestag.

*Andrea Vetter* promoviert derzeit zu Religion und Stadt an der Humboldt Universität Berlin. Ausgebildete Tageszeitungsredakteurin; studierte Europäische Ethnologie, Geschichte und Philosophie in Berlin und Paris. Für die AG Gender Mitglied im Rat von Attac Deutschland.

*Uta von Winterfeld*, PD Dr., Projektleiterin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Privatdozentin am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Arbeitsschwerpunkte: Gender und Nachhaltigkeit, Klimawandel und Demokratie, nachhaltiges Arbeiten.



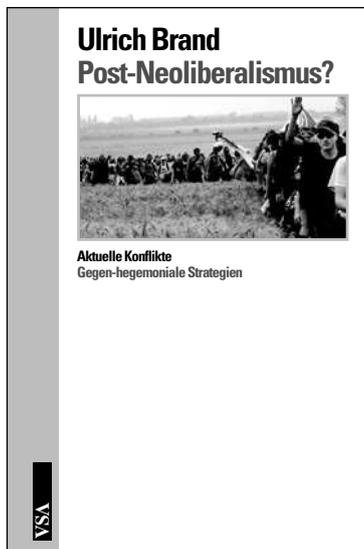




# VSA: Analysen & Perspektiven



Alex Demirović/Julia Dück /  
Florian Becker/Pauline Bader (Hrsg.)  
**VielfachKrise**  
Im finanzmarktdominierten Kapitalismus  
In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac  
240 Seiten; € 16.80  
ISBN 978-3-89965-404-2  
Was ist eigentlich unter Krise(n) zu verstehen, wie hängen sie zusammen, und wie könnte eine Politik gegen die Krisen und über sie hinaus gehen?.



Ulrich Brand  
**Post-Neoliberalismus?**  
Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien  
224 Seiten; € 14.80  
ISBN 978-3-89965-424-0  
Unter dem Begriff des »Post-Neoliberalismus« werden Brüche, aber auch Kontinuitäten in der aktuellen Krisenbearbeitung erfasst – auch zugunsten einer präzisen Einschätzung der emanzipatorischen Perspektiven.

Jörg Huffschmid  
**Kapitalismuskritik heute**  
Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus; hrsg. von Rudolf Hickel und Axel Troost; 216 Seiten; € 16.80  
ISBN 978-3-89965-396-0  
Beiträge aus verschiedenen Zeitabschnitten, die den Ende 2009 verstorbenen politischen Ökonomen als vorausschauenden Zeitdiagnostiker ausweisen.

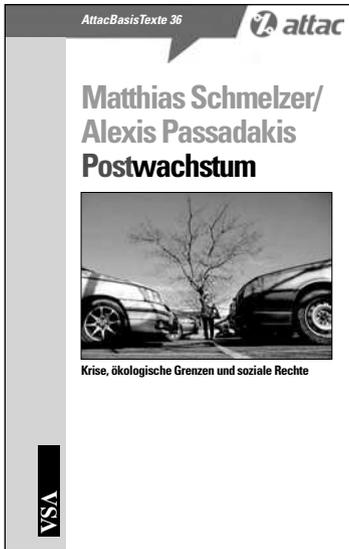
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

VSA

# VSA: Mythen und Postwachstum



Alexis Passadakis/Matthias Schmelzer  
**Postwachstum**  
Krise, ökologische Grenzen  
und soziale Rechte  
AttacBasisTexte 36; 96 Seiten; € 6.50  
ISBN 978-3-89965-429-5  
Dieser Basistext analysiert die Triebkräfte des Wachstums und skizziert die Geschichte der Wachstumsdynamiken des Kapitalismus. Und er beantwortet die Frage, welche Elemente ein Postwachstum enthalten muss.



BEIGEWUM/Attac Österreich (Hrsg.)  
**Mythen der Krise**  
Einsprüche gegen falsche Lehren  
aus dem großen Crash  
128 Seiten; € 10.80  
ISBN 978-3-89965-373-1  
Krisen-Mythen haben Konjunktur. Damit das nicht so bleibt, wird in diesem Buch eine Auswahl der häufigsten Krisen-Mythen analysiert und einer kritischen Gegenargumentation unterzogen.

Michael Brie/Richard Detje/  
Klaus Steinitz (Hrsg.)  
**Wege zum Sozialismus  
im 21. Jahrhundert**  
Alternativen – Entwicklungspfade –  
Utopien  
216 Seiten; € 16.80  
ISBN 978-3-89965-457-8

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

VSA

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)